

Thüringen-Monitor Integration

Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten



Andreas Beelmann
Peter Noack
Juliane Dingfelder
Franziska Schmidtke
Sebastian Lutterbach
Angelika Schulz



**FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA**

Institut für Psychologie
Abteilung für Forschungssynthese,
Intervention, Evaluation



Komrex

Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Projektleitung:

Prof. Dr. Andreas Beelmann
Abteilung für Forschungssynthese,
Intervention und Evaluation
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Mail: andreas.beelmann@uni-jena.de

Prof. Dr. Peter Noack
Abteilung für Pädagogische Psychologie
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Mail: peter.noack@uni-jena.de

Projektmitarbeiter*innen:

Juliane Dingfelder
wissenschaftliche Mitarbeiterin
KomRex-Zentrum für
Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche
Integration
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Mail: juliane.dingfelder@uni-jena.de

Dr. des Franziska Schmidtke
Geschäftsführerin
KomRex - Zentrum für
Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche
Integration
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Mail: franziska.schmidtke@uni-jena.de

Sebastian Lutterbach
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Abteilung für Forschungssynthese,
Intervention und Evaluation
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Mail: sebastian.lutterbach@uni-jena.de

Angelika Schulz
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Abteilung für Forschungssynthese,
Intervention und Evaluation
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Mail: angelika.schulz@uni-jena.de

Januar 2019

Das Projekt wurde gefördert mit Mitteln des:



Das KomRex wird gefördert vom:



Vorwort

Mit dem vorliegenden Thüringen-Monitor Integration ist es erstmals gelungen, eine größere Anzahl von kürzlich nach Deutschland und Thüringen geflüchteten Personen zu befragen, um empirisch gestützte Erkenntnisse zur Migration, Akkulturation und Integration, aber auch persönlichen Lebenslagen, Problemen und Einstellungen dieser Menschen zu gewinnen. Vielen Akteur*innen in Politik und Zivilgesellschaft ist durchaus bewusst, dass die Aufnahme einer relativ großen Anzahl von Migrant*innen und Asylbewerber*innen in Deutschland gesellschaftliches Konfliktpotential birgt. Umso wichtiger ist es, sich mit den Herausforderungen auf eine rationale und sachliche Art und Weise auseinander zu setzen und sich nicht an Polemiken, Gerüchten, Einzelbeobachtungen, Problemdramatisierungen, Fake News und anderen unzuverlässigen oder zweifelhaften Informationsquellen zu orientieren. Dazu möchte die vorliegende Untersuchung einen Beitrag leisten. Wir danken den Initiator*innen und Geldgeber*innen der Studie, namentlich der Staatskanzlei des Freistaates Thüringen in Person von Herrn Oliver Trumm und Frau Susanne Müller, sowie der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit, die die ursprüngliche Idee zu dieser Studie hatten und dafür gesorgt haben, die notwendigen Ressourcen und Mittel bereitzustellen. Ferner danken wir der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge des Freistaates Thüringen Frau Mirjam Kruppa und ihrem Mitarbeiter Dr. Duncan Cooper für hilfreiche Anmerkungen zum Befragungs-instrument und die Unterstützung bei der Rekrutierung von Geflüchteten in Thüringen.

Im Rahmen der Planung, Durchführung und Auswertung der Untersuchung sind wir neben den Initiator*innen und Projektträger*innen zahlreichen weiteren Menschen zu Dank verpflichtet. Zuerst sind die geflüchteten Menschen selbst zu nennen, die es trotz einer sicher schwierigen Lebenssituation auf sich genommen haben, einen sehr langen und zeitlich aufwendigen Fragebogen mit zum Teil sehr persönlichen (und belastenden) Angaben zu beantworten. Wir danken ferner den arabischen und persischen Muttersprachler*innen, die die Erhebungen vor Ort durchgeführt und uns sehr bei der Rekrutierung der Geflüchteten geholfen haben. Sie haben massiv zum Erfolg der Untersuchung und zur Sicherung der Qualität der Befragung beigetragen. Manche*r hat sich auch über das normale Maß hin engagiert, um Personen, die Schwierigkeiten beim Verstehen der Fragen und den schriftlichen Beantworten hatten, eine Teilnahme an der Untersuchung zu ermöglichen. Danken möchten wir auch den vielen Mitarbeiter*innen von staatlichen, religiösen und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Geflüchtetenhilfe, die mit zum Teil großem Engagement diese Untersuchung erst ermöglicht haben. Mögen die vielfältigen Anstrengungen, die zur Realisierung dieser Studie beitragen haben, dazu führen, dass die gewonnenen Befunde und Erkenntnisse im Rahmen zukünftiger politischen Entscheidungsprozessen genutzt werden und insgesamt der Integration der Geflüchteten und ihrer Lebenssituation zu Gute kommen. Es wäre ein Herzenswunsch des Projekts, dass die Ergebnisse die Chancen einer erfolgreichen Integration verbessern.

Jena, im Januar 2019

Für die Autor*innen:

Andreas Beelmann

Inhaltsübersicht

Vorwort

1. Einleitung	1
2. Untersuchungsmethodik	8
3. Psychische Belastungen und Ressourcen	18
4. Bildung, Sprache und Arbeitsmarktintegration	42
5. Kontakt- und Diskriminierungserfahrungen	86
6. Einstellungen zur Integration und Akkulturation.....	101
7. Politische und soziale Einstellungen	113
8. Zukunfts- und Bleibeperspektive.....	141
9. Zusammenfassendes Fazit.....	154
10. Literatur	160

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

1.	Einleitung	1
2.	Untersuchungsmethodik	8
	2.1 Anlage und Umsetzung der Untersuchung	8
	2.2 Stichprobenbeschreibung	9
	2.3 Auswertung der Daten	15
3.	Psychische Belastungen und Ressourcen	18
	3.1 Psychische Symptomatik und potentielle Traumata	19
	3.1.1 Verbreitung von akuten psychischen Belastungen	19
	3.1.2 Traumaerfahrungen	23
	3.2 Individuelle und soziale Ressourcen	26
	3.2.1 Resilienz (Widerstandsfähigkeit)	26
	3.2.2 Empathie	29
	3.2.3 Prosoziales Verhalten	30
	3.2.4 Wahrgenommene soziale Unterstützung	32
	3.2.5 Zusammenfassung zu individuellen und sozialen Ressourcen	33
	3.3 Lebenszufriedenheit	34
	3.4 Einflussfaktoren auf die psychische Belastung Geflüchteter	38
	3.5 Zusammenfassung	40
4.	Bildung, Sprache und Arbeitsmarktintegration	42
	4.1 Schulische und berufliche Ausbildung im Herkunftsland	42
	4.1.1 Schulische Bildung in den Herkunftsstaaten	42
	4.1.2 Bildungserfahrungen im internationalen Vergleich	44
	4.1.3 Berufliche Bildung und Erwerbstätigkeit im Herkunftsland ...	47
	4.2. Deutschkenntnisse, Sprachkurse und Beratungsangebote	53
	4.2.1 Deutschkenntnisse	53
	4.2.2 Genutzte Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache	56
	4.2.3 Besuch und Interessen hinsichtlich des Integrationskurses ...	56
	4.2.4 Inanspruchnahme und Evaluation weiterer Angebote zur Sprachförderung und Integration	64

4.2.5 Inanspruchnahme und Evaluation des Beratungsangebotes für Geflüchtete	68
4.3 Arbeitsmarktintegration	71
4.3.1 Strukturelle Voraussetzung: Die Aufnahmefähigkeit des Thüringer Arbeitsmarkts.....	72
4.3.2 Erwerbstätigkeit	72
4.3.3 Art und Klassifizierung der Beschäftigungsverhältnisse	76
4.3.4 Der Weg in den Arbeitsmarkt: Erwerbsaspiration, Erwerbsorientierung und Arbeitsplatzsuche	79
4.3.5 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse	84
5. Kontakt- und Diskriminierungserfahrungen	86
5.1 Kontakterfahrungen	86
5.1.1 Freundschaften.....	86
5.1.2 Positive und negative Kontakterfahrungen	88
5.1.3 Kontexte von Kontakt	90
5.2 Zivilgesellschaftliches Engagement	91
5.3 Diskriminierungserfahrungen	94
5.3.1 Herkunftsspezifische Diskriminierungserfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen	96
5.3.2 Erlebte Formen der herkunftsspezifischen Diskriminierung ..	98
6. Einstellungen zur Integration und Akkulturation	101
6.1 Akkulturationsorientierungen	102
6.2 Wahrgenommene Akkulturationserwartung der Deutschen	105
6.3 Einstellungen der Thüringer Bevölkerung im Vergleich	107
7. Politische und soziale Einstellungen	113
7.1 Politische Einstellungen	114
7.1.1 Institutionenvertrauen	114
7.1.2 Einstellungen zur Demokratie	117
7.1.3 Einstellungen zu demokratischen Prinzipien	119
7.1.4 Soziale Dominanzorientierung	121
7.1.5 Zusammenfassung	123
7.2 Einstellungen zu sozialen Gruppen	124
7.2.1 Einstellungen gegenüber Deutschen	128

7.2.2	Wahrgenommene Gemeinsamkeiten mit Deutschen	129
7.2.3	Einstellungen gegenüber Israel	131
7.2.4	Zusammenfassung: Einstellungen gegenüber sozialen Gruppen	132
7.3	Weitere Einstellungsbereiche	133
7.3.1	Patriarchalische Einstellungen	133
7.3.2	Voreheliche Partnerschaft	135
7.3.3	Gewalt in Familie und Partnerschaft	136
7.3.4	Religiöse Überzeugungen	137
7.3.5	Zusammenfassung	140
8.	Zukunfts- und Bleibeperspektive	141
8.1	Familiennachzug	141
8.2	Subjektive Bleibeabsicht	144
8.3	Zukunft in Deutschland	148
9.	Zusammenfassendes Fazit	154
10.	Literatur	160

Tabellenverzeichnis

Tab. 2.1:	Übersicht zu den Erhebungsbereichen und –inhalten	8
Tab. 2.2:	Sozio-demographische Grundmerkmale der ausgewählten Stichprobe	11
Tab. 2.3:	Genannte Fluchtursachen	13
Tab. 2.4:	Aktuelle Wohnorte der Befragten.....	14
Tab. 2.5:	Standardauswertungsmerkmale mit Vergleichsgruppen.....	16
Tab. 3.1:	Potentiell traumatische Erfahrungen nach Geschlecht.....	24
Tab. 3.2:	Potentiell traumatische Erfahrungen nach Staatsangehörigkeit	25
Tab. 3.3:	Zusammenhang zwischen Einflussfaktoren und psychischer Belastung.....	39
Tab. 3.4:	Ergebnisse der multiplen Regression auf psychische Belastung	40
Tab. 4.1:	Bildungserfahrungen nach ISCED	45
Tab. 5.1:	Hierarchische Regression von positiven und negativen Kontakterfahrungen auf Einstellungen gegenüber Deutschen.....	90
Tab. 5.2:	Kontexte von Kontakterfahrungen mit Deutschen	91
Tab. 5.3:	Interessenbereiche zivilgesellschaftlichen Engagements	92
Tab. 5.4:	Interessenbereiche zivilgesellschaftlichen Engagements nach Geschlecht.....	93
Tab. 7.1:	Angaben zum Institutionenvertrauen	115
Tab. 7.2:	Einstellungen zur Demokratie und zu demokratischen Prinzipien	118
Tab. 7.3:	Sympathie gegenüber sozialen Eigen- und Fremdgruppen	125
Tab. 7.4:	Bewertungen gegenüber der sozialen Eigengruppe und Deutschen.....	129
Tab. 7.5:	Einflussfaktoren von extremen religiösen Überzeugungen	141
Tab. 8.1:	Umfang des gewünschten Familiennachzugs	140
Tab. 8.2:	Bereitschaft die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen in Abhängigkeit von Geschlecht, Alter und Asylstatus.....	146

Abbildungsverzeichnis

Abb. 3.1:	Starke bis sehr starke Symptombelastung nach Geschlecht	20
Abb. 3.2:	Starke bis sehr starke Symptombelastung nach Altersgruppen.....	22
Abb. 3.3:	Akute psychische Belastung nach Staatsangehörigkeit.....	23
Abb. 3.4:	Aussagen zur Resilienz nach Geschlecht.....	27
Abb. 3.5:	Aussagen zur Resilienz nach Altersgruppe	27
Abb. 3.6:	Aussagen zur Resilienz nach Staatsangehörigkeit	28
Abb. 3.7:	Empathiewerte nach Geschlecht	29
Abb. 3.8:	Empathiewerte nach Altersgruppen.....	30
Abb. 3.9:	Prosoziales Verhalten nach Geschlecht.....	31
Abb. 3.10:	Prosoziales Verhalten nach Altersgruppen.....	31
Abb. 3.11:	Wahrgenommene soziale Unterstützung nach Geschlecht	32
Abb. 3.12:	Wahrgenommene soziale Unterstützung nach Altersgruppen	33
Abb. 3.13:	Lebenszufriedenheit nach Geschlecht.....	34
Abb. 3.14:	Lebenszufriedenheit in bestimmten Bereichen nach Geschlecht. Vergleiche mit den Ergebnissen des Thüringen-Monitors 2017	35
Abb. 3.15:	Lebenszufriedenheit in bestimmten Bereichen nach Altersgruppen. Vergleiche mit den Ergebnissen des Thüringen-Monitors 2017	36
Abb. 3.16:	Lebenszufriedenheit nach Staatsangehörigkeit.....	37
Abb. 4.1:	Bildungsabschlüsse	42
Abb. 4.2:	Bildungsabschlüsse nach Herkunftsländern	43
Abb. 4.3:	Bildungserfahrungen von Geflüchteten in Thüringen, sowie der Bevölkerung in Deutschland, Syrien und dem Irak im Vergleich nach internationalem Standard ISCED .	46
Abb. 4.4:	Bildungserfahrungen der Befragten dargestellt nach Herkunftsland in den standardisierten ISCED-Bildungskategorien	47
Abb. 4.5:	Sektoren beruflicher Bildung	48
Abb. 4.6:	Erwerbssituation im Herkunftsland	49
Abb. 4.7:	Erwerbstätigkeit im Herkunftsland aufgeschlüsselt nach Bildungsgrad, Gruppenzugehörigkeit und Herkunftsland	50
Abb. 4.8:	Arbeitslosigkeit im Herkunftsland aufgeschlüsselt nach Religiosität, Bildungsgrad, Gruppenzugehörigkeit und Herkunftsland	51
Abb. 4.9:	Branchen der Erwerbstätigkeit	52
Abb. 4.10:	Selbst eingeschätzte Deutschkompetenzen	53
Abb. 4.11:	Gesamtindex selbst eingeschätzter Deutschkompetenzen nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht	54
Abb. 4.12:	Gesamtindex selbst eingeschätzte Deutschkompetenzen nach Alter.....	55
Abb. 4.13:	Höchstes bescheinigtes Deutschniveau.....	56
Abb. 4.14:	Genutzte Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache	56
Abb. 4.15:	Teilnahme am Integrationskurs	58
Abb. 4.16:	Im Rahmen des Integrationskurses gelernte Inhalte.....	59
Abb. 4.17:	Gründe für den Nichtbesuch des Integrationskurses	60
Abb. 4.18:	Teilnahme am Deutschtest des Integrationskurses.....	61
Abb. 4.19:	Höchstes im Integrationskurs bescheinigtes Deutschniveau	62
Abb. 4.20:	Wahrgenommener Nutzen des Sprachkurses im Integrationskurs.....	62

Abb. 4.21:	Wahrgenommener Nutzen des Orientierungskurses	63
Abb. 4.22:	Interesse an theoretischen Inhalten des Orientierungskurses.....	63
Abb. 4.23:	Interesse an praktischen Inhalten des Orientierungskurses	64
Abb. 4.24:	Inanspruchnahme weiterer Angebote zur Förderung von Sprache und Integration	66
Abb. 4.25:	Inanspruchnahme weiterer Angebote zur Förderung von Sprache und Integration nach Geschlecht.....	67
Abb. 4.26:	Eingeschätzter Nutzen des besuchten Angebots.....	67
Abb. 4.27:	Inanspruchnahme von Beratungsstellen	69
Abb. 4.28:	Inanspruchnahme von Beratungsstellen nach Geschlecht.....	70
Abb. 4.29:	Eingeschätzter Nutzen der in Anspruch genommenen Beratung	71
Abb. 4.30:	Anteil der Erwerbstätigen unter den Befragten differenziert nach ihrer Ankunft	73
Abb. 4.31:	Erwerbstätigkeit nach Geschlecht, Bildungsabschluss, Herkunftsland und Alter	75
Abb. 4.32:	Anteil der Erwerbstätigen nach Aufenthaltsstatus	76
Abb. 4.33:	Deutsche Sprachkenntnisse und Erwerbstätigkeit	76
Abb. 4.34:	Art der Beschäftigung unter allen Erwerbstätigen	77
Abb. 4.35:	Branchen der Erwerbstätigkeit	79
Abb. 4.36:	Gründe für Erwerbslosigkeit	80
Abb. 4.37:	Vermittelnde Akteure bei der Stellensuche von Erwerbstätigen und Erwerbssuchenden	81
Abb. 4.38:	Teilnahme und Abschluss einer Ausbildung oder eines Praktikums aufgeschlüsselt nach soziodemografischen Merkmalen	83
Abb. 4.39:	Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen	84
Abb. 5.1:	Herkunftsspezifische Diskriminierungserfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen.....	96
Abb. 5.2:	Herkunftsspezifische Benachteiligungserfahrungen nach unterschiedlichen Diskriminierungsformen	99
Abb. 6.1:	Die vier Akkulturationsstrategien nach Berry	101
Abb. 6.2:	Akkulturationsorientierung der befragten Geflüchteten	103
Abb. 6.3:	Akkulturationsorientierung der Befragten nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit	103
Abb. 6.4:	Akkulturationsorientierung der Befragten nach Alter.....	104
Abb. 6.5:	Akkulturationsorientierung der Befragten nach Ankunftszeitpunkt in Deutschland.....	104
Abb. 6.6:	Akkulturationsorientierung der befragten Geflüchteten nach Religiosität.....	105
Abb. 6.7:	Von Geflüchteten wahrgenommene Akkulturationspräferenz der Deutschen	106
Abb. 6.8:	Akkulturationsorientierungen der Befragten nach wahrgenommener Akkulturationserwartung.....	108
Abb. 6.9:	Einstellungen zu einer pluralistischen Gesellschaft und zu verpflichtender Integrationskursteilnahme - Vergleiche mit dem Thüringen-Monitor 2018.....	109
Abb. 6.10:	Wahrgenommene Qualität des Zusammenlebens in Thüringen – Vergleiche mit dem Thüringen-Monitor 2018.....	110
Abb. 6.11:	Relevanz verschiedener Aspekte für die Integration Geflüchteter (Teil I) – Vergleiche mit dem Thüringen-Monitor 2016.....	111

Abb. 6.12:	Relevanz verschiedener Aspekte für die Integration Geflüchteter (Teil II) – Vergleiche mit dem Thüringen-Monitor 2016.....	112
Abb. 7.1:	Institutionenvertrauen von männlichen und weiblichen Geflüchteten	116
Abb. 7.2:	Institutionenvertrauen nach Asylstatus Geflüchteter, die in den Jahren 2015 und 2016 nach Deutschland geflohen sind.....	117
Abb. 7.3:	Einstellungen zu freier Meinungsäußerung nach Herkunft.....	120
Abb. 7.4:	Zustimmung zu demokratischen Prinzipien nach Bildung	120
Abb. 7.5:	Soziale Dominanzorientierung nach Herkunftsländern.....	123
Abb. 7.6:	Ablehnung syrischer Geflüchteter gegenüber homosexuellen, ungläubigen und israelischen Personen	127
Abb. 7.7:	Ablehnung afghanischer Geflüchteter gegenüber homosexuellen, ungläubigen und israelischen Personen	127
Abb. 7.8:	Ablehnung irakischer Geflüchteter gegenüber homosexuellen, ungläubigen und israelischen Personen	128
Abb. 7.9:	Wahrgenommene Gemeinsamkeiten mit Deutschen aus Sicht Geflüchteter in Thüringen nach Bildungsstand	130
Abb. 7.10:	Einstellungen gegenüber Israel nach Religionszugehörigkeit.....	132
Abb. 7.11:	Patriarchische Einstellungen nach Bildungsstand	134
Abb. 7.12:	Einstellungen zu vorehelichen Partnerschaften nach Geschlecht.....	135
Abb. 7.13:	Einstellungen zu vorehelichen Partnerschaften nach Herkunftsland.....	136
Abb. 7.14:	Einstellungen zu strenger Religionsausübung und Dissozialität im Kontext von Religion	138
Abb. 8.1:	Familiennachzugswünsche der Befragten ohne Verwandtschaft in Deutschland	142
Abb. 8.2:	Familiennachzugswünsche der Befragten mit Verwandtschaft in Deutschland	143
Abb. 8.3:	Langfristiger Wunschwohntort	144
Abb. 8.4:	Langfristiger Wunschwohntort nach Staatsangehörigkeit.....	145
Abb. 8.5:	Wunsch die deutsche Staatsbürgerschaft zu übernehmen nach Staatsangehörigkeit ..146	
Abb. 8.6:	Einschätzung der eigenen Zukunft nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus.....	149
Abb. 8.7:	Einschätzung des Wohlergehens der nachfolgenden Generation nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus.....	150
Abb. 8.8:	Veränderungsbedarfe für ein dauerhaftes Leben in Thüringen	151
Abb. 8.9:	Vergleiche der Zufriedenheit mit Nahverkehr und der Kinderbetreuung/Schule in Kontrast zum Thüringen-Monitor 2018	152

1. Einleitung

In den letzten Jahren hat der Freistaat Thüringen eine große Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen. Nach Schätzungen des Ausländerzentralregisters befinden sich ca. 30.000 Geflüchtete in Thüringen, von denen die größten Gruppen aus den Bürgerkriegsgebieten in Syrien, aus Afghanistan und dem Irak stammen und hauptsächlich seit 2013 nach Deutschland immigriert sind (vgl. Thüringer Landtag, 2018a). Für ganz Deutschland bewegen sich die Zahlen zwischen 1,5 und 2 Millionen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung oder aus anderen Gründen im gleichen Zeitraum in unser Land geflohen sind (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), 2018e, S. 15). Dabei ist davon auszugehen, dass es sich bei diesen Menschen im Hinblick auf Alter, sozialen Status, Bildung und Ausbildung, Religiosität, Fluchtursachen, Fluchtgeschichte und weitere integrationsrelevante Merkmalen um eine ausgesprochen heterogene Gruppe handelt. Entsprechend sind die politischen, rechtlichen, gesellschaftlichen und humanitären Herausforderungen der damit einhergehenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aufgaben ohne Zweifel groß. Von ihrer Bewältigung wird es abhängen, wie gut diese Menschen sich in eine neue Lebenssituation mit all ihren Herausforderungen eingewöhnen, in welchem Maße Deutschland vom Zuzug in wirtschaftlicher und demographischer Hinsicht profitiert und in welchem Ausmaß rechtspopulistische, rechtsextreme und ausländerfeindliche Kräfte Angriffsflächen für ihre abwertende Agitation finden. Eine gelungene Integration kann daher als eine der wichtigsten Aufgaben staatlicher und gesellschaftlicher Organe nicht nur in Thüringen und Deutschland angesehen werden.

Migration ist kein Phänomen der Neuzeit oder der letzten Jahrzehnte. Gleichwohl haben Migrationsbewegungen seit der Gründung von Nationalstaaten und im europäischen Raum seit dem zweiten Weltkrieg eine neue Dimension angenommen. Nach Daten der Vereinten Nationen waren 2017 ca. 85 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht (vgl. United Nations High Commissioner for Refugees, 2018). Sie flohen vor Krieg und Vertreibung, wurden diskriminiert und bedroht, verloren durch Umweltkatastrophen ihre natürlichen Lebensgrundlagen, sahen keine wirtschaftlichen und persönlichen Lebensperspektiven in ihrem Heimatland und anderes mehr. Die Gründe sind vielfältig und entsprechend vielfältig sind auch die Lösungsvorschläge und politischen Gegenmaßnahmen, die weltweit diskutiert und umgesetzt werden. Sie reichen von repressiven Maßnahmen wie Mauerbau über strengere Grenzkontrollen bis hin zu Bemühungen die Fluchtursachen mithilfe internationaler Politik und Organisationen im Herkunftsland zu bekämpfen oder Migration aus wirtschaftlichen aber auch humanitären Überlegungen explizit zuzulassen. Ungeachtet dessen, welche Position einzelne Staaten, Gesellschaften und politische Akteure in dieser Frage einnehmen, niemand wird sich den diversen Ursachen und weitreichenden Folgen internationaler Migration entziehen können.

Insofern ist der Umstand, dass die Zunahme internationaler Migration in den letzten Jahren auch zu einem verstärkten Forschungsinteresse im Bereich der Akkulturationsforschung geführt hat (Schwartz et al., 2010), grundsätzlich zu begrüßen. Wissenschaftliche Untersuchungen dienen jedoch nicht nur einem Selbstzweck. Natürlich sollten sozialwissenschaftliche Erkenntnisse über komplexe Anpassungsprozesse, wie sie bei Migration und Integration anzunehmen sind, auch die Qualität und den Erfolg von Integrationsbemühungen positiv beeinflussen. Das Wissen über Wesen und relevante Determinanten von Akkulturationsprozessen sind wichtige Informationsquellen für den Erfolg von auf Rationalität verpflichtete politische und soziale Maßnahmen und Initiativen. Es geht darum, eine erfolgreiche Integration für möglichst viele Menschen zu erreichen und zugleich die Bevölkerung des Aufnahmelandes aktiv und zu ihrem Nutzen in Integrationsprozesse einzubinden. Ohne derartige Erkenntnisse jedenfalls werden Integrationsbemühungen leicht zu einem Spielball und Symbol

politischer Interessen und weniger als Ergebnis fundierter politischer Planungs- und Entscheidungsprozesse entstehen.

In der Migrations- und Akkulturationsforschung werden unterschiedliche Formen von Wanderungsbewegungen unterschieden. Nach Berry (1997; Sam & Berry, 2016) sind dabei verschiedene Dimensionen von Bedeutung, die unterschiedliche Migrationstypen kennzeichnen. Die Autoren nennen zum Beispiel Freiwillige, Gäste, indigene Gruppen, ethnokulturelle Gruppen, Geflüchtete und Asylsuchende, die sich hinsichtlich von Fluchtursachen, den individuellen Folgen und den Folgen für die Aufnahmegesellschaft deutlich differieren. Besonders bedeutsam ist die Unterscheidung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Migration (z.B. Arbeitsmigration vs. Flucht vor Krieg und Verfolgung). Vor allem das unfreiwillige Verlassen der Heimat lässt Migration zu einer individuellen und gesellschaftlichen Herausforderung werden. Diese Personen stellen nach einer jüngst erschienenen OECD-Studie eine besonders vulnerable Gruppe dar (OECD, 2019). Sie zeichnen sich in der Regel durch eine geringere Bildung aus, wurden mit einer größeren Wahrscheinlichkeit traumatisiert, sind zumeist in größeren Zahlen zeitgleich migriert und konkurrieren auf diese Weise miteinander um Ressourcen und Integrationsmöglichkeiten. Diskriminierung auf Basis von ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit kommt in den meisten Fällen hinzu. Diese Gruppen unterscheiden sich von freiwillig Migrierten zuvorderst hinsichtlich ihrer Migrationsmotive. So kann bei unfreiwilliger Migration und insbesondere bei Flucht eher von Push-Faktoren (z.B. Bedrohung von Leib und Leben) gesprochen werden, während bei freiwilliger Arbeitsmigration eher Pull-Faktoren (z.B. günstige Arbeitsbedingungen) überwiegen.

Migration kann auch danach unterschieden werden, ob der Aufenthalt in der Aufnahmegesellschaft vorübergehend oder dauerhaft ist und ob es sich um singuläre Phänomene handelt oder von einer Massenmigration gesprochen werden kann. Gerade bei dauerhafter Massenmigration ergeben sich sowohl für die Migranten selbst als auch für die Aufnahmegesellschaft gravierende individuelle, strukturelle, politische und rechtliche Folgen und Herausforderungen. Ohne Zweifel war die sogenannte „Flüchtlingskrise“ in Deutschland einerseits von einer großen Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung gekennzeichnet, gleichzeitig ist oder bleibt ein nicht geringer Teil der Gesellschaft sehr skeptisch. Gerade das Erstarken rechtspopulistischer, rechtsnationaler bis hin zu rechtsextremen Gruppen zeigt, dass das Thema Migration in der deutschen Bevölkerung nach wie vor von starken Ressentiments und Bedrohungserleben begleitet wird. Auch darauf müssen politische und gesellschaftliche Diskurse eine Antwort finden, ohne das Grundrecht auf Asyl und unseren Anspruch, die Menschenrechte in vollem Umfang zu wahren, aufzugeben. Deutschland hat aus guten historischen Gründen das Asylrecht im Grundgesetz verankert und es gehört zu einer aufgeklärten und wirtschaftlich starken Nation dazu, hohe humanitäre und rechtliche Standards bereitzustellen, auch und gerade für in Not geratene Menschen.

Unabhängig von der Art der Migration wäre es eine schwere Fehleinschätzung zu glauben, dass sich migrationsbezogene Fragen sozusagen von selbst beantworten. Tatsächlich ergeben sich zahlreiche Herausforderungen und Problemstellungen, denen sich die Politik, die Zivilgesellschaft und die Menschen aktiv stellen müssen. Damit sind zum einen die teilweise schwierigen Anpassungsprozesse der Migranten an die Sprache, Kultur und das Klima gemeint, die nicht selten mit gravierenden gesundheitlichen Folgen, zumindest aber mit vorübergehenden Belastungen einhergehen. Zum anderen muss auch die Aufnahmegesellschaft lernen, mit der Integration einer größeren Gruppe von Menschen, die neu ins Land kommen, umzugehen. Das beginnt gesamtgesellschaftlich mit der Bereitstellung angemessener Ausbildungs-, Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten und der Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt bis hin zur Abwicklung von Asylgesuchen. Die Situation ist aber nicht nur von politischen

und gesellschaftlichen, sondern auch von individuellen Erfordernissen der Aufnahmegesellschaft geprägt. Diese zeigen sich etwa bei einem Integrationsverständnis, das unter Integration vorwiegend die Anpassung der Migranten an die deutschen Lebensverhältnisse versteht und wie selbstverständlich davon ausgeht, dass Geflüchtete und Asylsuchende ihre Sozialisationserfahrungen, kulturellen Prägungen und Eigenheiten rasch aufzugeben und hinter sich zu lassen haben. Zudem sind bei einem nicht geringen Anteil der Bevölkerung deutlich ausgeprägte Vorurteile und Vorbehalte feststellbar, wie die zahlreichen großen Repräsentativbefragungen und auch die Thüringen-Monitore ausweisen. Dabei ist die multiethnische und multikulturelle Gesellschaft bei uns schon längst eine Realität. Fast jede*r vierte Einwohner*in in Deutschland ist selbst immigriert oder hat mindestens ein Elternteil, der zugewandert ist. Allerdings weisen die ostdeutschen Bundesländer diesbezüglich mit 6,8 Prozent und Thüringen mit 6,3 Prozent bislang den geringsten Anteil auf (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration, 2017), was möglicherweise aufgrund fehlender Erfahrung größere Anpassungsprobleme der Bevölkerung und staatlicher Organisation erklären kann.

Diese und weitere Aspekte legen nahe, Prozesse der Migration und Akkulturation wissenschaftlich zu begleiten, um die notwendigen politischen Planungs- und Entscheidungsprozesse auf Basis von gesichertem Wissen zu gestalten. Entsprechend haben auch die Bemühungen in Deutschland zugenommen, durch systematische empirische Forschungen tragfähige Informationen zum Hintergrund der geflohenen Menschen, ihrer Lebenssituation und ihren Zukunftsperspektiven zu erhalten. Dennoch ist die Zahl der bislang vorliegenden Untersuchungen überschaubar. Ein zutreffendes Gesamtbild zu erhalten, ist nicht zuletzt dadurch erschwert, dass die erfassten Stichproben nach Umfang und Zusammensetzung erheblich differieren ebenso wie die eingesetzten Erhebungsverfahren und teils auch die inhaltlichen Untersuchungsschwerpunkte, die beispielsweise in Abhängigkeit vom Auftraggeber bzw. der durchführenden Institution variieren können. Fast durchweg wurden ausführlich sozio-demographische Merkmale der Geflüchteten erfasst, Aspekte der Fluchtgeschichte, Bemühungen und Erfolg bei der Arbeitsmarktintegration und Erfahrungen im Umgang mit der deutschen Bevölkerung. Nicht selten schlossen Erhebungen auch Haltungen gegenüber der Demokratie mit ein sowie Einschätzungen zur Lebensqualität. Soweit in diesen Bereichen übereinstimmende Ergebnisse ermittelt wurden, können sie gerade aufgrund der Unterschiedlichkeit der Studienmerkmale als starker Befund betrachtet werden. In dem Maße, in dem Ergebnisse allerdings voneinander abweichen, wirft aus demselben Grunde jedoch eine angemessene Interpretation Probleme auf.

Nicht einfach sind bei der gegebenen Datenlage auch Rückschlüsse auf eine spezifische Region oder ein Bundesland wie Thüringen mit je eigenen Bedingungen. Dies gilt besonders auch deshalb, weil Teilstichproben Geflüchteter, die zum Befragungszeitpunkt in einem ostdeutschen Flächenland lebten, nicht durchweg in den vorliegenden Untersuchungen repräsentiert sind oder aber in solch geringen Größenordnungen, dass eine statistische Aufschlüsselung nach Lokalisation nicht möglich ist. Eines der bislang ambitioniertesten Projekte stellt die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten (Brücker et al., 2018) dar, in der 2016 annähernd 4.500 Einzelpersonen in über 3.300 Haushalten standardisiert im Face-to-face-Format befragt wurden. Über das Ausländerzentralregister wurden dazu potenzielle Studienpartner in 169 zufällig ausgewählten Befragungsregionen identifiziert. Auch wenn dies als beachtlicher Erfolg zu werten ist, kann bei einer Ausschöpfung von unter 50% des potenziellen Befragtenkreises trotz aller Bemühungen nicht von einer repräsentativen Stichprobe ausgegangen werden. Auch variierte dabei der Rücklauf nach Bundesländern und Herkunft der Geflüchteten. So konnten in Thüringen Angaben von etwas über 200 Personen erfasst werden.

In der IAB-BAMF-SOEP-Erhebung wurden die Geflüchteten zu ihrer Person und dem Haushalt befragt, zu ihrer Flucht, dem Asylverfahren und ihren Bleibeabsichten. Weitere Schwerpunkte bildeten sprachliche wie berufliche Kompetenzen sowie der Besuch entsprechender wissens- und kompetenzfördernder Maßnahmen in Deutschland und Aspekte der Arbeitsmarktintegration. Neben diesen Fragen nahm die Erhebung Erfahrungen der sozialen Integration und Diskriminierung in den Blick und auch ausgewählte Einstellungen, speziell zu Demokratie und zur Gleichberechtigung der Geschlechter.

Ebenfalls auf eine umfängliche Stichprobe Geflüchteter, die verteilt über Deutschland lebte, konnte sich eine Fragebogenerhebung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Worbs et al., 2016) stützen, an der über 2.800 Personen teilnahmen, die allerdings auf postalischem Wege befragt wurden. Daraus resultieren Unsicherheiten aufgrund einer vermutlich stärkeren Selbstselektion und damit positiven Verzerrungen der Ergebnisse sowie fehlender Möglichkeiten, Verständnisprobleme im sprachlichen Bereich bei der Bearbeitung der standardisierten Instrumente auszugleichen. Wichtiger als Spezifikum dieser Untersuchung, die 2014 durchgeführt wurde, ist jedoch der Umstand, dass ein Großteil der Befragten ihren ersten Asylantrag deutlich vor den großen Einreisewellen gestellt hatte. Entsprechend erhalten eine ganze Reihe der ermittelten Befunde ihren Wert weniger aus der Beschreibung der aktuellen Gegebenheiten denn als Vergleichsfolie, die dazu beitragen kann, neuere Ergebnisse besser einzuordnen.

Beiden umfänglichen Untersuchungen ist gemeinsam, dass aufgrund der thematischen Schwerpunkte und Grenzen des Befragungsinstrumentariums Einblicke in Einstellungen und Überzeugungen der teilnehmenden Geflüchteten teilweise nur punktuell möglich waren. Genau in dieser Hinsicht leistete eine von der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft Berlin durchgeführte Studie (Freytag, 2016) einen wertvollen Beitrag. Durch den spezifischen Fokus auf das Demokratieverständnis, die Wahrnehmung des neuen (deutschen) Lebensumfelds und die Integrationsbereitschaft der Geflüchteten ergänzt dieses Projekt andere vorliegende Befunde in erhellender Weise ungeachtet der mit 445 Teilnehmern, die zudem ausschließlich in Berlin befragt wurden, vergleichsweise kleinen Stichprobe, deren spezifische Merkmale eine Übertragung der Befunde auf Geflüchtete in anderen Regionen, etwa weniger urbane und durch eine lange Tradition von Diversität gekennzeichnete Kontexte, nur mit Vorbehalt erlaubt.

Ein eigenes Schlaglicht auf den Hintergrund, die Lebenssituation und die Perspektiven Geflüchteter wirft weiterhin eine qualitative Interviewstudie, die im Winter 2016/17 in fünf Bundesländern, darunter als Repräsentant Ostdeutschlands Sachsen, durchgeführt wurde (Brücker et al., 2016). Der Methodik entsprechend bietet eine solche Untersuchung reiche und hoch differenzierte Informationen auf der Grundlage von ausführlichen Gesprächen mit einem allerdings vergleichsweise kleinen Personenkreis (Interviewpartner: 123 Geflüchtete, 26 Experten). Schließlich können Untersuchungen aus dem benachbarten deutschsprachigen Ausland zu unserem Verständnis beitragen wie zwei 2016 in Österreich abgeschlossene Studien (Buber-Ennsner et al., 2016; Österreichische Akademie der Wissenschaften, 2017).

Die kurz skizzierten Untersuchungen machen die Herausforderungen beim Bemühen um empirisch tragfähige Antworten auf die Fragen deutlich, die politische und andere institutionelle Entscheidungsträger auf Bundes- und regionaler Ebene wie auch die Bevölkerung aktuell im Zusammenhang mit den Geflüchteten in Deutschland bewegen. So ist gerade angesichts der Dynamik der Situation, die sich beispielsweise aus Veränderungen der demographischen Zusammensetzung der Gesamtgruppe ergibt wie auch aus Entwicklungen im politischen Umfeld, die Aktualität der Datenbasis ungleich wichtiger als bei der Verfolgung anderer Forschungsanliegen. Entsprechend können Daten von vor vier Jahren,

wie sie die erwähnte Befragung des BAMF (Worbs et al., 2016) bietet, nur noch eingeschränkt zur Erhellung der derzeitigen Situation beitragen.

Eine weitere Herausforderung betrifft die Natur der Stichprobe. Dabei richtet sich die Frage weniger auf den absoluten Umfang als vielmehr darauf, für wen aus den Daten abgeleitete Schlussfolgerungen gelten sollen. Das betrifft zum einen den Herkunftskontext der Geflüchteten. Zum anderen gilt es für die Region, in der sich Geflüchtete aufhalten. Mögliche relevante Variationen zwischen Regionen betreffen beispielsweise ost- und westdeutsche Bundesländer mit dramatischen Unterschieden in den bis vor kurzem gegebenen Bevölkerungsanteilen mit Migrationshintergrund und mithin der Gewöhnung im Umgang mit Diversität, wirtschaftliche und Arbeitsmarktbedingungen oder die Bedeutung großstädtischer Lebensräume im Bundesland. Für eine Untersuchung bestimmter Konstellationen solcher Bedingungen ist eine jeweils ausreichend umfängliche und möglichst repräsentative Stichprobe anzustreben.

Noch spezifischer sind Fragen des Erhebungsformats. Während telefonische und postalische Fragebogenerhebungen recht einfach flächendeckend durchzuführen sind, bringen sie aus verschiedenen Gründen ein stärkeres Risiko mit sich, ein positiv verzerrtes Gesamtbild zu liefern, als Erhebungen, die in Face-to-face-Situationen durchgeführt werden. Gleichzeitig zieht das Ausmaß, in dem durch umfänglichere Fragebögen oder offenere Interviewformate differenziertere Einblicke möglich werden, wiederum Grenzen für die realisierbare Stichprobengröße. In dieser Hinsicht sind sorgsame Abwägungen erforderlich. Dasselbe gilt mit Blick darauf, in welchem Umfang und hinsichtlich welcher Aspekte Informationen über Einzelaussagen erhoben werden. Mit der Erfassung anhand von Einzelaussagen ist das Risiko einer geringeren Zuverlässigkeit der Messung verbunden. Skalen, in denen jeweils eine Reihe von Einzelaussagen in verlässlicherer Weise zusammengefasst wird, erhöhen die Aussagekraft, aber naturgemäß auch den Umfang einer Befragung.

Vor diesem Hintergrund lassen sich mit einer gewissen Vorsicht eine Reihe von weitgehend übereinstimmenden Ergebnissen aus den vorliegenden Forschungen zusammenfassen, die, mit möglicherweise leichten Abweichungen, auch für die Thüringer Situation eine gewisse Gültigkeit haben dürften. Zu diesen Ergebnissen gehört beispielsweise, dass der weitaus größte Teil der in Deutschland befragten Geflüchteten davon ausgeht, längerfristig im Lande zu bleiben. Teils mag dies dem Wunsch der Befragten entsprechen, zum Teil dürfte es sich um eine, jedenfalls auf absehbare Zeit, realistische Einschätzung der künftigen Entwicklungen handeln. Dem entsprechen auch die durchweg geäußerten Bemühungen, den eigenen Verbleib auf eine tragfähige Basis zu stellen. So engagiert sich die große Mehrheit der Befragten für den Erwerb der deutschen Sprache. Und wenngleich die Ergebnisse der einzelnen Studien zum Anteil der schon erwerbstätigen Geflüchteten etwas variieren, stimmen sie dahingehend überein, dass die meisten von ihnen in Deutschland eine Erwerbstätigkeit anstreben.

Ein etwas komplexeres Bild ergibt sich bei den Befunden zu den Einstellungen Geflüchteter. Eindeutig herrscht ein ausgesprochen positives Bild von Deutschland und den Deutschen unter den Befragten vor. Und ebenso klar befürworteten die Befragten in den verschiedenen Untersuchungen Demokratie als politisches System. Allerdings sind diese Haltungen in den meisten Befragungen nur in recht allgemeiner, wenig differenzierter Weise erfasst worden. Die in dieser Hinsicht instruktivere, auf Geflüchtete im Stadtstaat Berlin beschränkte Studie der HMKW (Freytag, 2016) wirft insofern Fragen auf, als ihre Ergebnisse beispielweise Hinweise auf ein Demokratieverständnis Geflüchteter geben, das nur in Teilen mit dem aktuell in Deutschland vorherrschenden übereinzustimmen und mitunter, so die Autor*innen, dem von AFD-Anhänger zu ähneln scheint. Auch das Deutschlandbild Geflüchteter erscheint dem Autor der Studie teilweise „rosarot“ gefärbt zu sein. Zu dieser Einschätzung trägt die

Feststellung einer Tendenz unter den Geflüchteten zu vergleichsweise traditionellen Orientierungen wie etwa mit Blick auf Ehebeziehungen oder Homosexualität bei.

Die angesprochenen methodischen Fragen und inhaltliche Ergebnisse vorliegender Forschungen weisen Wege für die eigene Untersuchung. Ein zentrales Anliegen ist, sichere Informationen zur Herkunft, dem Bildungs- und beruflichen Hintergrund sowie zu Fluchterfahrungen von Geflüchteten zu erhalten, die aktuell in Thüringen leben. Dasselbe gilt hinsichtlich ihrer Perspektiven für das künftige Leben, die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen sowie für andere Erfahrungen und Aktivitäten mit Bedeutung für eine gelungene Integration. In dieser Hinsicht gilt es, an vorliegende Ergebnisse anzuknüpfen und auch methodisch insoweit Parallelen zu sichern, dass Vergleiche möglich sind. Es wird jedoch angestrebt, in einigen Aspekten weitergehende Einblicke zu erlangen, vor allem mit Blick auf die sozialen Netzwerke der Geflüchteten in Thüringen und speziell auch auf die Art und das Erleben der Kontakte mit unterschiedlichen Repräsentanten der deutschen Bevölkerung wie offizielle Funktionsträger, Kollegen, Nachbarn oder Freunde. Dabei soll der Fokus aber weiterhin auch Mitglieder anderer „Fremdgruppen“ wie etwa Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern umfassen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Untersuchung bildet der Einstellungsbereich. Orientierungen beispielsweise zu Familie, Partnerschaft, Religion wie auch hinsichtlich politischer Fragen sollen in umfänglicher und differenzierter Weise erfasst werden. Sie werden als wichtige Einflussfaktoren im Prozess der Integration betrachtet. Ein besonderes Interesse betrifft in Rückgriff auf die internationale Akkulturationsforschung sowohl die Akkulturationseinstellungen Geflüchteter in Thüringen als auch ihre Wahrnehmung der entsprechenden Erwartungen in der deutschen Bevölkerung. Gerade die sich so abzeichnende Konstellation der eigenen Sicht der Geflüchteten und der Orientierungen, die sie bei den Deutschen in ihrem Lebensumfeld vermuten, verspricht instruktive Aufschlüsse. Wir folgen dabei einem Untersuchungsansatz, der mit großem Erfolg bei zahlreichen Untersuchungen zu Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund verfolgt wurde, jedoch bei Forschungen zu Geflüchteten erstaunlicher Weise bislang kaum anzutreffen ist.

Eine angemessene Umsetzung erfordert im Licht der vorangegangenen Diskussion methodisch zunächst eine aktuelle Erhebung an einer ausreichend großen Stichprobe von Geflüchteten im Bundesland, in der die wesentlichen Untergruppen nach Herkunftskontext angemessen repräsentiert sind. Weiterhin ist einer Befragung in einem standardisierten Format, die in Face-to-face-Situationen unter Anwesenheit von Projektmitarbeiter*innen und Sprachmittler*innen durchgeführt wird, dem einfacheren Weg einer postalischen Befragung vorzuziehen, auch wenn, wie im eigenen Ansatz realisiert, die Fragebögen außer in Deutsch auch in den Verkehrssprachen der Herkunftsländer verfügbar gemacht werden.

Soweit möglich und für Vergleichszwecke hilfreich werden weiterhin Fragebogenitems aus früheren Untersuchungen mit Geflüchteten übernommen. Teils wird auch eine Parallelität der Befragung mit entsprechenden Erhebungen bei Repräsentanten der deutschen Bevölkerung, speziell dem Thüringen-Monitor (Best et al., 2017; Reiser et al., 2018), angestrebt. Dies erlaubt direkte Vergleiche und damit auch eine angemessene Ankerung von Aussagen der befragten Geflüchteten. Darüber hinaus werden, falls möglich, Instrumente, die national oder international eingeführt, erprobt und bewährt sind, übernommen. Schließlich kommen vor allem in der Einstellungsmessung gezielt Skalen, in denen mehrere Aussagen zu einem gegebenen Gegenstand zusammengefasst werden, zum Einsatz statt bei der Messung auf Einzelitems zu vertrauen. Damit wird dem Problem möglicher Verzerrungen Rechnung getragen, die daraus resultieren können, dass die Beantwortung einzelner Fragen von der spezifischen Wortwahl und Formulierung abhängt. Geht es um einfache Tatsachenaussagen etwa zur

Haushaltsgröße oder der Planung eines Kursbesuchs, spielt das keine wesentliche Rolle. Sollen indessen grundlegende Orientierungen erfasst werden, sieht dies anders aus. Detailliertere Informationen zum Vorgehen in der eigenen Untersuchung werden nachfolgend in den Ausführungen zur Untersuchungsmethodik sowie teils einleitend im Zusammenhang mit den jeweiligen Ergebnisberichten gegeben.

Zusammenfassend war es das Ziel der geplanten Untersuchung, eine möglichst große und zumindest nach Geschlecht, Alter und Herkunft repräsentative Gruppe von Personen, die in den letzten Jahren nach Deutschland geflohen sind und zur Zeit im Freistaat Thüringen leben, zu integrationsrelevanten Sachverhalten zu befragen. Dabei stand die Erfassung von Integrationspotentialen, -voraussetzungen, -hindernissen und -erfordernissen im Mittelpunkt. Ergänzend bestand die Absicht, in Teilen parallele Befragungen zu den Thüringen-Monitoren 2017 und 2018 zu realisieren, um unmittelbare Vergleiche zum Beispiel im Hinblick auf politische Einstellungen zwischen der Thüringer Bevölkerung und den Geflüchteten in Thüringen anzustellen. Ein solcher Vergleich verspricht vertiefte Erkenntnisse über das Zusammenleben von Migrant*innen und einheimischer Bevölkerung und mögliche Probleme bei der Integration. Die Untersuchung dieser und weiterer Untersuchungsaspekte verfolgt vor allem die Absicht, Anregungen für politische Planungs- und Entscheidungsprozessen im Hinblick auf die Integration von Geflüchteten und Asylbewerber*innen in die deutsche Gesellschaft bereitzustellen und dabei regionalen Aspekten eine besondere Bedeutung zukommen zu lassen. Die Untersuchung will damit zu einer Versachlichung des Integrationsthemas sowie zu einer effizienten und erfolgreichen Gestaltung integrationsunterstützender Maßnahmen beitragen.

2. Untersuchungsmethodik

2.1 Anlage und Umsetzung der Untersuchung

Die Untersuchung beschränkte sich auf volljährige Personen, die zwischen 2013 und 2018 nach Deutschland geflohen waren und im Freistaat Thüringen lebten. Sie fand zwischen März und Oktober 2018 statt und erfolgte auf Basis einer standardisierten schriftlichen Befragung, die geschlossene und offene Antwortformate umfasste. Der vorgelegte Fragebogen wurde im Rahmen der Projektarbeit am KomRex der Friedrich-Schiller-Universität Jena konstruiert und in Rücksprache mit Mitarbeiter*innen der Staatskanzlei Thüringen, des Regionalbüros Sachsen-Anhalt/Thüringen der Bundesagentur für Arbeit sowie der Migrationsbeauftragten des Landes Thüringen zunächst in einer deutschsprachigen Version erstellt. Er enthielt folgende Erhebungsbereiche und -inhalte (vgl. **Tabelle 2.1**).

Tabelle 2.1: Übersicht zu den Erhebungsbereichen und -inhalten

Erhebungsbereich	Inhalte
Sozio-demographische Grundmerkmale	Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit/Herkunft, Ethnische Zugehörigkeit, Familienstand, Muttersprache, Religionszugehörigkeit, Religiosität, Schul- und Berufsausbildung, letzte Erwerbstätigkeit im Heimatland (Fragen 1 bis 18)
Flucht und derzeitige Lebenssituation	Fluchtursachen und weitere Angaben zur Flucht, derzeitiger Wohnort und Art der Unterkunft, Aufenthaltsstatus (Fragen 19 bis 30)
Einstellungen, Meinungen und Überzeugungen	Institutionenvertrauen, Einstellungen zu sozialen Gruppen, Politische Einstellungen, Lebenszufriedenheit, Akkulturationseinstellungen, Soziale Erwünschtheit (Fragen 31 bis 50, Frage 64 und 85)
Freunde und Kontakte in der deutschen Gesellschaft	Soziale Unterstützung, Freundschaften, Kontakte und Kontaktabsichten zu Deutschen und anderen Gruppen, positive Kontakterfahrungen, zivilgesellschaftliches Engagement und Diskriminierungserfahrungen (Fragen 51 bis 68 ohne Frage 64)
Sprachkenntnisse und Sprachkurse	Deutschkenntnisse, Besuch und Einstellungen zu Integrations-, Orientierungs- und Sprachkursen sowie zu Beratungsstellen (Fragen 69 bis 84)
Ausbildung und Erwerbstätigkeit in Deutschland	Derzeitige Beschäftigung, Berufswünsche (Fragen 86 bis 97)
Wünsche und Erwartungen an die Zukunft	Familiennachzug, Bleibe- und Zukunftsperspektiven in Deutschland, Einschätzung zum Leben in Thüringen (Fragen 98 bis 112)

Anmerkung: Die Auflistung der Bereiche entspricht der Reihenfolge, wie sie im Fragebogen vorgelegt wurde. Die deutsche Version des Fragebogens ist bei den Autoren einzusehen bzw. erhältlich.

Die Übersetzung des Erhebungsinstruments ins Arabische und Persische bzw. in das neupersische Dari, was eine der Amtssprachen in Afghanistan und dem Iran (dort als Farsi bezeichnet) ist, erfolgte durch jeweils eine/n in Übersetzungsfragen zur Integrationsthematik erfahrenen Muttersprachler*in, deren übersetzte Versionen anschließend von zwei weiteren Muttersprachler*innen unabhängig überprüft wurden, wobei im Sinne einer *back-translation* (Rückübersetzung von der arabischen/persischen in eine deutsche Version) vorgegangen wurde. Fehlende Übereinstimmung oder miss-

verständlichen Formulierungen wurden durch Diskussionen und Konsensbildung unter den Übersetzer*innen behoben.

Die Rekrutierung der Geflüchteten erfolgte über die Kontakte zu Gemeinschaftsunterkünften, Sprachkursträgern, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Stellen der Flüchtlingshilfe, Migranten-selbstorganisationen sowie örtliche Imame und religiöse Gruppen. Örtlich bezog sich diese Strategie in einer ersten Phase auf die drei größten thüringischen Städte Jena, Gera und Erfurt. Es wurden zunächst die Einrichtungen von Mitarbeiter*innen des Projekts angesprochen und entweder ein Termin zur Vorstellung der Untersuchung oder bereits direkt ein Erhebungstermin ausgemacht. Im Anschluss erfolgte eine Information der Geflüchteten, wobei arabisch- und persischsprachige Aushänge, Flyer und Informationsveranstaltungen genutzt wurden. Darüber hinaus wurden die muttersprachlichen Interviewer*innen als Multiplikatoren genutzt, die über private und professionelle Netzwerke die Untersuchungsinformationen an Geflüchtete weitergaben. Da eine derart anfallende Stichprobe selten repräsentativ ist, wurden in einer zweiten Erhebungsphase gezielt Kleinstädte und ländliche Regionen in Thüringen aufgesucht und über die oben genannten Strategien ergänzende Erhebungen realisiert.

Die Befragungen selbst fanden in Gemeinschaftsunterkünften, bei Sprachkursträgern, bei Vereinen, in öffentlichen Einrichtungen wie auch in privaten Wohnungen der Geflüchteten statt, wobei in der Regel Mehrfacherhebungen (d.h. Erfassung mehrerer Personen zeitgleich) angestrebt wurden und realisiert werden konnten. Die Erhebungen selbst wurden von insgesamt 16 arabischen und persischen Muttersprachler*innen (vor allem Studierende der Friedrich-Schiller-Universität und der Ernst-Abbe-Fachhochschule in Jena) durchgeführt, die zuvor in mehreren Ausbildungssitzungen in Fragen der Untersuchungsdurchführung (Kontaktaufnahme, Informationen zur Studie, Hilfestellung bei der Bearbeitung des Fragebogens, Erfassung von Daten zur Erhebungssituation, Auszahlung der Aufwandsentschädigung) sowie im Hinblick auf Belange des Datenschutzes (Zusicherung von Anonymität, Erläuterung der Teilnahmebedingungen, Rechte der Befragten) geschult wurden. Darüber hinaus bekamen sie Hinweise zum Umgang mit belasteten und möglicherweise traumatisierten Personen, weil nicht auszuschließen war, dass eine intensive Befragung zu Aspekten der Flucht und Migration oder anderen persönlichen Informationen, auch belastend wirken könnte. Für solche Fälle wurden die Interviewer*innen auch mit Informationen zu psychosoziale Beratungsmöglichkeiten ausgestattet, die sie ggf. an Interessierte weitergeben konnten.

Der Fragebogen wurde den Geflüchteten je nach Muttersprache in einer arabischen oder persischen Version vorgelegt. Für Rückfragen und bei Problemen während der Bearbeitung der Fragebögen standen die Muttersprachler*innen zur Verfügung. Sie erläuterten zunächst den Hintergrund und Zweck der Untersuchung und klärten über den Datenschutz und die Zusicherung vollständiger Anonymisierung der erhobenen Daten auf. Die Beantwortung der Fragebögen dauerte in der Regel zwischen 90 und 120 Minuten. Als Aufwandsentschädigung bekamen die Befragten 10 Euro überreicht.

2.2 Stichprobenbeschreibung

Insgesamt nahmen an der Befragung 949 Personen teil, die im großstädtischen wie im mittelstädtischen, kleinstädtischen und ländlichen Umfeld in Thüringen lebten (Jena: 42,4 Prozent; Erfurt 24,8 Prozent; Gera: 13,1 Prozent; sonstige Städte und Gemeinden: 19,7 Prozent, siehe detailliert unten). Von diesen wurden insgesamt 43 Teilnehmer*innen (4,5 Prozent) von den

weiteren Analysen ausgeschlossen, weil entweder zentrale Teilnahmebedingungen nicht vorlagen und die Personen somit versehentlich erfasst wurden oder das Antwortverhalten auf unzuverlässige Auskünfte schließen ließ. Im Einzelnen ergaben sich folgende Ausschlussgründe: 14 Personen waren zum Befragungszeitpunkt noch nicht volljährig, weitere neun Befragte waren bereits deutlich vor 2013 nach Deutschland immigriert. Bei sechs Personen waren über drei Viertel der Fragen nicht beantwortet worden, bei 14 Personen hatten die Befragungsleiter*innen auf den Bögen vermerkt, dass entweder große Verständnisprobleme vorlagen oder die Bögen sehr schnell beantwortet wurden (in weniger als 30 Minuten), sodass man von einem wenig zuverlässigen Antwortverhalten ausgehen musste. Die Daten der minderjährigen Personen wurden aus dem Datensatz endgültig gelöscht.

Es verblieben somit $n = 906$ Personen, die die Auswertungsgrundlage der vorliegenden Untersuchung bilden. Sozio-demographische Grundmerkmale dieser Gruppe sind in **Tabelle 2.2** aufgeführt. Die 642 männlichen (70,9 Prozent) und 258 weiblichen (28,5 Prozent) Befragten (bei sechs fehlenden Angaben) waren 18 bis 68 Jahre alt ($M = 31,7$ Jahre), wobei knapp über 80 Prozent jünger als 40 Jahre alt waren. Zwischen Männern und Frauen lagen nur geringe Altersunterschiede vor (männlich: $M = 31,3$ Jahre, weiblich: $M = 32,9$ Jahre), die durch einen etwas geringeren Anteil von Frauen in der jüngsten Altersgruppe (18 bis 25 Jahren) verursacht wurden (23,6 Prozent). Die überwiegende Mehrheit der Geflüchteten war verheiratet (49,7 Prozent) oder ledig (39,6 Prozent). Dabei traten jedoch deutliche Geschlechtsunterschiede auf. Männliche Befragte waren zu einem größeren Anteil (47,8 Prozent) ledig (verheiratet 41,8 Prozent), während weibliche Befragte überwiegend (68,8 Prozent) verheiratet waren (20,6 Prozent ledig). Insgesamt 364 Personen (40,2 Prozent) gaben an, ein oder mehrere Kinder zu haben, wobei die Werte zwischen einem und zehn Kindern ($M = 3,1$) schwankten (bei sieben fehlenden Angaben zur Anzahl der Kinder und 55 fehlenden Angaben zur Frage nach Kindern generell).

Fast die Hälfte der Geflüchteten kam aus Syrien, die nächstgrößeren Gruppen waren Menschen aus Afghanistan (27,3 Prozent), dem Irak (13,3 Prozent) und Iran (4,5 Prozent). Alle weiteren Herkunftsländer z.B. verschiedene nordafrikanische Staaten waren sehr gering vertreten (vgl. Tabelle 2). Unter den sonstigen Staatsangehörigkeiten wurde am häufigsten Palästina genannt ($n = 8$), was keine völkerrechtlich anerkannte Staatsangehörigkeit ist und somit anzunehmen war, dass diese Personen zumeist aus Syrien stammten. In ihren Heimatländern hatten die meisten Geflüchteten in Großstädten gelebt (63,7 Prozent) sowie in Vororten oder Randlagen von Großstädten (8,1 Prozent). Weitere 13,4 Prozent bzw. 13,7 Prozent kamen aus Mittel- und Kleinstädten oder dörflichen/ländlichen Regionen (bei 2,4 Prozent fehlenden Angaben und neun Mehrfachnennungen). Als Muttersprache gaben die meisten Geflüchteten Arabisch an (57,1 Prozent), danach Persisch (bzw. Dari/Farsi; 27,3 Prozent) sowie Kurdisch (12,5 Prozent) und Pashto (eine in Afghanistan und Pakistan gesprochene Sprache; 1,9 Prozent). Sonstige Muttersprachen (insgesamt 2,1 Prozent) waren z.B. Aramäisch, Jesidisch, Türkisch und Somalisch. Eine Person gab zusätzlich Englisch als Muttersprache an. Bezüglich der wahrgenommenen Zugehörigkeit zu sozialen/ethnischen Gruppen ergab sich mehrheitlich eine Selbstzuordnung als Araber (53,3 Prozent). Die zweitgrößte Gruppe bildeten mit 15,8 Prozent Hazara, gefolgt von Kurden mit 11,8 Prozent und Tadschiken (10,4 Prozent). Unter den sonstigen Nennungen wurden u.a. die Gruppen der Usbeken, Jesiden, Somali, Armenier, Tscherkessen oder allgemein Perser und Afrikaner genannt (Häufigkeit jeweils unter $n = 5$, insgesamt sonstige Gruppen = 8,1 Prozent). Als Religionszugehörigkeit gab eine Mehrheit von 64,6 Prozent an, dass sie muslimische Sunnit*innen seien, die weiteren Angaben verteilten sich auf Schiit*innen (17,9 Prozent), Christ*innen (5,9 Prozent) und keine Religionszugehörigkeit (4,6 Prozent). Andere

Religionen (z.B. Jesid*innen) gaben 6,9 Prozent an. Die Ausübung religiöser Praktiken war den Befragten zu 60,1 Prozent sehr wichtig, zu 12,5 Prozent eher wichtig und nur zu 1,9 Prozent eher unwichtig bzw. zu 7,7 Prozent unwichtig (17,8 Prozent mit der Antwort teils/teils). Insgesamt zeigte ein Mittelwert von 4,2 auf einer Skala von 1 = *unwichtig* bis 5 = *sehr wichtig* an, dass die befragte Gruppe ihrer Religion bzw. der Religionsausübung eine sehr hohe Bedeutung zumaß.

Tabelle 2.2: Sozio-demographische Grundmerkmale der ausgewählten Stichprobe (n = 906)

Merkmale	Anzahl	Prozent
Geschlecht		
Männlich	642	70,9
Weiblich	258	28,5
Keine Angabe	6	0,7
Altersgruppe		
18-25 Jahre	289	31,9
26-35 Jahre	302	33,3
35+ Jahre	275	30,4
Keine Angabe	40	4,4
Familienstand		
Verheiratet	448	49,4
Ledig	359	39,6
Verlobt	44	4,9
Unverheiratet mit Partner	26	2,9
Geschieden	16	1,8
Keine Angabe	5	0,6
Herkunft (Staatsangehörigkeit)		
Syrien	443	48,9
Afghanistan	246	27,2
Irak	120	13,2
Iran	41	4,5
Libyen	17	1,9
Somalia	6	0,7
Staatenlos	6	0,7
Marokko	4	0,4
Eritrea	3	0,3
Algerien	2	0,2
Tunesien	1	0,1
Sonstige	12	1,3
Keine Angabe	5	0,6
Ethnische Gruppe		
Araber	469	51,8
Hazara	139	15,3
Kurden	104	11,5
Tadschiken	94	10,4
Andere	74	8,1
Keine Angabe	26	2,9
Religion		
Sunnit*innen	558	61,6
Schiit*innen	155	17,1
Christ*innen	51	5,6
Keine Religion	40	4,4
Andere Religion	60	6,6
Keine Angabe	42	4,6

Fortsetzung Tabelle 2.2

Merkmale	Anzahl	Prozent
Muttersprache*		
Arabisch	485	53,5
Persisch, Dari, Farsi	232	25,6
Kurdisch	106	11,7
Pashto	16	1,8
Andere Sprachen	18	2,0
Keine Angabe	57	6,3
Höchste Schulausbildung		
Kein Schulabschluss	179	19,8
Primarschule	143	15,8
Mittelschule	178	19,6
Allgemeine oder berufliche Oberschule	399	44,0
Keine Angabe	7	0,8
Berufsausbildung/Studium im Herkunftsland		
Weder Berufsausbildung noch Studium	280	30,9
Begonnene Berufsausbildung	167	18,4
Abgeschlossene Berufsausbildung	103	11,4
Begonnenes Studium	157	17,3
Abgeschlossenes Studium	117	12,9
Keine Angabe	82	9,1
Letzte Tätigkeit (Status/Art) im Herkunftsland*		
Erwerbstätig Gesamt (abhängig und selbstständig)	559	61,7
In Ausbildung	148	16,3
Primärbereich (Landwirtschaft, Fischerei, Bergbau)**	67	7,4
Sekundärbereich (Industrie, Handwerk)**	172	19,0
Tertiärbereich (Dienstleistungen)**	436	48,1
Hausfrau/Hausmann	117	12,9
Arbeitslos	94	10,4
In Ruhestand	8	1,0
Keine Angabe	43	4,7

Anmerkungen: *Mehrfachnennungen entweder waren möglich oder wurden vorgenommen. **Nur zutreffend für Erwerbstätige und in Ausbildung.

Bezogen auf die formale Schul- und akademische Bildung und die im Herkunftsland erworbenen Bildungsabschlüsse der Befragten ergaben sich einerseits große Unterschiede und andererseits im Durchschnitt ein recht hohes Bildungsniveau. So gaben 44,4 Prozent der Befragten an, einen allgemeinen oder beruflichen Oberstufenabschluss erworben zu haben. Zugleich verfügte aber knapp jeder Fünfte Befragte (19,9 Prozent) über keinen Bildungsabschluss und weitere rund 16 Prozent nur über einen Primarschulabschluss (in den meisten Fällen mit einer Beschulungsdauer zwischen vier und acht Jahren). Diese Daten müssen jedoch hinsichtlich sozio-demographischer Merkmale und vor dem Hintergrund der jeweils in den Herkunftsländern vorherrschenden Ausbildungssysteme sowie zusätzlicher Aspekte weiter differenziert werden (vgl. dazu detailliert den Abschnitt zur Arbeitsmarktintegration).

Ähnliches gilt in besonderer Weise auch für die Berufsausbildung im Herkunftsland. Von den Befragten hatten 35,6 Prozent ($n = 270$) an einer Berufsausbildung teilgenommen, aber nur 10,7 Prozent ($n = 103$) verfügten über einen formalen Berufsabschluss. Diese große Differenz mag durch die wenig formalisierten Berufsbildungssysteme in den Herkunftsstaaten begründet sein, bedeutet

aber gleichwohl für die Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt eine Herausforderung (siehe Abschnitt zur Arbeitsmarktintegration). Gut 30 Prozent der Befragten gaben zudem ein begonnenes oder abgeschlossenes Studium als Berufsausbildung an, immerhin 117 Personen (12,9 Prozent) verfügten über einen akademischen Abschluss (bei einem Anteil von 9,1 Prozent fehlender Angaben).

Nahezu zwei Drittel der Befragten (61,7 Prozent) waren im Herkunftsland zuletzt erwerbstätig. 16,3 Prozent der Befragten befanden sich noch in Ausbildung und 12,9 Prozent gaben an, Hausfrau bzw. Hausmann zu sein. Weitere 10,4 Prozent waren arbeitslos (0,9 Prozent in Ruhestand). Von den erwerbstätigen und in Ausbildung befindlichen waren die meisten zuletzt im Dienstleistungsbereich (tertiärer Bereich) tätig gewesen (64,6 Prozent), es folgten Industrie und Handwerk (25,5 Prozent) sowie der Primärbereich mit Landwirtschaft, Fischerei und Bergbau (9,9 Prozent). Bezogen auf den konkreten Tätigkeitsbereich berichteten 17,1 Prozent von Berufserfahrungen in einem sozialen, pädagogischen oder medizinischen Dienstleistungsbereich, 6,2 Prozent in einer IT-bezogenen Tätigkeit und 4,7 Prozent von Erfahrungen im Dienstleistungsbereich privater Haushalte. Ein Viertel der Befragten (24,9 Prozent) hatte in ihrem Heimatland im Baugewerbe bzw. in der Reparatur und Instandhaltung gearbeitet, ein Fünftel bringt Arbeitserfahrungen aus dem Bereich Verkauf und Handel mit (20,2 Prozent). Von Erfahrungen in land- bzw. forstwirtschaftlichen Berufen berichteten 11,8 Prozent und 8,1 Prozent waren bereits im gastronomischen Bereich beschäftigt.

Die Mehrheit der Befragten kam 2015 (52,6 Prozent) und 2016 (20,0 Prozent) nach Deutschland. Weitere 10,8 Prozent immigrierten 2017 und 9,9 Prozent 2018 nach Deutschland (5,7 Prozent 2014 und 0,9 Prozent 2013). Zum Zeitpunkt der Erhebung lebten die Geflüchteten seit kurzem (unter einem Monat) bis maximal 64 Monate in Deutschland ($M = 26,8$ Monate). Dabei waren 5,6 Prozent bis zu drei Monaten und 16,7 Prozent bis zu einem Jahr in Deutschland. Fast 67 Prozent waren länger als zwei, 12,9 Prozent länger als drei Jahre in Deutschland. Zur Erfassung der Fluchtursachen wurden eine Reihe von Gründen vorgelegt, die als Hauptgrund (*trifft voll zu*) oder als Mitgrund (*trifft teilweise zu*) eingeschätzt werden sollten (vgl. **Tabelle 2.3**).

Tabelle 2.3: Genannte Fluchtursachen

Fluchtursachen*	Hauptgrund		Mitgrund	
	Anzahl	%**	Anzahl	%**
Krieg (848)	697	82,2	85	10,0
Lebensgefahr (801)	577	72,0	136	17,0
Kinder in Schule schicken (727)	470	64,6	73	10,0
In Demokratie leben (748)	443	59,2	135	18,0
Verfolgung (759)	436	57,4	135	17,8
Diskriminierung (747)	372	49,8	148	19,8
Persönliche Lebensbedingungen (718)	294	40,9	207	28,8
Zwangsrekrutierung (718)	292	40,7	91	12,7
Familienmitglieder haben Land verlassen (694)	174	25,1	131	18,9
Von der Familie geschickt (682)	123	18,0	91	13,3
Sexuelle Gewalt (688)	121	17,6	85	12,4
Angst vor kulturellen Praktiken (674)	94	13,9	87	12,9
Sonstige (35)	31	88,6	4	11,4

Anmerkungen. *Mehrfachantworten möglich. In Klammern die Anzahl gültiger Angaben von $n = 906$. **Angabe in Prozent bezogen auf die jeweilige Anzahl gültiger Angaben (siehe Spalte 1).

Als weitaus häufigste Angabe mit über 80 bzw. 70% Zustimmung wurden Krieg und Lebensgefahr als Fluchtursache angegeben. Es folgten mit Zustimmungsraten von 40 bis 65% der Befragten persönliche Lebensbedingungen, Verfolgung, Diskriminierung aus religiösen oder ethnischen Gründen, Zwangsrekrutierung sowie der Wunsch, in einer Demokratie zu leben und ihren Kindern die Fortführung ihrer Schulbildung zu ermöglichen. Weniger prominente Gründe waren die Tatsache, dass Familienmitglieder bereits das Land verlassen hatten oder dass die Person von der Familie geschickt worden war. Sexuelle Gewalt oder Angst vor kulturellen Praktiken (Zwangsverheiratung) wurde von etwa 18% der Befragten angegeben, wobei Frauen bei dieser Nennung nicht überproportional vertreten waren. Insgesamt wurden somit gravierende, diverse und zahlreiche Fluchtursachen genannt, wobei im Vordergrund die Gefahr für Leib und Leben stand. Die aktuellen Wohnorte der Befragten zum Zeitpunkt der Befragung sind in **Tabelle 2.4** aufgelistet.

Tabelle 2.4: Aktuelle Wohnorte der Befragten

Wohnorte*	Anzahl	Prozent
Großstädte (ab ca. 100.000 Einwohner)	728	80,3
Jena	377	41,6
Erfurt	227	25,1
Gera	124	13,7
Mittelstädte (ab ca. 20.000 Einwohner)	125	13,8
Ilmenau	31	3,4
Apolda	28	3,1
Eisenach	25	2,8
Altenburg	22	2,4
Sonstige (Gotha, Weimar, Sömmerda u.a.)	20	2,2
Kleinstädte (unter 20.000 Einwohner)	50	5,5
Pößneck	22	2,4
Heilbad Heiligenstadt	9	1,0
Schmöln	8	1,0
Sonstige (Gerstungen, Langewiesen, Kahla u.a.)	11	1,2
Keine Angabe	2	0,2

Anmerkungen: *Nennungen der Städte und Gemeinden nur bei mehr als fünf Personen, ansonsten in der Kategorie Sonstige gelistet.

Mehr als 80 Prozent der rekrutierten Stichprobe wohnte in einer der drei Thüringischen Großstädte Jena, Erfurt oder Gera. Weitere 13,8 Prozent wohnten in Mittelstädten und gut 5,5 Prozent in Kleinstädten oder auf dem Land. Als aktuelle Unterkunft nannten 3,5 Prozent der Geflüchteten eine Erstaufnahmeeinrichtung, 32,0 Prozent wohnten zum Zeitpunkt der Befragung in einer Gemeinschaftsunterkunft und 61,7 Prozent lebten in einer eigenen Wohnung (15 sonstige Nennungen wie z.B. Frauenhaus, Wohngemeinschaft bei 10 fehlenden Angaben).

Hinsichtlich des Aufenthaltsstatus besaß über die Hälfte der Befragten eine Aufenthaltserlaubnis ($n = 514$; 56,7 Prozent). Bei 15,7 Prozent ($n = 142$) war zum Zeitpunkt der Befragung das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen. Bei 11,9 Prozent ($n = 108$) war der Asylantrag bereits abgelehnt, 14,2 Prozent ($n = 129$) befanden sich aufgrund eines Familiennachzugs in Deutschland.

Insgesamt lag damit eine relativ heterogene Stichprobe vor, die mit der Gesamtpopulation Geflüchteter aus den Jahren 2013-2018 in Thüringen hinsichtlich Alter und Geschlecht weitgehend

vergleichbar ist, soweit entsprechende Verteilungen vorliegen (vgl. Statistisches Bundesamt, 2018a, mit Bezug auf das Ausländerzentralregister, Stand 31.12.2017). So lassen vorhandene Daten auf einen Anteil von 65,1 Prozent Männern und 34,7 Prozent Frauen in Thüringen schließen, sodass in der vorliegenden Stichprobe Männer leicht überrepräsentiert sind (70,9 Prozent). Unter den erwachsenen Geflüchteten befinden sich in Thüringen etwa zu gleichen Teilen 18 bis 25-Jährige, 26 bis 35-Jährige und ältere Personen (jeweils 32,0 bis 35,9 Prozent) (Thüringer Landtag 2018a), was der Altersverteilung der vorliegenden Stichprobe gut entspricht. Zur Herkunft der Geflüchteten in Thüringen weist das Ausländerzentralregister mit Personen aus Syrien, Afghanistan und Irak (in absteigender Häufigkeitsfolge) die mit Abstand größten Geflüchteten-Gruppen in Thüringen aus. Diese Gruppen waren auch in der vorliegenden Studie am häufigsten vertreten (mehr als 90 Prozent stammen aus diesen drei Ländern), allerdings liegt der thüringenweite Anteil von Migranten aus diesen Ländern bei ca. zwei Drittel. Somit sind diese Gruppen in der vorliegenden Untersuchung etwas überrepräsentiert. Was den derzeitigen Wohnort der Geflüchteten angeht, so sind in dieser Stichprobe deutlich mehr Personen aus den drei thüringischen Großstädten Erfurt, Jena und Gera vertreten (gut 80 Prozent), als es thüringenweit der Fall ist (ca. 38 Prozent). Entsprechend unterrepräsentiert sind Geflüchtete aus dem klein- und mittelstädtischen Kontext, was eine unmittelbare Folge der relativ guten Rekrutierungsbedingungen und Ausschöpfungsquoten in den Großstädten und insbesondere in Jena war. Weiterführende Fragen der Repräsentativität sind wegen fehlender Verteilungsparameter der Geflüchteten in den für Thüringen verfügbaren Daten (z.B. Bildungsparameter, Berufsausbildung und –Tätigkeit) im Grunde nicht zu beurteilen. Insofern sollten die in den folgenden Kapiteln berichteten Ergebnisse mit der notwendigen Vorsicht im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit interpretiert werden.

2.3 Auswertung der Daten

Die im Folgenden berichteten Befunde orientieren sich zunächst an den deskriptiven Ergebnissen in den einzelnen Themenschwerpunkten, wobei wir insgesamt fünf Kapitel unterscheiden (Psychische Belastungen und Ressourcen, Integrationsvoraussetzungen und Arbeitsmarktintegration, Akkulturationsorientierung, Politische Einstellungen, Kontakte und Diskriminierungserfahrungen, Zukunftserwartungen und Bleibeperspektive). Die Befunde werden dabei nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen differenziert (vgl. Auswertungskodierungen in **Tabelle 2.5**). Dazu gehören das Geschlecht, das Alter, die Herkunft/ Staatsangehörigkeit, die Religionszugehörigkeit und Religiosität, der Aufenthaltsstatus, der Zeitpunkt der Ankunft in Deutschland, der Wohnsitz in Thüringen, die Bildung, der letzte Erwerbsektor im Heimatland und das Fluchtmotiv. Darüber hinaus werden im Text – soweit möglich – auch Vergleiche mit den Daten aus den Thüringen Monitoren 2016, 2017 und 2018 hergestellt (vgl. Best et al., 2016, 2017; Reiser et al., 2018). Zudem ergeben sich zum Teil Vergleichsdaten aus den bereits zitierten Geflüchtetenuntersuchungen in Deutschland sowie internationalen Migrationsstudien, die ebenfalls, soweit verfügbar, zu Interpretationszwecken herangezogen werden. Ergänzende und weiterführende Auswertungen und Analysen des vorliegenden Datensatzes etwa zu Zusammenhängen zwischen den genannten Themenbereichen sind aus Platzgründen folgenden Publikationen vorbehalten.

Tabelle 2.5: Standardauswertungsmerkmale mit Vergleichsgruppen

Auswertungsmerkmal	Vergleichsgruppen
Geschlecht	Männer, Frauen
Alter	18-25 Jahre, 26-35 Jahre, 35 Jahre und älter
Herkunft (Staatsangehörigkeit)	Syrien, Afghanistan, Irak, ggf. Iran, Nordafrika, sonstige
Ethnie	Araber, Hazara, Kurden, Tadschiken, andere
Religionszugehörigkeit	Sunniten, Schiiten, Christen, keine, andere
Religiosität	Ausprägung <i>eher wichtig/wichtig</i> vs. andere Angaben
Schulbildung	Keine, Primarschule, Mittelschule, Oberschule, Studium
Berufsausbildung	Vorhanden, Studium
Ankunft in Deutschland	2013-14, 2015-16, 2017-18
Wohnsitz in Thüringen	Großstädtisch (Wohnortgröße ab 50.000 Einwohner), klein- und mittelstädtisch (Wohnortgröße bis 50.000 Einwohner)
Fluchtmotiv	Bedrohungsursachen (Krieg, Lebensgefahr, Verfolgung u.a.) vs. Wünsche der Lebensgestaltung (schlechte persönliche Lebensbedingungen, wirtschaftliche Lage, Wunsch in Demokratie zu leben u.a.)
Aufenthaltsstatus	Asylantrag gestellt (Aufenthaltsgestattung), Asylberechtigung (Aufenthaltsurlaub), Duldung, subsidiärer Schutz
Kontrollvariablen (wenn nötig)	Sprache des Fragebogens (arabisch, persisch), Art Befragung (schriftlich, als Interview)

Eine große Herausforderung bei schriftlichen Befragungen sind fehlende Angaben der Befragten. Da bereits im Vorfeld durch eigene Erfahrungen und Berichte anderer Studien bekannt war, dass fehlende Angaben bei Geflüchtetenuntersuchungen häufiger vorkommen als bei empirischen Umfragestudien allgemein, wurden die Interviewer*innen insbesondere darin geschult, die Teilnehmer*innen auf ausgelassene Antworten hinzuweisen und entsprechende Angaben nachzuerheben. In vielen Bereichen ist dies zufriedenstellend gelungen (vgl. dazu die jeweils gültigen Antworten zu den einzelnen Themen und Fragen). Dennoch ergaben sich auch in dieser Untersuchung fehlende Auskünfte, die bei einzelnen Auswertungen – je nach Größenordnung – auch Einschränkungen der Aussagekraft oder Repräsentativität nach sich zogen. Hinzu kommt, dass bei Mehrfachantworten, Folgefragen oder Spezifizierungen zum Teil widersprüchliche Angaben gemacht wurden (z.B. verneinende Angabe zu einem Arbeitsverhältnis in Deutschland und zugleich Angaben zum Erwerbsektor, in der eine Person tätig war). Für die vorliegende Untersuchung wurden solche Daten entweder aus anderen einschlägigen Angaben sinnvoll ergänzt und Widersprüche aufgelöst oder es wird im Text, wenn dies nicht möglich war, auf die fehlenden Werte und Widersprüche explizit hingewiesen.

Als statistische Parameter werden im Bericht vor allem relative Anteile in Prozent berichtet. Dabei beziehen wir uns – soweit nicht anders erwähnt oder ausgewiesen – auf jeweils gültige Prozente, d.h. Personen mit fehlenden Werten (keine Angabe) werden bei der Berechnung nicht mitberücksichtigt, die Anzahl der gültigen Fälle jedoch jeweils genannt. Die angewandten statistischen Auswertungsmethoden und die ihnen zugrundeliegenden Fragen werden soweit nötig jeweils in den

Einzelkapiteln näher erläutert, um die Ergebnisse übersichtlicher zu gestalten und die Verständlichkeit zu erleichtern. Wird im Text von signifikanten oder bedeutsamen Unterschieden gesprochen, lag der Auswertung ein statistischer Test mit 95% Zuverlässigkeit zugrunde. Als deskriptive Parameter werden je nach Art der Daten neben Prozentwerten auch das arithmetische Mittel (M) sowie zum Teil auch die Standardabweichung als Abweichungsmaß (SD) berichtet. In wenigen Fällen werden elaboriertere statistische Verfahren eingesetzt, die gesondert erläutert und mit den entsprechenden statistischen Kennwerten berichtet werden.

3. Psychische Belastungen und Ressourcen

Der Einfluss von Migration auf die Gesundheit von Menschen ist seit langem Bestandteil medizinischer, psychologischer und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen (Bas-Sarmiento et al., 2017; Lassetter & Callister, 2009; Virgincar et al., 2016). Dabei wird Migration zumeist als Risikofaktor betrachtet, der die Gesundheit von Migrant*innen durch begleitende Prozesse problematischer Akkulturationsstile wie auch durch ungünstigere sozioökonomische Rahmenbedingungen negativ beeinflusst. Faktoren wie Akkulturationsstress und die Anpassung an ein ungewohntes Klima können sich ebenfalls negativ auf die Gesundheit auswirken (Elliott & Gillie, 1998). Faktoren innerhalb der Aufnahmegesellschaft scheinen dabei einen mindestens ebenso großen Einfluss auf die Gesundheit zu haben wie beispielsweise Individual- oder auch Prämigrationsfaktoren, deren Einfluss insbesondere bei längerfristigen Betrachtungen oft deutlich geringer ausfällt (Lassetter & Callister, 2009).

Migration geht jedoch nicht immer mit Negativfolgen einher (Zissi, 2006). Zumindest bei freiwilliger Migration (d.h. eine ohne äußere Zwänge getroffene Entscheidung, das Heimatland zu verlassen) gibt es Evidenz für Selektions- und Akkulturationsphänomene, bei denen Migration als förderlicher Faktor auftreten kann (Lassetter & Callister, 2009). Dabei beeinflusst Migration die Gesundheit auch durch eine Selbstselektion derer, die sich körperlich wie geistig in der Lage fühlen, ihr Heimatland zu verlassen und sich ein neues Leben in der Fremde aufzubauen können, positiv. So zeigten in verschiedenen Untersuchungen Migrant*innen bessere Gesundheitswerte im Vergleich zur autochthonen Bevölkerung, beispielsweise hinsichtlich geringerer krebs- und diabetesbedingter Mortalitätsraten und krankheitsbedingter Fehltag (DesMeules et al., 2004; Parker Frisbie et al., 2001; Razum et al., 1998).

Im Falle von unfreiwilliger Migration und Flucht ist die Forschungslage indes insofern eindeutig, als sie Geflüchtete als eine Risikogruppe für Erkrankungen insbesondere im Bereich psychischer Probleme begreift (Erim & Brähler, 2016; Gavranidou et al., 2008; Turrini et al., 2017). So konstatiert beispielsweise die Bundespsychotherapeutenkammer, dass vor allem Erkrankungen wie Depressivität und die damit einhergehende Suizidalität wie auch verschiedene Angstsymptomatiken besorgniserregend häufig bei Geflüchteten in Deutschland vorkommen (Bundespsychotherapeutenkammer, 2015). Ein Blick in die internationale Forschung bestätigt dieses Ergebnis. So kommen Turrini und Kollegen in einer umfangreichen Forschungszusammenfassung zu dem Schluss, dass etwa ein Drittel aller Geflüchteten psychisch krank ist (Turrini et al., 2017). Von besonderer Bedeutung scheinen dabei internalisierende Störungen zu sein, die im Kontrast zu externalisierender Symptomatik deutlich häufiger unter Geflüchteten zu finden sind (Turrini et al., 2017). Ein weiterer großer Forschungsbereich widmet sich der hohen Prävalenz von Traumafolgestörungen unter Geflüchteten (Ghaderi, 2016; Schellong et al., 2016). Fast alle Personen, die in den letzten Jahren durch Krieg und Verfolgung gezwungen waren, ihr Heimatland zu verlassen, können von schwerwiegenden und mitunter lebensbedrohlichen Erfahrungen berichten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass alle Personen Erkrankungen wie eine posttraumatische Belastungsstörung oder andere Traumafolgestörungen ausbilden (Kessler et al., 1995; Schellong et al., 2016). Gleichwohl kann man von einem beträchtlichen Risiko für psychische Probleme sprechen, dem Personen nach Traumaerfahrungen unterliegen. So zeigte sich in einer älteren epidemiologischen Arbeit von Kessler und Kolleg*innen (1995), dass die Wahrscheinlichkeit, eine psychische Störung nach dem Erleben eines Traumas zu entwickeln, je nach Art des Traumas und nach Geschlecht der Untersuchten

zwischen 26,9 und 77,6 Prozent für Männer und zwischen 28,1 und 80,8 Prozent für Frauen lag (Kessler et al., 1995). Eine genaue Untersuchung der Exposition potentiell traumatischer Erfahrungen, der Häufigkeit psychischer Belastungssymptome sowie psychischer Erkrankungen von Geflüchteten in Thüringen kann somit wichtige Informationen liefern, um den Bedarf an Beratung, Betreuung und therapeutischen Angeboten für Geflüchtete abzuschätzen.

3.1 Psychische Symptomatik und potentielle Traumata

Im der vorliegenden Untersuchung wurde zunächst die Verbreitung akuter psychischer Belastung unter den befragten Geflüchteten untersucht und die Befunde hinsichtlich soziodemographischer Variablen wie Geschlecht, Alter und Herkunftsland näher differenziert. Zudem erfolgte die Auswertung zu potentiell traumatischen Erlebnissen, die vor und nach Verlassen der Heimat von den Geflüchteten erlebt wurden.

3.1.1 Verbreitung von akuten psychischen Belastungen

Zur Erfassung der psychischen Belastung der Befragten wurden Aussagen aus etablierten Diagnoseinstrumenten entlehnt. Die Liste der erfragten Symptome bestand sowohl aus Fragen zum Bereich depressiver Symptomatik (wie beispielsweise Schwermut) und traumabezogener Symptome (z.B. Alpträume von einem belastenden Ereignis) wie auch externalisierender (wie z.B. Gefühlsausbrüche) und somatoformer Störungen (körperliche Beschwerden und chronische Krankheit). Die Fragen orientierten sich an klassischen klinischen Erhebungsinstrumenten wie die *Symptomcheckliste* (Derogatis, 1979; Franke, 2014) und die *Posttraumatic Symptom Scale* (Schüffel et al., 2004). Konkret wurden die Befragten gebeten, anzugeben, wie sehr sie in den letzten sieben Tagen unter den aufgeführten Beschwerden litten. Dabei hatten sie die Möglichkeit, ihre Antworten auf einer mehrstufigen Antwortskala einzuschätzen, die von 1 = *überhaupt nicht* bis 5 = *sehr stark* reichte. **Abbildung 3.1** gibt den Prozentsatz der Befragten an, der stark bis sehr stark unter den jeweiligen Symptomen litt.

Betrachtet man die Mittelwerte der angegebenen Probleme, so zeigten sich die höchsten Belastungen im Bereich der internalisierenden Symptomatik wie etwa Heimweh ($M = 3,4$), Einsamkeit ($M = 2,9$) und Angstzustände ($M = 2,9$). Auch der Anteil der Personen, die stark bis sehr stark unter den genannten Symptomen litten, war bei diesen Problemen am höchsten (**Abbildung 3.1**). So gaben 50,1 Prozent der Befragten an, stark bis sehr stark, und nur 13,9 Prozent überhaupt nicht unter Heimweh zu leiden. Danach folgten Einsamkeitsgefühle mit 35,2 Prozent und Angstzustände mit 31,9 Prozent Zustimmung, wobei hier der Anteil Nicht-Betroffener größer war. Vergleichsweise gering ausgeprägt waren externalisierende Symptome bzw. Störungen der Impulskontrolle. So gaben 10,0 Prozent der Befragten an, stark bis sehr stark unter unkontrollierbaren Gefühlsausbrüchen zu leiden. Selbstverletzendes und aggressives Verhalten sowie der Drang, Substanzen (wie Alkohol und Drogen) in Selbstmedikation zu verwenden, erreichten Werte von 7,2 bzw. 5,8 Prozent. Diese Ergebnisse decken sich mit dem eingangs erwähnten Phänomen, wonach vor allem Symptome im internalisierenden Bereich, wie etwa eine depressive oder phobische Symptomatik unter den Geflüchteten vorherrscht und die Prävalenz externalisierender Symptome im Vergleich dazu deutlich geringer ausfällt (Turrini et al., 2017). Daneben bestätigen die vorliegenden Ergebnisse die hohe Prävalenz psychischer Erkrankungen Geflüchteter in

Deutschland (Bundespsychotherapeutenkammer, 2015). Vergleicht man die vorliegenden Ergebnisse mit aktuellen Untersuchungen zur Prävalenz psychischer Erkrankungen unter Deutschen, so zeigt sich, dass die Geflüchteten in der vorliegenden Befragung in einem weitaus höheren Ausmaß internalisierende Symptome, in Bezug auf Substanzgebrauch jedoch geringere Werte aufwiesen, als sie in vergleichbaren Studien innerhalb der deutschen Bevölkerung festgestellt wurden (Asselmann et al., 2018).

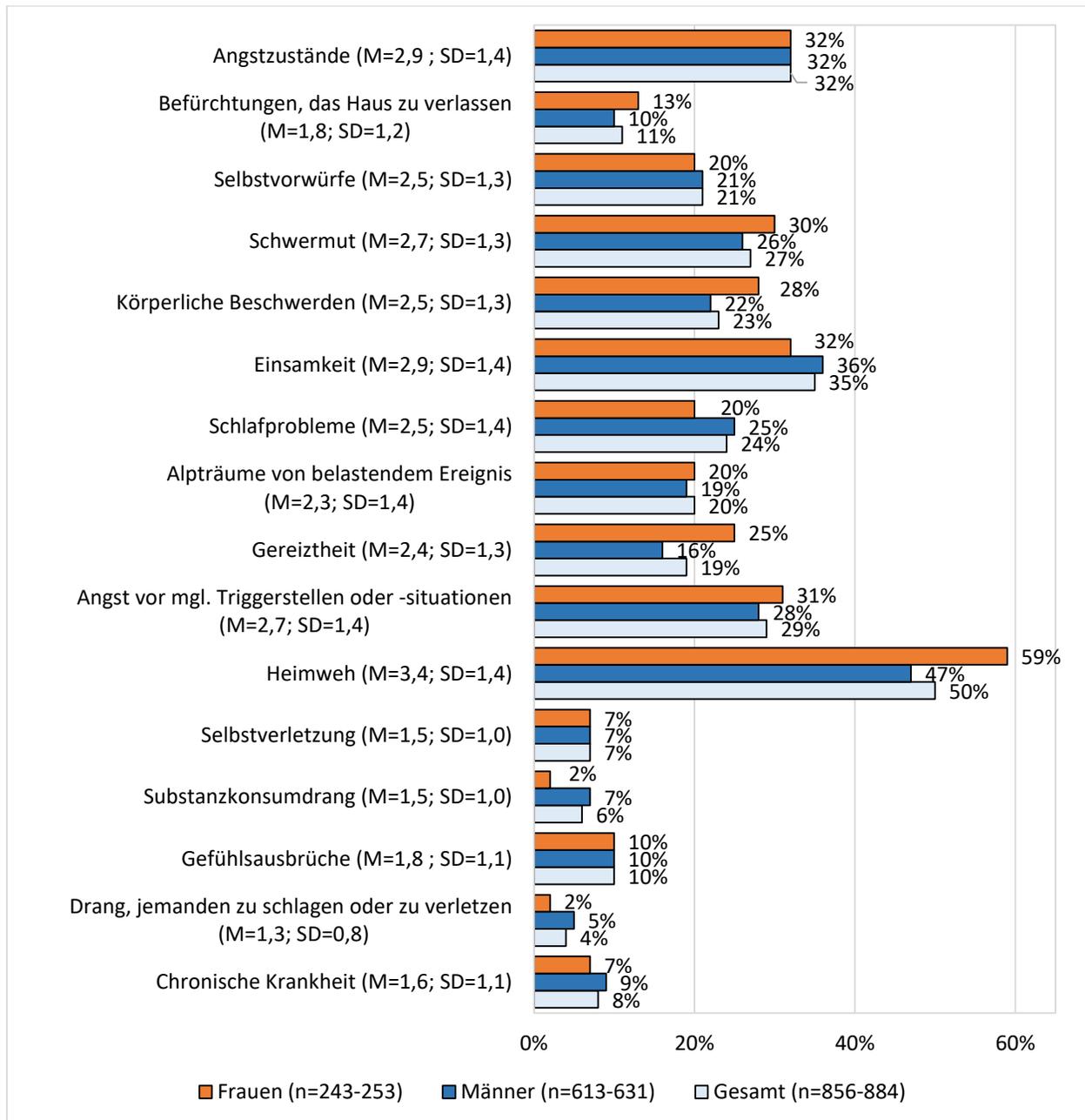


Abbildung 3.1: Starke bis sehr starke Symptombelastung nach Geschlecht in Prozent

Anmerkung: Mittelwerte (M) und Standardabweichungen (SD) beziehen sich auf die Gesamtstichprobe.

Hinsichtlich der Gesamtzahl berichteter Symptome konnten keine signifikanten Belastungsunterschiede zwischen Männern und Frauen festgestellt werden. Unterschiede zeigten sich lediglich auf Ebene einzelner Symptome. So gaben signifikant mehr Frauen an, unter Heimweh zu leiden und größere Befürchtungen zu haben, das Haus allein zu verlassen. Daneben gaben signifikant mehr männliche Befragte an, unter dem Drang, Substanzen zu konsumieren und unter chronischen Krankheiten zu leiden. Derartige Unterschiede in der Symptombelastung und -ausprägung zwischen Männern und Frauen sind allerdings bekannt und auch bei anderen Gruppen und in der Normalbevölkerung zu beobachten (Ernst, 2001; Wittchen & Hoyer, 2011).

Das Alter der Geflüchteten hatte einen bedeutsamen Einfluss auf den Schweregrad psychischer Belastungen. Die Auswertungen ergaben, dass besonders die jüngste Gruppe der 18- bis 25-jährigen Geflüchteten in der Regel ein höheres Maß an Belastungen im Vergleich zu älteren Geflüchteten aufwies (siehe **Abbildung 3.2**).

Auf der einen Seite zeigten sich Symptomzustimmungen, bei denen keine Altersunterschiede auftraten. Das Gefühl von Heimweh wurde beispielsweise über alle Altersgruppen hinweg von circa der Hälfte der Befragten als stark bis sehr stark angegeben (49,8 bis 53,2 Prozent). Auch Angstzustände (30,5 bis 33,0 Prozent) und körperliche Beschwerden (23,2 bis 24,2 Prozent) ergaben keine Unterschiede zwischen den Gruppen. Gruppenunterschiede zeigten sich auf der anderen Seite für Einsamkeitsgefühle. So gaben die 18- bis 25-jährigen (39,8 Prozent) und zudem auch die 26- bis 35-jährigen (38,3 Prozent) einen höheren Schweregrad an Einsamkeitsgefühlen an, als die älteste Gruppe der Befragten von 36 Jahren oder älter (26,3 Prozent). Zudem wiesen die jüngsten Teilnehmenden im Vergleich zu den beiden älteren Altersgruppen signifikant höhere Werte bei Schlafproblemen, bei der Tendenz, sich selbst zu verletzen, beim Substanzkonsum sowie bei Gefühlsausbrüchen und dem Drang, Gewalt anzuwenden, auf.

Bei weiterführenden Analysen, bei denen das Alter und das Geschlecht simultan berücksichtigt wurde, zeigten sich bedeutsame Interaktionen zwischen diesen beiden Merkmalen. In der Gruppe der männlichen Befragten waren die 18- bis 25-Jährigen signifikant häufiger von akuten Einsamkeitsgefühlen, Schlafproblemen, Selbstverletzung, Substanzkonsum, Gefühlsausbrüchen und dem Drang zur Gewaltanwendung betroffen als ihre älteren männlichen Mitbefragten. Unter den Frauen zeigte sich eher ein umgekehrtes Ergebnismuster. So gab die Gruppe der weiblichen Befragten, die 36 Jahre oder älter waren, signifikant häufiger an, unter körperlichen Beschwerden und Erinnerungen an ein belastendes Ereignis zu leiden als ihre jüngeren Geschlechtsgenossinnen.

Die Unterschiedlichkeit psychischer Belastungen nach Alter und Geschlecht in der vorliegenden Untersuchung folgt einer empirisch bereits vielfach bestätigten und nach Geschlecht unterschiedlichen Entwicklung psychischer Erkrankungen. So sind vor allem im Jugend- und jungen Erwachsenenalter unter männlichen Personen Symptome wie Substanzkonsum und externalisierende Störungen prävalenter, die je nach Entwicklungspfad in ihrer Ausprägung verschwinden oder anhalten (Fergusson & Horwood, 2002). Angstsymptomatiken wiederum sind unter weiblichen Personen öfter anzutreffen und können je nach Vorerkrankung im Kindes- und Jugendalter bis ins Erwachsenenalter persistieren (Angold & Costello, 1995).

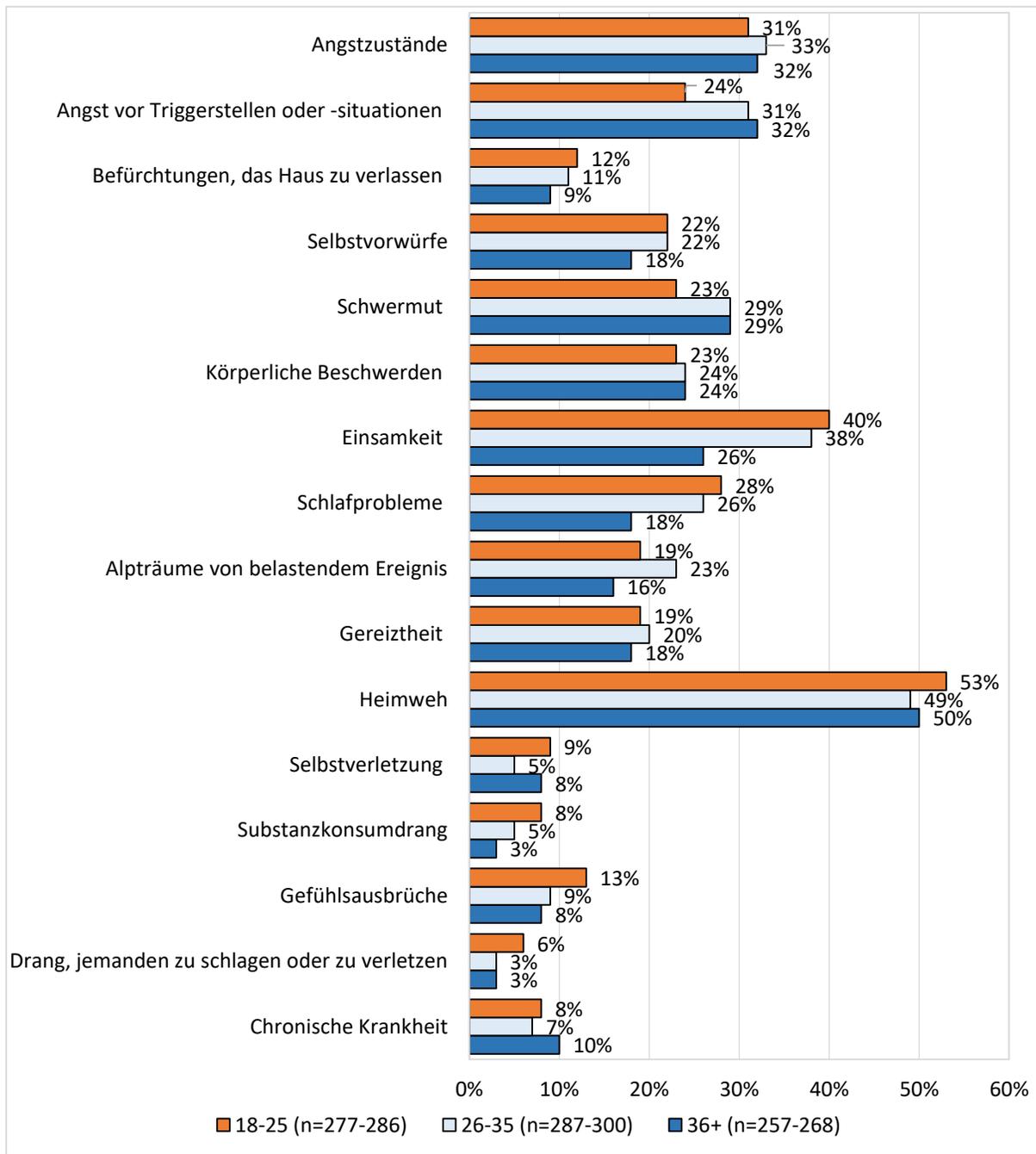


Abbildung 3.2: Starke bis sehr starke Symptombelastung nach Altersgruppen in Prozent

Betrachtet man die psychische Belastung in Abhängigkeit verschiedener Staatsangehörigkeiten, so fanden sich ebenfalls signifikante, wenngleich kleine Unterschiede (siehe **Abbildung 3.3**). Bei Befragten aus dem Iran ergab sich mit 19,5 Prozent die größte Gruppe derer, die kaum unter akuten psychischen Belastungen litten. Dagegen fand sich bei Geflüchteten aus dem Irak die größte Gruppe mit starken und sehr starken Belastungen (11 Prozent). Mit fast 90 Prozent waren Afghan*innen die größte Gruppe, die zum Zeitpunkt der Befragung von psychischer Belastung berichtete. Erwähnenswert ist zudem, dass bei allen Staatsangehörigkeiten die Gruppe derer, die etwas bis ziemlich unter akuter psychischer Belastung

litten, die mit Abstand größte Gruppe bildeten. Erklärungen für die beobachteten Unterschiede können neben den unterschiedlichen politischen Situationen in den Herkunftsländern und den jeweiligen Gefahren für die Bevölkerung vor Ort auch die unterschiedliche Bleibeperspektive der Geflüchteten mit den jeweiligen Staatsangehörigkeiten sein, die sich durch fehlende Planbarkeit und Vorhersehbarkeit als mögliche Quelle akuten Stresses negativ auf die aktuelle psychische Gesundheit auswirken könnte.

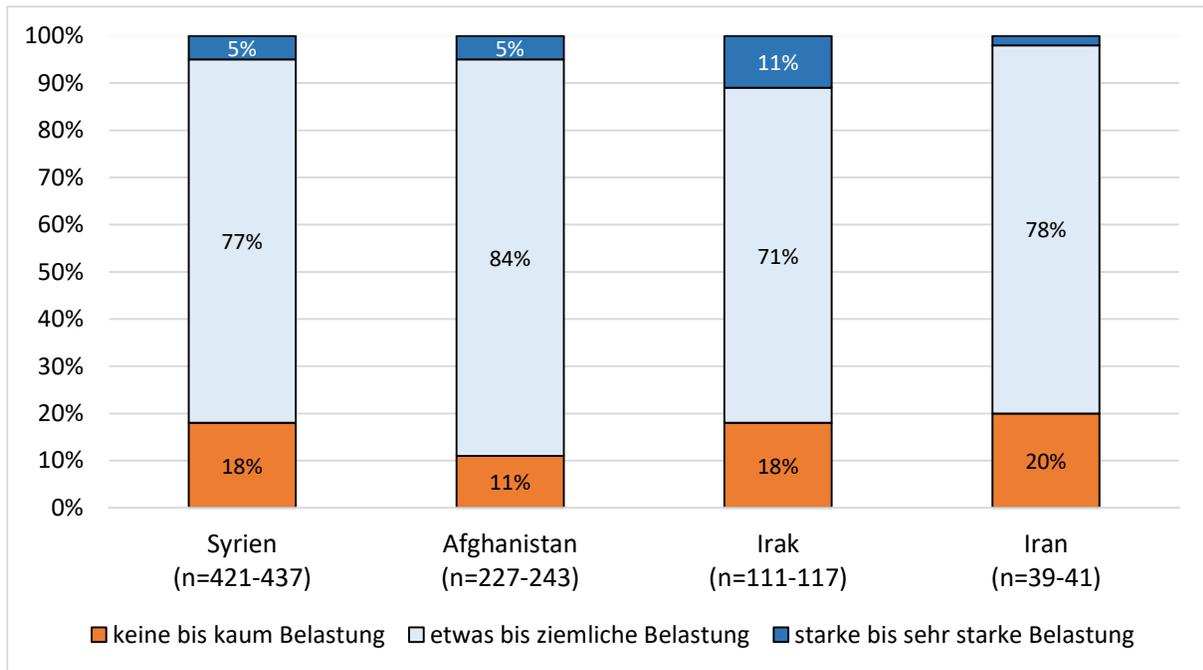


Abbildung 3.3: Akute psychische Belastung nach Staatsangehörigkeit in Prozent

3.1.2 Traumaerfahrungen

Wie bereits eingangs erwähnt sind traumatische Erfahrungen unter Geflüchteten weit verbreitet. So gehen Schätzungen davon aus, dass zwischen 40 und 50 Prozent dieser Gruppe unter einer posttraumatischen Belastungsstörung leiden (Bundespsychotherapeutenkammer, 2015). Um einen Einblick zu erhalten, wie hoch das Ausmaß an Traumaerfahrungen innerhalb der Gruppe der befragten Geflüchteten in Thüringen ist, wurde für die vorliegende Befragung ein ursprünglich englischsprachiger Fragebogen zur Erfassung der Traumageschichte übersetzt. Dabei handelt sich um die *Trauma History Checklist* von Sigvardsson und Kolleg*innen (2017), die anhand von Angaben von Asylsuchenden aus Syrien eine Checkliste potentiell traumatischer Ereignisse, die vor und nach Verlassen der Heimat erlebt wurden, entwickelten (Sigvardsson et al., 2017). Dabei wurden sowohl in der englischsprachigen Originalstudie, als auch in den übersetzten Fassungen des Thüringen-Monitor Integration die Befragten gebeten, auf einer einfachen Ja-Nein-Skala anzugeben, ob sie das aufgeführte Ereignis vor bzw. nach Verlassen der Heimat erlebt hatten. **Tabelle 3.1** zeigt die Verbreitung potentiell traumatischer Erfahrungen in Abhängigkeit vom Geschlecht und **Tabelle 3.2** diese Werte in Abhängigkeit von der Herkunft der Befragten.

Insgesamt zeigten sich besorgniserregend hohe Zustimmungswerte zu erlebten potentiell traumatischen Erfahrungen vor und nach Verlassen der Heimat, wobei zum Teil signifikant bedeutsame Unterschiede zwischen Männern und Frauen identifiziert werden konnten. Über 80 Prozent der Befragten berichteten von Kriegserlebnissen vor Verlassen der Heimat und fast jede*r zweite Geflüchtete davon, eine gewaltsame Trennung von Familie oder Freunden vor und fast jede*r vierte Geflüchtete nach Verlassen der Heimat erlebt zu haben. Männer berichteten signifikant häufiger davon, körperliche Gewalt erlebt und Opfer von körperlicher Gewalt und Folter geworden zu sein. Dieses Ergebnis trifft für Erfahrungen vor und nach Verlassen der Heimat zu. Frauen hingegen berichten häufiger von Kriegserfahrungen vor und nach Verlassen der Heimat und davon, Opfer sexueller Gewalt vor Verlassen der Heimat geworden zu sein. Dieser Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Befragten war statistisch jedoch nicht signifikant.

Tabelle 3.1: Potentiell traumatische Erfahrungen nach Geschlecht

Potentiell traumatische Erfahrungen	Frauen n (%)	Männer n (%)	Zusammenhangs- maß (Cramer's V)
Bevor Sie Ihre Heimat verließen			
Krieg in unmittelbarer Nähe	209 (84,3)	511 (81,8)	0,03
Gewaltsame Trennung von der Familie oder engen Freunden	106 (47,1)	275 (47,3)	0,00
Körperliche Gewalt oder Körperverletzung	61 (25,7)	280 (46,0)	0,19*
Miterleben von körperlicher Gewalt oder Körperverletzung	110 (47,0)	389 (64,4)	0,16*
Folter	76 (33,0)	276 (45,5)	0,11*
Sexuelle Gewalt	35 (15,1)	89 (14,7)	0,01
Andere beängstigende Situationen, die als lebensbedrohlich wahrgenommen wurden	144 (61,5)	423 (69,8)	0,08*
Nachdem Sie Ihre Heimat verließen			
Krieg in unmittelbarer Nähe	41 (21,6)	92 (18,7)	0,03
Gewaltsame Trennung von der Familie oder engen Freunden	51 (25,8)	178 (34,3)	0,08*
Körperliche Gewalt oder Körperverletzung	20 (7,8)	97 (19,0)	0,11*
Miterleben von körperlicher Gewalt oder Körperverletzung	21 (11,1)	109 (21,5)	0,12*
Folter	10 (5,3)	52 (10,3)	0,08*
Sexuelle Gewalt	8 (4,1)	30 (5,9)	0,03
Andere beängstigende Situationen, die als lebensbedrohlich wahrgenommen wurden	32 (16,8)	116 (23,1)	0,07

Anmerkung: Frauen n = 187-248. Männer n = 493-625. *Signifikanter Zusammenhang nach Chi-Quadrat-Test.

Traumatische Erfahrungen unterschieden sich auch danach, aus welchem Land die Befragten nach Deutschland geflüchtet waren. Während die relativ kleine Gruppe der Iraner*innen weitaus weniger von Krieg vor Verlassen ihrer Heimat berichteten, waren die meisten Syrer*innen (90,7 Prozent) als größte Gruppe der Befragung von diesen Erfahrungen betroffen. Daneben scheint sich das Erleben einer gewaltsamen Trennung von Familie oder engen Freunden vor Verlassen der Heimat weniger zwischen den Staatsangehörigkeiten zu unterscheiden, wobei wiederum Iraner*innen mit 60,0 Prozent der Befragten am stärksten betroffen waren. Gleiches galt auch im Hinblick auf sexuelle Gewalt vor Verlassen der Heimat.

Tabelle 3.2: Potentiell traumatische Erfahrungen nach Staatsangehörigkeit

Potentiell traumatische Erfahrungen	Syrien n (%)	Afghanistan n (%)	Irak n (%)	Iran n (%)
Bevor Sie Ihre Heimat verließen				
Krieg in unmittelbarer Nähe	390 (90,7)	184 (77,3)	100 (84,7)	10 (24,4)
Gewaltsame Trennung von der Familie oder engen Freunden	177 (45,3)	111 (49,3)	48 (46,2)	24 (60,0)
Körperliche Gewalt oder Körperverletzung	134 (31,8)	105 (45,5)	59 (53,6)	15 (36,6)
Miterleben von körperlicher Gewalt oder Körperverletzung	242 (58,3)	137 (59,8)	70 (64,2)	21 (51,2)
Folter	171 (40,8)	90 (39,6)	51 (46,8)	19 (48,7)
Sexuelle Gewalt	48 (11,6)	37 (16,1)	20 (18,3)	11 (27,5)
Andere beängstigende Situationen, die als lebensbedrohlich wahrgenommen wurden	266 (63,8)	163 (72,1)	81 (72,3)	23 (59,0)
Nachdem Sie Ihre Heimat verließen				
Krieg in unmittelbarer Nähe	70 (20,5)	41 (22,7)	17 (20,0)	2 (5,3)
Gewaltsame Trennung von der Familie oder engen Freunden	111 (31,4)	73 (37,4)	23 (26,1)	11 (28,9)
Körperliche Gewalt oder Körperverletzung	36 (10,3)	61 (31,8)	10 (11,8)	4 (10,5)
Miterleben von körperlicher Gewalt oder Körperverletzung	44 (12,8)	60 (31,3)	14 (16,9)	4 (10,8)
Folter	21 (6,1)	26 (13,7)	7 (8,5)	3 (8,3)
Sexuelle Gewalt	13 (3,7)	14 (7,3)	4 (4,8)	3 (7,9)
Andere beängstigende Situationen, die als lebensbedrohlich wahrgenommen wurden	53 (15,5)	69 (35,9)	11 (12,9)	7 (20,6)

Anmerkung: Syrer*innen n = 341-430; Afghan*innen n = 180-231; Iraker*innen n = 82-118; Iraner*innen n = 34-41.

In Bezug auf Erfahrungen nach Verlassen der Heimat wurden ebenso Unterschiede zwischen den Personen unterschiedlicher Staatsangehörigkeiten deutlich. So fiel auf, dass Personen aus Afghanistan im Vergleich zu den anderen drei Gruppen wesentlich häufiger körperliche Gewalt selbst erfahren oder miterlebt hatten. Dieses Phänomen mag damit zu tun haben, dass Afghan*innen im Vergleich zu den anderen Gruppen eine längere Fluchtroute absolvieren mussten, sodass es aufgrund der damit verbundenen längeren Fluchtdauer zu mehr potentiell gefährlichen Situationen gekommen sein könnte.

Zusammenfassend bestätigt sich mit den vorliegenden Ergebnissen zu psychischen Symptomen und traumatischen Belastungen das Bild einer multipel belasteten Gruppe von Geflüchteten. Dabei waren vor allem internalisierende Symptome weit verbreitet, die je nach Geschlecht und Alter variierten. Angesichts der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten von potentiell traumatischen Erfahrungen berichtete, besteht für die Geflüchteten ein hohes Risiko, eine posttraumatische Belastungsstörung oder andere klinische Symptome zu entwickeln. Da jedoch nicht alle Personen mit negativen Lebenserfahrungen eine psychische Störung entwickeln, ergibt es zugleich Sinn, nicht nur Gesundheitsrisiken bei Geflüchteten zu betrachten, sondern auch das Vorhandensein von individuellen und sozialen Ressourcen, die mit darüber entscheiden, ob Belastungen tatsächlich in eine psychische Belastung und Erkrankung münden.

3.2 Individuelle und soziale Ressourcen

Um zu untersuchen, über welche Ressourcen die befragte Gruppe Geflüchteter verfügt, wurden neben individuellen Ressourcen wie Resilienz, Empathie und prosozialem Verhalten auch die wahrgenommene soziale Unterstützung als soziale Ressource erfasst.

3.2.1 Resilienz (Widerstandsfähigkeit)

Die Fähigkeit, Belastungen, die sich aus äußeren Umständen ergeben, Lebenskrisen und andere belastende Faktoren wirksam zu bewältigen, ohne typische Belastungssymptome zu entwickeln, spielt für die Aufrechterhaltung von psychischer Gesundheit eine zentrale Rolle. Im Thüringen-Monitor Integration wurde untersucht, in welchem Ausmaß die befragten Geflüchteten über solche Fähigkeiten verfügten und sich die Kompetenzen mit Blick auf Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit unterschieden. Dazu wurden fünf Aussagen aus der *Connor-Davidson-Resilience Scale* verwendet (Aloba et al., 2016; Connor & Davidson, 2003; Sarubin et al., 2015) und die Befragten gebeten, die Aussagen auf einer mehrstufigen Skala von 1 = *trifft nie* über 3 = *trifft manchmal* bis 5 = *trifft meistens* zu beantworten (Beispiel: „*Ich bin fähig mich anzupassen, wenn sich etwas verändert*“). **Abbildung 3.4** gibt den Prozentsatz der männlichen und weiblichen Befragten an, die diese Aussagen mit *trifft oft* zu bzw. *trifft meistens* zu beantwortet hatten.

Die Ergebnisse in **Abbildung 3.4** verdeutlichen, dass mehr als jede*r zweite befragte Geflüchtete eine hohe Zustimmung bei allen fünf Aussagen aufwies. Zwischen 58,6 und 73,5 Prozent der Befragten kamen zu der Einschätzung, dass die vorliegenden Aussagen oft bzw. meistens auf sie zuträfen. Ein Vergleich nach dem Geschlecht der Befragten ergab nur geringe Unterschiede. Während Frauen etwas weniger der Äußerung, sich nicht leicht entmutigen zu lassen, wenn ihnen etwas misslingt, zustimmten, schätzten

sich drei von vier Frauen als starke Person im Umgang mit Lebensherausforderungen ein. Diese Unterschiede zwischen Männern und Frauen waren jedoch statistisch nicht bedeutsam.

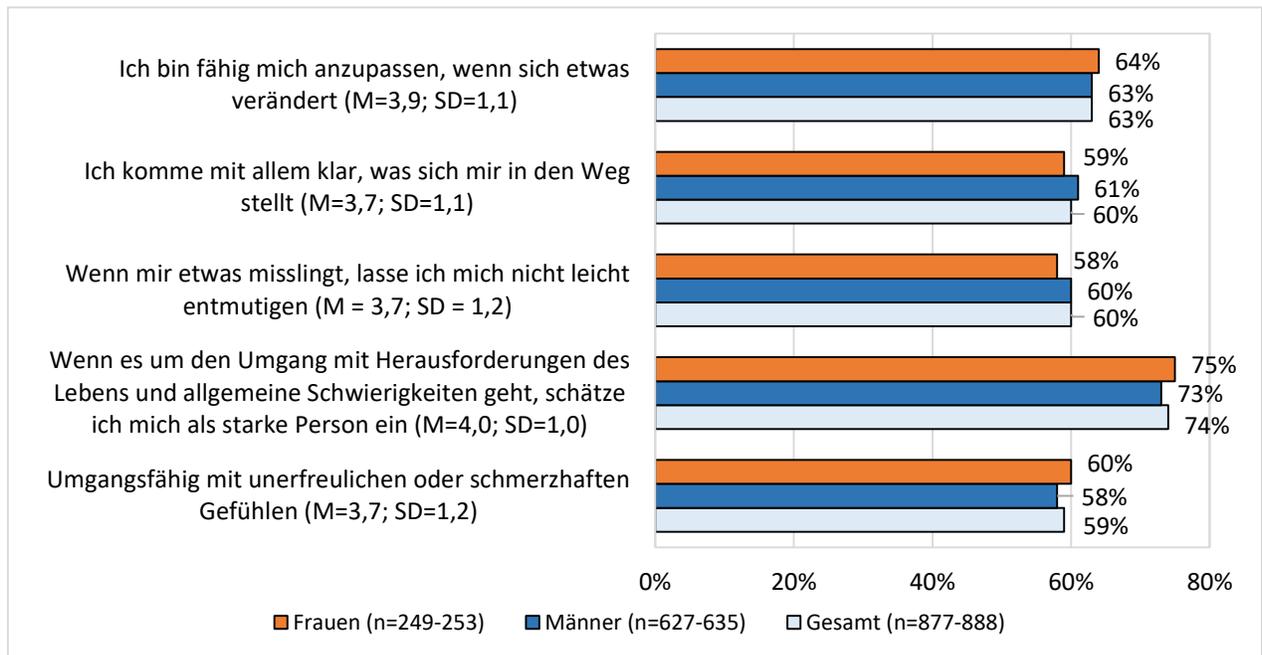


Abbildung 3.4: Aussagen zur Resilienz nach Geschlecht (Zustimmung in Prozent)

Anmerkung: Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft oft* bzw. *trifft meistens zu* bewertet. Die Mittelwerte (M) und Standardabweichungen (SD) beziehen sich auf die Gesamtstichprobe.

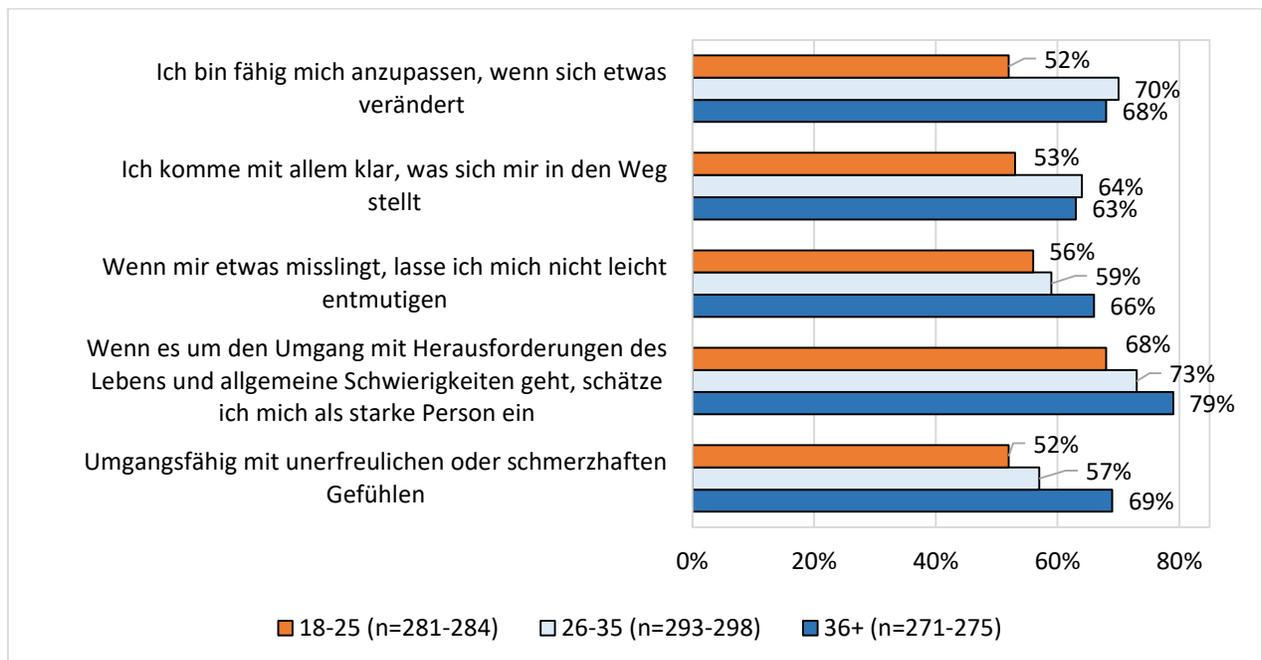


Abbildung 3.5: Aussagen zur Resilienz nach Altersgruppe (Zustimmung in Prozent)

Anmerkung: Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft oft* bzw. *trifft meistens zu* bewertet.

Deutliche Unterschiede ließen sich hingegen beim Alter der Befragungsteilnehmer*innen feststellen (**Abbildung 3.5**). So wies die jüngste Gruppe der 18 bis 25-jährigen Geflüchteten die geringste Zustimmung bei allen fünf Aussagen auf, wobei berücksichtigt werden muss, dass auch hier mehr als die Hälfte der Personen die Aussagen mit *trifft oft* bzw. *trifft meistens* zu bewertet hatten. Während alle drei Altersgruppen den Aussagen, *mit allem klarzukommen, was sich ihnen in den Weg stellt* und *mit unerfreulichen oder schmerzhaften Gefühlen umgehen zu können* etwas verhaltener zustimmten, erreichte die Aussage, sich selbst beim *Umgang mit Herausforderungen als starke Person* einzuschätzen, die größte Zustimmung. Hier stimmten beispielsweise 78,9 Prozent der Gruppe der ältesten Teilnehmenden zu.

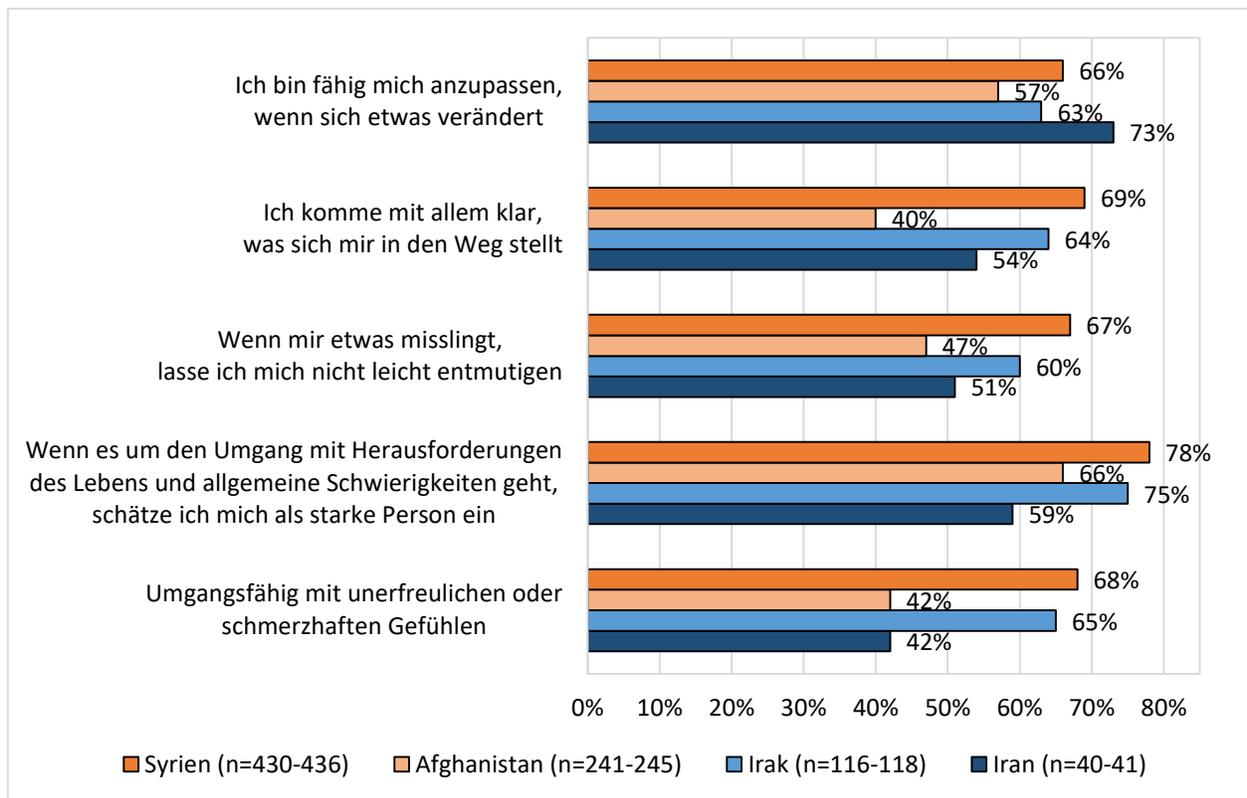


Abbildung 3.6: Aussagen zur Resilienz nach Staatsangehörigkeit (Zustimmung in Prozent)

Anmerkung: Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft oft* bzw. *trifft meistens* zu bewertet.

Auch eine Analyse in Abhängigkeit der Staatsangehörigkeit der Befragten ergab deutliche Unterschiede in den Bewältigungsressourcen (**Abbildung 3.6**). Die signifikant geringsten Zustimmungswerte zeigte dabei die Gruppe der Personen aus Afghanistan. Hier schwankten die Zustimmungsraten zu den Aussagen zwischen 39,9 und 65,7 Prozent. Bis auf die im Kontrast zu Afghan*innen höhere Zustimmung, sich bei Veränderung anzupassen (72,5 Prozent), wiesen Personen aus dem Iran ähnlich geringe Zustimmungswerte zwischen 41,5 Prozent und 58,5 Prozent auf. Die höchsten Zustimmungswerte zeigten dagegen Personen aus Syrien. Hier lag die Zustimmungsraten zu den vorgelegten Resilienzaussagen zwischen 66,3 und 78,4 Prozent. Diese hohen Zustimmungsraten sind allerdings mit dem Einfluss des Alters (siehe oben) konfundiert, da die Befragten aus Syrien auch den höchsten Anteil an Personen aus der höchsten Altersgruppe aufwies (37,1 Prozent zu z.B. 22,5 Prozent bei Personen aus

Afghanistan). Entsprechend kann nicht ausgeschlossen werden, dass hier sowohl das Alter als auch die Herkunft eine wichtige Rolle spielte. So ergab ein statistischer Vergleich zwischen den ältesten Gruppen der Befragten in der Tat, dass die zuvor identifizierten Unterschiede zwischen Afghan*innen und Syrer*innen nicht mehr auftraten.

3.2.2 Empathie

Empathie wird als Fähigkeit verstanden, die Empfindungen, Motivationen und Lebenswirklichkeit eines Gegenübers zu verstehen und darauf angemessen zu reagieren. In vielen Untersuchungen hängt diese Fähigkeit mit sozialer Kompetenz, Bewältigungsfähigkeiten sowie bei geringer Ausprägung mit Vorurteilen und dissozialem Verhalten zusammen. Um die Empathie der befragten Geflüchteten zu erfassen, wurden drei Aussagen vorgelegt, die auf einer mehrstufigen Skala, die von 1 = *trifft nicht zu* über 3 = *teils/teils* bis 5 = *trifft zu* reichte, beantwortet werden konnten (Beispiel: „*Wenn ich über andere Menschen nachdenke, verstehe ich deren Gefühle.*“). Die **Abbildungen 3.7 und 3.8** zeigen die Antwortmuster nach Geschlecht und Altersgruppen.

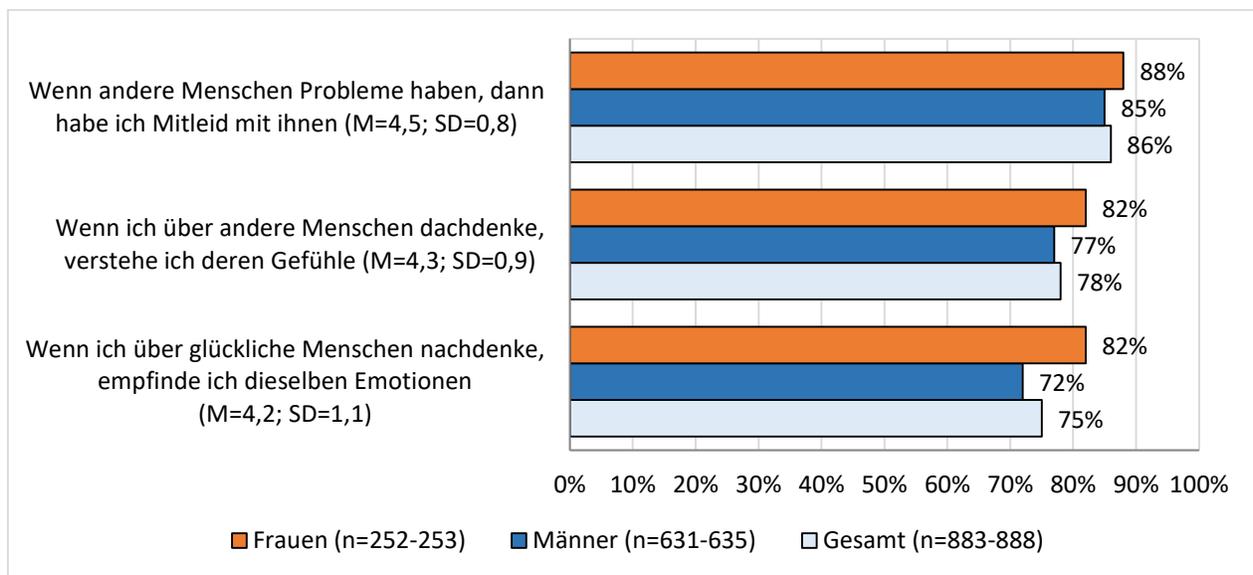


Abbildung 3.7: Empathiewerte nach Geschlecht (Zustimmung in Prozent)

Anmerkung: Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft oft* bzw. *trifft meistens* zu bewertet. Die Mittelwerte (*M*) und Standardabweichungen (*SD*) beziehen sich auf die Gesamtstichprobe.

Beiden Abbildungen sind hohe Zustimmungswerte der befragten Geflüchteten in Bezug auf die selbst-eingeschätzten Empathie zu entnehmen. Für weibliche Befragte ergaben sich leicht höhere Werte, wobei insbesondere die dritte Aussage („*Wenn ich über glückliche Menschen nachdenke, empfinde ich dieselben Emotionen*“) einen signifikanten Unterschied zwischen männlichen (72,4 Prozent Zustimmung) und weiblichen (81,8 Prozent Zustimmung) Geflüchteten aufwies. Auch bei den verschiedenen Altersgruppen ergaben sich Unterschiede, wobei augenscheinlich für die jüngsten Teilnehmer*innen die geringsten (von 66,5 bis 81,3 Prozent) und die ältesten Befragten die höchsten Zustimmungswerte (von 80,0 bis 91,6 Prozent) auftraten. Anschließende Varianzanalysen zeigten, dass die älteste Gruppe der

Geflüchteten im Vergleich zu den anderen beiden jüngeren Gruppen signifikant höhere Empathiewerte hatte.

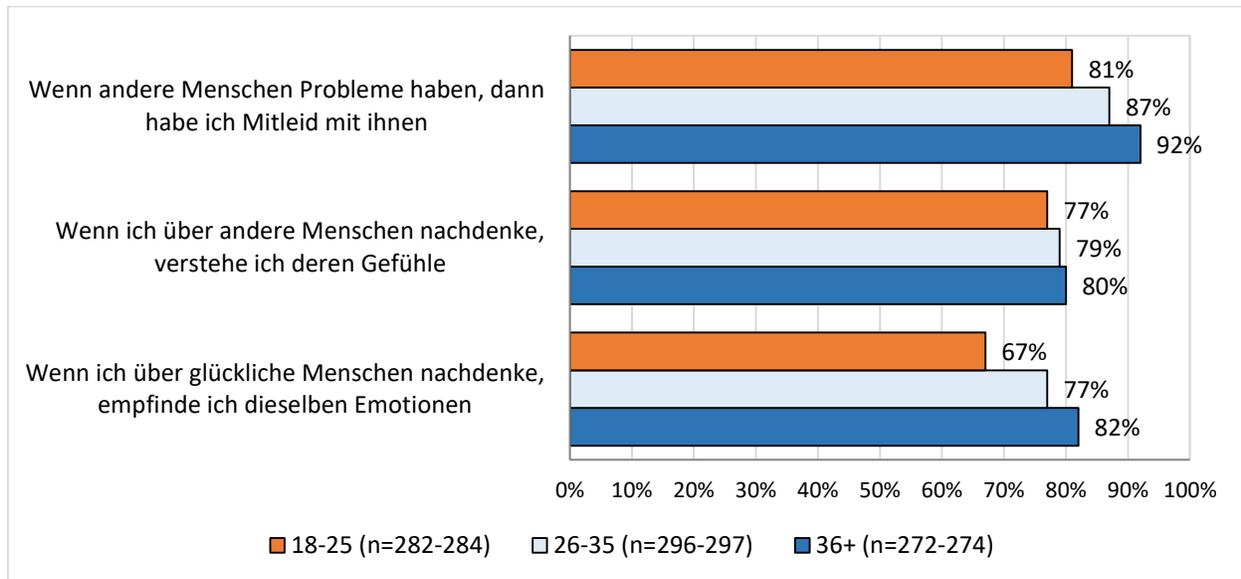


Abbildung 3.8: Empathiewerte nach Altersgruppen (Zustimmung in Prozent)

Anmerkung: Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft oft* bzw. *trifft meistens zu* bewertet.

3.2.3 Prosoziales Verhalten

Als weitere Ressource wurde prosoziales Verhalten bei den Geflüchteten erfasst. Hierbei handelt es sich um die Beurteilung konkreten prosozialen Verhaltens, das mithilfe von drei Aussagen, die der Prosocialness Scale for Adults (Caprara et al., 2005) entstammten, erhoben wurde (Beispiel: „*Ich versuche anderen zu helfen*“). Die Aussagen konnten auf einer mehrstufigen Skala beantwortet werden, die von 1 = *trifft nicht zu* über 3 = *teils/teils* bis 5 = *trifft zu* reichte. **Abbildung 3.9 und 3.10** zeigen die Antwortmuster nach Geschlecht und Altersgruppen.

Über beide Grafiken hinweg wird deutlich, dass eine ausgesprochen hohe Zustimmung zur globalen Hilfsbereitschaft (Aussage: „*Ich versuche anderen zu helfen*“) besteht ($M = 4,6$). Weniger hohe Zustimmungswerte zeigten sich hingegen für die Aussage „*Ich leihe anderen gerne Geld oder andere Dinge aus*“ ($M = 3,8$). Daneben traten nur geringe Geschlechts- und Altersunterschiede auf. Zumeist wiesen Frauen und ältere Befragte höhere Werte auf, signifikant unterschiedlich waren jedoch allein Werte zur globalen Hilfsbereitschaft zu Gunsten der Frauen.

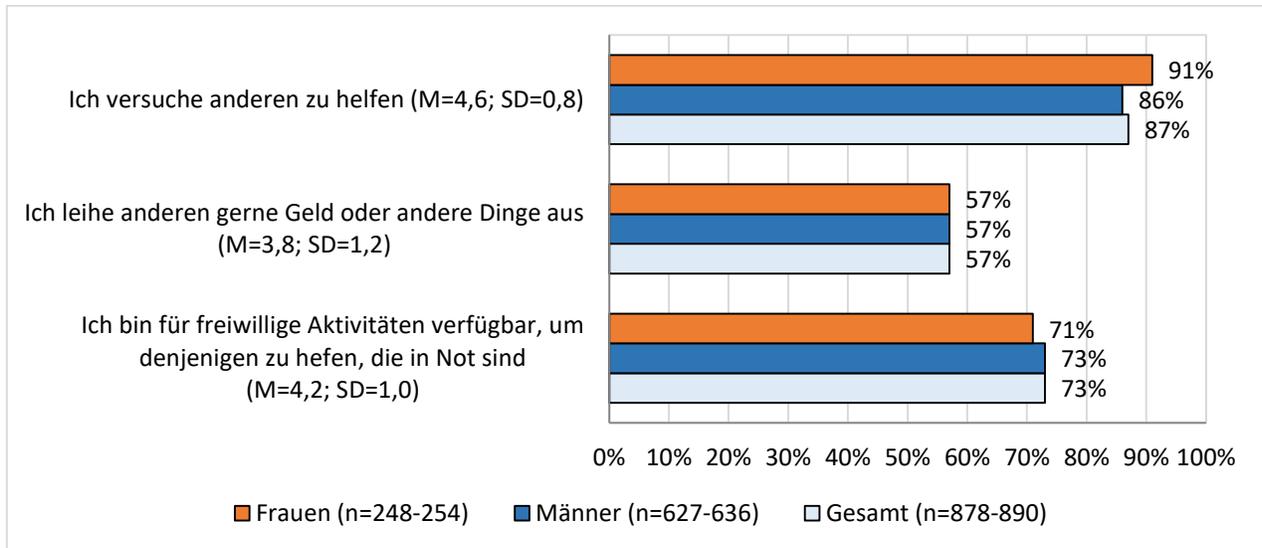


Abbildung 3.9: Prosoziales Verhalten nach Geschlecht (Zustimmung in Prozent)

Anmerkung: Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft oft* bzw. *trifft meistens zu* bewertet. Die Mittelwerte (*M*) und Standardabweichungen (*SD*) beziehen sich auf die Gesamtstichprobe.

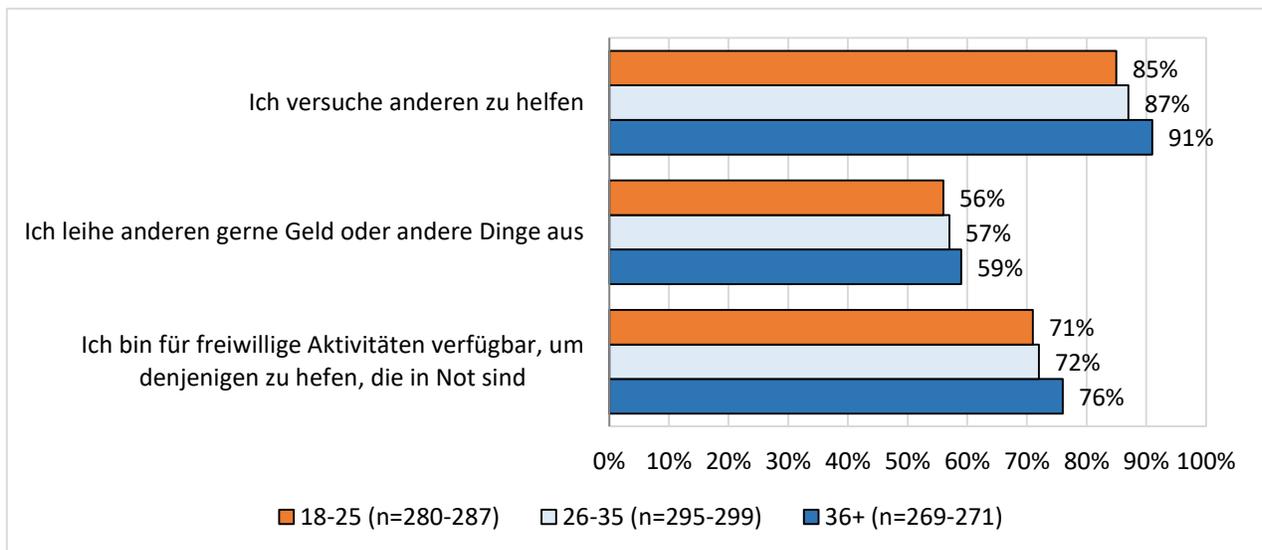


Abbildung 3.10: Prosoziales Verhalten nach Altersgruppen (Zustimmung in Prozent)

Anmerkung: Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft oft* bzw. *trifft meistens zu* bewertet.

3.2.4 Wahrgenommene soziale Unterstützung

Die Aussagen zur wahrgenommenen sozialen Unterstützung als soziale Ressource wurden aus dem Fragebogen zur sozialen Unterstützung (F-SoZu) entlehnt (Fydrich et al., 2007). Dabei handelt es sich um Aussagen, die sowohl die Verfügbarkeit vertrauter Menschen als auch praktische Unterstützung beinhalteten. Es wurden den Befragten vier verschiedene Aussagen vorgelegt, die auf einer mehrstufigen Skala, die von 1 = *trifft nicht zu* über 3 = *teils/teils* bis 5 = *trifft zu* reichte, beantwortet werden konnten (Beispiel: „*Ich habe einen sehr vertrauten Menschen, mit dessen Hilfe ich immer rechnen kann*“). Die **Abbildungen 3.11 und 3.12** zeigen die Antwortmuster nach Geschlecht und Altersgruppen.

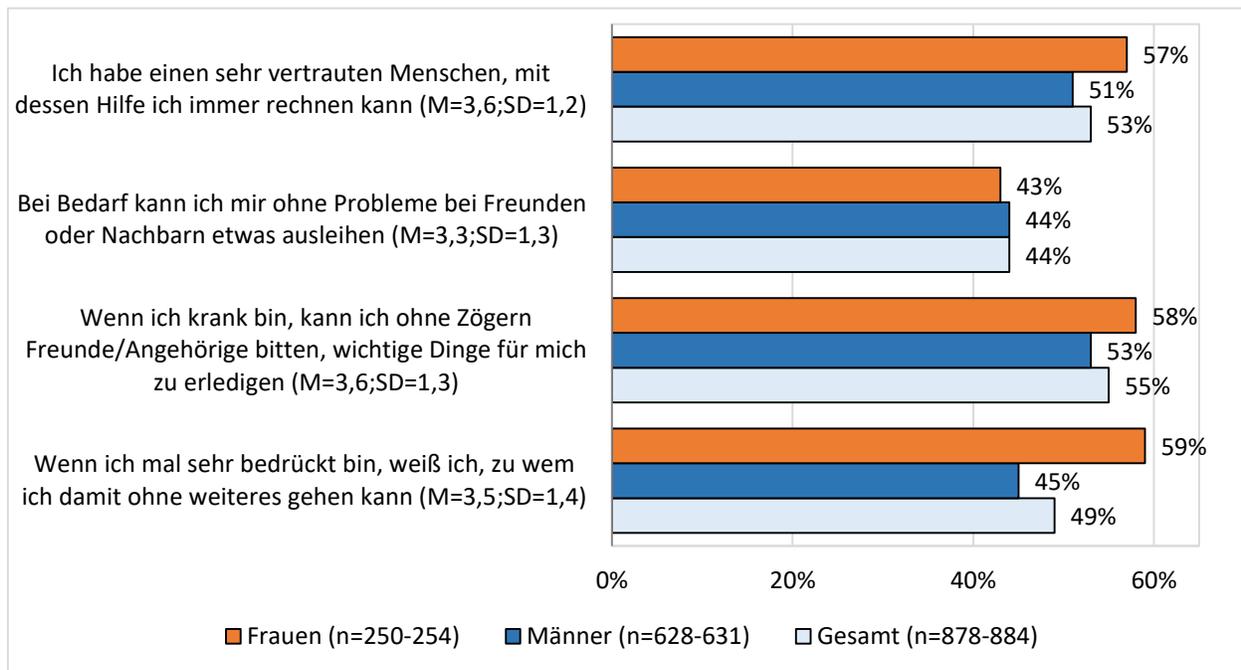


Abbildung 3.11: Wahrgenommene soziale Unterstützung nach Geschlecht (Zustimmung in Prozent)

Anmerkung: Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft oft* bzw. *trifft meistens* zu bewertet. Die Mittelwerte (M) und Standardabweichungen (SD) beziehen sich auf die Gesamtstichprobe.

Ein Blick auf die erzielten Mittelwerte der jeweiligen Aussagen lässt im Vergleich zu den individuellen Ressourcen Empathie und Prosozialität deutlich geringere soziale Ressourcen in der wahrgenommenen Unterstützung vermuten. Hier erreichte die Zustimmung über die Gesamtstichprobe nur Werte zwischen 43,6 und 54,6 Prozent. Frauen zeigten dabei tendenziell höhere Zustimmungswerte als Männer, was sich für die Aussagen „*Ich habe einen sehr vertrauten Menschen, mit dessen Hilfe ich immer rechnen kann*“ und „*Wenn ich mal sehr bedrückt bin, weiß ich, zu wem ich damit ohne weiteres gehen kann*“ statistisch absichern ließ.

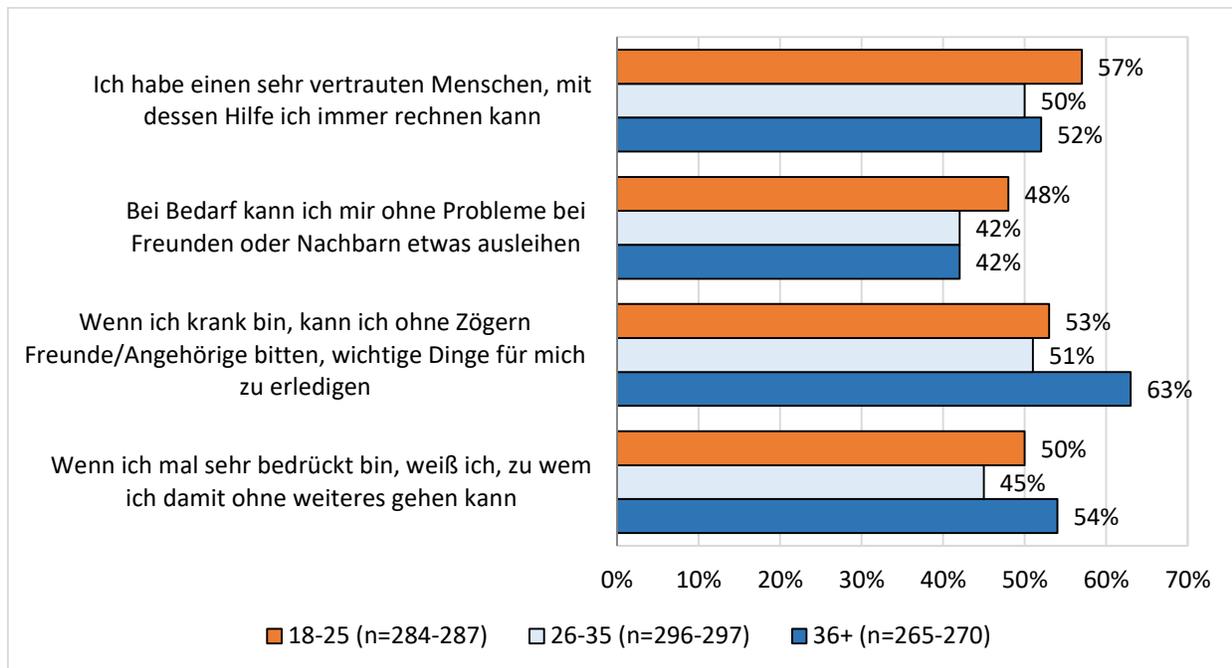


Abbildung 3.12: Wahrgenommene soziale Unterstützung nach Altersgruppen (Zustimmung in Prozent)

Anmerkung: Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft oft* bzw. *trifft meistens* zu bewertet.

Betrachtet man die wahrgenommene soziale Unterstützung nach Altersgruppen, so ergab sich kein konsistentes Bild. Allerdings erwies sich die mittlere Altersgruppe der 26 bis 35-jährigen Befragungsteilnehmer*innen als die Gruppe mit den jeweils geringsten Zustimmungswerten (zwischen 41,9 und 50,3 Prozent), die sich zum Teil signifikant von der der ältesten Teilnehmer*innengruppe unterschied.

3.2.5 Zusammenfassung zu individuellen und sozialen Ressourcen

Insgesamt verfügen die Geflüchteten nach den hier ermittelten Ergebnissen über ein hohes Maß an intrapersonellen Ressourcen. Sowohl die selbsteingeschätzte Resilienz, ihre Empathie als auch das prosoziale Verhalten lassen auf jeweils hohe Ausprägungen dieser Merkmale schließen. Dabei stellten sich die Befragten als relativ homogene Gruppe heraus. Nur vereinzelt konnten Unterschiede in Bezug auf das Geschlecht, die Altersgruppe oder die Herkunft der Befragten nachgewiesen werden. Hinsichtlich der wahrgenommenen sozialen Unterstützung zeigten sich dagegen deutlich geringere Zustimmungswerte, was als Indikator für den durch die Flucht verursachten Verlust des sozialen Netzwerks interpretiert werden kann. Da der Verlust des sozialen Netzwerks und damit einhergehend das Risiko sozialer Isolation als eine wichtige Ursache bei der Entwicklung und Verstärkung einer depressiver Symptomatik von Geflüchteten angesehen wird (vgl. Courtin & Knapp, 2017; Franck et al., 2016), sollte dem offensichtlichen Mangel an sozialer Unterstützung vor dem Hintergrund der bestehenden hohen Prävalenzraten im Bereich internalisierender Störungen in der Beratung und bei Hilfsangeboten höhere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

3.3 Lebenszufriedenheit

Die Befragten wurden auch gebeten, Aussagen hinsichtlich ihrer Lebenszufriedenheit zu machen. Die Aussagen entstammten dem Thüringen-Monitor (vgl. Best et al., 2017) und erlaubten somit eine direkte Kontrastierung der Lebenszufriedenheit zwischen geflüchteten Personen, die in Thüringen leben und der autochthonen Bevölkerung. Insgesamt wurden vier Fragen vorgelegt (siehe **Abbildung 3.13**), die anhand einer mehrstufigen Skala von 1 = *trifft nicht zu* über 3 = *teils/teils* bis 5 = *trifft zu* beantwortet werden konnten. Die vorliegenden Ergebnisse wurden im Anschluss erneut nach Geschlecht, Altersgruppen und Staatsangehörigkeit differenziert.

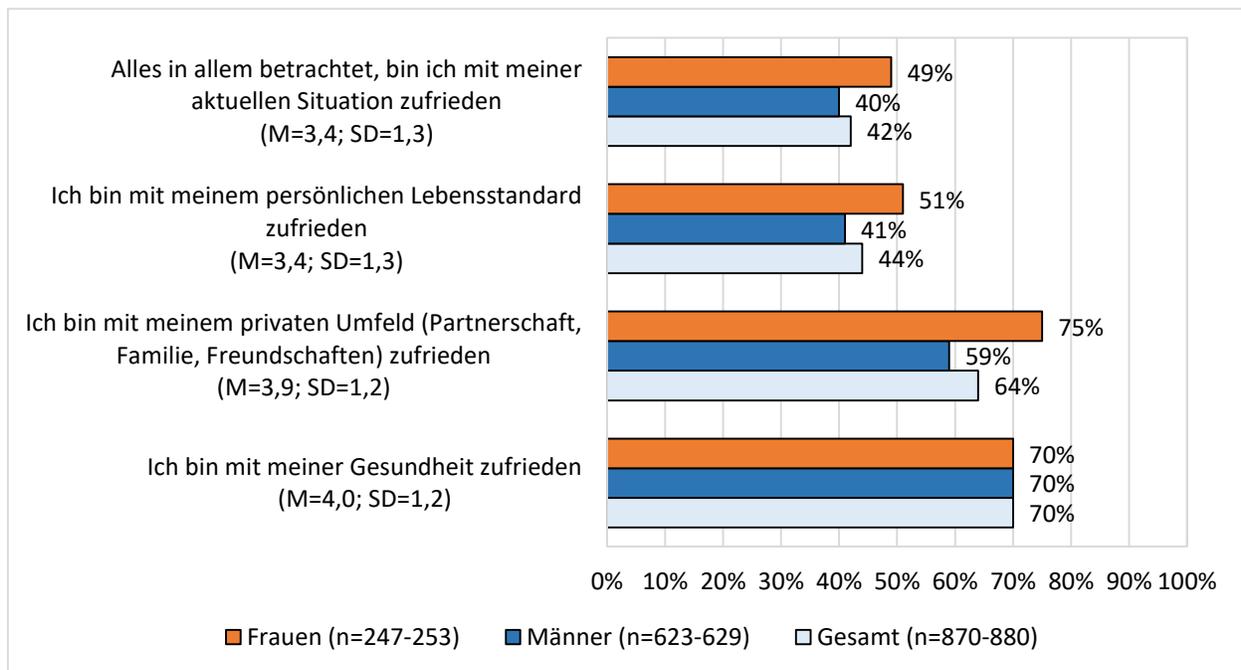


Abbildung 3.13: Lebenszufriedenheit nach Geschlecht (Zustimmung in Prozent)

Anmerkung: Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft eher zu* bzw. *trifft zu* bewertet. Die Mittelwerte (*M*) und Standardabweichungen (*SD*) beziehen sich auf die Gesamtstichprobe.

Abbildung 3.13 zeigt den Prozentsatz derjenigen Personen, die den vorgelegten Aussagen zur Lebenszufriedenheit zustimmten (*trifft eher zu* bzw. *trifft zu*). Insgesamt ergaben sich Zustimmungsraten von ca. 40 bis 70 Prozent. Es zeigten sich höhere Zustimmungswerte bei den Bereichen des persönlichen Umfelds und der eigenen Gesundheit sowie relativ deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Frauen stimmten im Vergleich zu Männern allen Aussagen häufiger zu. Diese Geschlechtsunterschiede waren mit Ausnahmen der Aussage „*Ich bin mit meiner Gesundheit zufrieden*“ statistisch bedeutsam. Vergleicht man die Zufriedenheit der befragten Geflüchteten mit vorliegenden Daten des Thüringen-Monitors 2017 (Best et al., 2017), so ergaben sich deutliche Unterschiede (bei allerdings nicht ganz deckungsgleichen Itemformulierungen und Skalenstufen). Während bei beiden Befragungsgruppen gewisse Unterschiede zu Gunsten der Frauen festgestellt werden konnten, wiesen Geflüchtete im Vergleich zur autochthonen Bevölkerung insgesamt niedrigere Zustimmungswerte zur Lebens-

zufriedenheit auf (vgl. **Abbildung 3.14**). So gaben 89 Prozent der männlichen und 96 Prozent der weiblichen Befragten im Thüringen-Monitor an, sehr oder eher mit ihrem persönlichen Lebensstandard zufrieden zu sein (Best et al., 2017). Dies war jedoch nur bei 40,5 Prozent der männlichen und 51,4 Prozent der weiblichen Befragten der vorliegenden Untersuchung der Fall. Diese Zahlen sind sicher Ausdruck eines erlebten Verlustes des gewohnten Lebensstandards in den Herkunftsländern.

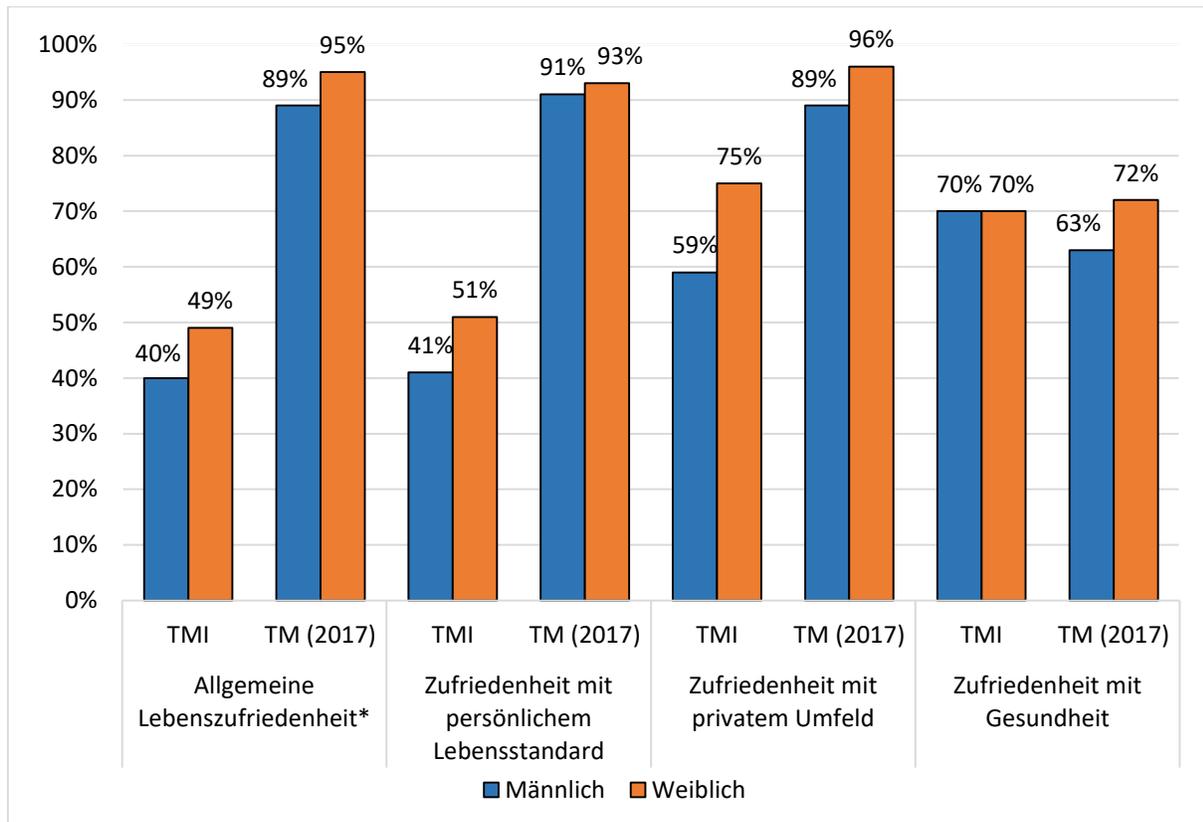


Abbildung 3.14: Lebenszufriedenheit in bestimmten Bereichen nach Geschlecht. Vergleiche mit den Ergebnissen des Thüringen-Monitors 2017

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Gruppengröße: Thüringen-Monitor Integration (TMI) männlich ($n=623-629$), weiblich ($n=247-253$). Thüringen-Monitor (TM) 2017 männlich ($n=508$), weiblich ($n=524$). *Diese Aussage lautet im Thüringen-Monitor *Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden* und im Thüringen-Monitor Integration *Alles in allem betrachtet, bin ich mit meiner aktuellen Situation zufrieden*. Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft eher bzw. trifft zu* bewertet.

Beim Vergleich der Altersgruppen wurden ebenfalls signifikante Unterschiede deutlich (**Abbildung 3.15**). Ähnlich wie bei den Angaben zur Resilienz zeigte auch hier die Gruppe der 18 bis 25-jährigen die geringsten Zustimmungsraten, die zwischen 38,9 Prozent (Zufriedenheit mit der aktuellen Lebenssituation) und 68,5 Prozent (Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit) schwankten. Demgegenüber zeigten sich in der Regel die höchsten Zufriedenheitswerte bei den Personen, die 36 Jahre oder älter waren. Im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung und den Daten aus dem Thüringen-Monitor von 2017 (Best et al., 2017) ergaben sich somit deutliche Unterschiede (**Abbildung 3.15**). Auch wenn in diesem Fall die Einteilung der Altersgruppen nicht ganz deckungsgleich gelingt, so verringerte sich mit

steigendem Alter die Lebenszufriedenheit der autochthonen Bevölkerung, während sie bei den befragten Geflüchteten der vorliegenden Studie in der Regel stieg.

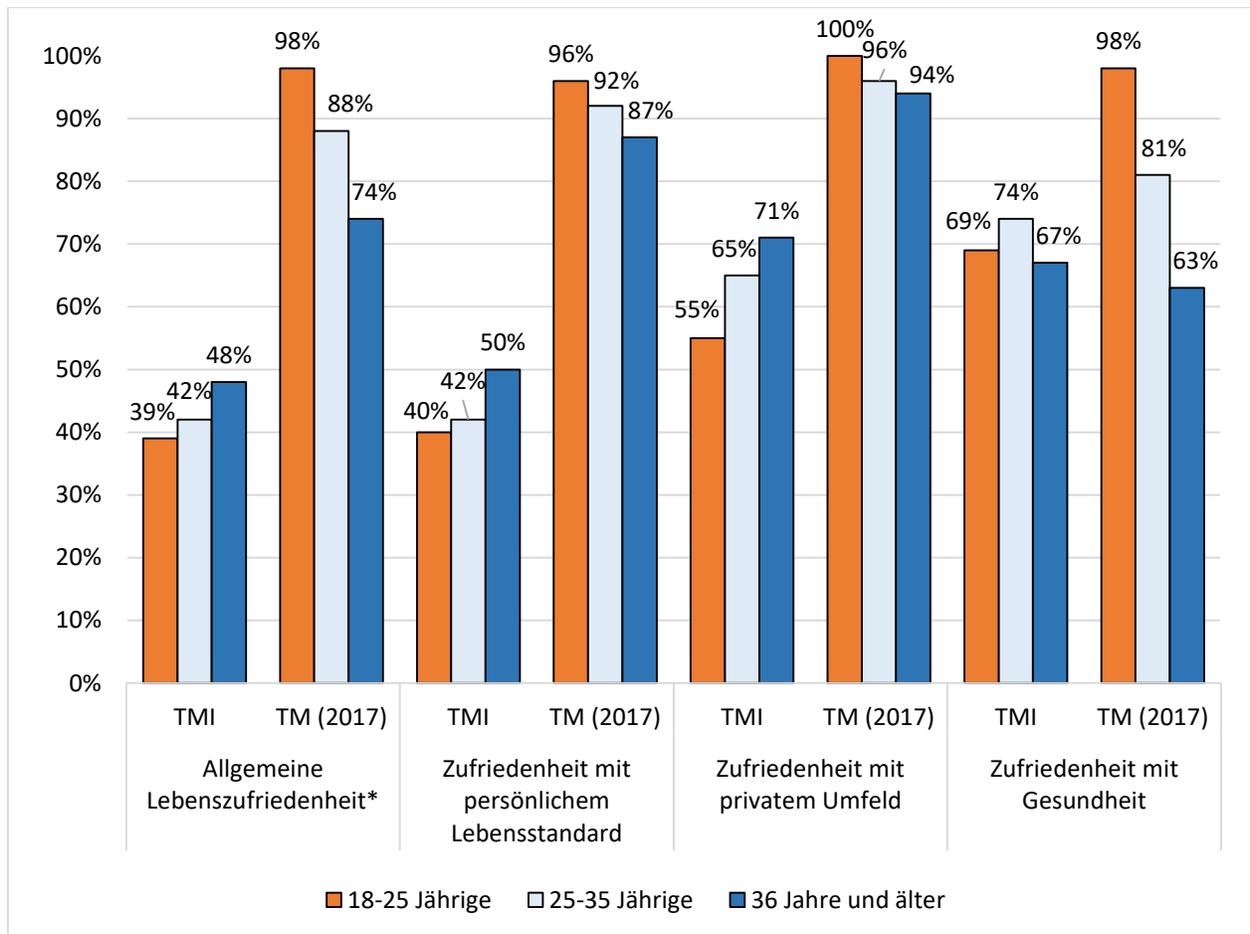


Abbildung 3.15: Lebenszufriedenheit in bestimmten Bereichen nach Altersgruppen. Vergleiche mit den Ergebnissen des Thüringen-Monitors 2017.

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Gruppengröße: Thüringen-Monitor Integration (TMI) Altersgruppe 1 (18-25 Jahre, $n = 279-283$). Altersgruppe 2 (26-35 Jahre, $n = 292-299$), Altersgruppe 3 (= 36+, $n = 264-269$). Thüringen-Monitor (TM) Altersgruppe 1 (18-24 Jahre, $n = 62$). Altersgruppe 2 (25-34 Jahre, $n = 138$). Altersgruppe 3 (35-44 Jahre, $n = 135$). *Diese Aussage lautet im Thüringen-Monitor *Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden* und im Thüringen-Monitor Integration *Alles in allem betrachtet, bin ich mit meiner aktuellen Situation zufrieden*. Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft eher* bzw. *trifft zu* bewertet.

Bei diesem Ergebnis können auf Seiten der Geflüchteten Kohorteneffekte vermutet werden. So könnte für Geflüchtete jüngeren Alters das Wegfallen der eigenen Lebenswirklichkeit, der damit verbundene Verlust des sozialen Netzwerks und die im Ankunftsland neuen und mitunter als schlechter empfundenen Lebensbedingungen größere Auswirkungen auf die aktuelle Lebenszufriedenheit haben, als für ältere Generationen. Da die Forschungslage hinsichtlich der Unterschiede zwischen Altersgruppen eher davon ausgeht, dass sich jüngere Migrant*innen langfristig gesehen besser in der Aufnahmegesellschaft zurechtfinden als ältere, kann der vorliegende Befund höchstens als Momentaufnahme anfänglicher Akkulturationsherausforderungen einer besonderen Gruppe von Migrant*innen betrachtet

werden. Insgesamt fiel der Vergleich mit der autochthonen Bevölkerung in der Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen zu Ungunsten der geflüchteten Befragungsgruppe aus. Ähnlich wie bei der Kontrastierung zwischen Männern und Frauen sticht besonders deutlich die ungleiche Zufriedenheit mit dem persönlichen Lebensstandard hervor (am deutlichsten im Vergleich der jüngsten Altersgruppe). Dabei ist das Wegfallen des bekannten Lebensstandards und die teilweise Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vermutlich ein wesentlicher Grund für diese Bewertung.

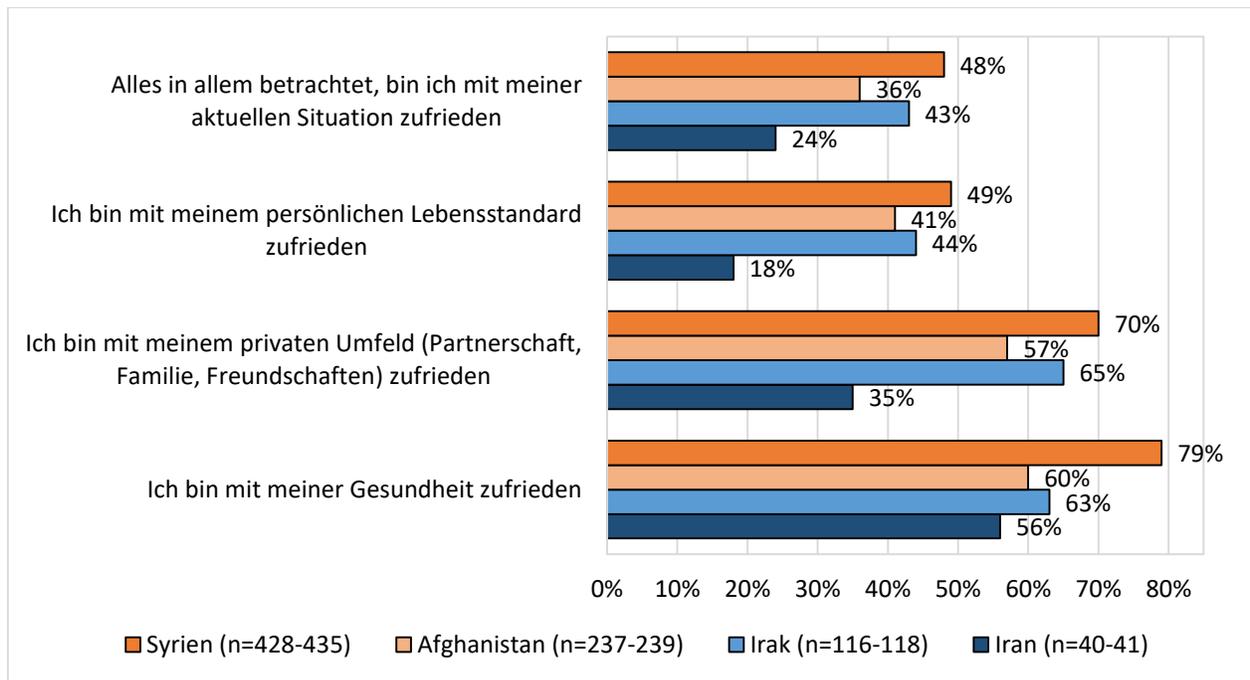


Abbildung 3.16: Lebenszufriedenheit nach Staatsangehörigkeit (Zustimmung in Prozent)

Anmerkung: Als Zustimmung wurden die Antworten *trifft eher* bzw. *trifft zu* bewertet.

Die Einschätzung der eigenen Lebenszufriedenheit unterschied sich zwischen Personen unterschiedlicher Staatsangehörigkeiten deutlich (vgl. **Abbildung 3.16**). Trotz zum Teil stark unterschiedlich großer Vergleichsgruppen zeigten Personen aus dem Iran insgesamt die geringsten Zustimmungswerte, was unter anderem deutlich in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem derzeitigen Lebensstandard sichtbar wurde. Mit ihrer Gesundheit waren Syrer*innen mit 78,6 Prozent der Befragten am ehesten zufrieden. Statistische Analysen (Varianzanalysen) bestätigten in Teilen die Unterschiede der Lebenszufriedenheit zwischen den einzelnen Herkunftsgruppen. Syrer*innen waren im Vergleich zu allen drei anderen Gruppen signifikant zufriedener. Dies kann auch mit dem Aufenthaltsstatus der Befragungsteilnehmer*innen konfundiert sein. Die befragten Syrer*innen wiesen zu 72,0 Prozent eine Aufenthaltserlaubnis auf, während dies unter Afghan*innen für 42,0 Prozent, unter Iraker*innen für 46,7 Prozent und unter Iraner*innen für lediglich 22,0 Prozent der Fall war. Dadurch profitierten Syrer*innen möglicherweise von sichereren und somit vorhersehbareren Lebensbedingungen, was für die Aufrechterhaltung von Lebenszufriedenheit einen wesentlichen Einflussfaktor darstellt (vgl. Antonovsky, 1997).

3.4 Einflussfaktoren auf die psychische Belastung Geflüchteter

In der Migrationsforschung kann bei der Untersuchung von Einflussfaktoren auf die psychische Belastung von Geflüchteten zwischen Prä-, Peri- und Postmigrationsfaktoren unterschieden werden (Porter & Haslam, 2015). Unter die Prämigrationsfaktoren fallen jene Einflüsse, deren Wirkungsgrad auf individueller Ebene bzw. vor Verlassen der Heimat festzustellen ist. Beispiele hierfür sind feste Faktoren wie unter anderem das Geschlecht oder das Alter, aber auch Erlebnisse vor Verlassen des Heimatlandes. Faktoren, die während der Flucht auftreten, wie etwa traumatische Ereignisse, werden im Folgenden als Perimigrationsfaktoren bezeichnet. Postmigrationsfaktoren wiederum sind alle Faktoren, deren Auswirkung erst nach Ankunft im Gastland auftreten, wie beispielsweise der Aufenthaltsstatus.

Autoren wie Lassetter und Callister (2009) gehen – wie bereits eingangs erwähnt – davon aus, dass es einen starken Einfluss von Postmigrationsfaktoren auf die Gesundheit Geflüchteter gibt. Vielfache empirische Evidenz liegt etwa für gesundheitsschädliche Auswirkungen von Diskriminierungserfahrungen vor (vgl. Ziegler & Beelmann, 2009). Im Rahmen des Thüringen-Monitors Integration wurde daher ausgewertet, welche Prä-, Peri- und Postmigrationsfaktoren am höchsten mit psychischer Belastung zusammenhängen (**Tabelle 3.3**). Dabei wurde die akute psychische Belastung als aufsummierter Mittelwert der in **Abbildung 3.1** aufgeführten psychischen Symptome gebildet und mit den unterschiedlichen Faktoren korreliert.

Für demographische Variablen wie Alter bzw. Geschlecht und der akuten psychischen Belastung ergab sich kein signifikanter Zusammenhang zur psychischen Symptomatik, ebenso wie für die Art der Fluchtursachen und die Anzahl traumatischer Ereignisse vor der Flucht. Dagegen zeigten sich geringe, aber signifikante Zusammenhänge für die Personenmerkmale Resilienz, Empathie und prosoziales Verhalten jeweils in die angenommene Richtung (d.h. belastungsreduzierend). Eine hohe religiöse Überzeugung ging dagegen positiv mit dem Ausmaß psychischer Belastung einher.

Im Gegensatz zu den Prämigrationsfaktoren stand die Anzahl erlebter Traumata *während* der Flucht allerdings in einem stärkeren Zusammenhang zur akuten psychischen Belastung. Auch wenn Personen alleine fliehen mussten, führte dies tendenziell zu größeren Belastungswerten. Ebenso ließen sich bei der Betrachtung von Postmigrationsfaktoren mehrere relevante Einflussgrößen für die psychische Gesundheit ausmachen. Das Leben in einer Gemeinschaftsunterkunft, ein unsicherer Aufenthaltsstatus¹, die negative Erfahrung von Landsleuten mit Deutschen sowie eigene Diskriminierungserfahrungen wirkten sich negativ auf die psychische Gesundheit aus und konnten somit als Risikofaktoren der psychischen Gesundheit identifiziert werden.

¹ Die Variable Aufenthaltsstatus wurde für die Analysen zu einer dreifach kategorialen und bipolaren Variablen zusammengefasst: -1 = abgelehnt bzw. unklarer Aufenthaltsstatus, 0 = Verfahren noch nicht beendet, +1 = Erlaubnis bzw. Familiennachzug. Eine negative Korrelation (Tabelle 3.3) bzw. Regressionskoeffizient (Tabelle 3.4) bedeuten im Falle einer -1 Kodierung (= unsicher) somit einen Anstieg der psychischen Belastung, im Falle einer +1 Kodierung (= sicher) eine Reduktion der psychischen Belastung.

Tabelle 3.3: Zusammenhang zwischen Einflussfaktoren und psychischer Belastung

Einflussfaktoren	Psychische Belastung	
	Korrelation	n
Präigrations- und Individualfaktoren		
Alter	- 0,06	860
Geschlecht	- 0,01	893
Bildungsstand	- 0,04	892
Fluchtursache eher Gefahr für Leib und Leben	- 0,01	896
Fluchtursache Wunsch nach besserem Leben	0,00	899
Anzahl Traumatische Erlebnisse vor der Flucht	0,11*	886
Resilienz	- 0,13*	893
Empathie	- 0,11*	890
Prosoziales Verhalten	- 0,09*	893
Religiöse Überzeugung	0,15*	881
Perimigrationsfaktoren		
Flucht alleine	0,11*	882
Anzahl traumatische Erlebnisse nach Verlassen der Heimat	0,27*	760
Dauer der Migration	0,07	857
Postmigrationsfaktoren		
Art der Unterkunft: Erstaufnahme (Ja/Nein)	0,07	899
Art der Unterkunft: Gemeinschaftsunterkunft (Ja/Nein)	0,16*	890
Art der Unterkunft: Wohnung (Ja/Nein)	- 0,18*	890
Aufenthaltsstatus (von -1 = unsicher bis +1 = sicher)	- 0,19*	899
Wahrgenommene soziale Unterstützung	0,13*	892
Enge Freundschaften (Anzahl) in Deutschland	- 0,02	894
Kontakt zu Deutschen	- 0,01	890
Möglichkeiten für Kontakt zu Deutschen	- 0,12*	892
Häufigkeit positiver Erfahrungen mit Deutschen	- 0,13*	891
Häufigkeit negativer Erfahrungen mit Deutschen	0,14*	888
Häufigkeit positiver Erfahrungen mit Deutschen (Landsleute)	- 0,02	880
Häufigkeit negativer Erfahrungen mit Deutschen (Landsleute)	0,12*	878
Diskriminierungserfahrung	0,25*	892
Zukunftsoptimismus	- 0,18*	879
Lebenszufriedenheit	- 0,36*	889

Anmerkungen: *Signifikanter Zusammenhang ($p < .05$)

Weitere signifikante Einflüsse auf die psychische Gesundheit ergaben sich für die wahrgenommene soziale Unterstützung, die Kontaktoptionen und -qualitäten mit deutschen Personen sowie die eingeschätzte Lebenszufriedenheit und den Zukunftsoptimismus, die negativ mit dem Ausmaß psychischer Belastung korrelierten. Diese Befunde decken sich weitgehend mit Ergebnissen der aktuellen Migrationsforschung, wonach sich unter anderem die erlebte Diskriminierung, die Wohnsituation sowie der unsichere Aufenthaltsstatus negativ auf die psychische Gesundheit auswirken (Beiser & Hou, 2017; Fazel et al., 2012; Porter & Haslam, 2015; Ziegler & Beelmann, 2009). Ebenso bestätigten sich in der vorliegenden Befragung Annahmen, wonach die soziale Eingebundenheit im Aufnahmeland ein wesentlicher Schutzfaktor ist (Beiser & Hou, 2017). Insgesamt unterstützen die vorliegenden Befunde somit das Ergebnis, dass Postmigrationsfaktoren einflussreicher im Hinblick auf die psychische Belastung von Geflüchteten sind als Individual- oder Prämigrationsfaktoren (vgl. auch Lassetter & Callister, 2009). Eine abschließende Regressionsanalyse bestätigte diesen Befund (**Tabelle 3.4**). Als wichtigste Prädiktoren für psychische Belastungen erwiesen sich danach die Lebenszufriedenheit der Befragten (je höher, desto weniger Belastungen) gefolgt von den erlebten Diskriminierungserfahrungen (belastungsstärkend). Weitere signifikante Einflussfaktoren waren der Aufenthaltsstatus (je unsicherer, desto mehr Belastungen), religiöse Überzeugungen und die Resilienz (jeweils je höher, desto geringer die Belastungen) sowie die Anzahl potentiell traumatischer Erlebnisse nach dem Verlassen der Heimat (belastungsstärkend). Somit deuten die Ergebnisse darauf hin, dass aktuelle Bewältigungsfragen und der Einfluss der derzeitigen Lebensperspektive der Befragten wichtigere Faktoren für die aktuelle psychische Gesundheit sind, als individuelle Merkmale oder die Fluchtursachen.

Tabelle 3.4: Ergebnisse der multiplen Regression auf psychische Belastung

Signifikante Prädiktoren psychischer Belastung	Standardisiertes Beta
Anzahl traumatische Erlebnisse nach Verlassen der Heimat	0,16
Aufenthaltsstatus (von -1 = unsicher bis +1 = sicher)	-0,12
Resilienz	-0,07
Religiöse Überzeugung	0,16
Diskriminierungserfahrung	0,17
Lebenszufriedenheit	-0,27

Anmerkungen: Ein positiver Beta-Wert zeigt eine verstärkende, ein negativer Beta-Wert eine schwächende Wirkung auf psychische Probleme an. Im Falle des Aufenthaltsstatus führt ein unsicherer Status (kodiert -1) zu einem Anstieg der psychischen Belastung und ein sicherer Status (kodiert 1) zu einer Reduktion der psychischen Belastung.

3.5 Zusammenfassung

Geflüchtete Personen stellen eine Risikogruppe für psychische Erkrankungen dar. Dieser bekannte Befund ergab sich auch in der vorliegenden Untersuchung und unterstreicht die Notwendigkeit entsprechende Betreuungs- und Behandlungsangebote bereitzustellen. Besonders hoch waren die Belastungen im Bereich internalisierender Symptomatiken (d.h. Ängstlichkeit, Depression), während externalisierende Probleme (Aggression, Gewalt, Kriminalität) geringer ausgeprägt waren. Unterschiede

zwischen den Geschlechtern und in Bezug auf das Alter und die Staatsangehörigkeit kamen insgesamt nur selten vor. Eine Ausnahme bildete die Altersgruppe der 18- bis 25-jährigen, die besonders hohe Belastungswerte aufwies und entsprechend altersgerechte Hilfsangebote in besonderem Ausmaß bedarf. Eine deutliche Mehrheit der befragten Geflüchteten berichtete ferner von multiplen traumatischen Erfahrungen vor und während der Flucht. Dabei zeigte sich, dass signifikant mehr Männer von direkter körperbezogener Gewalt betroffen waren als Frauen und es auch je nach Staatsangehörigkeit zu unterschiedlichen Erfahrungen kam. Diese Befundlage sollte für eine differenziertere Diskussion sensibilisieren, wenn es darum geht, Betreuungsangebote und therapeutische Maßnahmen für Betroffene bereitzustellen. Dies gilt umso mehr, als durch die hohe Zahl von berichteten traumatischen Erlebnissen ein weiterer Anstieg psychischer Erkrankung unter Geflüchteten zu erwarten ist. Maßnahmen, die sowohl die derzeit psychisch erkrankten Geflüchteten, als auch diejenigen, die noch erkranken können, auffangen und behandeln, sollten vor dem Hintergrund langer Wartezeiten in der psychotherapeutischen Versorgung daher ausgebaut werden.

Selbstverständlich benötigen nicht alle Geflüchteten psychotherapeutische Hilfen. Ein Teil der Befragten wird mit den Belastungen der Flucht und Migration auch ohne Hilfe zurechtkommen. Dies jedenfalls legen unter anderem die günstigen Ergebnisse zu den psychologischen Ressourcen der Befragten nahe. Ein relativ hohes Maß an intrapersonellen Ressourcen (Resilienz, Empathie) deutet nicht nur auf gute Bewältigungsstrategien hin, sondern ist auch in der Beratung von belasteten Menschen für einen erfolgreichen Behandlungsverlauf vielversprechend. Es bleibt jedoch zu erwähnen, dass die sozialen Ressourcen auch und vor allem aufgrund der Migration selbst von den Geflüchteten als wesentlich problematischer eingeschätzt wurden als ihre individuellen Ressourcen. Hier gilt es, einer möglichen sozialen Isolation in der Aufnahmegesellschaft entgegen zu wirken, um eine erfolgreiche Integration nicht zu gefährden.

Es konnten mehrere Faktoren identifiziert werden, die für die aktuelle psychische Belastung der Geflüchteten eine Rolle spielen. Faktoren, die sich auf individueller Ebene bzw. vor Verlassen der Heimat auswirkten, scheinen dabei weniger Einfluss auf die psychische Belastung zu haben als Faktoren, deren Wirkung erst nach Ankunft in die Aufnahmegesellschaft eintrat. Dies bietet sowohl Anlass zur Sorge als auch zum Optimismus. Während sich negative Lebensumstände wie Diskriminierungserfahrungen entsprechend schädlich auf die Gesundheit geflüchteter Menschen auswirken, bietet dieser Umstand zugleich Potentiale für Maßnahmen, die sich positiv auf die Gesundheit geflüchteter Menschen auswirken können. Eine Möglichkeit ist die Förderung von positiv erlebten Kontakten zwischen Geflüchteten und Deutschen. Seit langem ist bekannt, dass positive Begegnungen zwischen Mitgliedern unterschiedlicher sozialer Gruppen zu bedeutsamen Verringerungen von Vorurteilen führt (Allport, 1954; Beelmann & Lutterbach, in Druck, siehe auch Kapitel zu Kontakt- und Diskriminierungserfahrungen). Maßnahmen, die Kontakt unter förderlichen Umständen ermöglichen, können auf Basis der vorliegenden Ergebnisse somit nicht nur Vorurteile reduzieren, sondern auch die psychische Gesundheit einer hochvulnerablen Gruppe fördern und dementsprechend deren Integration in die Thüringer Gesellschaft nachhaltig erleichtern.

4. Bildung, Sprache und Arbeitsmarktintegration

4.1 Schulische und berufliche Ausbildung im Herkunftsland

Als zwischen 2013 und 2015 deutlich mehr Geflüchtete Deutschland erreichten als in den Jahren zuvor, diskutierte die deutsche Öffentlichkeit auch über die beruflichen Qualifikationen der Ankommenden und die Frage welche Arbeitsplätze die Geflüchteten zukünftig einnehmen würden. Angesichts des schon seit Jahren von Ökonom*innen und Arbeitsmarktexpert*innen angemahnten Fachkräftemangel stellte sich nun die Frage, ob Geflüchtete diesen Bedarf des deutschen Arbeitsmarkts (zumindest teilweise) abdecken würden oder – so ein anderes Argument in diesem Diskurs – ob die Ankunft Geflüchteter zu einer verschärften Konkurrenz im Niedriglohnsektor führen würde. Dementsprechend ist die Frage von schulischer und beruflicher Qualifikation und Erfahrung, die Geflüchtete vor ihrer Flucht erhalten haben, entscheidend, um einen Ausblick auf die Arbeitsmarktintegration in Deutschland zu gewähren. Vor diesem Hintergrund wurden auch im Zuge der hiesigen Untersuchung von den Befragten eine Reihe von Angaben gemacht, die nachfolgend dargestellt und diskutiert werden. Dabei gilt es auch notwendige Kontextualisierungen vorzunehmen, da sich sowohl das Bildungssystem als auch der Arbeitsmarkt in den Hauptherkunftsstaaten der Geflüchteten deutlich von den deutschen Bedingungen unterscheiden.

4.1.1 Schulische Bildung in den Herkunftsstaaten

Bezogen auf die formale Bildung, also die im Herkunftsland erworbenen höchsten Bildungsabschlüsse der Befragten, zeigt **Abbildung 4.1** ein polarisiertes Bild. Knapp jeder Fünfte Befragte (19,9 Prozent), verfügte über keinen formalen Bildungsabschluss und weitere rund 16 Prozent höchstens über einen Grundschulabschluss. Zugleich gaben aber 29,4 Prozent der Befragten an, einen Oberstufenabschluss und weitere 16,0 Prozent einen Studienabschluss erworben zu haben.

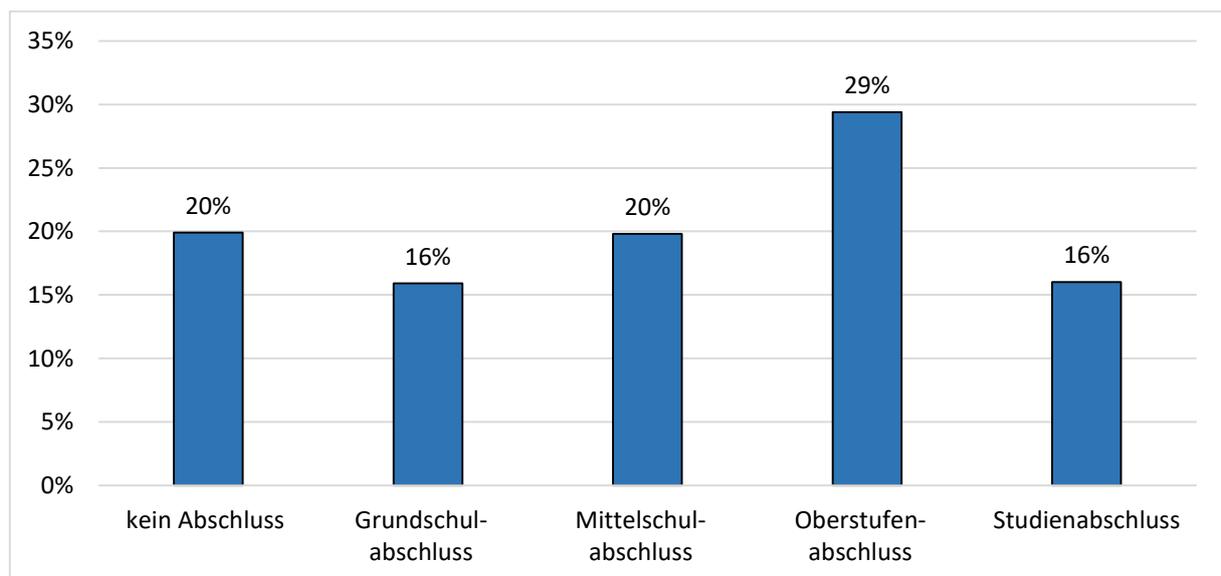


Abbildung 4.1: Bildungsabschlüsse (in Prozent, $n = 899$)

Diese Verteilung scheint nicht spezifisch für die vorliegende Untersuchung oder die Situation in Thüringen zu sein. Vielmehr decken sich die Angaben mit anderen bereits vorliegenden Studien. So verzeichnete auch die IAB-BAMF-SOEP-Befragung unter über 18-jährigen Geflüchteten einen hohen Anteil mit niedriger Schulbildung. Hier waren 25 Prozent entweder gar nicht zur Schule gegangen oder hatten nur eine Grundschule bis zum Abschluss besucht. Weitere 7 Prozent hatten keine Angabe zu ihrer schulischen Bildung gemacht, was den Autor*innen zufolge auf eine unterdurchschnittliche Qualifizierung hindeutet (Brücker et al., 2018, S. 26). Darüber hinaus ergab eine Auswertung des Bildungsniveaus unter volljährigen Asylbewerber*innen im Jahr 2016, dass unter ihnen 31,8 Prozent keine formelle Schulbildung erhalten bzw. nur eine Grundschule besucht hatten (Stoewe, 2017, mit Bezug auf Neske, 2017).

Im Unterschied zur deutschlandweit repräsentativen Studie des IAB-BAMF-SOEP-Verbundes, zeigten sich in der vorliegenden Untersuchung nur deskriptive Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich ihrer Schulbildung. Frauen verfügten sogar häufiger über einen Oberstufenabschluss (Frauen 31,5 Prozent, Männer 28,6 Prozent) und hatten seltener als Männer gar keinen Bildungsabschluss vorzuweisen (Männer 20,7 Prozent, Frauen 17,9 Prozent). Starke Unterschiede zeigten sich allerdings mit Blick auf die Herkunftstaaten der Befragten. **Abbildung 4.2** verdeutlicht, dass insbesondere ein großer Anteil der befragten Afghanen über eine niedrige Bildung verfügten und unter Ihnen weniger als ein Viertel einen Oberstufen- oder Studienabschluss vorweisen konnte. Hingegen schienen vor allem Personen aus Syrien und aus dem Iran mehrheitlich gut gebildet zu sein. In beiden Gruppen belief sich der Anteil der Personen mit mindestens einem Oberstufenabschluss auf über 50 Prozent. Insbesondere bei den Befragten aus dem Iran müssen die Angaben jedoch mit Vorsicht interpretiert werden, da es sich um eine relativ kleine Gruppe innerhalb dieser Befragung handelte.

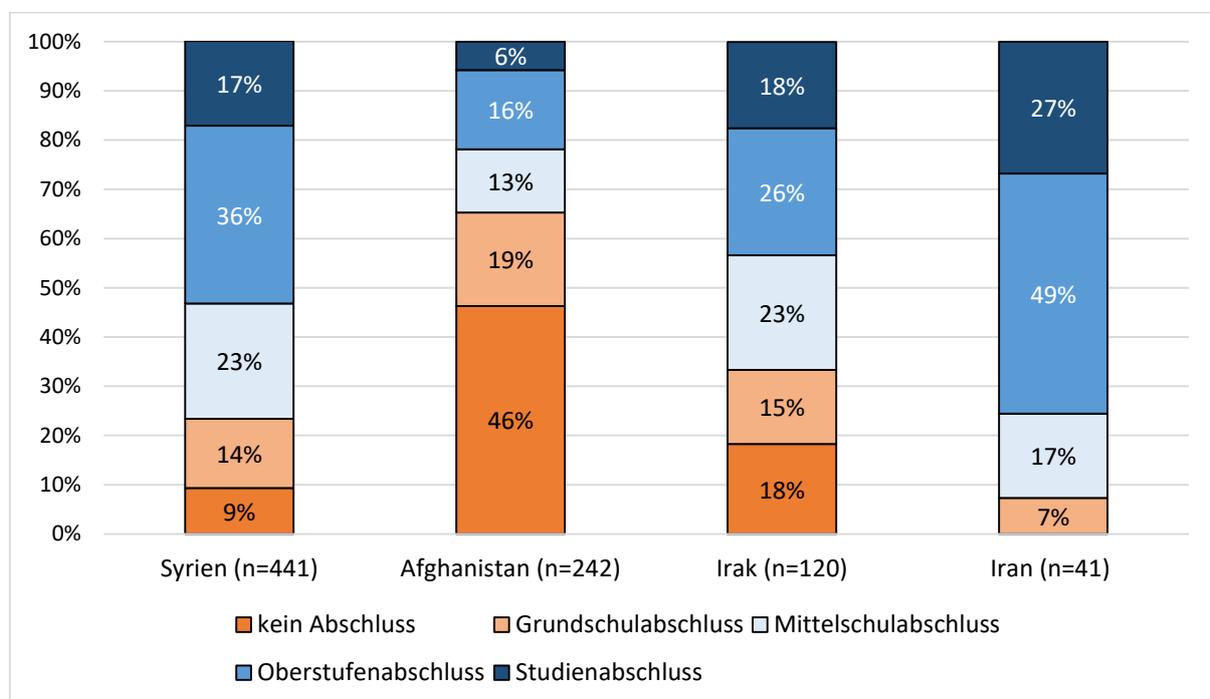


Abbildung 4.2: Bildungsabschlüsse nach Herkunftsländern (Angaben in Prozent)

Angesichts der deutlichen Unterschiede zwischen den Bildungssystemen in den Herkunftsländern der Geflüchteten und dem deutschen Bildungssystem, ist ein direkter Vergleich der Verteilung von Bildungsabschlüssen nur bedingt aussagekräftig. Hinzu kommt, dass angesichts der langanhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen, den gesellschaftlichen Spannungen und terroristischen Bedrohungen in den meisten Herkunftsländern häufig unterbrochene Bildungsbiografien ohne formale Bildungsabschlüsse vorliegen. Aus diesem Grund sollten die Befragten zusätzlich angeben, wie viele Jahre sie zur Schule gegangen waren, wobei eine Reihe von Befragten auch Zeiten des tertiären Bildungsbereichs (also etwa den Besuch einer Hochschule) mit einbezogen hatten. Insofern wurde bei diesen Personen nicht allein die schulische Bildung, sondern allgemeiner die Bildungsdauer erfasst. Durchschnittlich gaben die Befragten mit 9,9 Bildungsjahren eine längere formale Bildungskarriere an, als in Syrien, Afghanistan oder dem Irak (den Hauptherkunftsländern der Stichprobe) Schulpflicht besteht (Österreichisches Rotes Kreuz, 2016, bq portal, o. D.). Der hohe Mittelwert kommt aber vor allem dadurch zustande, dass bei 866 gültigen Angaben allein 55,6 Prozent zehn und mehr und genau 50,0 Prozent zwölf und mehr Bildungsjahre angaben. Auf der anderen Seite hatten 20,6 Prozent höchstens sechs Bildungsjahre angegeben und 3,5 Prozent überhaupt keine Beschulung. Diese Werte verdeutlichen nochmals, dass es sich um eine recht heterogene Befragtengruppe handelte, in der relevante Teile nur geringe oder sehr umfangreiche Bildungserfahrungen mitbrachten.

Letzteres deutete darauf hin, dass die (befragten) Geflüchteten in Thüringen eher zu den besser gebildeten Personen ihres Landes gehören. Dieser Eindruck wird durch einige Hinweise auf verschiedene Bildungsindikatoren in den Heimatländern verstärkt. Denn trotz der bereits erwähnten neunjährigen Schulpflicht in den Hauptherkunftsstaaten, berichten internationale Organisationen immer wieder, dass ein relevanter Teil schulpflichtiger Kinder die Schule nicht oder nur sporadisch besuchen. Das Österreichische Rote Kreuz (2016) schätzt beispielsweise auf Basis von Angaben des Auswärtigen Amtes, dass nur 60 Prozent der schulpflichtigen Kinder (und darunter vor allem Jungen) in Afghanistan tatsächlich eine Schule besuchen. Und weniger als ein Viertel aller Schüler*innen beenden die neunjährige Schulpflicht (Nuffic, 2015). Auch wenn in der vorliegenden Untersuchung Geflüchtete aus Afghanistan mit großem Abstand den höchsten Anteil von Personen ohne Bildungsabschluss aufwiesen (vgl. **Abbildung 4.2**), so gaben doch immerhin 39,4 Prozent der Befragten aus Afghanistan an, mindestens 10 Jahre eine Schule besucht zu haben.

4.1.2 Bildungserfahrungen im internationalen Vergleich

Da sich (wie schon oben benannt) die Bildungssysteme innerhalb der Herkunftsstaaten der Befragten unterscheiden und zudem große Unterschiede zu dem in Deutschland gültigen mehrgliedrigen Schulsystem und der dualen Berufsausbildung bestehen, ist es zum Zweck der Vergleichbarkeit sinnvoll, die gemachten Angaben in ein international verbreitetes Klassifikationssystem zur Bemessung formaler Bildung zu überführen. Grundlage ist die von der UNESCO etablierte *International Standard Classification of Education* (UNESCO Institut for Statistics [UIS], 2011). Dabei werden sowohl die angegebenen Schulabschlüsse als auch der Schulbesuch in Jahren herangezogen und in ein neues Maß überführt, das den internationalen Vergleich des Bildungsniveaus erleichtert. Entsprechend der Klassifizierung fragt die UNESCO in regelmäßigen Abständen von ihren Mitgliedsländern Daten ab, die in Berichten und online-verfügbaren Datenzentren für Analysen zugänglich sind. Gleichwohl ist auch dieser häufig eingesetzte internationale Standard nicht frei von Problemen und Ausnahmen, weswegen in der hiesigen Zuordnung einige Anpassungen notwendig waren. Weiterhin ergaben sich durch die Datenerhebung einige Restriktionen, die sich in der Überführung der Angaben in den

Kategorien des ISCED niederschlugen. Eine entsprechende Operationalisierung hatte das Team der IAB-BAMF-SOEP Befragung bereits vorgenommen, die weitgehend verwendet werden konnte (Brücker et al., 2016c, S. 28f.). Auch in der vorliegenden Untersuchung basiert die Zuordnung auf Angaben zum höchsten Bildungsabschluss sowie der Schulbesuchsjahre. Im Unterschied zu IAB-BAMF-SOEP-Studie hatten beim Thüringen-Monitor Integration jedoch nahezu alle Befragten Angaben zu ihrer Bildungserfahrung im Herkunftsland gemacht, sodass keine Verteilung unvollständiger Angaben auf die Kategorien notwendig war.

Tabelle 4.1: Bildungserfahrungen nach ISCED, angelehnt an Brücker et al. 2017c, S.28

Kategorie (nach ISCED 2011)	Beschreibung nach ISCED	Operationalisierung
0 Elementarbereich	Keine abgeschlossene Grundschulbildung oder gar kein Schulbesuch	Keine abgeschlossene Grundschulbildung oder gar kein Schulbesuch
1 Primarbereich	Üblicherweise 4 bis 6 Jahre Schulbesuch	4 bis 7 Jahre Schulbesuch oder Grundschulabschluss
2 Sekundarbereich I	Insgesamt üblicherweise 8 bis 11 Jahre Schulbildung; Abschluss oft Ende des Pflichtschulbereichs	8 bis 11 Jahre Schulbildung oder Ende des Pflichtschulbereichs (Mittelschulabschluss)
3 Sekundarbereich II	üblicherweise 12 bis 13 Jahre Schulbildung; berufsvorbereitend oder vorbereitend auf tertiäre Bildung	12 bis 13 Jahre Schulbesuch, Besuch und Abschluss der allgemeinen oder beruflichen Oberstufe
4 Postsekundärer nichttertiärer Bereich	Typischerweise berufsvorbereitende Programme oder Programme, die auf tertiäre Bildung vorbereiten; ISCED 3 als Eingangskriterium (in Deutschland Abitur und Lehre)	Besuch und Abschluss der allgemeinen oder beruflichen Oberstufe sowie Besuch und zusätzlicher Abschluss einer Berufsausbildung
5 Kurzes Tertiäres Bildungsprogramm	Tertiäre Bildungsprogramme, die üblicherweise 2 bis unter 3 Jahre dauern und berufsvorbereitend sind (in Deutschland etwa Meisterausbildung)	Nicht erfasst
6 Bachelor bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm	Tertiäre Bildungsprogramme, die üblicherweise 3 bis 4 Jahre dauern	Abschluss eines Hochschulstudiums
7 Master bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm	Tertiäre Bildungsprogramme, die üblicherweise 1 bis 4 Jahre dauern und ISCED 6 oder 7 als Einstiegsvoraussetzung haben	
8 Promotion	Tertiäre Bildungsprogramme, die zu einer höheren Forschungsqualifikation führen; mind. 3 Jahre Dauer (insg. mind. 7 Jahre Bildung im tertiären Bereich), ISCED 7 als Einstiegsvoraussetzung	Nicht erfasst

Tabelle 4.1 weist die Kategorisierung in Anlehnung an den ISCED sowie deren Beschreibung und die Operationalisierung für die hiesige Stichprobe genauer aus. **Abbildung 4.3** zeigt dann die Verteilung der Stichprobe und kontrastiert diese mit den von der UNESCO erhobenen Daten zu Deutschland, Syrien und dem Irak (Daten zu Afghanistan wurden zuletzt 1979 erhoben; vgl. UIS, 2018).

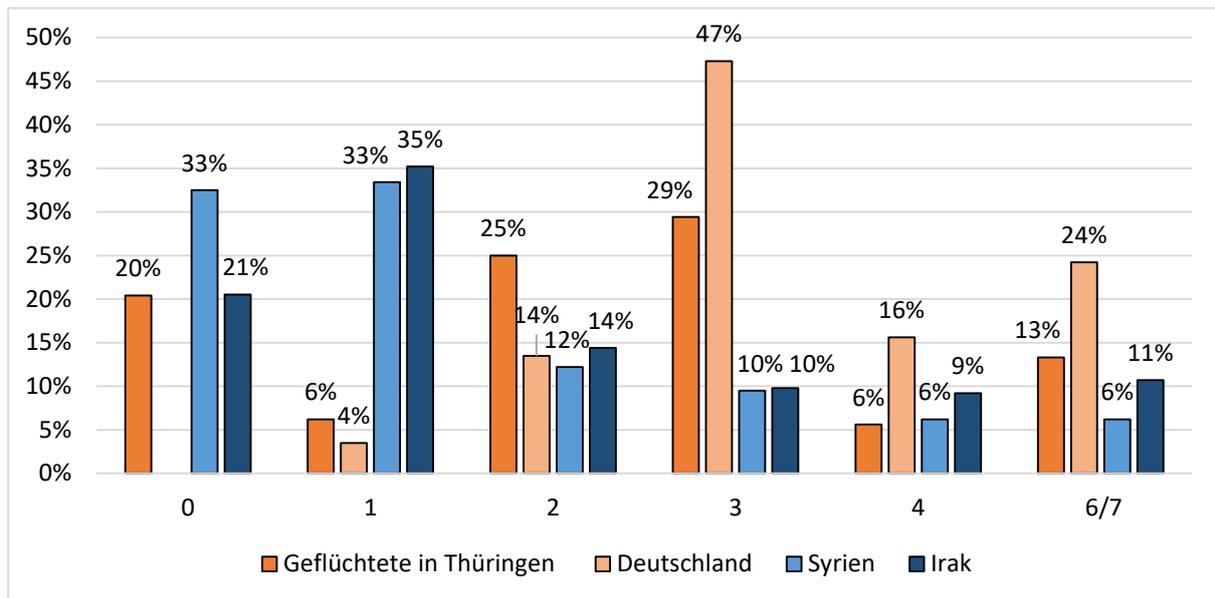


Abbildung 4.3: Bildungserfahrungen von Geflüchteten in Thüringen, sowie der Bevölkerung in Deutschland, Syrien und dem Irak im Vergleich nach internationalem Standard ISCED (Angaben in Prozent)

Anmerkung: Quelle für Deutschland, Syrien und Irak: UIS 2018. Die Angaben über Deutschland stammen aus dem Jahr 2016, aus dem Irak von 2013 und aus Syrien von 2009. Werte sind auf ganze Prozent gerundet.

Der oben bereits erwähnte Befund polarisierter Bildungserfahrungen der in Thüringen lebenden Geflüchteten relativierte sich. Weiterhin deutlich blieb, dass 51,6 Prozent der Befragten nur über ein vergleichsweise niedriges Bildungsniveau verfügte (ISCED 0,1 oder 2). Der gleichen Klassifizierung entsprachen nur 17,0 Prozent der deutschen Wohnbevölkerung (Summe aus ISCED 1= 3,5 Prozent und 2=13,5 Prozent, in **Abbildung 4.3** jeweils gerundet). In dieser Gruppe befanden sich allerdings allein 25,0 Prozent der Befragten, die über die ISCED 2 – Kategorisierung verfügten und damit durchaus Bildungserfahrungen vorweisen konnten, die es ihnen ermöglichen, sich in Deutschland über Weiterqualifizierungsmaßnahmen auch auf Arbeitsplätze zu bewerben, bei denen ein Fachkräftemangel besteht. Weitaus schwieriger dürfte es dagegen den Personen ohne oder mit nur geringen schulischen Erfahrungen fallen, in Deutschland kurz- und mittelfristig einen Bildungsabschluss zu erlangen und erwerbstätig zu werden. Dennoch verdeutlicht die Klassifizierung der Befragten anhand der internationalen Bildungsstandards, dass die Mehrheit über relevante Bildungserfahrungen verfügte. Unter den Befragten haben 13,3 Prozent einen hohen Bildungsabschluss im tertiären Bereich (ISCED 6/7). Dies trifft zwar auf ein gutes Viertel der deutschen Wohnbevölkerung zu, liegt aber deutlich über dem Niveau der Herkunftsstaaten– vor allem im Vergleich zu Syrien (6,2 Prozent) – und verspricht für die Orientierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gute Ausgangsbedingungen. Zudem verfügte im Vergleich zu den Herkunftsländern Syrien und Irak auch ein deutlich größerer Anteil der in Thüringen lebenden Geflüchteten über den ISCED 3-Status (29,4 Prozent) – also über einen Abschluss im Sekundarbereich II mit üblicherweise 12 bis 13 Jahren Schulerfahrung.

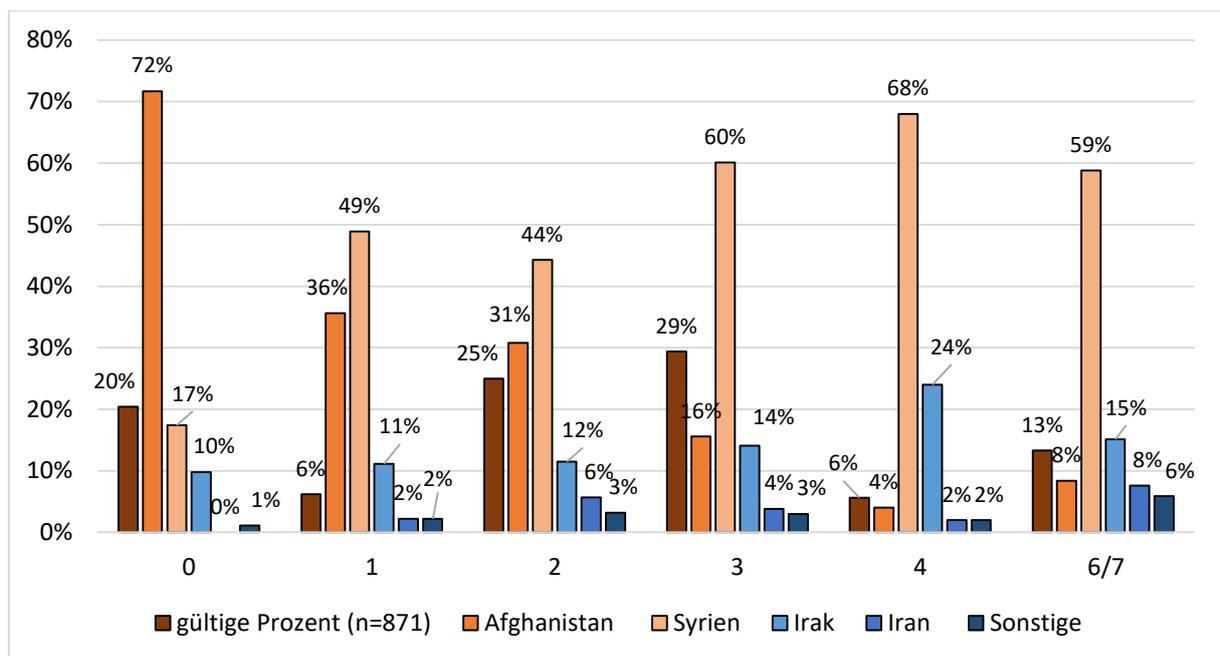


Abbildung 4.4: Bildungserfahrungen der Befragten dargestellt nach Herkunftsland in den standardisierten ISCED-Bildungskategorien (Angaben in Prozent)

Eine Auswertung anhand der Verteilungen innerhalb der ISCED-Bildungskategorien machte zwei weitere Zusammenhänge deutlich (vgl. **Abbildung 4.4**). Zum einen ergaben sich erwartungsgemäß hinsichtlich der Herkunft der Befragten größere Unterschiede. So machten Afghanen 71,7 Prozent aller Personen mit nur elementaren Bildungserfahrungen (ISCED 0) aus, während zugleich 58,8 Prozent der höchst Gebildeten aus Syrien stammten. Damit traf der oben bereits vorgestellte Befund der Bildungsunterschiede in den Herkunftsländern erwartungskonform auch nach der Überführung in den internationalen Standard weiterhin zu.

Zum anderen war die Verteilung der Bildungskategorien stark durch das Alter der Befragten beeinflusst. Da es sich bei den Geflüchteten zum einen um eine im Durchschnitt recht junge Gruppe handelte und im Kontext von Flucht und Asyl davon ausgegangen werden muss, dass viele der Teilnehmer*innen ihre Bildungskarrieren kurzfristig abbrechen mussten, verwunderte es nicht, dass sich nur 5,2 Prozent der am höchsten Gebildeten der ISCED 6/7-Kategorie zwischen 18 und 25 Jahren alt waren, sich zugleich aber 58,6 Prozent der am höchsten Gebildeten in der Altersgruppe der 26- bis 35-Jährigen befanden und ein weiteres Drittel (36,2 Prozent) über 36 Jahre alt war. Für die Integrationsbemühungen in Thüringen verdeutlicht dieses Ergebnis, dass es vordringlich ist, gerade jungen Geflüchteten attraktive Bildungsangebote und Möglichkeit der Nachqualifizierung zu unterbreiten.

4.1.3 Berufliche Bildung und Erwerbstätigkeit im Herkunftsland

Neben der schulischen und akademischen Bildung gaben die Befragten des Weiteren an, ob sie in ihrem Heimatland eine berufliche Ausbildung absolviert oder bereits eine berufliche Tätigkeit begonnen hatten. Zu berücksichtigen ist dabei, dass der formalen beruflichen Bildung in den Hauptherkunftsländern der Geflüchteten quantitativ nur eine geringe Bedeutung zukommt und eine vergleichsweise geringe Anzahl formalisierter Ausbildungsberufe erlernt werden können (Stoewe,

2017). Berufe werden entsprechend häufig ohne formelle Einbettung erlernt und ausgeübt. Dies führt nicht selten dazu, dass Geflüchtete trotz ihrer Erfahrungen und Kenntnisse in einem Beruf keine formellen Nachweise vorbringen können und damit die Anerkennung in Deutschland häufig mit Kenntnisfeststellungsverfahren, Nachbildungen und formalen Anerkennungsverfahren verbunden sind (Radetzky & Stoewe, 2016). Mit dieser Problematik beschäftigt sich das nachfolgende Unterkapitel zur Anerkennung von beruflichen Abschlüssen.

Zunächst sollen jedoch Ergebnisse zur beruflichen Erfahrung der Befragten vorgestellt werden. Insgesamt gaben 35,6 Prozent der Befragten an, eine berufliche Ausbildung in ihrem Herkunftsland angefangen oder absolviert zu haben. Bei diesem Wert muss berücksichtigt werden, dass Befragte womöglich auch aufgrund (einer unter Umständen auch längerfristigen) Arbeitserfahrung angaben, in einem Beruf ausgebildet zu sein ohne aber über die in Deutschland geläufigen Berufsabschlüsse zu verfügen. Im Gegensatz zur universitären Ausbildung, ist die Verteilung der Altersgruppen der beruflich Vorgebildeten jedoch weniger eindeutig. So waren 27,9 Prozent der beruflich (zumindest teilweise) ausgebildeten Befragten zwischen 18 und 25 Jahre alt. Ähnlich wie bei der universitären Ausbildung waren es indes vor allem Personen aus dem Iran und Syrien, die eine berufliche Bildung erhalten oder begonnen hatten.

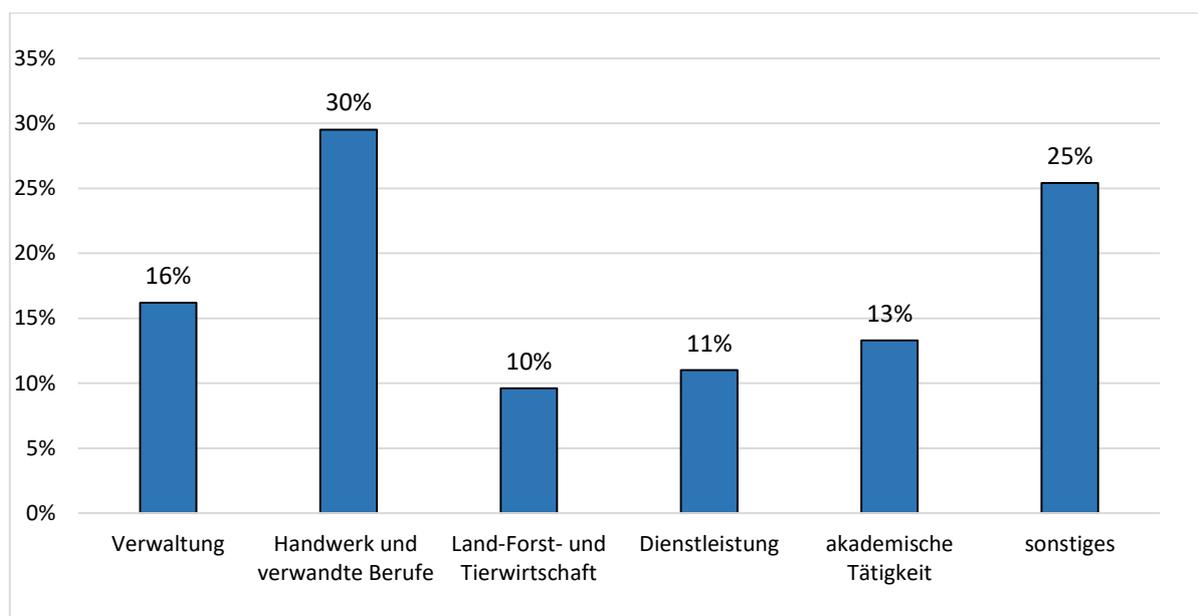


Abbildung 4.5: Sektoren beruflicher Bildung (Angaben in Prozent, n = 654, Mehrfachangaben möglich)

In Hinblick auf Studium und Berufsausbildung gaben die Befragten nicht nur an, ob sie diese Bildungswege absolviert hatten, sondern auch, in welchen beruflichen Sektor die tertiäre Ausbildung führte. **Abbildung 4.5** zeigt die Verteilung dieser Angaben. Es waren vor allem handwerkliche Berufe (29,5 Prozent), die Geflüchtete in ihrem Herkunftsland erlernt hatten. Zudem gaben immerhin 16,2 Prozent der Befragten an, eine Ausbildung in Verwaltungstätigkeiten erhalten haben. 13,3 Prozent gingen einer akademischen Tätigkeit nach, 11,0 Prozent waren in der Dienstleistungsbranche tätig und 9,6 Prozent hatten einen Beruf der Land-, Forst- oder Tierwirtschaft erlernt. Mit 25,4 Prozent konnte aber auch eine relativ große Anzahl der Befragten keine eindeutige Zuordnung in den vorgegebenen Kategorien treffen. Eine Selbstverortung der Befragten wurde im Anschluss auch hinsichtlich der *letzten* Erwerbstätigkeit erfasst. Hierbei zeigten sich zum Teil starke Differenzen im Vergleich zur

Angabe der beruflichen Ausbildung, die auf Mehrfachstätigkeiten oder berufliche Entwicklungen hindeuteten. An dieser Stelle konnten die Befragten neben den vorgegebenen Kategorien auch eine freie Beschreibung ihrer letzten Tätigkeit vornehmen. Um hier ein genaueres Bild der Erwerbstätigkeit der Befragten wiedergeben zu können, wurden diese freien Angaben anschließend einer der vorgegebenen Erwerbssektoren zugeordnet oder die Erwerbssektoren punktuell erweitert. Die entsprechende Auswertung folgt auf Seite 52 in **Abbildung 4.9**.

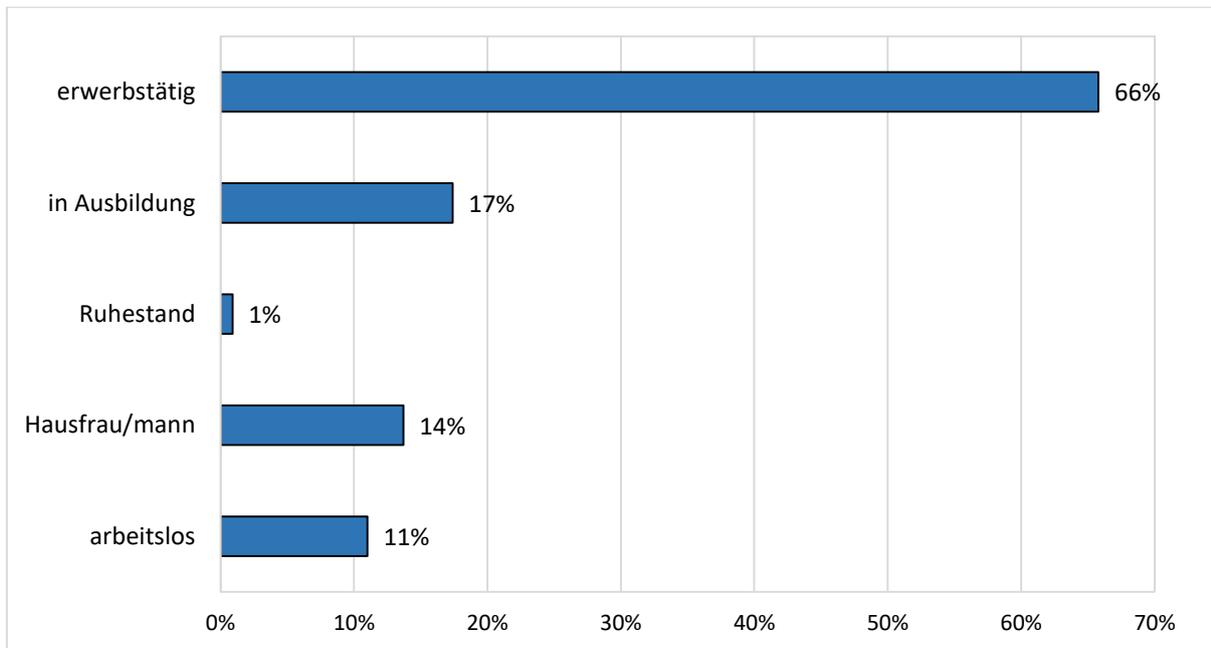


Abbildung 4.6: Erwerbssituation im Herkunftsland (Mehrfachangaben möglich; $n = 842 - 853$)

Bevor allerdings die Berufsfelder der Befragten genauer dargestellt werden, soll zunächst die Verteilung der Erwerbssituation und des Erwerbsstatus vor Verlassen des Heimatlandes erörtert werden (vgl. **Abbildung 4.6**). Knapp zwei Drittel der Befragten, konkret 65,8 Prozent, gab an, im Herkunftsland zuletzt erwerbstätig gewesen zu sein. Dieser Wert erscheint zunächst als nicht besonders hoch. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass 13,7 Prozent der Befragten als Hausfrau bzw. Hausmann tätig waren und sich weitere 17,4 Prozent der Befragten in Ausbildung befanden. Als arbeitslos beschrieben sich mit 11,0 Prozent der Befragten eine relativ zur Situation in den Herkunftsländern kleine Gruppe. Schließlich kann davon ausgegangen werden, dass in den Hauptherkunftsländern die seit Jahren anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen und gesellschaftlichen Spannungen zu einer Einschränkung formalisierter Erwerbstätigkeit führten.

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass sich der Anteil der Erwerbstätigen nicht nach dem Herkunftsland und der Gruppenzugehörigkeit unterschieden. Zwar fiel auf, dass vor allem befragte Iraner*innen in ihrem Heimatland erwerbstätig waren (siehe **Abbildung 4.7**). Da es sich hierbei aber nur um eine kleine Gruppe von Befragten handelte, ist dieser Befund vermutlich nicht auf alle geflüchteten Iraner*innen in Thüringen zu übertragen.

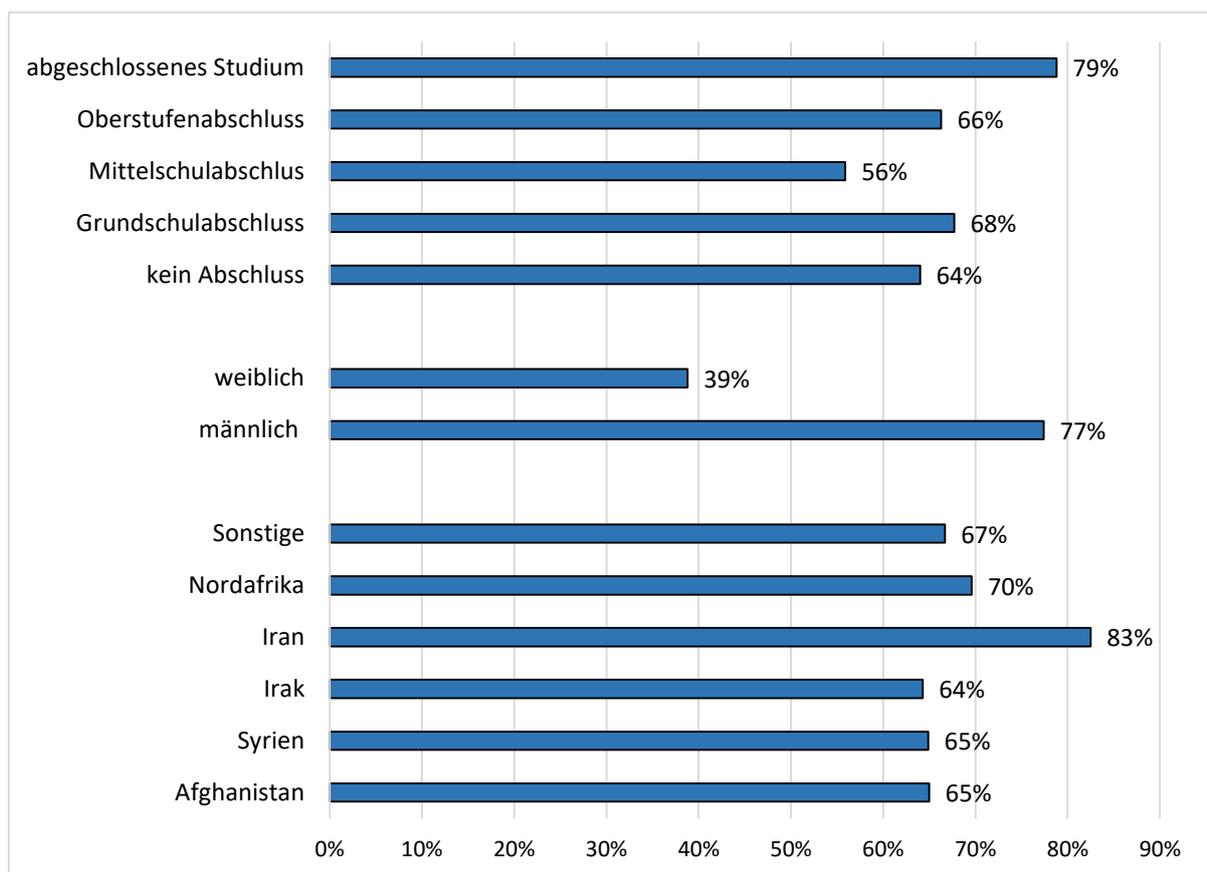


Abbildung 4.7: Erwerbstätigkeit im Herkunftsland aufgeschlüsselt nach Bildungsgrad, Gruppenzugehörigkeit und Herkunftsland (Angaben in Prozent, $n = 842 - 853$)

So waren allein das Geschlecht und der Bildungsgrad signifikante Faktoren für die Erwerbstätigkeit im Herkunftsland (vgl. **Abbildung 4.7**). Während männliche Befragte deutlich häufiger erwerbstätig waren als Frauen, war der Zusammenhang in Bezug auf den Bildungsgrad weniger eindeutig. Der (zu erwartende) lineare und positive Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Erwerbstätigkeit trat nur bedingt auf. Hier fielen vor allem Personen mit einem Mittelschulabschluss auf, da nur 55,9 Prozent dieser Befragten erwerbstätig war, während 67,7 Prozent bzw. 64,0 Prozent der Befragten mit niedrigerem Bildungsgrad angaben, einer Erwerbstätigkeit im Herkunftsland nachgegangen zu sein. Zugleich waren es erwartungskonform Personen mit der höchsten formalen Bildung, die die höchste Erwerbstätigenquote aufwiesen.

Wenngleich insgesamt nur 11,0 Prozent der Befragten angaben, in ihrem Heimatland arbeitslos gewesen zu sein, lohnte sich auch für diese Gruppe ein Blick auf die Verteilung nach der Herkunft der Befragten. So zeigte sich, dass der Anteil von arbeitslosen Personen unter den befragten Afghan*innen und Nordafrikaner*innen ($n=32$) deutlich erhöht war (**Abbildung 4.8**). Eine höhere Arbeitslosigkeit fiel zudem bei der Zugehörigkeit zu einigen ethnischen Minderheiten auf. Beispielsweise gaben 19,7 Prozent der Hazara ($n=100$) an, im Herkunftsland arbeitslos gewesen zu sein. Als Schutz vor Arbeitslosigkeit erwies sich dagegen eine höhere formale Bildung. Je höher die Befragten gebildet waren, desto geringer waren sie von Arbeitslosigkeit betroffen (**Abbildung 4.8**). Zudem erwies sich die Religiosität der Befragten als ein signifikanter Einflussfaktor. Religiöse Personen wiesen deutlich geringere Arbeitslosenquoten auf. Vermutlich wurde dieser Effekt jedoch durch weitere Variablen (z.B. großstädtische vs. klein- und mittelstädtische Wohnumgebung im Herkunftsland) vermittelt.

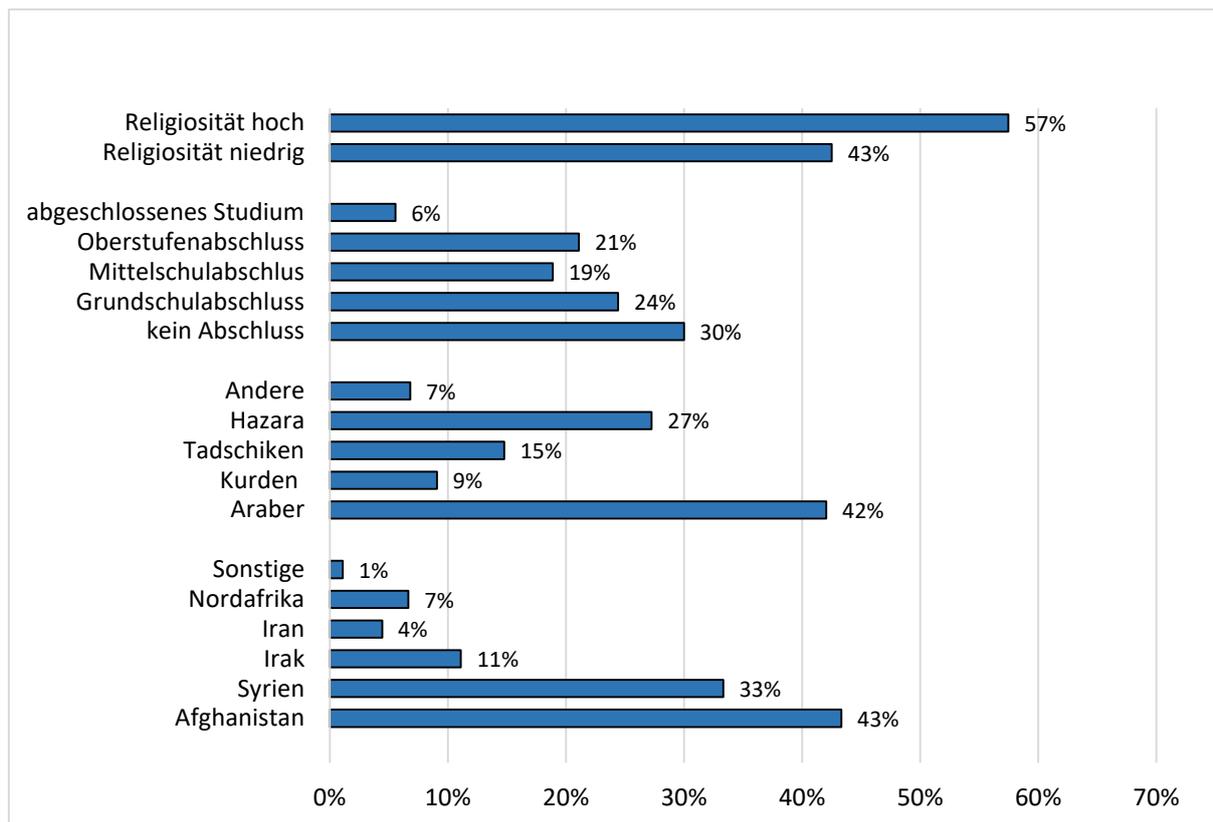


Abbildung 4.8: Arbeitslosigkeit im Herkunftsland aufgeschlüsselt nach Religiosität, Bildungsgrad, Gruppenzugehörigkeit und Herkunftsland (Angaben in Prozent, $n = 853$)

Ergänzend zum Erwerbsstatus gaben die Befragten an, in welchem Berufszweig sie tätig waren. Die vorgelegte Klassifikation entsprach dabei einer in anderen Studien genutzten Zuordnung von Berufen (Fleischer et al. 2017), die punktuell durch die freien Angaben der Befragten ergänzt wurde. **Abbildung 4.9** zeigt die Verteilung nach den Angaben der Befragten. Zu beachten ist, dass trotz der zusätzlichen Möglichkeit von freien Angaben, eine relativ hohe Anzahl der Teilnehmer*innen keine Angaben zu ihrer letzten Berufstätigkeit machte. Bei der Häufigkeitsverteilung der Berufe fielen vor allem die Bereiche Baugewerbe und Handwerk, Verkauf und Handel sowie der soziale, pädagogische oder medizinische Bereich ins Auge. Diese Sektoren wurden von 17 bis 25 Prozent der Befragten als letzte Branche der Erwerbstätigkeit angegeben. Dienstleistungen bildeten zusammengenommen einen Anteil von 10,9 Prozent, während der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft 11,8 Prozent ausmachte. Dieser Befund stimmte überein mit anderen Forschungsergebnissen wie denen der IAB-BAMF-SOEP-Befragung, wo ebenfalls das Handwerk und Berufe im Verkauf und Handel zu den am meisten genannten Berufsfeldern gehörten.

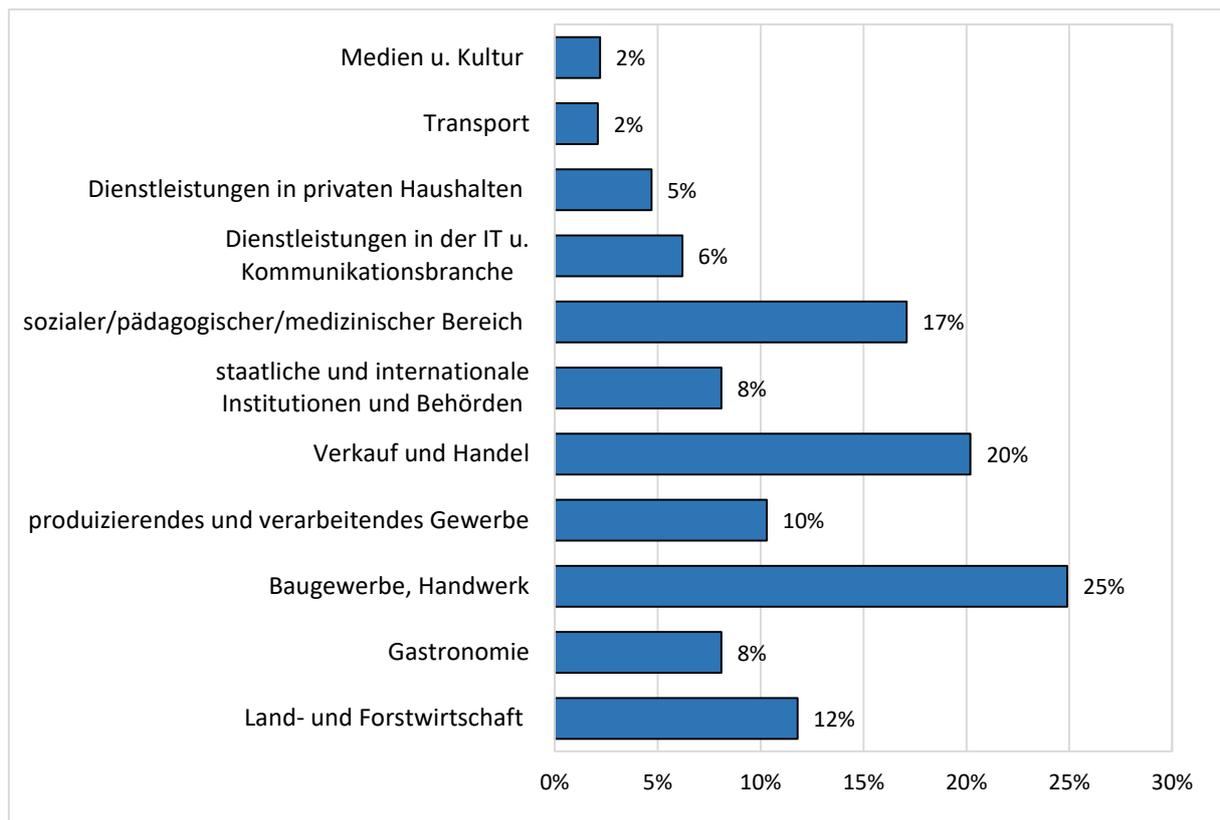


Abbildung 4.9: Branchen der Erwerbstätigkeit (in Prozent, Mehrfachangaben möglich, n = 679-681)

In einigen Berufsfeldern waren deutliche Unterschiede in der Beteiligung von Männern und Frauen zu verzeichnen. So waren Frauen beispielsweise im Land- und Forstwirtschaftsbereich sowie in handwerklichen Berufen signifikant unterrepräsentiert, während sie im sozialen, pädagogischen und medizinischen Sektor deutlich überrepräsentiert waren. In diesem Bereich war darüber hinaus die Staatsangehörigkeit der Befragten ein signifikantes Unterscheidungsmerkmal. Bei Personen mit sozialem, medizinischem oder pädagogischem beruflichen Hintergrund waren syrische Befragte mit 69 Prozent die größte Gruppe. Auch das Alter der Befragten beeinflusste die Zusammensetzung in einigen Berufsbereichen. So waren in der Land- und Forstwirtschaft ältere Personen überrepräsentiert, während jüngere Altersgruppen vor allem im Bereich Verkauf und Handel vertreten waren.

Um einen Vergleich mit dem deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen, wurden die Angaben zudem in eine Klassifikation von Wirtschaftszweigen überführt, wie sie auch das Statistische Bundesamt (2008) verwendet. Diese Zuordnung basiert auf der in der Volkswirtschaftslehre verbreiteten Theorie der Drei-Sektoren-Hypothese, woraufhin sich Volkswirtschaften in einen primären, sekundären und tertiären Wirtschaftssektor untergliedern. Aus der Zuordnung ergab sich, dass etwa 10 Prozent der Befragten im primären Sektor, also vorrangig in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren, 25 Prozent im sekundären Sektor, der das produzierende Gewerbe umfasste, arbeiteten, und ein Großteil von 65 Prozent im tertiären Sektor, also Dienstleistungen verrichteten oder im öffentlichen Dienst beschäftigt waren. Diese Angaben lassen sich nun, wie schon eingangs erwähnt, mit dem thüringischen Arbeitsmarkt vergleichen. Der Landatlas (vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft & Thünen Institut, o. D.) weist für Thüringen 2017 folgende Verteilung für alle Erwerbstätigen aus: 1,7 Prozent primärer Sektor, 29,6 Prozent sekundärer Sektor und 68,7 Prozent tertiärer Sektor. Insofern ergab sich für die berufliche Vorerfahrung der befragten Geflüchteten in Thüringen vor allem ein Überhang im primären Wirtschaftsbereich, während das Verhältnis im sekundären und tertiären

Sektor annäherungsweise vergleichbar war. In diesen Bereichen wären entsprechend eher Fort- und Weiterbildungen sowie Kompetenzanerkennungsverfahren für Geflüchtete notwendig, während es für Personen mit Arbeitserfahrungen im primären Wirtschaftsbereich vermutlich schwieriger sein wird ihre beruflichen Erfahrungen auf dem Thüringer Arbeitsmarkt fortzusetzen und damit eine Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt womöglich mit dem Erlernen eines neuen Berufs in Zusammenhang steht.

4.2 Deutschkenntnisse, Sprachkurse und Beratungsangebote

Für die Integration von Migrant*innen ist das Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes von besonderer Bedeutung. So hängt vom Spracherwerb maßgeblich der Bildungserfolg und die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ab. Ebenso sind Sprachkenntnisse für den Aufbau neuer sozialer Netzwerke sowie für eine selbstständige alltägliche Lebensführung unabdingbar (Esser, 2006). Damit kann der Erwerb der deutschen Sprache als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration Geflüchteter in die deutsche Aufnahmegesellschaft verstanden werden.

4.2.1 Deutschkenntnisse

Die Sprachkompetenzen der Befragten wurden zum einen mittels Selbsteinschätzung erfasst. Hierzu gaben die Befragten auf einer Skala von 1 – *gar nicht* bis 5 – *sehr gut* an, wie gut sie die deutsche Sprache verstehen, sprechen, lesen und schreiben können. In Anlehnung an Worbs et al. (2016) wurden aus diesen vier Sprachfertigkeiten für jede Person ein Mittelwertsindex gebildet, der zusammenfassend Auskunft über die deutschen Sprachkenntnisse gibt. Wie in **Abbildung 4.10** ersichtlich, betrachtete die Mehrheit der befragten Geflüchteten ihre Fertigkeiten die deutsche Sprache zu lesen, zu verstehen, zu schreiben und zu sprechen als gut bzw. mittelmäßig. Von sehr guten Sprachkenntnissen berichtete rund jede*r zehnte Befragte, während rund 20 Prozent der Befragten angaben, über keine bzw. nur geringe Deutschkenntnisse zu verfügen. Dabei zeigten sich nur geringfügige Unterschiede zwischen den vier Fertigkeiten. Signifikante Unterschiede ergaben sich lediglich bezüglich der aktiven Sprachkompetenz des Sprechens. Sie wurden im Vergleich mit anderen Kompetenzen als geringer eingeschätzt.

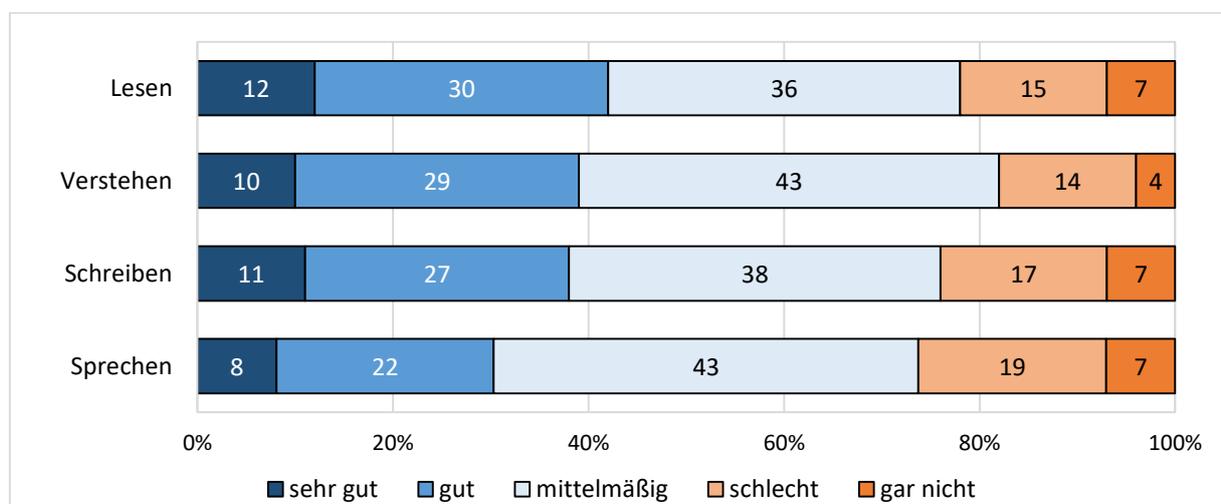


Abbildung 4.10: Selbst eingeschätzte Deutschkompetenzen (in Prozent; n = 906)

Herkunftsland übergreifend betrachtet ergaben sich keine signifikanten Geschlechterdifferenzen. Dies ist insofern überraschend, da im Rahmen der repräsentativen IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016 Männer im Vergleich zu Frauen ihre Deutschkenntnisse deutlich häufiger als gut bzw. sehr gut einschätzten (Brücker et al., 2018, S.38). Eine mögliche Erklärung für diese Differenz könnte sein, dass sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer die Deutschkenntnisse geflüchteter Frauen jenen geflüchteter Männer angeglichen haben. Ebenso ist denkbar, dass an der vorliegenden Untersuchung aufgrund eines Selektionseffektes überproportional viele Frauen mit besseren Deutschkenntnissen teilgenommen hatten. Bei zusätzlicher Differenzierung nach Staatsangehörigkeit zeigten sich allerdings signifikante Geschlechterunterschiede bei Geflüchteten aus dem Irak und dem Iran. Überraschender Weise handelte es sich dabei um entgegengesetzte Muster: Während irakische Frauen ihre Deutschkompetenzen im Durchschnitt besser einschätzten als irakische Männer, beurteilten iranische Frauen ihre Deutschkenntnisse durchschnittlich schlechter als iranische Männer (siehe **Abbildung 4.11**). Dabei muss jedoch der teils geringe Stichprobenumfang der Untergruppen, insbesondere jener der Iraner*innen, beachtet werden.

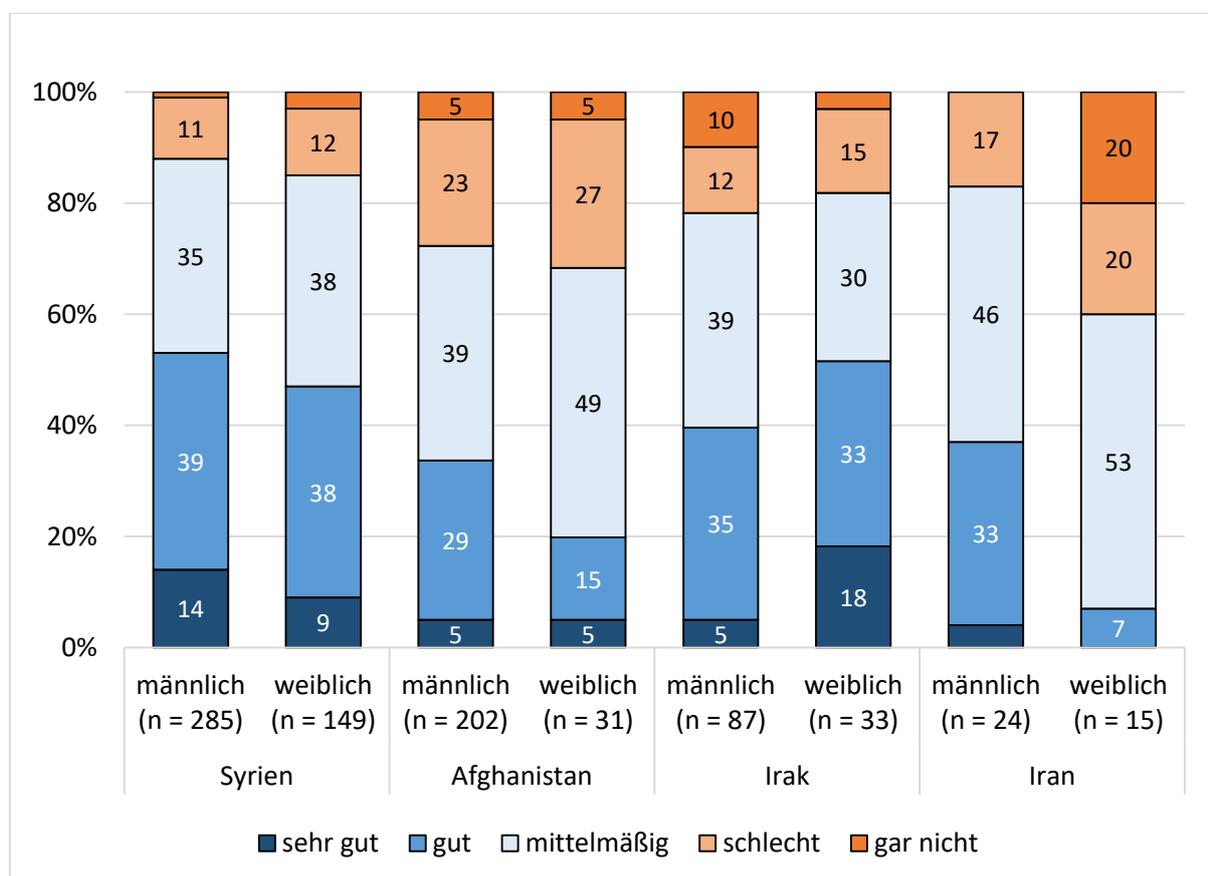


Abbildung 4.11: Gesamtindex selbst eingeschätzter Deutschkompetenzen nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht (in Prozent)

Bezüglich des Alters zeigten sich ebenfalls signifikante Unterschiede. So schätzen Geflüchtete zwischen 18 und 25 Jahren ihre Deutschkenntnisse besser ein als ältere Geflüchtete (siehe **Abbildung 4.12**).

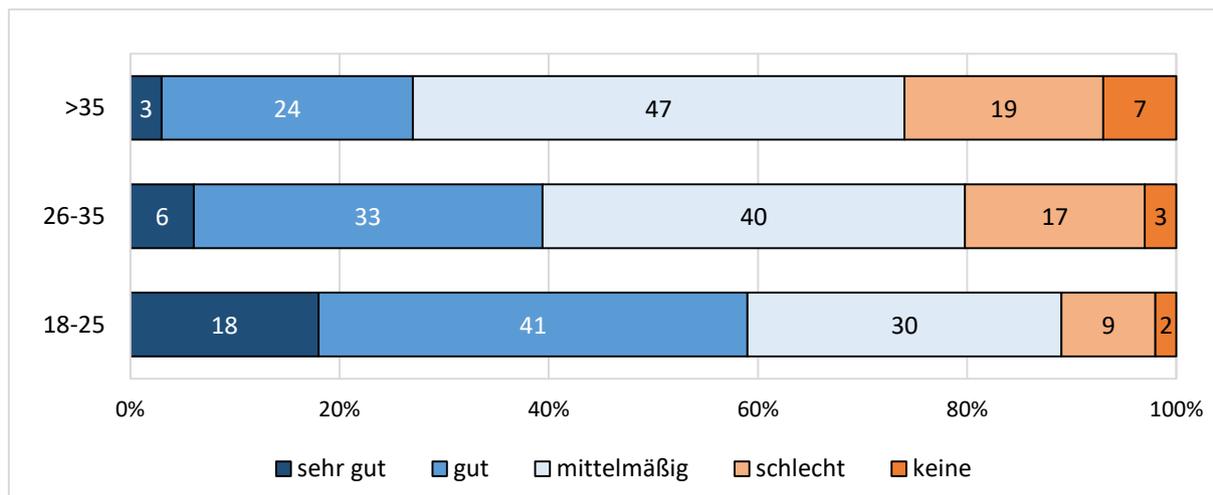


Abbildung 4.12: Gesamtindex selbst eingeschätzte Deutschkompetenzen nach Alter (in Prozent; n = 857)

Ebenso berichten Personen mit höherer Schulbildung im Durchschnitt von besseren Deutschkenntnissen. So wiesen Befragte ohne Schulabschluss bzw. mit Grundschulabschluss signifikant geringere Deutschkenntnisse auf als Personen mit höherem Schulabschluss. Dabei verfügten Personen ohne Schulabschluss über die geringsten Deutschkenntnisse. Berücksichtigt man die Aufenthaltsdauer, so beurteilten Geflüchtete, die nach 2016 nach Deutschland gekommen sind, ihre Deutschkenntnisse geringer als Personen, die bereits längere Zeit in Deutschland lebten. Bei einem Vergleich der Befragten mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus zeigte sich unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Aufenthaltsdauer kein signifikanter Unterschied bezüglich der Deutschkompetenzen.

Neben dieser subjektiven Klassifikation der Sprachkenntnisse wurde im Thüringen-Monitor Integration zusätzlich das höchste bescheinigte Deutschsprachniveau gemäß des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) für Sprachen erfragt. Dabei handelt es sich um ein objektiveres Maß zur Erfassung des Deutschniveaus. Jedoch kann es bei Personen, die ihre Sprachkenntnisse außerhalb eines Sprachkurses erworben bzw. optimiert haben und/oder nicht an einem Test zur Bestimmung des Deutschniveaus teilgenommen haben, zu einer Unterschätzung der tatsächlich vorliegenden Deutschkenntnisse führen. Zu den wesentlichen, von nicht mehr schulpflichtigen Geflüchteten in Thüringen besuchten Sprachkursen, welche mit einem Deutschzertifikat abschließen, gehören der Integrationskurs, die darauf aufbauende berufsbezogene Deutschsprachförderung, das Berufsvorbereitungsjahr Sprachförderung sowie das Sprachförderprogramm *Start Deutsch*.

Der GER unterscheidet zwischen elementarer Sprachverwendung (Niveau A), selbstständiger Sprachverwendung (Niveau B) und kompetenter Sprachverwendung (Niveau C). Jede dieser Niveaustufen ist zur weiteren Ausdifferenzierung zusätzlich in zwei Subkategorien untergliedert (A1, A2; B1, B2; C1, C2; weitere Informationen zu den Definitionen der einzelnen Niveaustufen unter: <http://www.europaescher-referenzrahmen.de/>). Wie in **Abbildung 4.13** dargestellt, verfügten die befragten Geflüchteten am häufigsten über das bescheinigte Deutschniveau B1 (26,8 Prozent). Weiteren 14,4 Prozent lag eine Bescheinigung höheren Niveaus vor; 40,8 Prozent war Niveaustufe A1 oder A2 bescheinigt worden und 18,0 Prozent gaben kein bescheinigtes Deutschniveau an (siehe **Abbildung 4.13**).

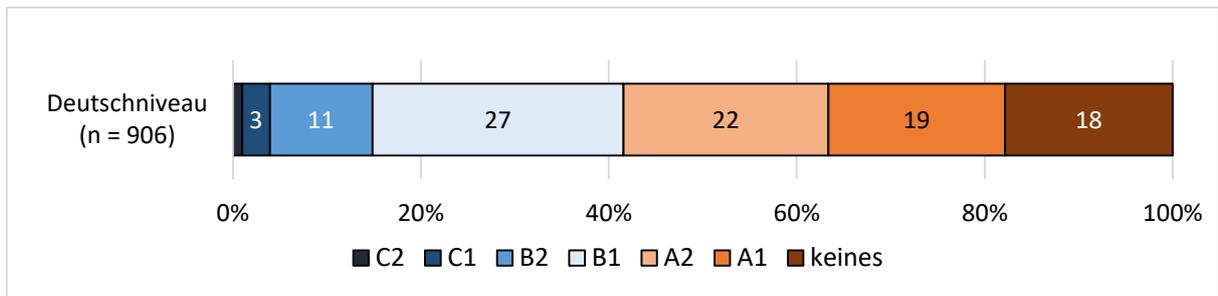


Abbildung 4.13: Höchstes bescheinigtes Deutschniveau (in Prozent)

4.2.2 Genutzte Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache

In **Abbildung 4.14** ist abgebildet, wie häufig die Befragten verschiedene Medien bzw. Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache verwendeten. Daran wird deutlich, dass das Internet und Apps am häufigsten genutzt wurden, deutsches Radio und deutsche Printmedien hingegen am seltensten. Dies unterstreicht die besondere Bedeutung des Internets für den Erwerb von Deutschkenntnissen für Geflüchtete.

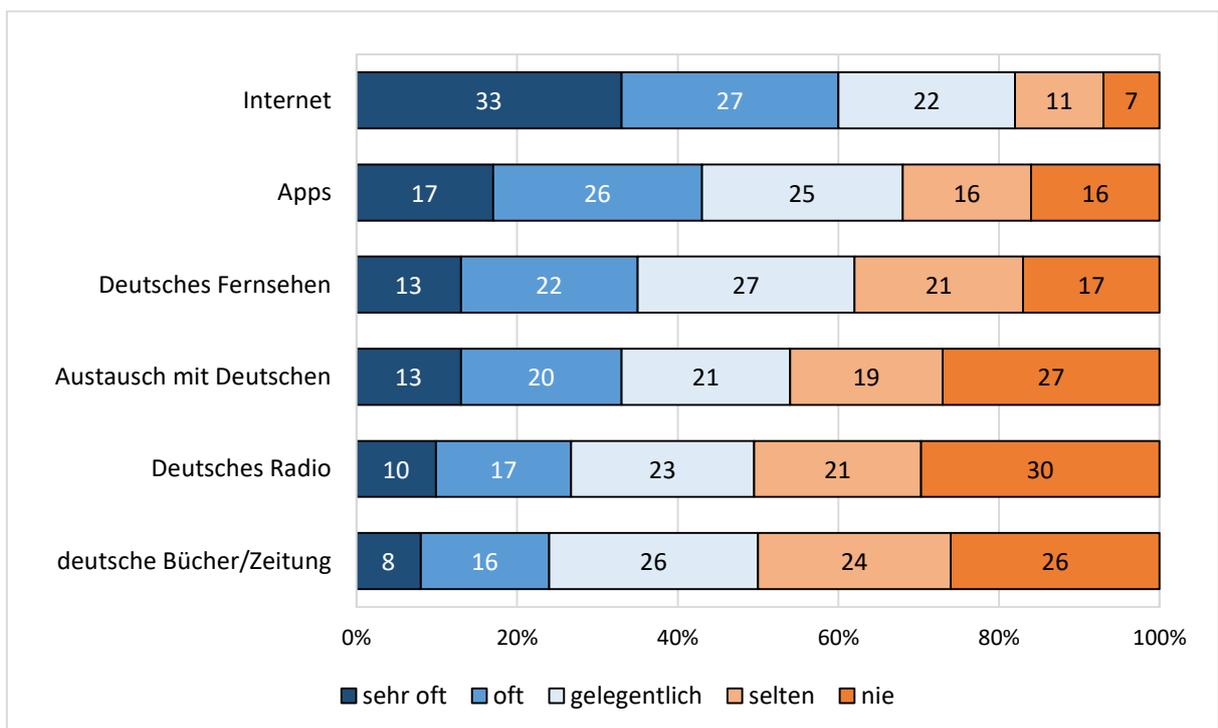


Abbildung 4.14: Genutzte Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache (in Prozent; n = 859-894)

4.2.3 Besuch und Interessen hinsichtlich des Integrationskurses

Hierzulande können viele Immigrant*innen Grundkenntnisse der deutschen Sprache im Rahmen des Integrationskurses erlernen, der ein Kernelement der staatlichen Integrationsförderung darstellt (§ 43 Abs. 2 AufenthG). Seit Oktober 2015 können Geflüchtete mit guter Bleibeperspektive (Personen aus Eritrea, Irak, Iran, Syrien und Somalia) den Integrationskurs bereits vor Abschluss ihres Asylverfahrens

besuchen (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2016, S.52ff). Geflüchtete aus anderen Ländern können hingegen erst mit Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis einen Integrationskurs besuchen (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2016, S.53). Der Integrationskurs umfasst einen Sprachkurs sowie einen Orientierungskurs. Der Sprachkurs des Integrationskurses soll zur Erlangung von Deutschkenntnissen auf Sprachniveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen führen (§3 Abs. 2 Integrationskursverordnung [IntV]). Bei Nichterreichen des Sprachniveaus B1 besteht bei ordnungsgemäßer Teilnahme am Sprachkurs sowie am Sprachtest die Möglichkeit, auf Antrag einen Teil des Kurses sowie die Sprachprüfung zu wiederholen (BAMF, 2015a, S.38). Der Orientierungskurs des Integrationskurses dient der „Vermittlung von Alltagswissen sowie von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland, insbesondere auch der Werte des demokratischen Staatswesens der Bundesrepublik Deutschland und der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung, Toleranz und Religionsfreiheit“ (§ 3 Abs. 1 IntV). Seit 2016 sind die Teilnehmer*innen des Integrationskurses mehrheitlich Geflüchtete (BAMF, 2016, 2017c). In Reaktion auf diese Entwicklung wurde der Umfang des Orientierungskurses von 60 auf 100 45-minütige Unterrichtseinheiten erhöht (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2016, S.63; Deutscher Bundestag, 2016). Zusätzlich wurde der Inhalt modifiziert, wobei der Fokus nun verstärkt auf den Verfassungsprinzipien, der Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und der Wertevermittlung (insbesondere der Gleichberechtigung der Geschlechter und der religiösen Toleranz) liegt (BAMF, 2017b). Im Jahr 2016 besuchten in Thüringen 7846 Personen den Integrationskurs, davon waren 337 Personen Kurswiederholer*innen (BAMF, 2017d). Im Jahr 2017 wurde der Integrationskurs in Thüringen von etwas weniger (7379) Personen besucht. Davon waren 1632 Besuchende Kurswiederholer*innen (BAMF, 2018c). Somit haben im Jahr 2017 in Thüringen deutlich mehr Personen den Integrationskurs wiederholt als im Vorjahr.

Vor diesem Hintergrund wurde im Thüringen-Monitor Integration erfasst, wie viele der befragten Geflüchteten den Integrationskurs bereits besucht hatten, welche Inhalte in diesem vermittelt wurden und welche Ursachen dem Nichtbesuch des Kurses zugrunde lagen. Darüber hinaus wurde erfragt, wie der wahrgenommene Nutzen des Integrationskurses eingeschätzt wurde und welche inhaltlichen Interessen hinsichtlich des Orientierungskurses bestanden.

Wie in **Abbildung 4.15** dargestellt, hatte die Hälfte der Befragten zum Befragungszeitpunkt den Integrationskurs bereits abgeschlossen. Weitere 23,8 Prozent gaben an, den Integrationskurs aktuell zu besuchen. Rund ein Fünftel berichtete hingegen, nicht am Integrationskurs teilgenommen zu haben. Weiteren 5,4 Prozent der Befragten war nicht bekannt, ob sie einen derartigen Kurs besucht hatten. Bezüglich des Besuchs des Integrationskurses waren die Angaben der befragten Männer und Frauen nahezu identisch (**siehe Abbildung 4.15**). Dies ist insofern überraschend, da in anderen (repräsentativen) Befragungen geflüchtete Frauen im Vergleich zu geflüchteten Männern seltener berichtet hatten an einem Integrations- bzw. Sprachkurs teilgenommen zu haben (Brücker et al., 2016d; Worbs et al., 2016). Da viele der im Rahmen des Thüringen-Monitors Integration befragten Geflüchteten über Integrationskursanbieter rekrutiert worden waren, scheint es naheliegend, dass ein Selektionseffekt dazu führte, dass überproportional viele Frauen befragt wurden, die am Integrationskurs teilgenommen hatten.

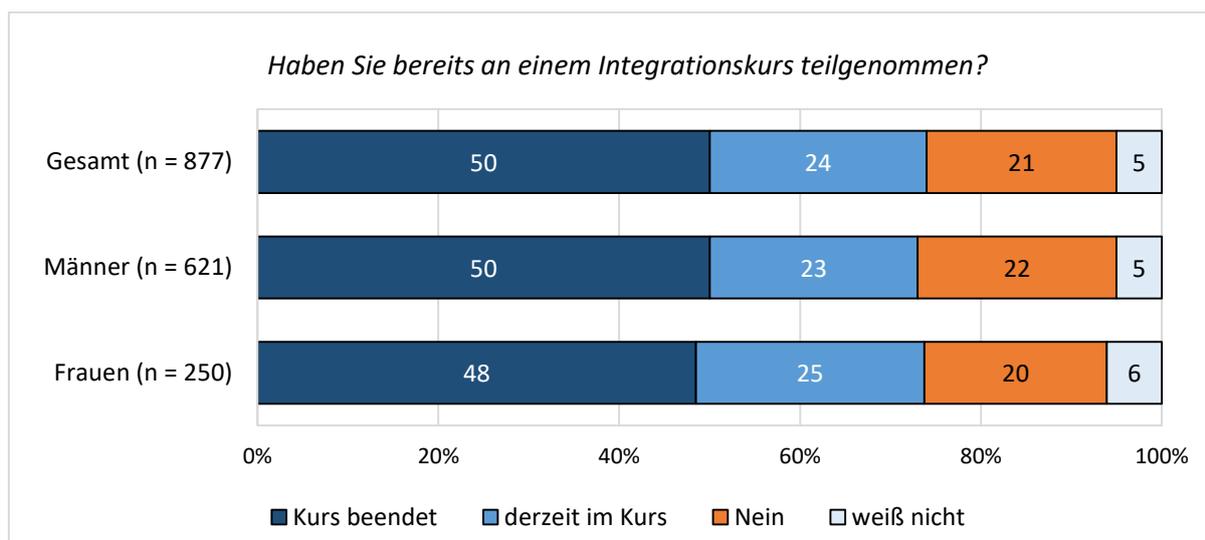


Abbildung 4.15: Teilnahme am Integrationskurs (in Prozent)

Neben dem allgemeinen Integrationskurs werden auch spezielle Integrationskurse angeboten, die auf die Bedürfnisse spezifischer Zielgruppen ausgerichtet sind. So gibt es Integrationskurse für junge Erwachsene, für Frauen, für Eltern sowie für Analphabeten und für Zweitschriftlernende. Der Integrationskurs mit Alphabetisierung richtet sich an Zugewanderte, die zum ersten Mal Lesen und Schreiben lernen möchten bzw. mit der lateinischen Schriftsprache noch nicht vertraut sind (BAMF, 2015b). Die speziellen Kurse für Zweitschriftlernende wurden im Februar 2017 neu vom BAMF eingeführt. Sie richten sich ausschließlich an Personen, die bereits Lesen und Schreiben gelernt haben, allerdings nicht in einem lateinischen Schriftsystem (BAMF, 2018d). Der Orientierungskurs basiert, unabhängig von der Art des besuchten Integrationskurses, für alle Teilnehmer*innen auf den gleichen Lernzielen und Lerninhalten (BAMF, 2015b, 2017b, 2018d).

Bei Betrachtung welche Art von Integrationskurs die befragten Geflüchteten besucht hatten, ergab sich, dass diese am häufigsten (64,8 Prozent) an einem allgemeinen Integrationskurs teilgenommen hatten. Am zweithäufigsten wurde ein Alphabetisierungskurs (21,0 Prozent) besucht. 11,4 Prozent berichteten an einem Integrationskurs für Zweitschriftlernende teilgenommen zu haben. Von diesen gab rund ein Drittel (30,2 Prozent) an, auch einen Alphabetisierungskurs besucht zu haben. Zwar ist denkbar, dass Befragte aufgrund eines Kurswechsels oder einer Kurswiederholung verschiedene Kursarten besucht haben, dieser relativ hohe Anteil könnte jedoch auch darauf hinweisen, dass diesen befragten Geflüchteten der Unterschied zwischen einem Integrationskurs für Zweitschriftlernende und einem Alphabetisierungskurs nicht bekannt war. Ein Integrationskurs für junge Erwachsene besuchten acht Prozent der befragten Geflüchteten. Mit 4,4 Prozent am seltensten wurde an einem Integrationskurs für Eltern bzw. für Frauen teilgenommen. Weitere vier Prozent gaben an nicht zu wissen, welche Art von Integrationskurs sie besucht hatten.

Hinsichtlich der im Rahmen des Integrationskurses gelernten Inhalte hatten jene Befragte, die den Integrationskurs zum Befragungszeitpunkt bereits abgeschlossen hatten, am meisten über Dinge des täglichen Lebens gelernt (siehe **Abbildung 4.16**). Rund 90 Prozent berichteten zudem Wissen über das Arbeiten in Deutschland sowie über die deutsche Gesellschaft und deutsche Umgangsformen erworben zu haben. Bezüglich deutscher Politik, deutscher Geschichte und des deutschen Grundgesetzes

wurde hingegen seltener etwas gelernt. So gab rund ein Fünftel an, nichts über diese Themen gelernt zu haben, obgleich sie wesentliche Inhalte des Orientierungskurses darstellen.

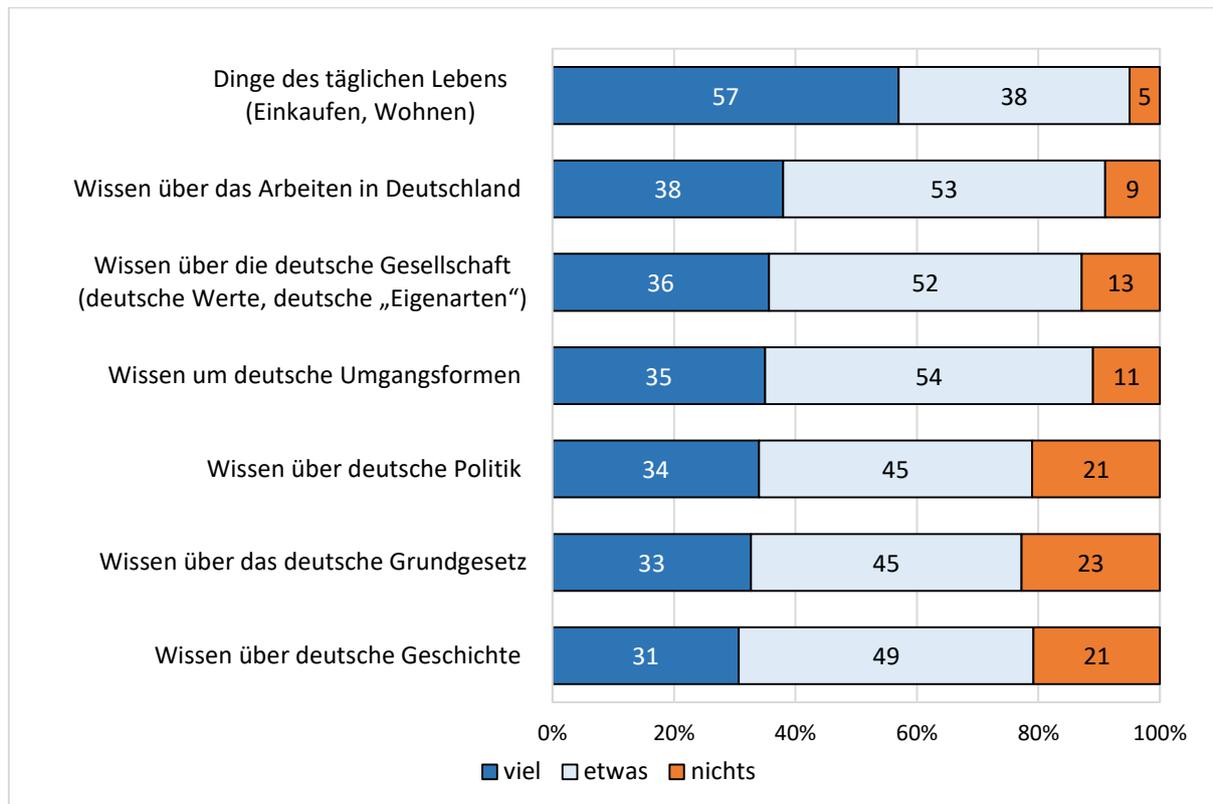


Abbildung 4.16: Im Rahmen des Integrationskurses gelernte Inhalte (in Prozent; n = 420-434)

Die befragten Geflüchteten, die zum Befragungszeitpunkt an keinem Integrationskurs teilgenommen hatten, wurden nach den Gründen für den Nichtbesuch gefragt. Als häufigste Gründe wurde eine fehlende Erlaubnis (47,2 Prozent) und das Warten auf eine Genehmigung (45,8 Prozent) genannt (siehe **Abbildung 4.17**). Somit scheint auch bei vielen der Personen, die den Integrationskurs noch nicht besucht hatten, dies nicht durch fehlendes Interesse an der Kursteilnahme begründet zu sein. Einen weiteren Grund für den Nichtbesuch des Kurses stellte die Betreuung von Kindern dar (26,8 Prozent). Diesbezüglich zeigte sich ein deutlicher Geschlechterunterschied: Während 41,5 Prozent der Frauen angaben, aufgrund der Kinderbetreuung den Kurs nicht besucht haben zu können, galt dies für nur 20,6 Prozent der Männer. Dies unterstreicht die besondere Relevanz des Angebotes einer Kinderbetreuung für Personen mit Fluchthintergrund, um insbesondere auch geflüchteten Müttern die Teilnahme am Integrationskurs zu ermöglichen.

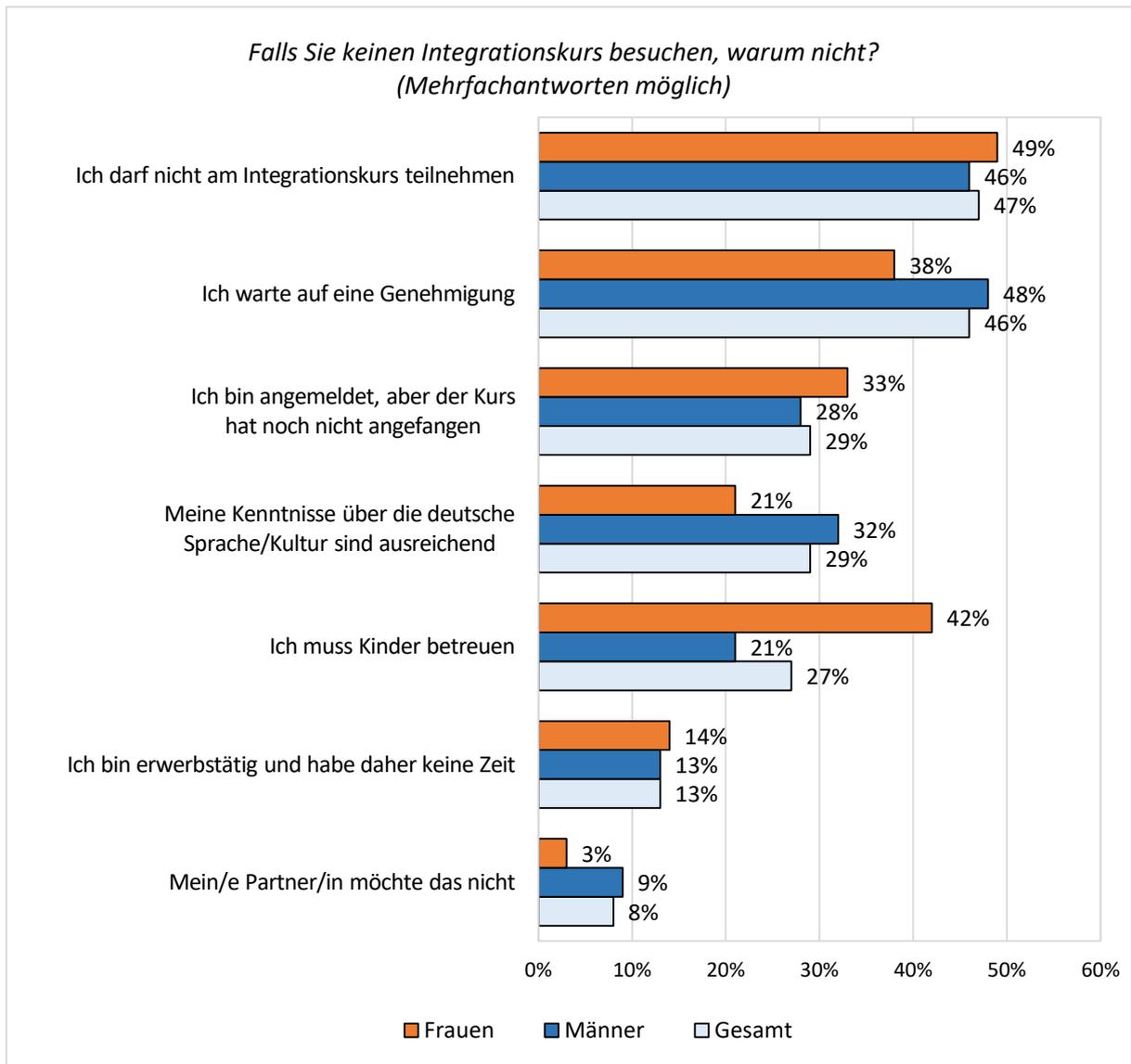


Abbildung 4.17: Gründe für den Nichtbesuch des Integrationskurses (in Prozent; n = 131-142)

Der Sprachkurs des Orientierungskurses schließt mit dem *Deutsch-Test für Zuwanderer* ab. Durch diesen Sprachtest können die Teilnehmer*innen ihre im Kurs erreichten Sprachkompetenzen nachweisen (BAMF,2015a). Von jenen befragten Geflüchteten, die den Integrationskurs zum Befragungszeitpunkt bereits abgeschlossen hatten, berichteten rund drei Viertel, zum Abschluss des Kurses an einem Deutshtest teilgenommen zu haben (siehe **Abbildung 4.18**).

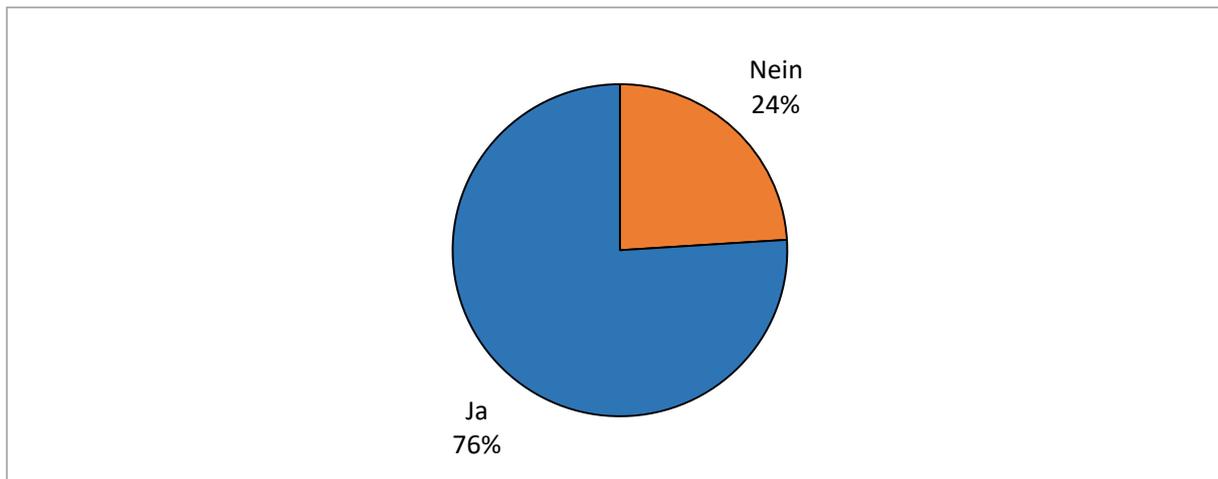


Abbildung 4.18: Teilnahme am Deutschtest des Integrationskurses (in Prozent, $n = 416$)

Von den befragten Geflüchteten, die am abschließenden Deutschtest teilgenommen hatten, erlangten 53,4 Prozent das im Rahmen des Integrationskurses angestrebte Sprachniveau B1. Ein Fünftel erreichte die Niveaustufe A2 und 13,4 Prozent der befragten Geflüchteten die Niveaustufe A1. Weitere 12,7 Prozent berichteten, keine bzw. eine andere Bescheinigung erhalten zu haben (siehe **Abbildung 4.19**).

Bundesweit erreichten im Jahr 2016 59 Prozent aller Integrationskursteilnehmenden die angestrebte Niveaustufe B1; 34 Prozent schlossen mit Sprachniveau A2 ab (BAMF, 2017c). Im Jahr 2017 sank bundesweit der Anteil an Integrationskursteilnehmenden, die das Sprachniveau B1 erreichte auf 49 Prozent, zugleich erzielten 41 Prozent das Sprachniveau A2 (BAMF, 2018b). Damit entspricht der Anteil der Geflüchteten, die im Rahmen des Thüringen-Monitors Integration über das von ihnen erreichte Sprachniveau B1 berichtet hatten, in etwa dem Bundesdurchschnitt der vergangenen zwei Jahre. Der Anteil derer, die im Thüringen-Monitor Integration angegeben hatten, das Sprachniveau A2 erreicht zu haben, liegt hingegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt der vergangenen zwei Jahre. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Integrationskurs nicht nur ausschließlich von Menschen mit Fluchthintergrund besucht wird, sondern beispielsweise ebenso von EU-Bürgern und sogenannten „Altzugewanderten“ (BAMF, 2017c). So scheint es für einen gewissen Anteil geflüchteter Personen eine größere Herausforderung zu sein, das Sprachniveau A2 im Integrationskurs zu erzielen, als für andere Zugewanderte. Vor dem Hintergrund des teils sehr geringen Bildungsniveaus der befragten Geflüchteten (siehe Kapitel 4.1.1) überrascht dies wenig. Da zudem das Schriftsystem der Muttersprache der Befragten nicht auf dem lateinischen Alphabet beruht, erscheint es naheliegend, dass der Sprachkurs des Integrationskurses (trotz des Angebots von Alphabetisierungskursen bzw. von Kursen für Zweitschriftlernende) manche Geflüchtete vor größere Herausforderungen stellt als beispielsweise Integrationskursteilnehmer*innen aus anderen EU-Staaten. Der im Jahr 2017 stark angestiegene Anteil an Kurswiederholer*innen des Integrationskurses (BAMF, 2017c, 2018b) kann ebenfalls als Hinweis interpretiert werden, dass einige Geflüchtete mit den Inhalten des Integrationskurses überfordert sind.

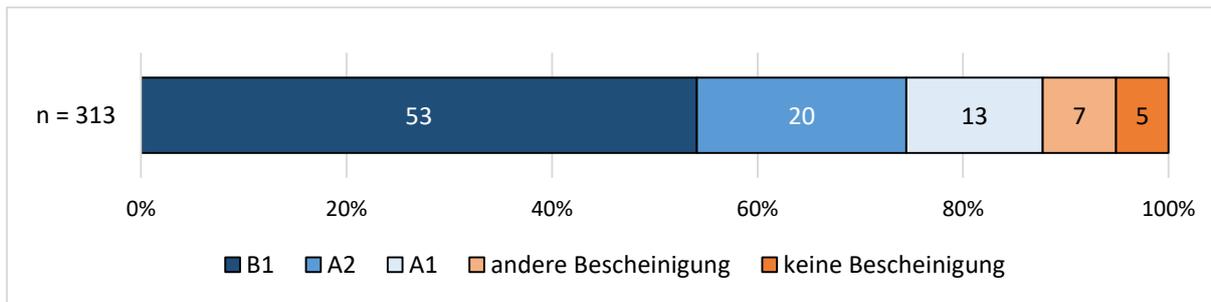


Abbildung 4.19: Höchstes im Integrationskurs bescheinigtes Deutschniveau (in Prozent)

Im Rahmen des Thüringen-Monitors Integration wurden die Befragten, die bereits am Integrationskurs teilgenommen hatten, auch danach gefragt, wie hilfreich sie den Sprachkurs des Integrationskurses zum Erlernen der deutschen Sprache fanden. Wie in **Abbildung 4.20** dargestellt, erachtete die große Mehrheit (83,2 Prozent) den Sprachkurs als hilfreich. Nur 3,2 Prozent betrachteten den Kurs als nicht hilfreich; 13,6 Prozent antworteten in der Mittelkategorie *teils/teils* und bezogen somit keine klare Stellung (siehe **Abbildung 4.20**).

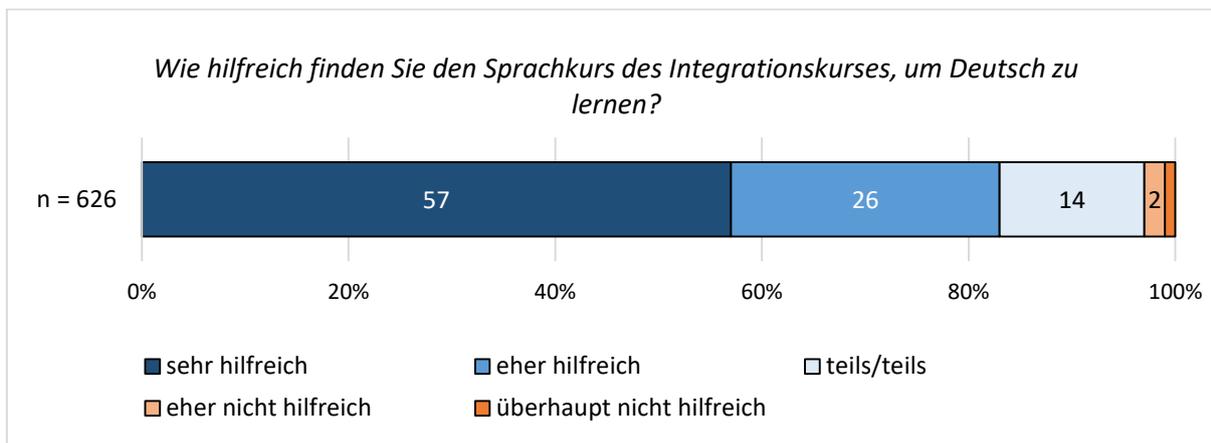


Abbildung 4.20: Wahrgenommener Nutzen des Sprachkurses im Integrationskurs (in Prozent)

Den Orientierungskurs des Integrationskurses bewerteten drei Viertel der Befragten als hilfreich (siehe **Abbildung 4.21**). Als nicht hilfreich schätzten ihn lediglich 3,4 Prozent ein. Somit wurde der Orientierungskurs etwas seltener als hilfreich betrachtet als der Sprachkurs. Auffällig ist der relativ große Anteil an Personen (21,4 Prozent), die in der Mittelkategorie *teils/teils* antworteten und somit keine klare Aussage hinsichtlich des Nutzens des Orientierungskurses trafen (siehe **Abbildung 4.21**).

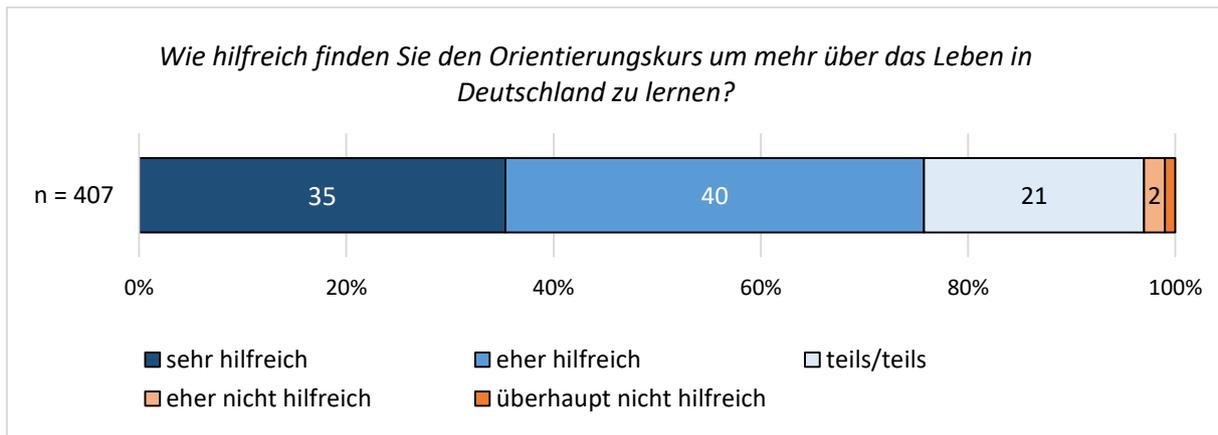


Abbildung 4.21: Wahrgenommener Nutzen des Orientierungskurses (in Prozent)

In Bezug auf theoretische Inhalte des Orientierungskurses äußerten die befragten Geflüchteten am häufigsten Interesse an Informationen über die Rechte und bürgerlichen Pflichten von Zugewanderten (86,0 Prozent) sowie an Informationen über den Umgang mit kultureller Vielfalt (80,5 Prozent; siehe **Abbildung 4.22**). Somit scheint es sehr vielen der Befragten ein Anliegen zu sein, gesetzes- und normkonform in Deutschland zu leben. Der verbreitete Wunsch nach mehr Informationen bezüglich des Umgangs mit kultureller Vielfalt deutet darauf hin, dass viele Geflüchtete nach Anregungen suchen, wie sie mit den Herausforderungen, die kulturelle Diversität mit sich bringen kann, umgehen können.

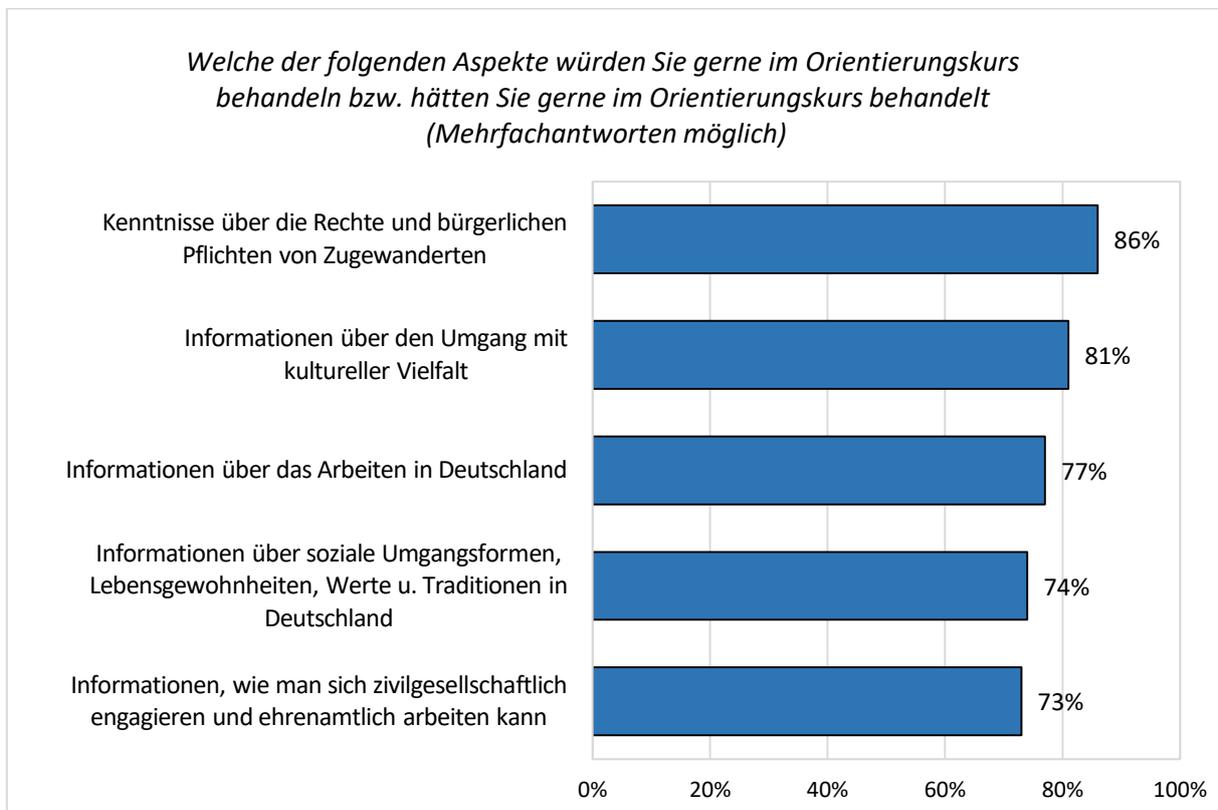


Abbildung 4.22: Interesse an theoretischen Inhalten des Orientierungskurses (in Prozent; n=789-809)

Hinsichtlich möglicher praktischer Inhalte des Orientierungskurses äußerten die meisten der Befragten den Wunsch, mit Deutschen in Kontakt zu treten (86,7 Prozent; siehe **Abbildung 4.23**). Dieses Ergebnis belegt ein sehr weit verbreitetes Interesse unter geflüchteten Menschen, an der deutschen Gesellschaft teilzuhaben. Ein sehr großer Anteil der Befragten wollte im Orientierungskurs darüber hinaus gerne historische Gedenkstätte und Orte besuchen (80,6 Prozent).

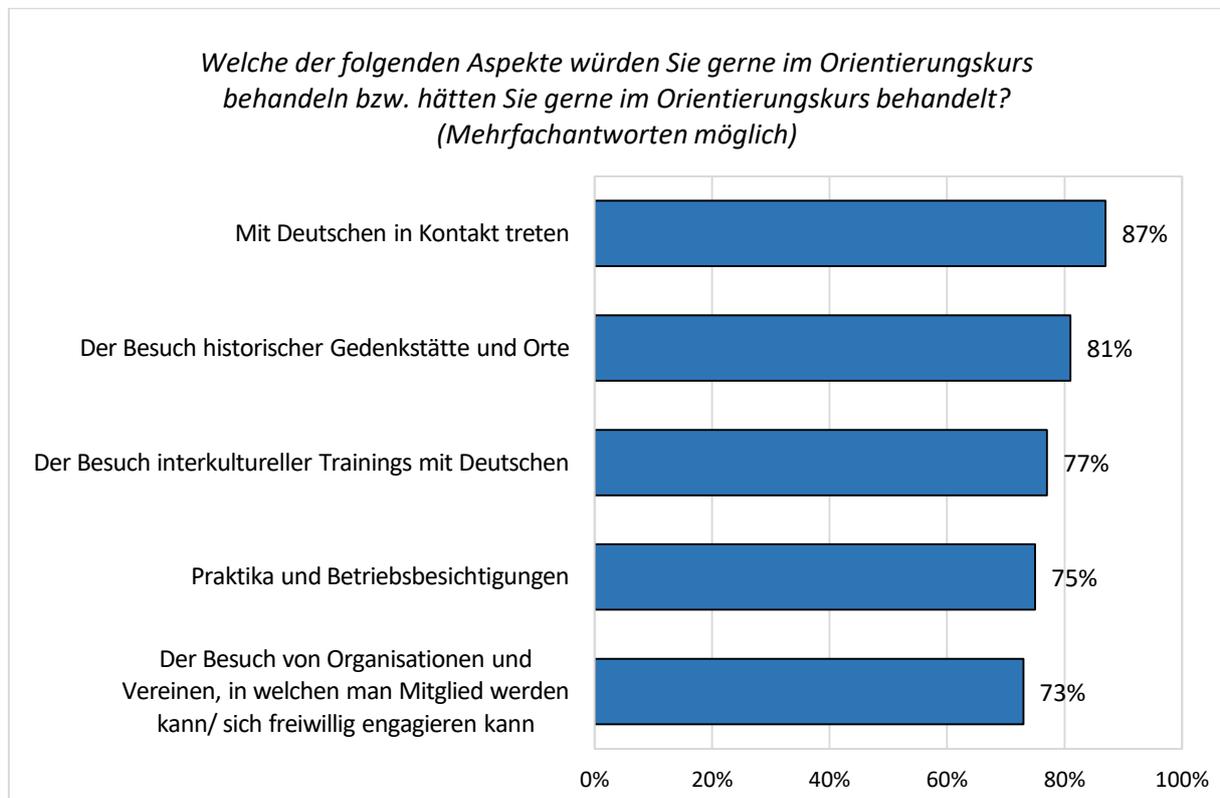


Abbildung 4.23: Interesse an praktischen Inhalten des Orientierungskurses (in Prozent; n = 782-803)

Insgesamt bestand bei den befragten Geflüchteten ein verbreitetes Interesse an vielen möglichen theoretischen wie praktischen Inhalten für den Orientierungskurs. Dabei schien das Interesse in Gegenüberstellung theoretischer und praktischer Inhalte recht ausgewogen zu sein (siehe **Abbildung 4.22** und **4.23**). Da bislang der Orientierungskurs größtenteils theoretische Inhalte vermittelt (BAMF, 2017b), können diese Befunde als Hinweis darauf gewertet werden, dass es Geflüchteten ein Anliegen ist, mehr praktische Anteile bzw. Kontakte mit Deutschen in den Orientierungskurs aufzunehmen.

4.2.4 Inanspruchnahme und Evaluation weiterer Angebote zur Sprachförderung und Integration

Neben dem Integrationskurs gibt bzw. gab es verschiedene weitere Angebote für Geflüchtete, die das Ziel verfolgen Sprachkenntnisse zu vermitteln und die Integration in Ausbildung und Arbeit zu unterstützen. Diese Angebote stellen teilweise Alternativen zum Integrationskurs dar oder bauen auf den im Rahmen des Integrationskurses gelernten Kenntnissen auf. Nachfolgend wird ein kurzer Überblick über zentrale Angebote gegeben. Anschließend wird auf die Teilnahmequoten der befragten Geflüchteten an diesen Angeboten eingegangen und der von den Befragten eingeschätzte Nutzen der Maßnahmen dargelegt. Dabei wurden ausschließlich Befragte einbezogen, die bei dem jeweiligen Angebot

explizit angegeben hatten daran teilgenommen bzw. nicht teilgenommen zu haben. Daher sinkt der Umfang der Stichprobe bei diesen Angaben auf $n = 718$ bis $n = 757$.

Die *Einstiegskurse zur Deutsch-Sprachförderung* wurden 2015/2016 temporär von der Agentur für Arbeit finanziert und richteten sich an Geflüchtete mit guter Bleibeperspektive, die noch keinen Integrationskurs oder Sprachkurs des BAMF besucht hatten. Ziel war die Vermittlung erster Deutschkenntnisse (Bundesagentur für Arbeit, 2016a). Eine Maßnahme für nicht schulpflichtige Geflüchtete in Thüringen, die nicht berechtigt sind den Integrationskurs zu besuchen, stellt das durch das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz geförderte *Landesprogramm Start Deutsch* dar. Daran können unter anderen Asylsuchende aus Afghanistan, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, sowie allgemein Geflüchtete mit unsicherer Bleibeperspektive und Geflüchtete aus Ländern, die als sichere Herkunftsländer klassifiziert sind, teilnehmen. Das seit 2016 bestehende Programm soll den Teilnehmenden durch die Vermittlung von Deutschkenntnis bis Niveau A2 (mit Alphabetisierung) bzw. B1 den Zugang zu Maßnahmen der berufsbezogenen Qualifizierung erleichtern (Vhs Landesverband Thüringen, o. D.). Eine auf dem Integrationskurs aufbauende Maßnahme ist die *berufsbezogene Deutsch-Sprachförderung*. Im Rahmen dieser Maßnahme wird Deutsch mit Bezug zum Beruf gelernt. Das Ziel ist arbeitslose bzw. arbeitssuchende Immigrant*innen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten und schnell und nachhaltig in den Arbeitsmarkt bzw. in weiterführende Bildungsmaßnahmen zu integrieren. Die Teilnahmeberechtigung erfolgt durch Arbeitsagenturen bzw. Jobcenter (BAMF, o. D.a; BAMF, 2018a). Auch das Angebot *Perspektiven für Flüchtlinge* baut auf Deutschkenntnissen auf, die im Rahmen des Integrationskurses vermittelt werden. Es dient der Feststellung der beruflichen Kenntnisse und Kompetenzen Geflüchteter. Teilnehmen können Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive sowie alle Geflüchteten mit Arbeitsmarktzugang. Das Ziel ist praxisnah Potentiale zu identifizieren, Informationen über Bedingungen des deutschen Arbeitsmarktes sowie berufsbezogene Sprachkenntnisse zu vermitteln bzw. zu vervollständigen und Bewerbungsaktivitäten zu unterstützen. Teilnehmende sollen auf die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung vorbereitet werden (Bundesagentur für Arbeit, 2017). Die Maßnahme *Perspektiven für junge Geflüchtete* richtet sich insbesondere an Geflüchtete mit Arbeitsmarktzugang unter 25 Jahren. Die Maßnahme dient der Förderung der Orientierung im deutschen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem. Sie soll die Teilnehmenden in die Lage versetzen anschließend eine passende Ausbildung zu beginnen. Neben der Ermittlung von Integrationshemmnissen und der Feststellung vorhandener Sprachkenntnisse werden auch die praktische Eignung und besondere Interessen in unterschiedlichen Bereichen ermittelt und anschließend in einer betrieblichen Phase erprobt (Bundesagentur für Arbeit, 2016b; Bundesagentur für Arbeit, o. D.).

Knapp ein Drittel (29,0 Prozent; siehe **Abbildung 4.24**) der im Rahmen des Thüringen-Monitors Integration befragten Geflüchteten gab an, am Landesprogramm Start Deutsch teilgenommen zu haben. Dabei handelte es sich überwiegend um Personen aus Afghanistan (62,0 Prozent; $n = 132$). Rund ein Fünftel der Personen, die angegeben hatten am Landesprogramm Start Deutsch teilgenommen zu haben, waren hingegen Syrer*innen, die über eine Aufenthaltserlaubnis verfügten bzw. per Familiennachzug nach Deutschland gekommen sind. Da es unwahrscheinlich erscheint, dass diese Personengruppe an dem Programm teilgenommen hat, deuten diese Angaben darauf hin, dass ein Teil der Befragten diese fälschlicherweise gemacht hat. Möglicherweise lag in diesen Fällen eine Verwechslung mit dem Besuch des Integrationskurses oder eines anderweitigen Deutschkurses vor. Von einer Teilnahme an der berufsbezogenen Deutsch-Sprachförderung berichtete rund ein Viertel (26,6 Prozent) der Befragten. Ebenfalls rund ein Viertel (23,5 Prozent) führte auf an einem Einstiegskurs zur Deutsch-Sprachförderung der Agentur für Arbeit partizipiert zu haben. Allerdings

handelte es sich hierbei bei 33,9 Prozent ($n = 59$) um Personen aus Afghanistan, die sich teils noch im Asylverfahren befanden bzw. deren Asylantrag abgelehnt worden war. Da auch diese Angaben wenig plausibel erscheinen, scheinen auch hier einige der Befragten Schwierigkeiten mit der Zuordnung des von ihnen besuchten Sprachkurses gehabt zu haben. Die Angaben zu der Inanspruchnahme der Maßnahmen Perspektive für Flüchtlinge und Perspektive für junge Geflüchtete deuten darauf hin, dass diese von den befragten Geflüchteten vergleichsweise seltener in Anspruch genommen wurden (von 13,6 bzw. 13,4 Prozent; siehe **Abbildung 4.24**). Vor dem Hintergrund, dass sich manche der Befragten scheinbar schwertaten, das von ihnen besuchte Angebot richtig zuzuordnen, sind die dargelegten Befunde allerdings mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren.

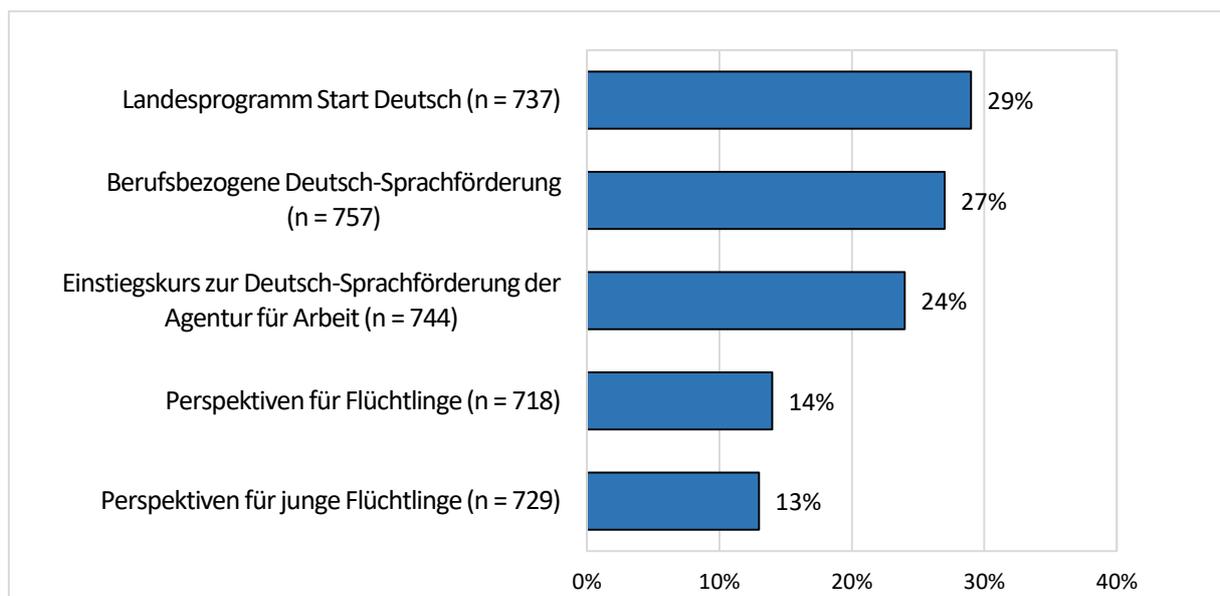


Abbildung 4.24: Inanspruchnahme weiterer Angebote zur Förderung von Sprache und Integration (ohne Integrationskurs; in Prozent)

Wie anhand der **Abbildung 4.25** deutlich wird, nahmen die befragten Frauen, verglichen zu den befragten Männern, seltener an Maßnahmen zur Sprachförderung und Integration teil. Aufgrund des Umstandes, dass es den Befragten offenbar teils Schwierigkeiten bereitete, die von ihnen besuchte Maßnahme zu identifizieren, wird an dieser Stelle davon abgesehen näher auf die Geschlechterunterschiede innerhalb der einzelnen Maßnahmen einzugehen.

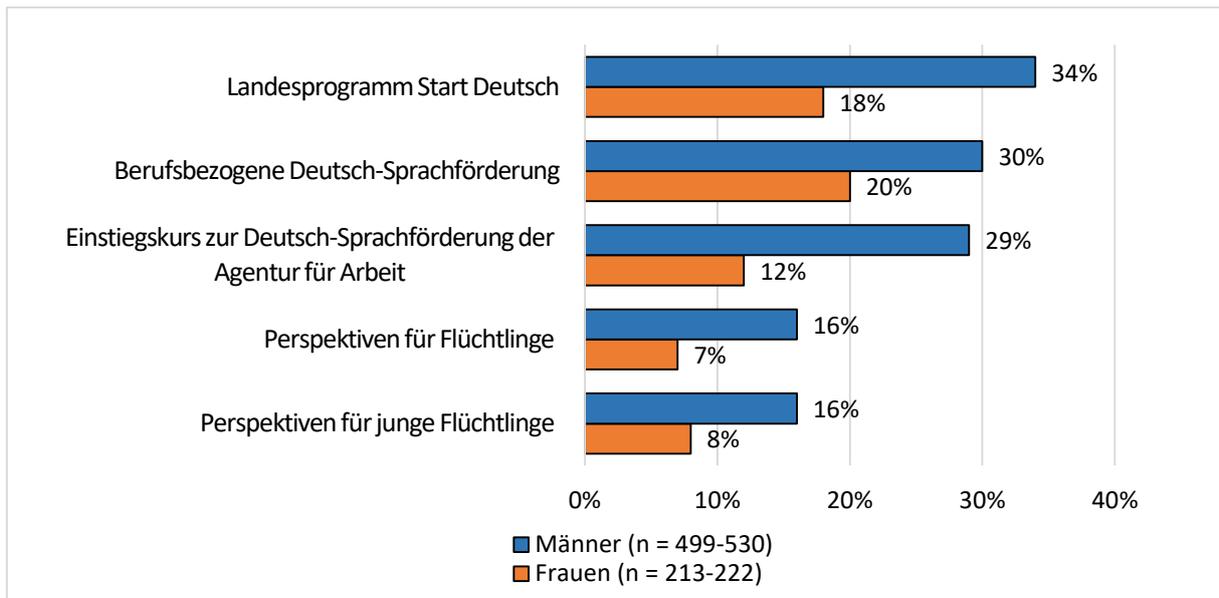


Abbildung 4.25: Inanspruchnahme weiterer Angebote zur Förderung von Sprache und Integration nach Geschlecht (in Prozent)

Bezüglich des wahrgenommenen Nutzens der in Anspruch genommenen Angebote zeigte sich, dass diese von den meisten der Befragten als hilfreich oder zumindest teilweise hilfreich wahrgenommen wurden (siehe **Abbildung 4.26**). Lediglich die Maßnahmen Perspektiven für Geflüchtete und Perspektiven für junge Geflüchtete wurden etwas seltener als (teilweise) hilfreich beurteilt. Hier lag der Anteil derer, die die Maßnahme als nicht hilfreich erachteten, bei jeweils rund 15 Prozent.

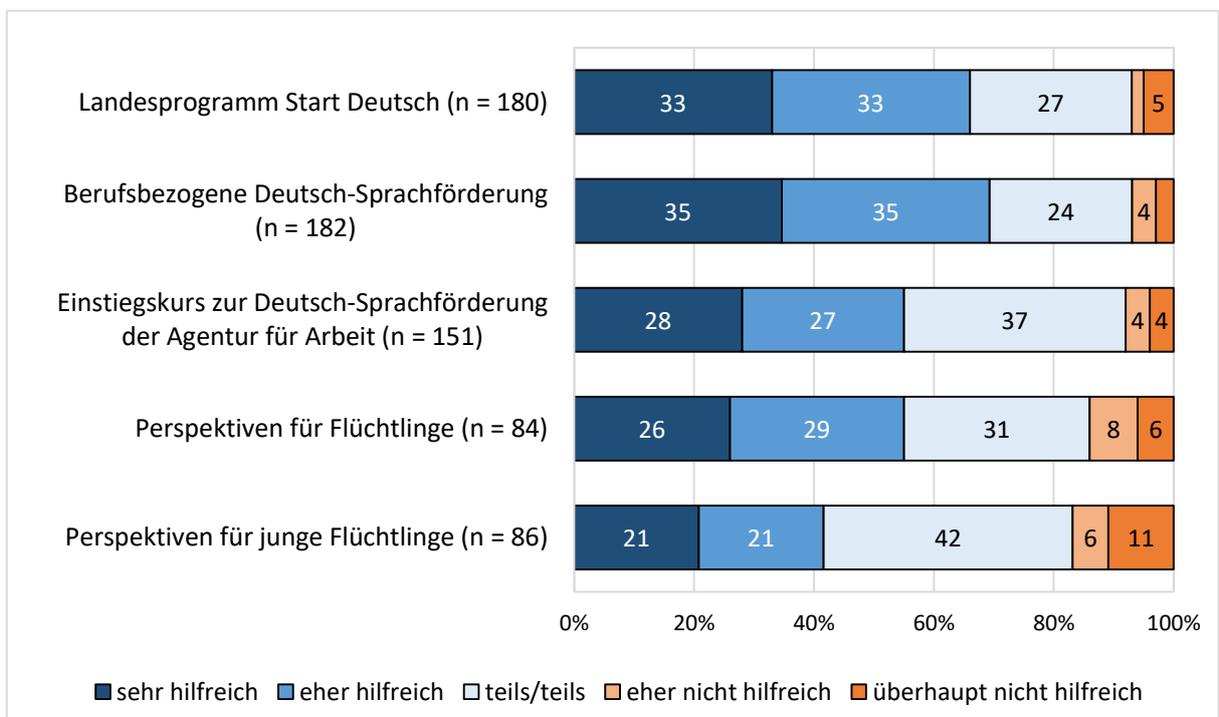


Abbildung 4.26: Eingeschätzter Nutzen des besuchten Angebots (in Prozent)

4.2.5 Inanspruchnahme und Evaluation des Beratungsangebotes für Geflüchtete

Im Aufenthaltsgesetz ist verankert, dass Immigrant*innen zur Förderung der Integration zusätzlich zum Integrationskurs „sozialpädagogische und migrationsspezifische Beratung“ angeboten werden soll (§ 45 Abs. 2 AufenthG). Zu diesem Beratungsangebot zählen die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) sowie die Jugendmigrationsdienste (JMD). Diese Beratungsangebote sollen Zugewanderte bei Fragen des täglichen Lebens unterstützen und ihnen dabei helfen, sich hierzulande schnell im Alltag zurechtzufinden. Während sich die MBE an neu zugewanderte erwachsene Immigrant*innen richtet, sind die JMD auf junge Immigrant*innen bis 27 Jahre ausgerichtet, die auch bereits seit längerer Zeit in Deutschland leben können (Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2015). Des Weiteren gibt es Beratung für Geflüchtete, die von Geflüchteten, Asylbewerber*innen und Personen ohne gesicherten Aufenthalt in Anspruch genommen werden kann (Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern, 2015). Darüber hinaus können Geflüchtete psychosoziale Beratungsstellen aufsuchen. Neben dem allgemeinen psychosozialen Beratungsangebot, gibt es vereinzelt auch psychosoziale Beratung, die speziell auf Personen mit Fluchthintergrund ausgerichtet ist. In diesen stehen während der Beratung bei Bedarf auch Dolmetscher zur Verfügung. Innerhalb Thüringens wird dies beispielsweise von Refugio Thüringen angeboten (Refugio Thüringen e.V., o.D.). Ein weiteres Beratungsangebot für Geflüchtete stellen die Arbeitsmarkt- und Berufsberatung der Agentur für Arbeit bzw. der Jobcenter dar. Diese verfolgen das Ziel Geflüchtete in Arbeit bzw. Ausbildung zu vermitteln (Knapp et al., 2017). Zudem werden Geflüchteten, die an einer Rückkehr in ihr Herkunftsland interessiert sind, in Rückkehrberatungsstellen Information zu Möglichkeiten, Perspektiven und unterstützenden Rückkehrprogrammen offeriert (BAMF, o.D. b).

Im Rahmen des Thüringen-Monitor Integration wurden die Befragten zum einen gefragt, inwiefern sie die verschiedenen, oben aufgeführten Beratungsangebote in Anspruch genommen haben. Auch hierbei wurden ausschließlich Befragte einbezogen, die bei dem jeweiligen Beratungsangebot explizit angegeben hatten daran teilgenommen bzw. nicht teilgenommen zu haben. Aus diesem Grund sinkt der Umfang der Stichprobe bei diesen Angaben auf $n = 769$ bis $n = 7690$. Für in Anspruch genommene Beratung wurde zudem erfasst, wie hilfreich diese wahrgenommen wurde.

Von allen im Rahmen des Thüringen-Monitor Integration befragten Geflüchteten gaben 48,2 Prozent an, mindestens eines der oben aufgeführten Beratungsangebote in Anspruch genommen zu haben. Dabei zeigte sich ein Geschlechterunterschied: Während sich 52,3 Prozent der befragten Männer beraten ließen, galt dies für nur 38,8 Prozent der befragten Frauen. Mit 37,2 Prozent am Häufigsten gaben die Befragten an, Flüchtlings- bzw. Asylberatung in Anspruch genommen zu haben. Wie in **Abbildung 4.27** dargestellt, berichteten jeweils rund zehn Prozent der Befragten eine psychosoziale Beratungsstelle, die MBE bzw. den JMD besucht zu haben. Die Berufsberatung wurde von 25,5 Prozent und die Arbeitsmarktberatung von 30,2 Prozent aufgesucht. Am Seltensten wurde die Rückkehrberatung in Anspruch genommen (5,4 Prozent). Im Vergleich zur IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016 (Scheible & Böhm, 2018) berichteten in der hiesigen Untersuchung deutlich mehr Geflüchtete von der Inanspruchnahme eines Angebots der Asyl- und Migrationsberatung. So verweisen Scheible und Böhm (2018) auf nur 18 Prozent der Befragten, die im Rahmen der IAB-BAMF-SOEP-Befragung vom Besuch von mindestens einem Beratungsangebot aus den Bereichen MBE, JMD und Flüchtlings- und Asylberatung berichtet hatten. Folglich scheint die Inanspruchnahme dieser Angebote zwischenzeitlich gestiegen zu sein. Ein möglicher Grund hierfür könnte in einem gestiegenen Bekanntheitsgrad der Beratungsangebote liegen. Allerdings muss einschränkend darauf hingewiesen werden, dass sich die in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung befragten Geflüchteten im Vergleich zur

vorliegenden Untersuchung im Durchschnitt erst seit kürzerer Zeit in Deutschland aufhielten (Brücker et al., 2016d). Dabei erscheint es plausibel, dass mit zunehmender Aufenthaltsdauer auch die Inanspruchnahme des Beratungsangebotes zunimmt. Zudem kann ein Selektionseffekt in der vorliegenden Untersuchung nicht ausgeschlossen werden, da zum Teil auch über Migrationsberatungsstellen versucht worden war Geflüchtete für die Teilnahme an der Befragung zu gewinnen.

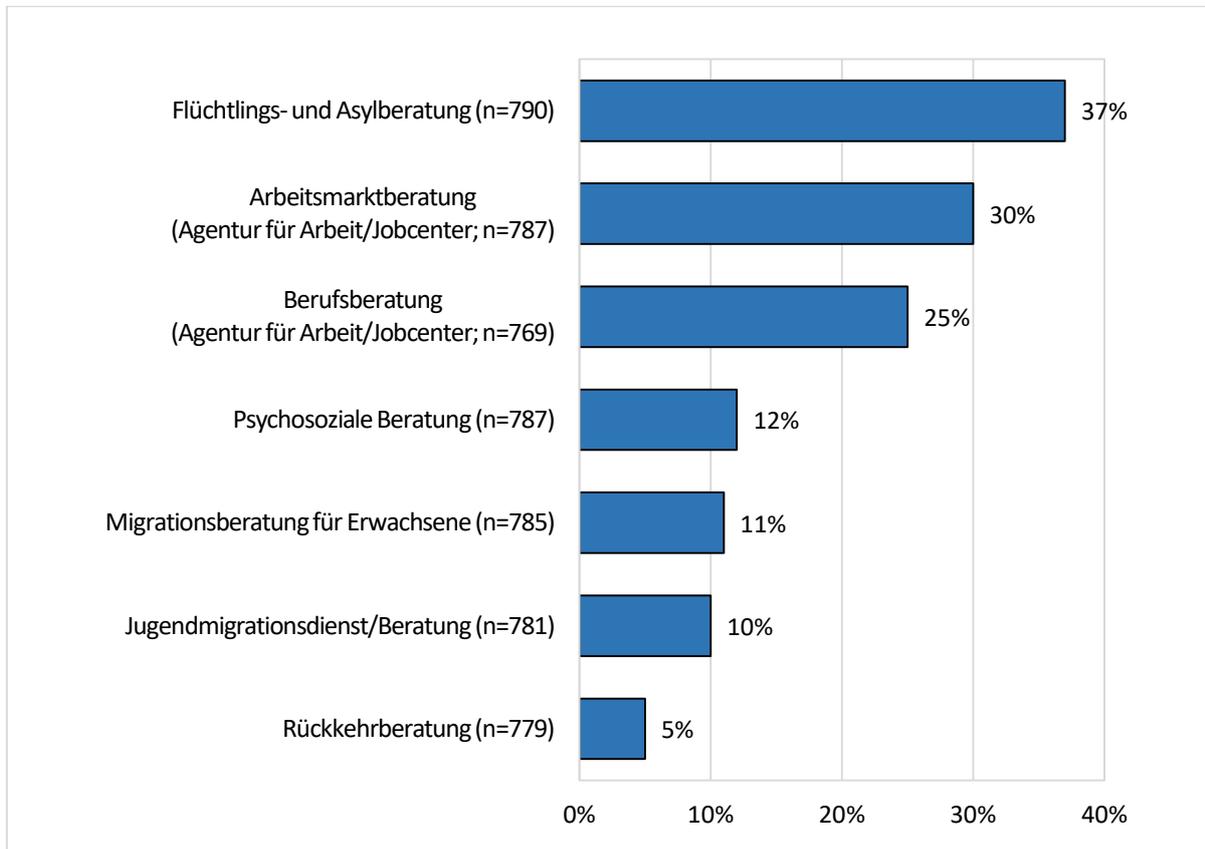


Abbildung 4.27: Inanspruchnahme von Beratungsstellen (in Prozent)

Wie in **Abbildung 4.28** ersichtlich, ist der Geschlechterunterschied im Rahmen der Inanspruchnahme von Beratung im Bereich Berufs- und Arbeitsmarktberatung am deutlichsten ausgeprägt. So wurde die Berufsberatung von 29,5 Prozent der befragten Männer und von lediglich 16,4 Prozent der befragten Frauen besucht. Ähnlich verhält es sich bezüglich der Arbeitsmarktberatung. Diese wurde von 35,1 Prozent der männlichen, jedoch nur von 19,2 Prozent der weiblichen Befragten in Anspruch genommen.

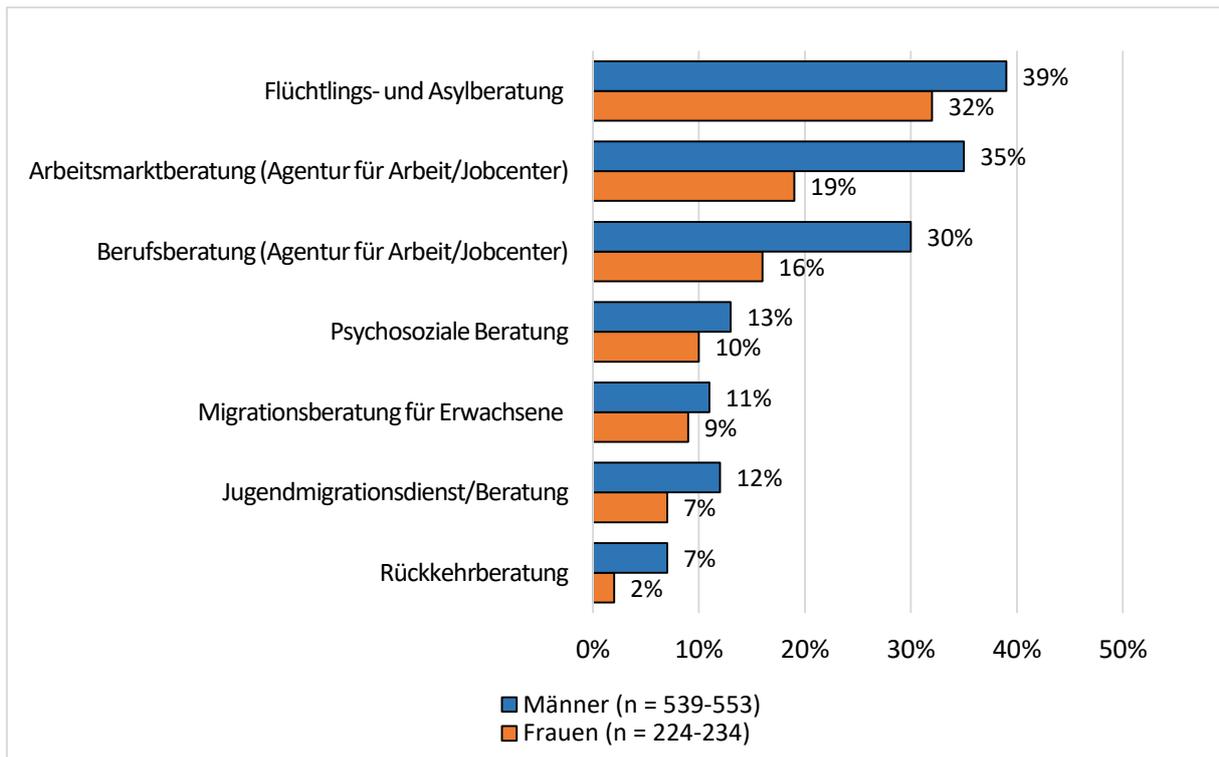


Abbildung 4.28: Inanspruchnahme von Beratungsstellen nach Geschlecht (in Prozent)

Ein Großteil der befragten Geflüchteten bewertete die in Anspruch genommenen Beratung als hilfreich bzw. teilweise hilfreich. Dabei wurden, wie in **Abbildung 4.29** zu erkennen ist, Beratungsangebote, deren Besuch unter den befragten Geflüchteten verbreiteter war, weitgehend auch als hilfreicher beurteilt. Entsprechend wurde die Flüchtlings- und Asylberatung als am hilfreichsten bewertet und die Rückkehrberatung als am wenigsten hilfreich (siehe **Abbildung 4.29**).

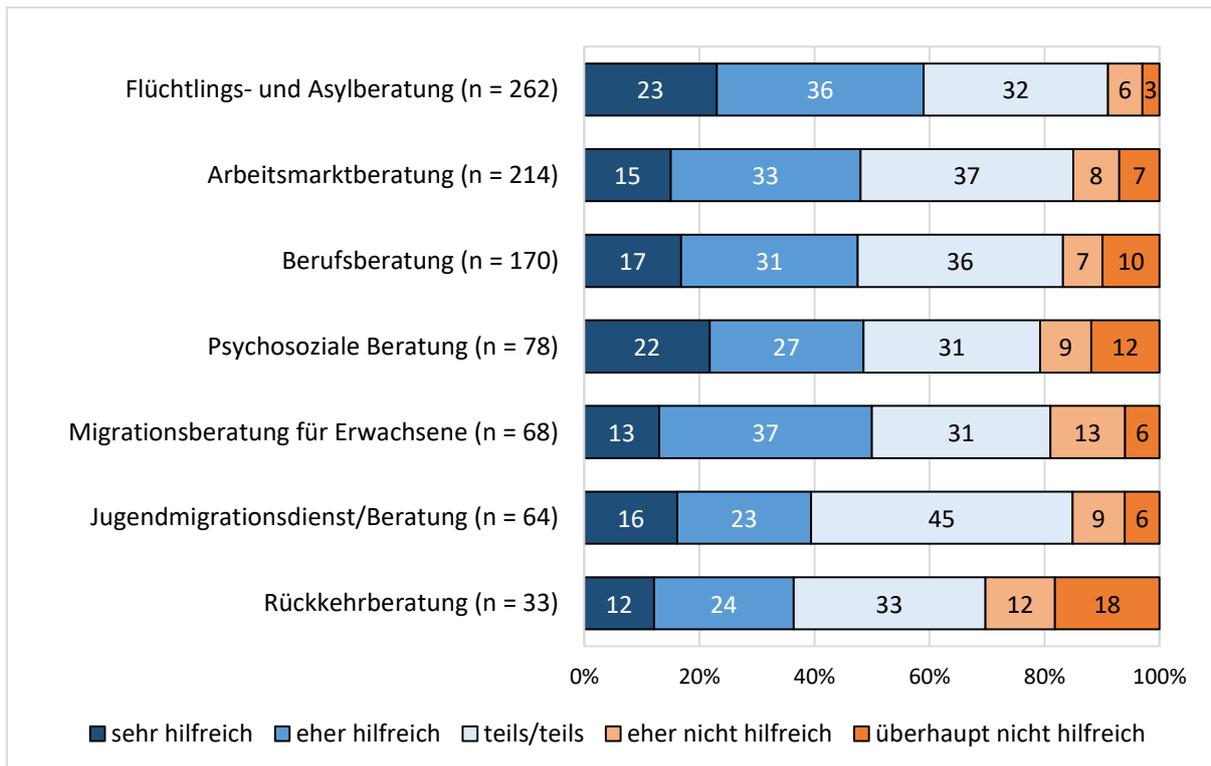


Abbildung 4.29: Eingeschätzter Nutzen der in Anspruch genommenen Beratung (in Prozent)

Zusammenfassend lässt sich schlussfolgern, dass sowohl bezüglich der Teilnahme an Maßnahmen zur Sprachförderung und Integration als auch hinsichtlich der Inanspruchnahme des Beratungsangebotes ein deutlicher Geschlechterunterschied vorliegt, wobei die befragten Frauen stets seltener an den Angeboten teilnahmen als die befragten Männer. Dieser Befund legt nahe, dass es wichtig ist, geflüchteten Frauen den Zugang zu bestehenden Angeboten in den Bereichen Sprachförderung, Arbeitsmarktintegration und Beratung zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Dies erscheint besonders relevant vor dem Hintergrund neuerer Forschungsbefunde der OECD: Diese deuten darauf hin, dass die Integration von weiblichen Immigrantinnen entscheidend ist für die Integration ihrer Kinder (OECD, 2017). Entsprechend dieser Befunde würden integrationsfördernde Maßnahmen für geflüchtete Frauen nicht nur den Frauen selbst, sondern ebenso nachfolgenden Generationen nutzen und sich somit in doppelter Hinsicht lohnen. Zudem verweisen Forschungsbefunde darauf, dass die Förderung des Erwerbs grundlegender Sprachkompetenzen und Bildungsmaßnahmen insbesondere bei geflüchteten Frauen zu deutlich verbesserten Beschäftigungsergebnissen führen können (Liebig, 2018).

4.3. Arbeitsmarktintegration

Die Teilhabe am Erwerbsleben ist – neben anderen Aspekten wie dem Spracherwerb, der Teilhabe am deutschen Bildungssystem und der Partizipation am gesellschaftlichen wie auch politischen Leben in Deutschland – sicherlich ein zentraler Faktor für eine gelungene Integration von Geflüchteten. Die Übernahme einer Erwerbstätigkeit in Deutschland bzw. in Thüringen stabilisiert dabei nicht nur die ökonomische Situation von Geflüchteten, sie ist häufig auch ein Katalysator für gesellschaftliche Teilhabe sowie den Aufbau einer eigenständigen und selbstbestimmten Lebensführung. Überdies ist eine möglichst rasche Integration in den deutschen Arbeitsmarkt auch aus staatlich-fiskalischer Sicht erstrebenswert, da die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten in der Regel mit einer Belastung

staatlicher Ressourcen verbunden ist. Zugleich ist die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufserfahrungen sowohl für die betreffenden Personen als auch für Behörden und Arbeitgeber nach wie vor eine Herausforderung, da sowohl der Spracherwerb als auch eine in Deutschland anerkannte berufliche Ausbildung und Qualifizierung den Zugang zum Arbeitsmarkt regulieren.

Der vorliegende Thüringen-Monitor Integration stellt die Perspektive von Geflüchteten auf ihr Erwerbsleben in den Mittelpunkt. Anhand ihrer Aussagen, Einschätzungen und Erfahrungen diskutiert das Kapitel Erwerbsaspirationen, die bisherige Orientierung auf dem Arbeitsmarkt und Hürden, die auf dem Weg zu einem Arbeitsplatz überwunden werden müssen. Dabei sollen zur Kontextualisierung auch Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sowie des Thüringer Landesamts für Statistik herangezogen werden. Vor dem Hintergrund dieser Auswertung entsteht ein differenziertes Bild der aktuellen Integration von Geflüchteten auf dem thüringischen Arbeitsmarkt.

4.3.1. Strukturelle Voraussetzung: Die Aufnahmefähigkeit des Thüringer Arbeitsmarkts

Während der Schwerpunkt der vorliegenden Analyse auf den Wahrnehmungen und Erfahrungen von Geflüchteten liegt, soll vorab ein bedeutsamer struktureller Faktor für die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt dargestellt werden. Dabei geht es um den Zustand des Thüringer Arbeitsmarkts und die Frage, inwiefern dieser aufnahmefähig für neue Erwerbstätige ist.

Mit Blick auf die bundesdeutsche Entwicklung sprach die Bundesagentur für Arbeit zuletzt von einer „*dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung*“ (Bundesagentur für Arbeit [BA], 2017, S. 11). Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2017 um 2,2 Prozent (BA, 2018, S. 5) und auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stieg an. Obwohl sich solche bundesdeutschen Trends immer noch sehr unterschiedlich im Osten und Westen Deutschlands darstellen, verzeichnete auch Thüringen in den letzten Jahren eine durchaus positive Entwicklung. Die Arbeitslosenquote sank zuletzt (Oktober 2018) auf 5,1 Prozent - ein Rekordtief für den Freistaat und ein Wert, der deutlich unter der Quote der ostdeutschen Bundesländer von 6,4 Prozent liegt. Insgesamt waren in Thüringen damit zuletzt 57.452 Menschen arbeitslos, während zugleich 26.146 offene Stellen gemeldet waren. Der Chef der Arbeitsagenturen in Thüringen, Kay Senius, äußerte daher vor allem Sorgen, den Bedarf von Fach- und Nachwuchskräften kurz- und mittelfristig abdecken zu können.

Vor diesem Hintergrund ist der Thüringer Arbeitsmarkt nicht nur aufnahmefähig, sondern bedarf dringend neuer Arbeitskräfte, um die entsprechende Nachfrage der Thüringer Wirtschaft decken zu können. Dennoch dürfen trotz dieser insgesamt günstigen Voraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen auch die regionalen Unterschiede des Thüringer Arbeitsmarktes nicht aus dem Blickfeld geraten. So reicht die Spanne der Arbeitslosenquote von 3,1 Prozent im Landkreis Hildburghausen bis 8,4 Prozent in Gera. Gerade Südthüringen mit den Landkreisen Sonneberg, dem Wartburgkreis, Hildburghausen und Schmalkalden-Meiningen, aber auch Suhl und Eisenach bildet eine prosperierende Region in Thüringen mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 4,1 Prozent (Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, 2018).

4.3.2. Erwerbstätigkeit

In der vorliegenden Befragung gab jeder Fünfte (20,4 Prozent) an, derzeit einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Diese Angabe ähnelt den Ergebnissen der repräsentativen Erhebung des Instituts für

Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und des Sozioökonomischen Panels (SOEP) aus dem Jahr 2016. Zum Zeitpunkt der Befragung waren dort 14 Prozent der Befragten erwerbstätig (Brücker et al., 2016c, S. 68). Die Arbeitsmarktintegration der in Thüringen befragten Geflüchteten scheint damit zunächst etwas weiter vorangeschritten zu sein, was jedoch angesichts der späteren Datenerhebung des Thüringen-Monitor Integration und der damit längeren Aufenthaltsdauer in Deutschland kontextualisiert werden muss.

Der Zusammenhang von Aufenthaltsdauer und Arbeitsmarktintegration zeigte sich auch in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung, wo Geflüchtete mit einer längeren Aufenthaltsdauer bereits besser in den Arbeitsmarkt integriert waren. So arbeiteten bereits knapp 21 Prozent der 2013 nach Deutschland eingereisten Personen, während dies nur auf 5 Prozent der 2015 zugewanderten zutraf, die so zum Zeitpunkt der Befragung erst ein Jahr in Deutschland lebten. Um die Ergebnisse der IAB-BAMF-SOEP-Befragung und des Thüringen-Monitor Integration miteinander in Bezug zu setzen, ist es daher sinnvoll, die Erwerbstätigkeit unter Gruppen zu vergleichen, die eine ungefähr gleiche Aufenthaltsdauer in Deutschland aufwiesen. Danach sprechen die Ergebnisse in der Tat für eine ähnliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach der bisherigen Aufenthaltsdauer in Deutschland. Der Großteil der hier Befragten kam 2015 oder 2016 nach Thüringen (72,6 Prozent), nur ein kleiner Teil der Befragten bereits 2013/2014 (6,6 Prozent) und jeder Fünfte (20,8 Prozent) 2017 oder 2018. Interessanterweise unterschieden sich die Gruppen der 2013/2014 Angekommenen im Mittelwertsvergleich nur wenig und nicht signifikant von denen der 2015/2016 Angekommenen hinsichtlich ihrer Teilhabe am Arbeitsmarkt (vgl. **Abbildung 4.30**). Dies mag daran liegen, dass verschiedene Instrumente der Arbeitsmarktintegration erst in den Jahren 2015 und 2016 verabschiedet wurden und sich auch die rechtliche Situation für Geflüchtete hinsichtlich ihres Arbeitsmarktzugangs in den letzten Jahren mehrfach änderte (Johansson et al., 2015). So kann insgesamt die Hürde für eine rasche Arbeitsmarktintegration für die früher Eingereisten höher gewesen sein. Zugleich unterschieden sich die Gruppe der 2015/2016 Angekommenen von den erst jüngst (2017/2018) nach Thüringen Geflüchteten deutlich und signifikant in ihrer Erwerbsbeteiligung. Hier zeigt sich erwartungsgemäß eine geringere Arbeitsmarktintegration der erst seit Kurzem in Thüringen befindlichen Geflüchteten.

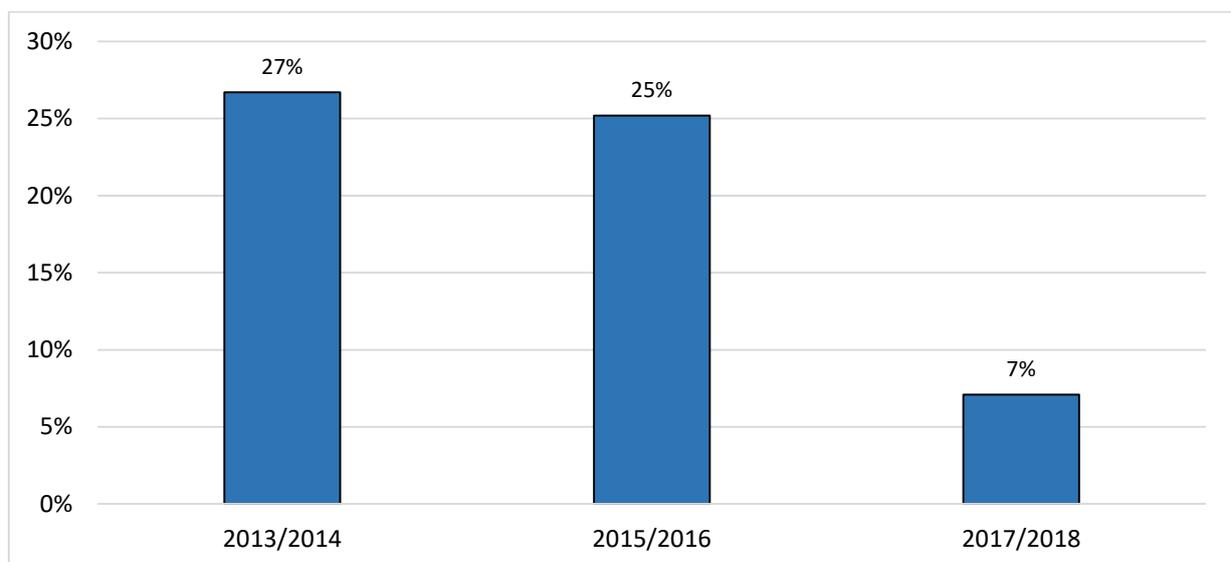


Abbildung 4.30: Anteil der Erwerbstätigen unter den Befragten differenziert nach ihrer Ankunft (Angaben Prozent, $n = 882$)

Damit offenbarte die Arbeitsmarktintegration in Thüringen einen grundsätzlich typischen Verlauf, wie er in der bundesdeutschen Vergangenheit bereits bei anderen Migrant*innengruppen beobachtet wurde (Brücker et al., 2016c). Zwar können anhand dieser Daten keine zuverlässigen Aussagen über zukünftige Entwicklungen in Thüringen getroffen werden, dennoch stellen deutschlandweite Erfahrungen in der Vergangenheit einen gewissen Erwartungshorizont bereit. So kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zu der Einschätzung, dass „eine Erwerbstätigenquote von 50 Prozent unter den Geflüchteten nach etwa fünf Jahren realistisch“ ist (Brücker et al., 2017, S.5). Und auch die von der Bundesagentur von Arbeit regelmäßig berichtete *Beschäftigungsquote* lässt einen weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit unter Geflüchteten vermuten. Die Quote definiert den Anteil der abhängig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter (16 bis 66 Jahre; vgl. Brücker et al., 2018, S. 6). Damit ist eine Aussage über den Anteil der Beschäftigten aus bestimmten Herkunftsländern, allerdings nicht nach ihrem Status (Asyl oder andere Wege der Migration), möglich. Die Beschäftigtenquote der ausländischen Bevölkerung lag demnach deutschlandweit im August 2018 bei 49,9 Prozent und war im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent gestiegen. Bei Ausländern aus Kriegs- und Krisenländern (wie Syrien, Afghanistan und der Irak) liegt die Beschäftigtenquote auf einem niedrigeren Niveau von 30,5 Prozent, wobei auch hier eine besonders positive Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr zu berichten war.

Neben diesem aktuellen Zustand und den zukünftig zu erwartenden Entwicklungen in Deutschland wies die Gruppe der Erwerbstätigen in dieser Untersuchung weitere Besonderheiten auf. Statistisch signifikant war neben der Ankunft und damit der Dauer des Aufenthalts in Deutschland auch das Alter der Befragten für die Erwerbstätigkeit. So war der Anteil der Erwerbstätigen bei den jüngeren Alterskohorten der 18- bis 25-Jährigen und den 26- bis 35-Jährigen höher ausgeprägt (21,0 Prozent und 24,1 Prozent) als bei den älteren Personen (ab 36 Jahren), von denen nur 14,9 Prozent zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig waren. Zugleich waren die Erwerbstätigen männlicher als allein auf Basis der Zusammensetzung der Stichprobe zu erwarten wäre. **Abbildung 4.31** zeigt, dass ein Viertel aller männlicher Geflüchteten bereits arbeitete, während dies nicht einmal auf jede zehnte Frau zutraf. Als Ursache kann unter anderem die Notwendigkeit von Kinderbetreuung vermutet werden. Ein weiterer Faktor, der die Erwerbstätigkeit der Befragten signifikant (wenngleich auch nur sehr gering) beeinflusste, war die Staatsangehörigkeit. So arbeitete bereits fast jeder Dritte Geflüchtete aus dem Irak, während zugleich die Befragten aus dem Iran auffällig selten erwerbstätig waren. Dabei müssen jedoch Konfundierungen zwischen der Herkunft der Geflüchteten und ihrem Asylstatus, der maßgeblich die Möglichkeiten vorgibt, in Thüringen überhaupt arbeiten zu dürfen, berücksichtigt werden. In ähnlicher Weise variiert auch die Aufenthaltsdauer unter den Befragten aus unterschiedlichen Herkunftsstaaten. So waren beispielsweise unter der (insgesamt eher kleinen) Gruppe der Befragten aus dem Iran 90,2 Prozent erst 2017 oder 2018 nach Thüringen gekommen und waren entsprechend noch nicht in dem Maße im Thüringer Arbeitsmarkt integriert wie andere Gruppen. Geringe (allerdings nicht signifikante) Unterschiede hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration ergaben sich zwischen Menschen unterschiedlicher Bildungsniveaus. 24,0 Prozent der Befragten mit einem Oberstufenabschluss waren bereits erwerbstätig, während die Quote bei Personen, die über keine formelle Bildung verfügten, bei 18,3 Prozent lag. Mit Blick auf die Wohnumgebung lässt sich berichten, dass bereits 22,0 Prozent der Befragten die in einer großstädtischen Umgebung lebten erwerbstätig waren und 17,4 Prozent der Befragten in einer klein- und mittelstädtische Wohnumgebung. Es ist aber unklar ob diese Verteilung aufgrund der Stichprobenszusammensetzung zustande kam, da kein signifikanter Zusammenhang zwischen Wohnumgebung und Erwerbstätigkeit bestand.

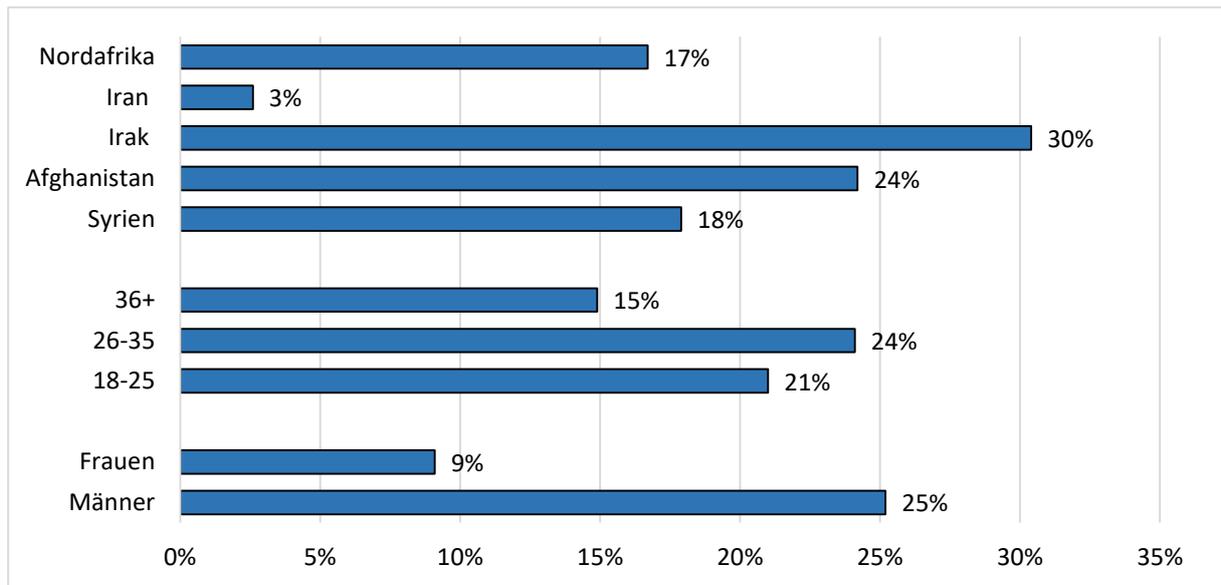


Abbildung 4.31: Erwerbstätigkeit nach Geschlecht, Bildungsabschluss, Herkunftsland und Alter (Angaben in Prozent, n = 843-876)

Wie bereits in **Abbildung 4.30** gezeigt wurde, war die Erwerbstätigkeit signifikant durch die bisherige Aufenthaltsdauer in Deutschland bestimmt. Ebenso war auch der bereits angesprochene Aufenthaltsstatus bedeutsam. Obwohl Asylbewerber*innen erst drei Monate nach ihrer Registrierung einer Erwerbstätigkeit nachgehen können (ausgenommen sind Asylbewerber*innen aus sicheren Herkunftsländern, die ihren Asylantrag nach dem 31.08.2015 gestellt haben) und weitere Hürden für eine schnelle Integration auf den deutschen Arbeitsmarkt zum Beispiel durch die Vergleichsbarkeitsprüfung der Arbeitsbedingungen durch die Bundesagentur für Arbeit oder die notwendige Zustimmung der Ausländerbehörden bestehen, hatten einige Geflüchtete, deren Aufenthaltsstatus noch nicht entschieden war, bereits Arbeit gefunden (16,7 Prozent von 138 befragten Personen deren Asylverfahren noch nicht beendet war). Interessanterweise war der Anteil der Erwerbstätigen am höchsten unter den Befragten, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Bereits fast jeder Dritte ging hier bereits einer Erwerbstätigkeit nach. Dieser Anteil mag auf den ersten Blick überraschen, ist aber erklärlich, da Personen mit abgelehnten Asylantrag teilweise eine Duldung erhalten, die ihnen einen beschränkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht. Trotz dieses auffälligen Werts rekrutiert sich insgesamt die Hauptgruppe der Erwerbstätigen (63,9 Prozent) aus Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis. In **Abbildung 4.32** ist für diese Gruppe verzeichnet, dass gut jeder Vierte von ihnen erwerbstätig war. Da insgesamt vor allem Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis an der Befragung teilgenommen haben und diese auch die Hauptgruppe unter den Geflüchteten in Thüringen darstellen, dominieren sie in absoluten Zahlen die Erwerbstätigkeit unter Geflüchteten in Thüringen.

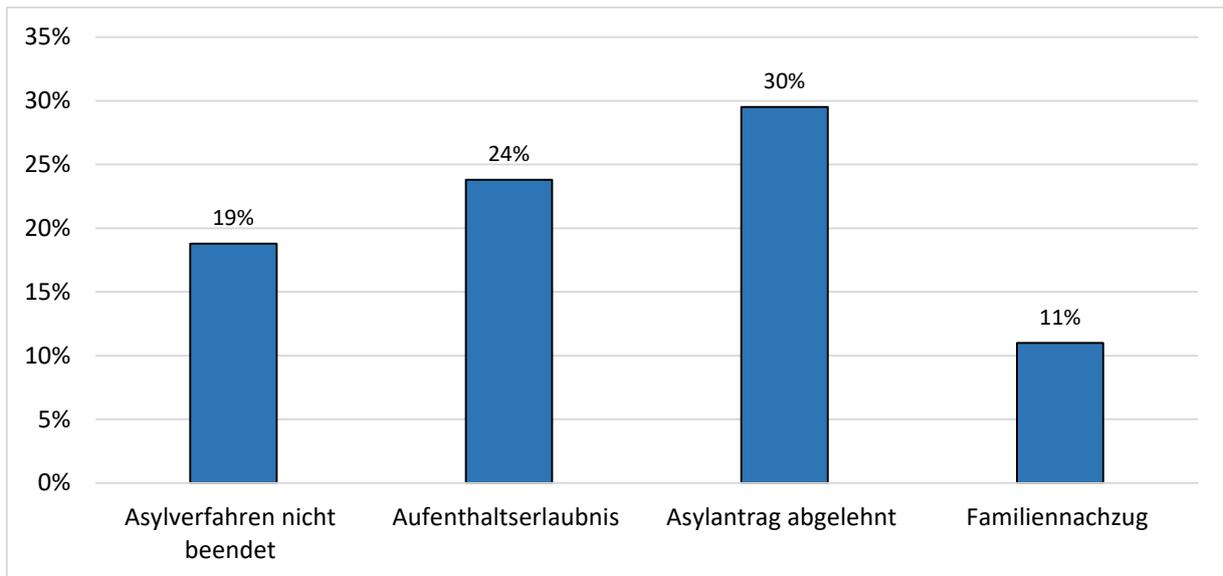


Abbildung 4.32: Anteil der Erwerbstätigen nach Aufenthaltsstatus (Angaben in Prozent, $n = 882$)

Als wichtiger Schlüssel für die Integration auf den Arbeitsmarkt gilt die Fähigkeit, deutsch sprechen und verstehen zu können. Insofern wäre zu erwarten, dass vor allem Befragte mit guten Deutschkenntnissen erwerbstätig sind. Wie schon in Kapitel 4.2, erläutert, wurden die Selbsteinschätzungen der Befragten bezüglich ihrer Sprachkenntnisse in einen Index überführt, der verschiedenen Sprachkompetenzen beinhaltet. **Abbildung 4.33** stellt den Zusammenhang von Sprachkompetenz und Erwerbstätigkeit dar. Es bestätigte sich, dass mehrheitlich Personen mit guten und sehr guten Sprachkenntnissen bereits erwerbstätig waren.

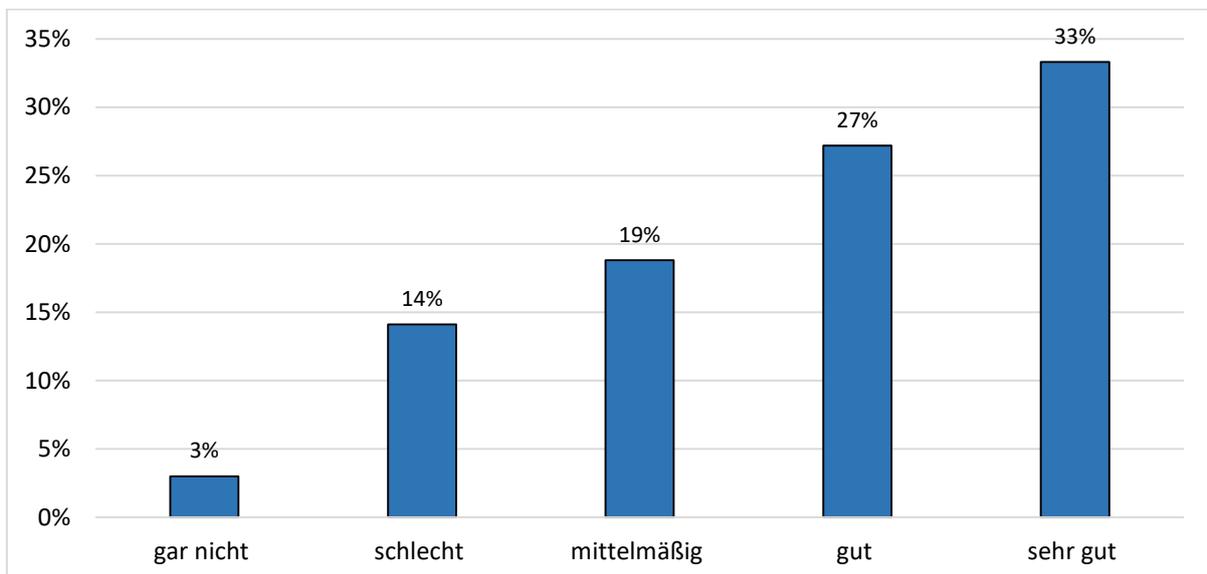


Abbildung 4.33: Deutsche Sprachkenntnisse und Erwerbstätigkeit (Angaben in Prozent, $n = 874$)

4.3.3. Art und Klassifizierung der Beschäftigungsverhältnisse

Im Zuge der Befragung gaben die Teilnehmer*innen nicht nur an, ob sie bereits erwerbstätig in Thüringen waren, sondern auch, in welcher Art von Beschäftigungsverhältnis sie sich befanden. Dabei

zeigte sich, dass 45,8 Prozent der Erwerbstätigen in Teilzeit arbeiteten, während 40,1 Prozent voll erwerbstätig waren. Nur 13,5 Prozent gaben an, bereits in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis zu stehen. Den Weg in den Arbeitsmarkt bereiteten dabei auch Beschäftigungsformen wie Selbstständigkeit, geringfügige Beschäftigungen, Leiharbeit oder Bundesfreiwilligendienste. Zusammengenommen machten diese Beschäftigungsformen über die Hälfte (57,2 Prozent) aller bestehenden Arbeitsverhältnisse aus. Dagegen nahmen nur sehr wenige Befragte (0,2 Prozent aller Befragten und 1,5 Prozent der Erwerbstätigen) an einer Flüchtlingsintegrationsmaßnahme teil. Ursprünglich sollten über dieses Angebot Geflüchtete bereits während ihres Asylverfahrens die Möglichkeit erhalten, einer gemeinwohlorientierten Beschäftigung nachzugehen. Da das entsprechende Angebot aber nur einige Monate zwischen Sommer 2016 und Frühjahr 2017 zur Verfügung stand, verwundert die niedrige Beteiligung von Geflüchteten in Thüringen kaum.

Auch die Art des Beschäftigungsverhältnisses kann als Indikator für die Qualität der Arbeitsmarktbeteiligung verstanden werden und vertieft damit die bloße Betrachtung der Erwerbstätigenquote. Wie oben bereits angedeutet, befand sich bisher nur eine Minderheit der Erwerbstätigen in einem unbefristeten (13,5 Prozent) Arbeitsverhältnis, wenngleich sich der Anteil von Vollzeitstellen auf immerhin 40,1 Prozent aller Arbeitsverhältnisse belief. Auch in dieser Hinsicht unterschieden sich die Daten für Thüringen nur geringfügig von den Erfahrungen der BAMF-Flüchtlingsstudie 2014 (Worbs, 2017, S. 157). Hier gaben 51,3 Prozent der Erwerbstätigen an, in einer Vollzeitstelle zu arbeiten, wobei vor allem Geflüchtete aus Sri Lanka (die in der vorliegenden Studie nicht befragt wurden) überdurchschnittlich häufig eine Vollzeitstelle innehatten. Die 2016 durchgeführte repräsentative IAB-BAMF-SOEP-Studie spricht dagegen von einem geringeren Anteil von Vollzeitstellen. Hier arbeiteten von den insgesamt 14 Prozent der Befragten in Erwerbstätigkeit nur 32 Prozent Vollzeit (Brücker et al., 2016c, S. 68). Zwar können beide Studien aufgrund unterschiedlicher Details in der Datenerhebung nicht direkt mit den Ergebnissen des Thüringen-Monitor Integration in Bezug gesetzt werden, dennoch weisen die insgesamt ähnlichen Ergebnisse darauf hin, dass die in Thüringen befragten Geflüchteten einen ähnlichen Stand der Arbeitsmarktintegration aufweisen wie Geflüchtete bundesweit. Zugleich fällt bei der Auswertung der näheren Angaben zum Beschäftigungsverhältnis auf, dass die Befragten hier zum Teil unvollständig antworteten, da beispielsweise nur eine Minderheit aller Erwerbstätigen angegeben hatte, ob ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis vorlag.

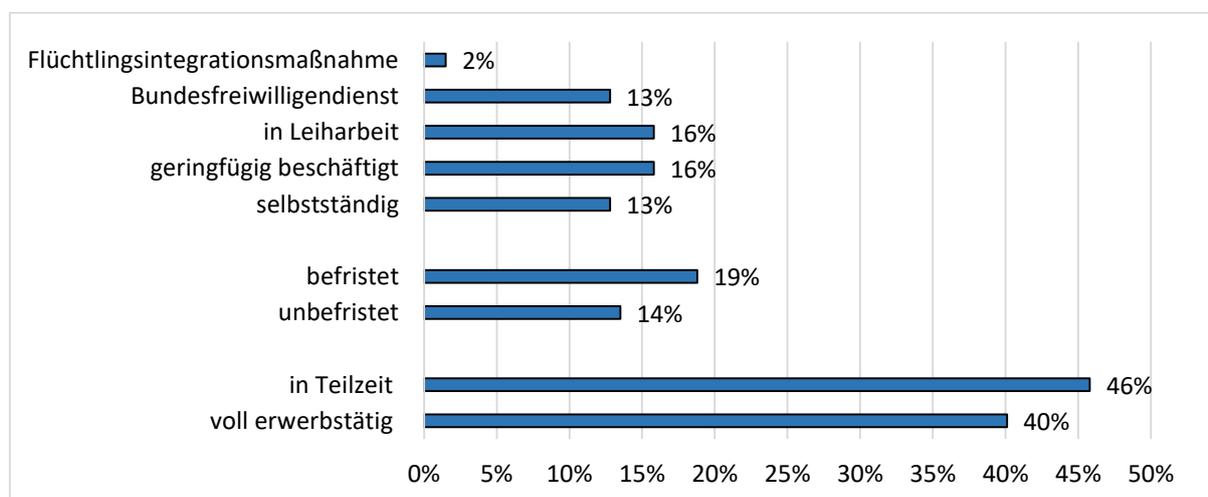


Abbildung 4.34: Art der Beschäftigung unter allen Erwerbstätigen (Angaben in Prozent, n = 132-147, Mehrfachnennung möglich)

Weiterhin wurden die Befragten gebeten, ihre aktuelle Erwerbstätigkeit einer der in **Abbildung 4.35** aufgelisteten Branchen zuzuordnen. Offensichtlich fiel diese Zuordnung nicht allen Befragten leicht, da zunächst 18,0 Prozent der Erwerbstätigen angaben, ihre Erwerbstätigkeit würde in einen anderen Bereich fallen. Hier hatten die Befragten dann die Möglichkeit, ihre Tätigkeit selbst zu benennen oder kurz zu beschreiben, sodass es im Anschluss möglich war, die Angaben einer der vorgegebenen Tätigkeitsfelder zuzuordnen. Dabei wurde die Liste der Branchen um eine neue Kategorie *Kunst und Kultur* ergänzt. Darüber hinaus gaben einige der Befragten an, in mehreren Tätigkeitsfeldern momentan beschäftigt zu sein. Da dies grundsätzlich nicht unmöglich war (wenngleich in der Anzahl der Mehrfachangaben unwahrscheinlich), wurden auch diese Mehrfachangaben berücksichtigt und in die **Abbildung 4.35** integriert.

Trotz der genannten Schwierigkeiten in der Erfassung gibt **Abbildung 4.35** einen Einblick, in welchen Branchen Geflüchtete bisher vor allem eine Arbeit finden konnten. Am häufigsten wurde das Handwerk und Baugewerbe, das Gastgewerbe und der soziale/pädagogische bzw. medizinische Bereich genannt. Diese Branchen repräsentieren nicht nur unterschiedliche Tätigkeitsfelder, sondern wahrscheinlich auch unterschiedliche Qualifikationsanforderungen. Während im Restaurant- und Gastgewerbe auch nicht bzw. wenig qualifizierte Helferberufe vorhanden sind, dürfte dies in sozialen, pädagogischen und medizinischen Bereichen nur selten der Fall sein. Auf einen entsprechenden Zusammenhang wiesen auch die deskriptiven Unterschiede des Bildungsniveaus von Befragten in den jeweiligen Tätigkeitsfeldern hin. So verfügten 29,4 Prozent aller Personen im sozialen, pädagogischen und medizinischen Dienstleistungsbereich über einen Hochschulabschluss während der Anteil von Personen im gastronomischen Bereich sowie im Handwerk und Baugewerbe häufiger einen niedrigen formalen Bildungsgrad aufwies. Auch der Wohnsitz der Befragten schien das Feld ihrer Erwerbstätigkeit zu beeinflussen. So waren 15,3 Prozent der Personen, die in kleinen- und mittelstädtischen Kontexten lebten im produzierenden Gewerbe beschäftigt, während dies nur auf 4,6 Prozent der weitaus größeren Gruppe der Befragten zutraf, die in den Großstädten Thüringens lebten. In den anderen Sektoren waren die Unterschiede der Wohnkontexte allerdings nicht signifikant, sodass insgesamt der Wohnort der Befragten nur ein nachgeordneter Faktor für die Wahl des Tätigkeitsfeldes darstellte.

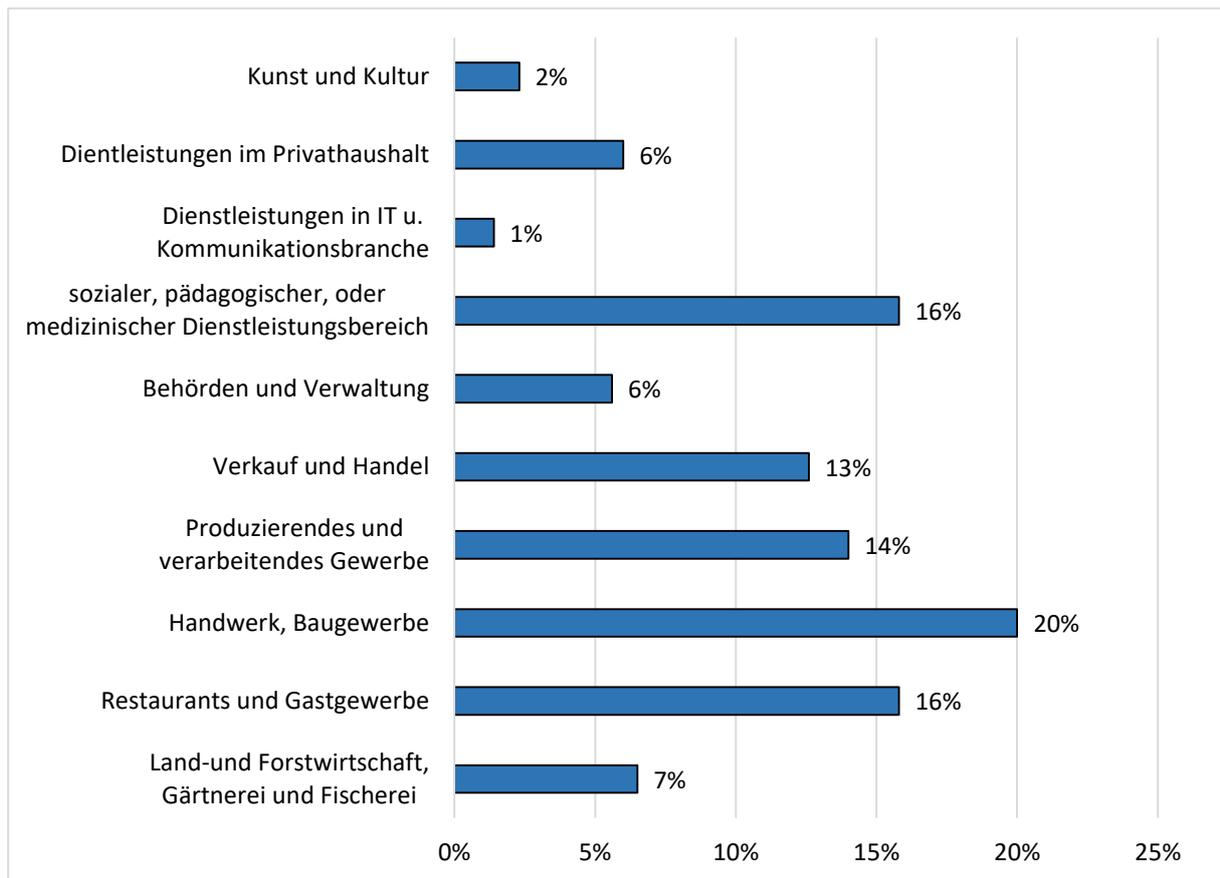


Abbildung 4.35: Branchen der Erwerbstätigkeit (in Prozent, $n = 215$, Mehrfachangaben möglich)

Anmerkung: Ausgewiesen sind die Tätigkeitsfelder erwerbstätiger Personen. Die Auswertung bezieht sich damit nicht auf den Anteil der Tätigkeitsfelder unter allen Befragten.

4.3.4 Der Weg in den Arbeitsmarkt: Erwerbsaspiration, Erwerbsorientierung und Arbeitsplatzsuche

Nachdem bisher im Fokus stand, wie stark Geflüchtete bereits am Erwerbsleben in Thüringen teilhaben, ist darüber hinaus von Interesse, in welchem Ausmaß die Erwerbsorientierung bei den Befragten insgesamt ausgeprägt war. Andere Studien kamen bereits zu dem Schluss, dass Geflüchtete mehrheitlich in Deutschland einer Erwerbstätigkeit nachgehen möchten. Dies zeigten sowohl die Ergebnisse der IAB-BAMF-SOEP-Befragung, wonach 97 Prozent der Männer und 85 Prozent der Frauen ganz sicher oder wahrscheinlich eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollten (Brücker et al., 2016c, S. 70), als auch eine frühere, im Umfang deutlich begrenztere Umfrage in Thüringen unter syrischen Geflüchteten, wo es einer überwältigenden Mehrheit der Befragten eher bzw. sehr wichtig war, in Deutschland erwerbstätig zu sein oder in Ausbildung zu kommen (Beelmann et al., 2018). Diese Frage beantworteten auch die Teilnehmer*innen der vorliegenden Studie und wiederum zeigte sich, dass die übergroße Mehrheit (87,6 Prozent) es für eher wichtig oder wichtig hielt, in Deutschland zu arbeiten oder in Ausbildung zu sein. Ähnlich wie bei der IAB-BAMF-SOEP-Befragung war es auch im Thüringen-Monitor Integration den männlichen Befragten wichtiger zu arbeiten als den Frauen (90,4 Prozent der Männer gaben an, dass ihnen eine Arbeit in Thüringen wichtig oder sehr wichtig ist gegenüber 80,9 Prozent der Frauen). Zudem wurde die Erwerbsaspiration auch im Zusammenhang mit der Erwerbsorientierung der Befragten angesprochen. Und auch hier gab nur eine kleine Minderheit der Geflüchteten (7,8 Prozent) an, im Moment keine Erwerbstätigkeit anzustreben.

Somit strebte die übergroße Mehrheit der Geflüchteten eine Integration in den Thüringer Arbeitsmarkt an. Zugleich nahm zum Zeitpunkt der Befragung eine Mehrheit der Befragten noch nicht am Erwerbsleben teil, sodass auch die Gründe der derzeitigen Erwerbslosigkeit aus Sicht der Geflüchteten erfasst wurden.

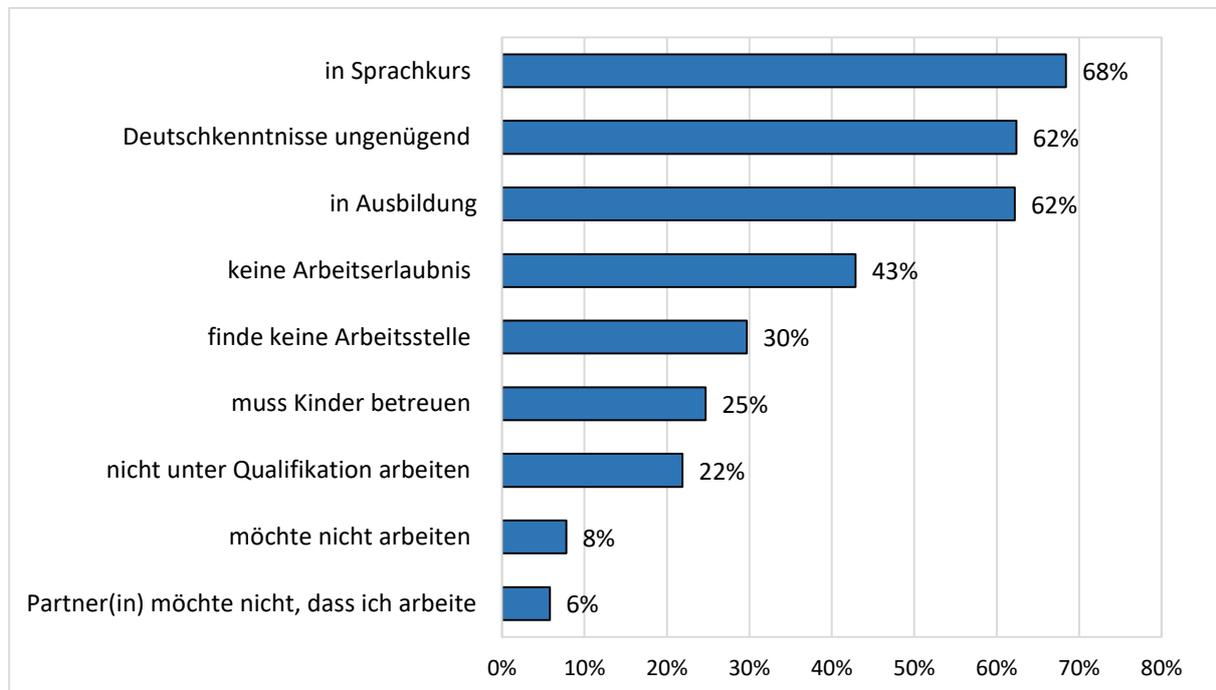


Abbildung 4.36: Gründe für Erwerbslosigkeit (in Prozent, Mehrfachangaben möglich, n = 692-756)

Wie **Abbildung 4.36** zeigt, sind die häufigsten Gründe, weshalb die Befragten bisher noch nicht erwerbstätig waren, ein aktueller Besuch eines Sprachkurses, fehlende Deutschkenntnisse oder eine aktuelle Ausbildung. Allein durch diese Angaben wird bereits ersichtlich, dass sich mehr als die Hälfte der Befragten entweder durch Spracherwerb oder eine Ausbildung auf den deutschen Arbeitsmarkt vorbereiteten und diesem in den kommenden Jahren zur Verfügung stehen wird. Weitere 42,9 Prozent der Befragten gab zudem an, dass sie eine fehlende Arbeitserlaubnis daran hindern würde, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Diese Angabe ist erwartungskonform stark durch den Aufenthaltsstatus, die Ankunft und die Herkunft der Befragten beeinflusst. So waren es vor allem Personen, die sich noch im Asylverfahren befanden (66,4 Prozent) oder deren Asylantrag abgelehnt wurde (52,3 Prozent), die angaben, dass sie eine fehlende Arbeitserlaubnis daran hinderte, eine Arbeit in Thüringen aufzunehmen. Dagegen waren andere Gründe für die aktuelle Erwerbslosigkeit der Geflüchteten stärker durch Faktoren wie Geschlecht und Bildung geprägt. Dies traf beispielsweise stark auf Frauen zu, die weitaus häufiger keine Arbeit aufnehmen konnten, weil sie Pflegeaufgaben in der Familie übernahmen. Einen signifikanten Einfluss hatte darüber hinaus der Bildungsgrad etwa in Hinblick auf die noch mangelnden Deutschkenntnisse, die eine Arbeitsaufnahme behinderten. Hier zeigte sich, dass insbesondere Personen mit niedriger oder keiner formaler Bildung ihre mangelnden Deutschkenntnisse als Gründe für die Erwerbslosigkeit angaben. Dieser Zusammenhang wies auch darauf hin, dass es Personen mit niedrigerer formaler Bildung schwerer fällt, eine neue Sprache zu erlernen, um verbesserte Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben.

Als weitere Gründe für ihre Erwerbslosigkeit wurde von 29,7 Prozent der Befragten angegeben, dass sie keine passende Arbeitsstelle fanden und von weiteren 21,9 Prozent, dass sie nicht unterhalb ihrer

Qualifikation arbeiten wollten. Dieser Befund wies auf den Umstand hin, dass Geflüchtete mitunter zwar über den (in Deutschland häufig notwendigen) formalen Bildungsgrad als Zugangsvoraussetzung für eine Arbeitsstelle verfügten, aber ihre berufliche Bildung und Erfahrung sie nicht notwendiger Weise für den hiesigen Arbeitsmarkt qualifiziert. Wie oben dargestellt, mangelt es dem Thüringer Arbeitsmarkt vor allem an Fachkräften und insofern an spezifischen Qualifikationen, die es auch Geflüchteten erschweren, auf dem Arbeitsmarkt eine passende Beschäftigung zu finden.

Angesichts einer nicht zu vernachlässigenden Gruppe von Befragten, die angaben, keine Arbeit zu finden, wurden die Teilnehmer*innen danach gefragt, welche Wege der Arbeitsvermittlung sie nutzten. Die gleiche Frage beantworteten auch die bereits Erwerbstätigen (**Abbildung 4.37**), sodass Aussagen über vermutlich erfolgreiche Strategien der Arbeitsplatzsuche diskutiert werden können. Zugleich enthalten diese Angaben auch wichtige Hinweise auf die wahrgenommene Qualität staatlicher Angebote.

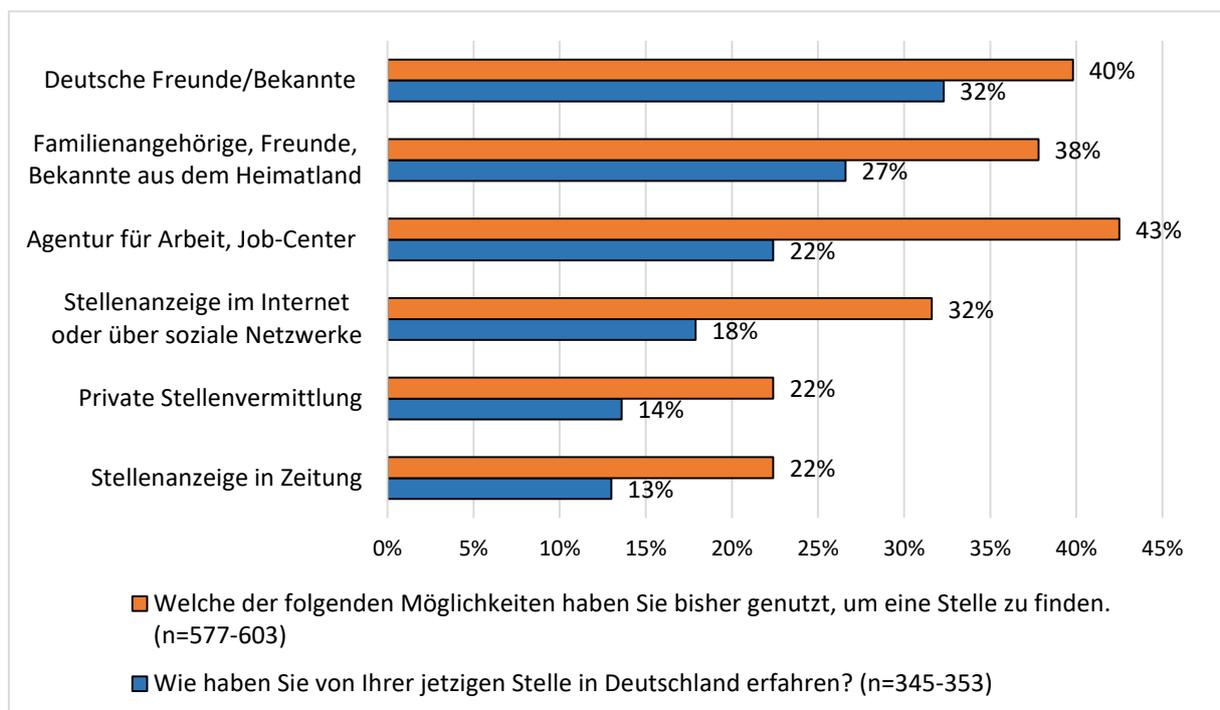


Abbildung 4.37: Vermittelnde Akteure bei der Stellensuche von Erwerbstätigen und Erwerbs-suchenden

Vergleicht man die Angaben der bereits Erwerbstätigen mit denen der Stellensuchenden ist auffällig, dass die Agentur für Arbeit zwar von stellensuchenden Personen am häufigsten als entscheidende vermittelnde Stelle angesehen, jedoch von Personen, die bereits Arbeit gefunden hatten, bei dieser Frage erst an dritter Stelle genannt wurde. Davor rangieren deutsche Freunde oder Bekannte, die für 32,3 Prozent der befragten Erwerbstätigen den entscheidenden Hinweis auf eine Arbeitsstelle anboten. Danach folgten Familienangehörige, Freunde oder Bekannte aus dem Heimatland, die für 26,6 Prozent die vermittelnde Instanz zu einer Arbeitsstelle waren. Die Mehrheit der bereits Erwerbstätigen wurde dementsprechend durch deutsche Freunde und Bekannte auf dem Arbeitsmarkt vermittelt, während dies für 22,4 Prozent durch die Agentur für Arbeit geschah. Dieses Ergebnis ähnelte dem Befund der bundesweiten Repräsentativbefragung des IAB-BAMF-SOEP. Hier fanden Geflüchtete ebenfalls in erster Linie durch soziale Kontakte eine Arbeit. Zugleich spielten

andere Wege der Vermittlung, wie digital geschaltete Stellenanzeigen oder solche, die Zeitungen veröffentlichten, eine nachgeordnete Rolle. Dies galt sowohl für die Erwerbssuchenden als auch für diejenigen Befragten, die bereits arbeiteten. Vor diesem Hintergrund überraschte es nicht, dass 84,9 Prozent der Befragten ($n=789$) angaben, sie hätten sich mehr Unterstützung durch die Agentur für Arbeit gewünscht. In diesen Ergebnissen ist ein wichtiger Handlungsauftrag für politische Entscheidungsträger*innen erkennbar: Um eine möglichst schnelle Integration von Geflüchteten in den deutschen Arbeitsmarkt zu realisieren, bedarf es der Unterstützung für Geflüchtete durch die behördlichen Instanzen der Arbeitsplatzvermittlung. Zugleich wird angesichts multipler Herausforderungen wie teils mangelnder Qualifikationen und damit notwendiger Nachqualifikation und ebenfalls noch mangelnden Sprachkenntnissen auch eine intensive Betreuung der Agentur für Arbeit die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt nicht garantieren können.

Neben Vermittlungsdiensten kann für den Einstieg in den Arbeitsmarkt ein Praktikum oder eine betriebliche Ausbildung ein wichtiger vorbereitender Schritt darstellen. Dementsprechend hatte ein relevanter Teil der Befragten bereits ein betriebliches Praktikum absolviert. 22,6 Prozent gaben an, aktuell an einem betrieblichen Praktikum teilzunehmen oder dies bereits abgeschlossen zu haben. Weiterhin war jeder vierte Befragte (25,3 Prozent) in einer betrieblichen Ausbildung oder hatte diese bereits beendet. Beide Gruppen überschneiden sich zum Teil, insgesamt war es jedoch ein gutes Drittel der Befragten (34,5 Prozent), die entweder ein Praktikum oder eine Ausbildung absolvierten. Beide Gruppen unterschieden sich in ihrer Zusammensetzung auch nur geringfügig. So war die Gruppe der Auszubildenden und der Praktikant*innen hinsichtlich Geschlecht, Alter, Religiosität, Fluchtursache, Ankunftszeitpunkt und Bildungsabschluss kaum unterscheidbar.

Abbildung 4.38 verdeutlicht daher die Teilnahme verschiedener soziodemografischer Gruppen an einem betrieblichen Praktikum oder einer Ausbildung. Für die berichteten Merkmale lagen jeweils statistisch signifikante Zusammenhänge vor, wenngleich einige Kategorien, insbesondere die Herkunft, die ethnische Gruppenzugehörigkeit und der Asylstatus miteinander konfundiert sind, sich also gegenseitig beeinflussen. Während die meisten dieser Variablen aber nur eine geringe Korrelation mit der Teilnahme an einem Praktikum oder einer Ausbildung aufwiesen, zeigte das Herkunftsland und die ethnische Gruppenzugehörigkeit einen moderaten Zusammenhang. So partizipierte die Gruppe der Hazara am stärksten an betrieblichen Praktika und Ausbildungen. Dies schlug sich auch in der großen Beteiligung der befragten Afghanen wieder, die mehrheitlich Hazara waren. Weiterhin auffällig war die starke Beteiligung von Personen, deren Asylverfahren noch nicht beendet oder deren Status unklar war, an einem betrieblichen Praktikum oder einer Ausbildung. Dies mag mit dem beschränkten Arbeitsmarktzugang dieser Gruppen zusammenhängen, machte aber deutlich, dass sich auch diese Gruppen entsprechend der rechtlichen Möglichkeiten auf einen Arbeitsmarkteinstieg in Deutschland vorbereiteten. Weiterhin interessant war die Verteilung innerhalb der verschiedenen Bildungsgruppen. Offensichtlich nahmen vor allem Personen mit geringer formaler Bildung die Angebote eines Praktikums oder einer Ausbildung an und bauten damit ihre Chancen auf eine Beteiligung am Thüringer Arbeitsmarkt aus. Erwartungsgemäß hatten Personen, die schon länger in Thüringen lebten, häufiger ein Praktikum oder eine Ausbildung absolviert bzw. absolvierten diese Maßnahmen zum Zeitpunkt der Befragung. Auch der Wohnort der Befragten schien nicht irrelevant für die Teilnahme an einem Praktikum oder einer Ausbildung zu sein. So absolvierten jeweils ein etwas höherer Anteil von Personen, die in kleineren und mittelgroßen Städten lebten, eine Ausbildung oder ein Praktikum, als dies Personen taten, die in den Thüringer Großstädten lebten (Ausbildung: 33,3 Prozent vs. 24,0 Prozent, Praktikum 19,1 Prozent vs. 14,1 Prozent, Unterschiede jedoch nicht signifikant)

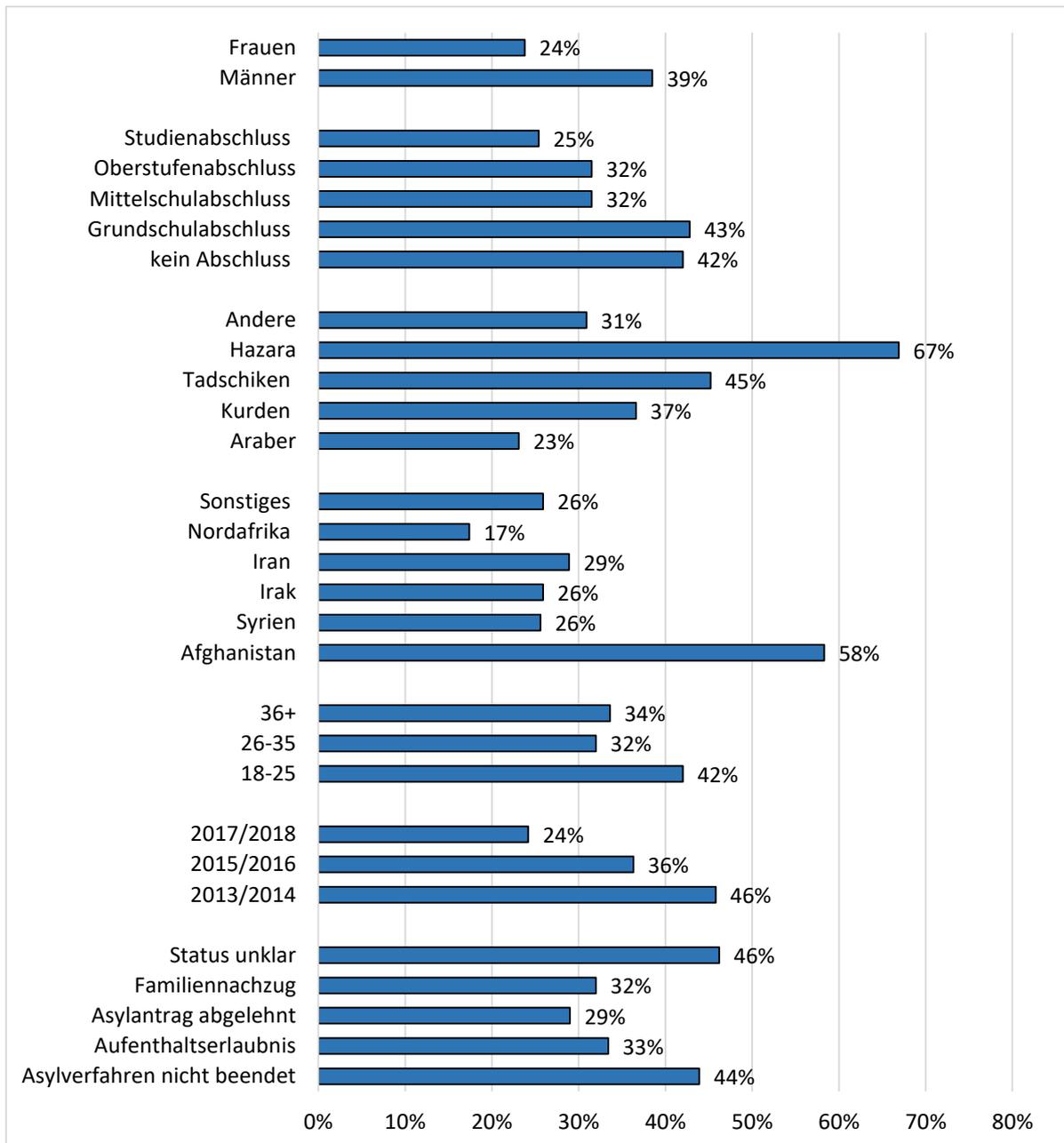


Abbildung 4.38: Teilnahme und Abschluss einer Ausbildung oder eines Praktikums aufgeschlüsselt nach soziodemografischen Merkmalen (Angaben in Prozent, n = 859-884)

Mit Blick auf die Arbeitsmarktperspektive der Geflüchteten war der Befund, dass sich mit der Teilnahme an einem Praktikum oder einer Ausbildung signifikant die Chancen erhöhten, eine Erwerbstätigkeit anzutreten, von besonderer Bedeutung. So hatten von den bereits erwerbstätigen Befragten 33,2 Prozent eine Ausbildung in Thüringen absolviert und 35,3 Prozent an einem Praktikum teilgenommen. Noch deutlicher zeigte sich dieses Ergebnis, wenn diese Personen mit der Gesamtgruppe verglichen wurden. Während sich der Anteil der Erwerbstätigen unter allen Befragten auf 20,4 Prozent belief, waren bereits 34,6 Prozent derjenigen, die ein Praktikum absolviert hatten oder aktuell absolvierten, erwerbstätig. Auch unter den Auszubildenden waren zum Zeitpunkt der Befragung bereits 28,7 Prozent erwerbstätig. Da unter ihnen nur wenige Personen bereits eine Ausbildung abgeschlossen hatten und die große Mehrheit sich zum Zeitpunkt der Befragung noch in

der Ausbildung befand, ist anzunehmen, dass die Erwerbsbeteiligung dieser Gruppe in Zukunft noch ansteigen wird.

4.3.5 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Wie bereits deutlich wurde, sind es vor allem Fachkräfte, die auf dem Thüringer Arbeitsmarkt aktuell stark nachgefragt werden. Insofern bilden Bildungs- und Berufsabschlüsse ein zentrales Steuerungselement für den Zugang zu diesen Arbeitsplätzen (Müller et al., 1998, zit. n. Jacobsen & Siegert, 2018). Für Migrant*innen bedeutet dies einen oft langwierigen Prozess der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, bevor eine dem Qualifikationsniveau entsprechende Arbeitsplatzsuche überhaupt möglich ist. Vor diesem Hintergrund sollten die Teilnehmer*innen der vorliegenden Befragung angeben, ob sie die Anerkennung ihres Berufsabschlusses bereits beantragt hatten und wie darüber entschieden wurde (**Abbildung 4.39**). Insgesamt gaben 268 Befragte (und somit 32,4 Prozent, die diese Frage beantworteten, $n=827$) an, eine Anerkennung beantragt zu haben. Unter ihnen waren vor allem Personen mit höherer Bildung (43,0 Prozent hatten mindestens die schulische Oberstufe abgeschlossen und allein 26,8 Prozent ein Studium absolviert). Zudem stammten über die Hälfte der Personen, die eine Anerkennung beantragt hatten aus Syrien (60,5 Prozent), was nachvollziehbar ist, da Syrer*innen mit einem vergleichbar hohen formalen Bildungsgrad nach Deutschland gekommen sind.

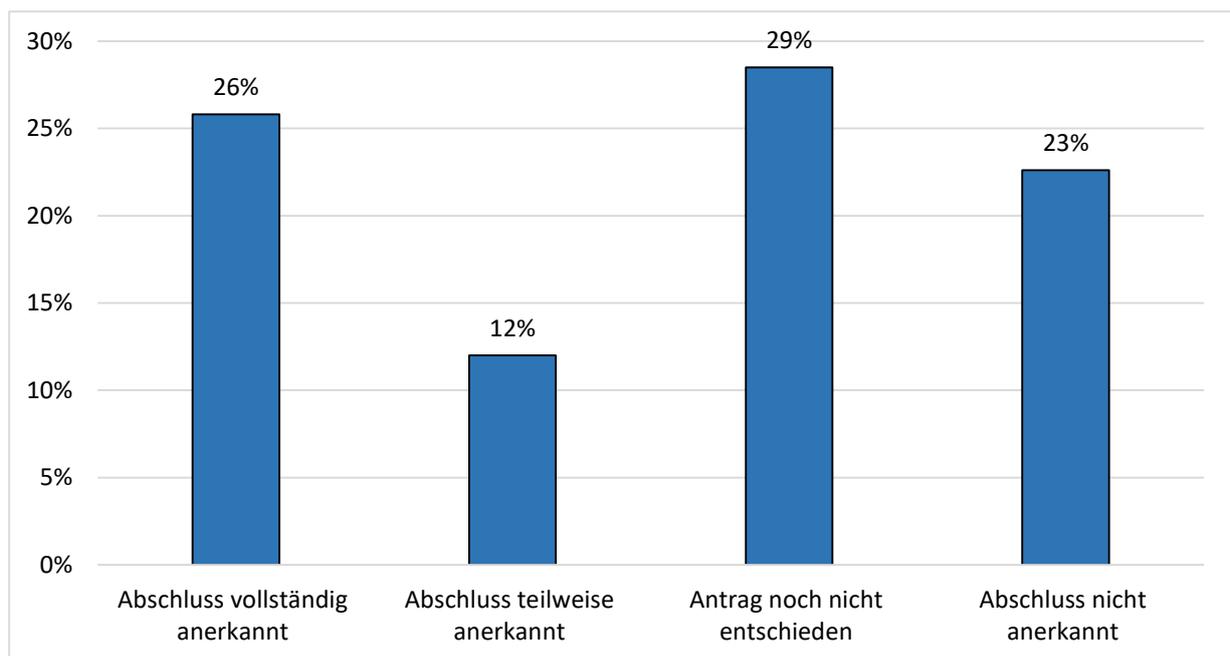


Abbildung 4.39: Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen (Angabe in Prozent, $n = 376$)

Die Bearbeitung eines Antrags auf Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsausbildung soll in der Regel nicht länger als drei Monate dauern. Im Anschluss erhalten die Antragsteller*innen einen Bescheid über die vollständige oder teilweise Anerkennung ihres Abschlusses bzw. über die Nicht-Anerkennung (Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2018). Von den Befragten, die bereits eine Anerkennung beantragt hatten, wartete gut jede*r Vierte (28,5 Prozent) noch auf eine Entscheidung. Immerhin 37,8 Prozent der Befragten erhielten eine vollständige oder teilweise Anerkennung,

während 22,6 Prozent einen ablehnenden Bescheid bekamen. Diese Personen sind mit der Entscheidung konfrontiert, sich beruflich neu zu orientieren oder eine Nachqualifizierung anzustreben. In jedem Fall bedeutet eine Nicht-Anerkennung eine Verlängerung des Integrationsprozesses in den deutschen Arbeitsmarkt (Worbs, 2017). Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, insbesondere jene Gruppen ohne oder mit nicht anerkannter Berufsausbildung verstärkt bei der Integration zu unterstützen.

Das vorliegende Kapitel verdeutlichte den aktuellen Stand der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Thüringen und damit einen Lebensbereich, der sowohl von der Thüringer Bevölkerung (vgl. Best et al. 2016), als auch von den Geflüchteten selbst, als ein zentraler Faktor für ihre Integration in die deutsche und Thüringer Gesellschaft wahrgenommen wird. So konnten auf Basis der Befragung erstmals Aussagen über den aktuellen Anteil von erwerbstätigen Geflüchteten in Thüringen gemacht werden. Obwohl der Prozess der Arbeitsmarktintegration noch am Anfang steht, verweisen die Erfahrungen aus der Vergangenheit auf eine positive Entwicklung. Zugleich wurde deutlich, dass viele Geflüchtete noch einen weiten Weg vor sich haben, um am deutschen Erwerbsleben teilhaben zu können. Für einige stellten die für den deutschen Arbeitsmarkt notwendigen Zertifizierungen und Qualifikationen ein Hindernis dar, für andere stand zunächst der Spracherwerb und eine Ausbildung im Vordergrund, bevor eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt überhaupt möglich sein wird. Entscheidend für eine möglichst zügige Arbeitsmarktintegration ist dabei nicht nur das formale Angebot von Integrations- und Sprachkursen. Bedeutsam sind auch passende und zielgruppengenaue Unterstützungsangebote, die es Geflüchteten erlauben, ihre bereits erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen und durch (Nach-)Qualifizierung dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen.

5. Kontakt- und Diskriminierungserfahrungen

Die Orientierung in einem neuen Land, die Eingewöhnung in eine andere Kultur und die Neustrukturierung des Alltags sind bedeutsame Postmigrationsprozesse, die vor dem Hintergrund anderer kultureller Traditionen, Normen und Werte sowie in Interaktion mit Personen der Aufnahmegesellschaft stattfinden. Begegnungen und Kontakte mit deutschen Personen erfahren Geflüchtete in unterschiedlichen sozialen Kontexten und mit verschiedenen Personen. Neben Kontakten in formalen Kontexten, wie beispielsweise bei Anhörungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder bei Meldeämtern, erleben Geflüchtete Begegnungen mit deutschen Personen in informeller Weise bei Sport- wie Freizeitbetätigungen und mit ehrenamtlich tätigen Personen, Nachbarn und Freunden. Kontakterfahrungen und Begegnungen können dabei positiv erlebt werden und förderlich auf die Integration in die deutsche Aufnahmegesellschaft wirken. Auf der anderen Seite ergeben sich Situationen und Bedingungen, in denen Kontakte und Begegnungen mit deutschen Personen als unangenehm, abweisend oder gar diskriminierend und feindselig erlebt werden. In den folgenden Abschnitten soll analysiert werden, inwieweit Geflüchtete bereits positive Kontakterfahrungen in Deutschland erlebt haben und Freundschaften zu einheimischen Personen aufbauen konnten. Zudem wird der Frage nachgegangen, in welchem Ausmaß Geflüchtete Erfahrungen von Vorurteilen und Diskriminierung während ihrer Zeit in Deutschland machen mussten.

5.1 Kontakterfahrungen

Kontakterfahrungen stellen bedeutsame soziale Ressourcen für alltägliche und gegenseitige Unterstützungen dar, beeinflussen psychisches wie physisches Wohlbefinden und zeigen sich insbesondere wirksam auf Einstellungen und Verhalten gegenüber Mitgliedern anderer sozialer Gruppen (Allport, 1954; Lemmer & Wagner, 2015; Pettigrew & Tropp, 2006). Darüber hinaus tragen Kontakterfahrungen zu erhöhter Empathie gegenüber und reduzierter Angst vor Fremdgruppenmitgliedern bei und bergen das Potential für zukünftige Freundschaften mit Mitgliedern anderer sozialer Gruppen (Davies et al., 2011; Pettigrew & Tropp, 2008). Dabei sind Kontakte sowohl mit Mitgliedern sozialer Eigengruppen als auch mit Mitgliedern sozialer Fremdgruppen bedeutsam. Neben positiven Kontakterfahrungen können Begegnungen mit Fremdgruppenmitgliedern allerdings auch negativ erlebt werden. Negative Kontakterfahrungen wirken dabei in gleicher Weise auf eine Zunahme von Vorurteilen (Aberson, 2015), sind jedoch deutlich seltener als positiv erlebte Begegnungen (Graf et al., 2014). In den Erhebungen wurden Geflüchtete sowohl bezüglich ihrer Freundschaften zu Mitgliedern verschiedener sozialer Gruppen, positiven und negativen Kontakterfahrungen mit Deutschen als auch hinsichtlich der Kontexte, in denen sie mit Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft in Kontakt treten können, befragt.

5.1.1 Freundschaften

Freundschaften, definiert als über Grußkontakte hinausgehende enge soziale Beziehungen wurden aufgeschlüsselt nach Freundschaften zu Personen aus dem Herkunftsland, zu Deutschen und zu Personen anderer Nationalitäten. Insgesamt zeigte sich bei der Analyse enger freundschaftlicher Beziehungen eine starke Fokussierung auf freundschaftliche Beziehungen zu Personen der sozialen Eigengruppe. Nur 12,1 Prozent der Befragten gaben an, keine freundschaftlichen Beziehungen zu einer Person aus dem Herkunftsland zu haben. Demgegenüber verfügten 44,7 Prozent über vier oder mehr Freundschaften in Deutschland mit Personen, die aus dem eigenen Herkunftsland stammten. Männer

berichteten dabei mehr Freundschaften zu Personen aus dem Herkunftsland als Frauen (48,2 Prozent mit vier oder mehr Freundschaften zu Personen aus dem Herkunftsland bei Männern im Vergleich zu 36,7 Prozent der Frauen). Während bei diesem Thema das Alter der Befragten keinen nennenswerten Einfluss hatte, nahmen Freundschaften zu Personen des Herkunftslandes mit zunehmendem Bildungsgrad ab. So berichteten Personen mit keiner oder geringer Schulbildung zu etwa 50 Prozent ausgeprägte Freundschaften zu Eigengruppenmitgliedern. Akademiker*innen unterhielten demgegenüber nur zu 35,5 Prozent vier oder mehr Freundschaften zu Personen der eigenen Herkunft. Die Herkunft der befragten Geflüchteten erwies sich ebenfalls als bedeutsam für die Häufigkeit von Freundschaften zu Personen der sozialen Eigengruppe. Es zeigte sich insbesondere ein Unterschied zwischen Personen aus dem Irak gegenüber jenen aus anderen Herkunftsländern. Personen aus dem Irak berichteten zu 21,8 Prozent über fehlende Freundschaften zu eigenen Landsleuten. Demgegenüber lagen die Raten bei Personen aus Syrien (10,6 Prozent), aus Afghanistan (7,3 Prozent) und dem Iran (4,7 Prozent) deutlich geringer.

Enge Freundschaften zu Deutschen bestanden bereits bei zwei Dritteln der Geflüchteten, wobei 19,8 Prozent der Befragten eine enge Beziehung zu einer deutschen Person angab und 18,3 Prozent der Geflüchteten sogar vier oder mehr enge Freundschaften zu Deutschen unterhielten. Auf der anderen Seite hatten 33,7 Prozent der befragten Personen noch keine freundschaftliche Beziehung zu Deutschen aufgebaut. Dabei unterschieden sich Männer und Frauen nicht voneinander. Mit zunehmendem Alter stieg jedoch der Anteil der Befragten ohne freundschaftliche Beziehungen zu deutschen Personen. Auch das Herkunftsland der Befragten erwies sich als bedeutsam. Dabei waren Geflüchtete aus dem Iran mit 51,2 Prozent die Gruppe mit dem größten Anteil, die keine freundschaftlichen Beziehungen zu deutschen Personen unterhielten, gefolgt von Geflüchteten aus Afghanistan mit 38,6 Prozent. Dagegen berichtete etwa ein Fünftel der Befragten aus Syrien, Afghanistan und dem Irak von einer freundschaftlichen Beziehung zu deutschen Personen. Bei Geflüchtete aus dem Iran lag die Quote nur bei 7,3 Prozent.

Hinsichtlich enger freundschaftlicher Bindungen zu Personen anderer Nationalitäten ergab sich ein ähnliches Bild wie bei den Freundschaften zu deutschen Personen. 37,4 Prozent der Befragten gaben an, über keine Freundschaften zu Personen anderer Nationalitäten zu verfügen. Bestanden solche Freundschaften, handelte es sich bei 13 Prozent um eine und bei 26 Prozent um vier oder mehr Freundschaften. 44,1 Prozent der Frauen berichteten von fehlenden freundschaftlichen Beziehungen zu Personen einer anderen Nationalität. Bei Männern lag dieser Anteil etwas geringer bei 34,9 Prozent. Personen bis einschließlich 25 Lebensjahren pflegten mehr Freundschaften zu anderen Nationalitäten. Ältere Personen verfügten dagegen zu 40 Prozent über keine freundschaftlichen Bindungen zu Personen anderer Nationalitäten. Unter Berücksichtigung des Herkunftslandes der Befragten berichteten insbesondere syrische Geflüchtete (44,8 Prozent) und iranische Geflüchtete (39,5 Prozent) von fehlenden engen Beziehungen zu Personen anderen nationalen Ursprungs.

Enge Freundschaften wurden von den Befragten damit vor allem zu Personen der Eigengruppe von Geflüchteten unterhalten. Freundschaftliche Beziehungen dienen neben der Unterstützung für die Bewältigung der Herausforderungen des Alltags und der Orientierung in einer neuen Kultur und Gesellschaftsstruktur auch dem Schutz vor negativen Erfahrungen mit Personen der Aufnahmegesellschaft. Aus diesen Gründen kann es als positiv bewertet werden, dass bereits zwei Drittel der geflüchteten Personen in Thüringen über enge Freundschaften zu deutschen Personen verfügen. Für den Integrationsprozess Geflüchteter sind solche Kontakte essentiell, da Freundschaften zu Mitgliedern sozialer Fremdgruppen nachweislich einen positiven Einfluss auf die Einstellungen

gegenüber der jeweiligen Fremdgruppe bewirken (Davies et al., 2011). Dies stärkt wiederum das Zusammenwachsen zwischen den Geflüchteten und der deutschen Aufnahmegesellschaft. Ein ähnliches Bild zeichnete sich gegenüber Freundschaften zu Personen anderer Nationalitäten ab. Neben Beziehungen zwischen Geflüchteten und der deutschen Majorität werden ebenso Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen Geflüchteter durch enge Beziehungen untereinander positiv beeinflusst und ein friedliches Miteinander zwischen verschiedenen sozialen wie ethnischen Gruppen in Deutschland befördert. Gleichwohl wiesen die Auswertungen darauf hin, dass es offenbar beträchtliche Anteile von Geflüchteten gibt, die weder zu deutschen noch zu Personen anderer Nationalitäten in Deutschland enge soziale Beziehungen aufweisen. Hier ergeben sich Notwendigkeiten und Potentiale für Maßnahmen, Geflüchtete untereinander und insbesondere Geflüchtete mit Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft gezielt zusammenbringen, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und zu Freundschaften zwischen verschiedenen Gruppenmitgliedern beitragen zu können.

5.1.2 Positive und negative Kontakterfahrungen

Mehrere internationale Forschungsbilanzen zeigen eindrucksvoll, dass direkte Kontakterfahrungen mit Fremdgruppenmitgliedern Vorurteile reduzieren und die Beziehungen zwischen sozialen Gruppen nachhaltig verbessern können (vgl. Lemmer & Wagner, 2015; Pettigrew & Tropp, 2006; Zhou et al., 2018). In der vorliegenden Untersuchung wurden positive wie negative direkte Kontakterfahrungen durch Aussagen auf einer Skala von 1 = *nie* über 3 = *gelegentlich* bis 5 = *immer* bewertet. Insgesamt zeigte sich hinsichtlich der Qualität von intergruppalen Kontakterfahrungen geflüchteter Personen in Thüringen ein deutliches Plus an positiven Erfahrungen mit Deutschen. Positive Kontakterfahrungen ($M = 3,5$) mit Deutschen wurden dabei im Mittel signifikant häufiger berichtet als negative Kontakte ($M = 2,5$). Dies deckt sich mit bisherigen Forschungsbefunden. Im Vergleich zu einer anderen deutschen Untersuchung mit ähnlicher Methodik berichteten Mazziotta und Kolleg*innen (2015) nahezu identische Ergebnisse ($M = 3,4$ für positive und $M = 2,2$ für negative Erfahrungen).

Fast die Hälfte (49,9 Prozent) der Befragten erlebten Kontakte mit deutschen Personen oft oder sogar immer als positiv. Weitere 47,0 Prozent der Geflüchteten hatten zumindest gelegentlich positive Kontakte und nur 3,1 Prozent der Befragten berichteten von seltenen oder keinen positiven Kontakterfahrungen. Demgegenüber wurde mit einem Anteil von 63,7 Prozent von seltenen bzw. gelegentlichen negativen Kontakterfahrungen mit Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft berichtet, während 21,7 Prozent der Befragten negative Kontakte zu Deutschen bislang noch nicht erlebt hatten. Im Vergleich zu diesen Daten berichtete der Thüringen-Monitor 2017 (Best et al., 2017) aus Perspektive der thüringischen Bevölkerung von positiver geprägten Kontakterfahrungen zwischen Deutschen und Geflüchteten. Hier gaben 77 Prozent positiv und 13 Prozent als negativ empfundene Kontakte zwischen Einheimischen und Geflüchteten an. Geflüchtete berichteten somit insbesondere häufiger über negative Kontakterlebnisse mit Deutschen als umgekehrt.

Werden positive und negative direkte Kontakterfahrungen nach dem Herkunftsland der Befragten betrachtet, zeigte sich ein erheblicher Unterschied zwischen Geflüchteten aus dem Iran und Personen mit anderer nationaler Abstammung. Geflüchtete aus dem Iran berichteten mit 83,7 Prozent davon, oft oder immer positive Kontakte zu Deutschen zu erleben. Demgegenüber gaben Geflüchtete aus Afghanistan (57,5 Prozent), Syrien (46,5 Prozent) und dem Irak (44,8 Prozent) seltener positive Kontakterfahrungen mit Deutschen an. Berichte über negative Kontakterfahrungen unterschieden sich nach Herkunftsländern Geflüchteter insbesondere im Hinblick auf den Anteil von Personen, die bislang

keine negativen Erfahrungen gemacht hatten. Eine große Minderheit Geflüchteter aus dem Irak (30,4 Prozent), Afghanistan (29,5 Prozent) und dem Iran (25,6 Prozent) hatten noch nie negative Kontakterfahrungen mit deutschen Personen erlebt. Dagegen hatten nur 16,5 Prozent der syrischen Geflüchteten bislang keine negativen Erfahrungen mit Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft gemacht.

Wenn Kontakterfahrungen Geflüchteter nach dem Wohnsitz differenziert werden, zeigten sich marginale Unterschiede zwischen großstädtischen und klein- bzw. mittelständischen Wohnkontexten. Positive Kontakterfahrungen mit deutschen Personen wurden etwas häufiger von Geflüchteten mit großstädtischen ($M=3,47$) gegenüber einem klein- bzw. mittelstädtischen ($M=3,25$) Wohnsitz berichtet. Demgegenüber gaben Geflüchtete, die in kleineren Städten wohnten ($M=2,33$) im Mittel mehr negative Begegnungen mit Deutschen an, als Geflüchtete, die ihren Wohnsitz in Thüringens Großstädten ($M= 2,48$) verorten.

Wie bereits erwähnt wirken sich direkte positive und negative Kontakterfahrungen mit Mitgliedern von sozialen Fremdgruppen insbesondere auf Einstellungen gegenüber der jeweiligen Gruppe aus. Zur Prüfung dieser Effekte von Kontakterfahrungen zwischen Geflüchteten und Deutschen auf Vorurteile gegenüber deutschen Personen wurde eine hierarchische Regressionsanalyse gerechnet (**Tabelle 5.1**). Es zeigte sich, dass sowohl positive Kontakterfahrungen als auch negative Kontakte von Geflüchteten mit Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft auf Einstellungen gegenüber Deutschen wirkten. Dabei reduzierten positive Kontakterfahrungen einerseits negative Einstellungen gegenüber Deutschen und andererseits sagten negative Kontakte einen Zuwachs an Vorurteilen vorher. Somit waren positive Kontakterfahrungen Geflüchteter mit positiveren Einstellungen gegenüber Deutschen verbunden, negative Kontakterfahrungen jedoch auch mit stärker ausgeprägten Vorbehalten gegenüber Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft. Der Einfluss von positiven und negativen Kontakterfahrungen war von nahezu identischer Größenordnung (vgl. Regressionsgewichte in **Tabelle 5.1**) und zeigte sich unabhängig vom Geschlecht, Alter und Herkunft der Befragten. Diese Ergebnisse legen nahe, dass es bei Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Aufnahmegesellschaft und Geflüchteten auf die Art des Kontakts ankommt, ob positive Erfahrungen zwischen Majoritätsmitglieder und Geflüchteten resultieren. Bereits Allport (1954) identifizierte vier förderliche Bedingungen, die jede Kontaktmaßnahme zwischen Mitgliedern verschiedener sozialer Gruppen umfassen sollte: Gleicher Status während der Kontaktsituation, ein gemeinsames Ziel und Kooperation zwischen den verschiedenen Gruppenmitgliedern zur Erreichung dieses Ziels und die Unterstützung von Kontaktmaßnahmen durch gesellschaftliche Institutionen, Normen, Werte und Gesetze. Unter diesen Bedingungen reduzieren intergrupale Kontakte Ängste vor Mitgliedern fremder sozialer Gruppen, führen zu einer gesteigerten Fähigkeit zur Empathie mit Fremdgruppenmitgliedern und fördern das Wissen über die jeweilige Kontaktgruppe (Pettigrew & Tropp, 2008). So können Kontakte und Maßnahmen, die auf der Kontakthypothese beruhen, zwischen Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft sowie Geflüchteten zum sozialen Zusammenwachsen dieser Gruppen in einer diversen Gesellschaft und zu einer Reduktion negativer Einstellungen und Gefühlen gegenüber Fremdgruppenmitgliedern beitragen.

Tabelle 5.1: Hierarchische Regression von positiven und negativen direkten Kontakterfahrungen auf Einstellungen gegenüber Deutschen

Einflussfaktoren	Effekte auf Einstellungen (Beta-Regressionsgewichte*)
Geschlecht	0,01 n.s.
Alter	0,12 n.s.
Aufenthaltsdauer	0,04 n.s.
Aufenthaltsstatus	0,01 n.s.
Bildung	0,01 n.s.
Staatsangehörigkeit	0,04 n.s.
Positiver direkter Kontakt	-0,21**
Negativer direkter Kontakt	0,18**

Anmerkung: $n = 828$. Erklärte Varianz: 11%. * Positive Werte sprechen für eine Verschlechterung, negative Werte für eine Verbesserung der Einstellungen zu deutschen Personen.

5.1.3 Kontexte von Kontakt

Um Kontakterfahrungen Geflüchteter unter einer ökosystemischen Perspektive (Bronfenbrenner, 1981) zu analysieren, wurden verschiedene Kontaktkontexte, wie beispielsweise der Arbeitsplatz, die eigene Nachbarschaft und der Freundeskreis in der Befragung angesprochen und die Häufigkeit der Kontakte mit deutschen Personen in den jeweiligen Kontexten erfasst. Einen Überblick der Ergebnisse nach den jeweiligen Kontaktkontexten gibt **Tabelle 5.2**. Der Arbeitsplatz als möglicher Kontaktkontext zwischen Geflüchteten und deutschen Personen ist angesichts der Zugangsreglementierung dabei gesondert zu betrachten. Dennoch standen bereits mehr als ein Fünftel der Befragungsteilnehmer*innen in Beschäftigungsverhältnissen, die in Zusammenarbeit mit Kolleg*innen oder via Kundenkontakte tägliche Interaktionen mit Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft garantierten. Männliche Geflüchtete waren nach Selbstauskunft bereits etwas besser in den Arbeitsmarkt integriert. Entsprechend berichteten Männer mit 21,7 Prozent über tägliche Kontakte mit Deutschen im Arbeitskontext gegenüber Frauen mit 14,8 Prozent. Auch das Alter erwies sich als relevant hinsichtlich der Kontakterfahrungen am Arbeitsplatz. Insbesondere zeigten Geflüchtete im mittleren Alter zwischen 26 und 35 Lebensjahren mit 24,6 Prozent täglicher Kontakterfahrungen mit Deutschen deutlich mehr Regelmäßigkeit und Intensität arbeitsbezogener Interaktionen mit Deutschen als jüngere Befragungsteilnehmer*innen (18,4 Prozent) und Befragungsteilnehmer*innen, welche bereits älter als 36 Lebensjahre (15,9 Prozent) alt waren.

Über das Fehlen von Kontakten mit Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft in Freundeskreisen und Freizeitaktivitäten berichtete eine Minderheit der Befragungsteilnehmer*innen. So hatten 20,8 Prozent der Befragungsteilnehmer*innen bislang keine Kontakterfahrungen mit Deutschen in Freundschaften oder berichteten zu 21,3 Prozent über fehlende Kontakte mit deutschen Personen im Rahmen von Freizeitaktivitäten. Hemmende Faktoren für freundschaftliche Kontakte sind dabei das weibliche Geschlecht, ein höheres Alter, ein arabisch geprägter ethnischer Hintergrund und eine kurze Aufenthaltsdauer in Deutschland. So gaben weibliche Geflüchtete mit 24,2 Prozent häufiger ein Ausbleiben von freundschaftlichen Kontakten mit Deutschen an als männliche Geflüchtete. Jüngere Befragungsteilnehmer*innen (unter 25 Jahren) berichteten darüber hinaus mit 19,6 Prozent seltener von fehlenden freundschaftlichen Kontakten mit Deutschen, als Geflüchtete, die zwischen 26 und 35 Jahren (23,8 Prozent) oder bereits älter als 36 Lebensjahre (24,6 Prozent) waren. Weiterhin berichteten arabische Geflüchtete mit 24,2 Prozent deutlich häufiger ein von einem Ausbleiben

freundschaftlicher Kontakterfahrungen mit Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft, als beispielsweise Tadschik*innen mit 19,1 Prozent oder Befragungsteilnehmer*innen, die sich als Hazara (14,2 Prozent) definierten. Geflüchtete, die bereits vor der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/2016 nach Deutschland eingereist waren, berichteten mit 15,3 Prozent deutlich seltener von fehlenden Kontakten mit Personen der Aufnahmegesellschaft als Geflüchtete, die 2015/2016 (21,1 Prozent) oder später (28,9 Prozent) nach Deutschland einreisten. Sozialer Anschluss in Deutschland und mit deutschen Personen war somit vor allem durch eine längere Aufenthaltsdauer bedingt. Darüber hinaus konnte nur bei einer Minderheit der Geflüchteten in Thüringen ein sozialer Rückzug festgestellt werden. Vielmehr wurden in unterschiedlichen Kontexten Kontakte zu Deutschen gesucht oder Kontaktmöglichkeiten wahrgenommen.

Tabelle 5.2: Kontexte von Kontakterfahrungen mit Deutschen

Kontext von Kontakt	Häufigkeit des Kontakts				
	nie	seltener	gelegentlich	oft	täglich
Arbeitsplatz (<i>n</i> = 803)	42,7	9,6	14,7	13,3	19,7
Ausbildung/Studium (<i>n</i> = 853)	18,2	8,8	20,8	21,7	30,6
Behörden (<i>n</i> = 851)	26,5	20,7	29,9	13,3	9,6
Nachbarschaft (<i>n</i> = 864)	25,4	23,3	29,6	16,2	5,5
Freizeitaktivitäten (<i>n</i> = 852)	21,3	23,2	32,6	15,8	6,0
Freundeskreis (<i>n</i> = 857)	20,8	21,1	33,1	18,3	6,7

Anmerkung: Alle Angaben in Prozent. In Bezug auf den Kontakt mit Deutschen am Arbeitsplatz fühlten sich offensichtlich auch Personen angesprochen, die sich in einer Ausbildung oder einem Praktikum befanden, da hier eine weitaus größere Zahl von Befragten von Kontakten berichteten, als zuvor Personen angegeben hatten, aktuell erwerbstätig zu sein.

5.2 Zivilgesellschaftliches Engagement

Zivilgesellschaftliches Engagement ermöglicht die Stärkung der sozialen Integration von Migrant*innen. Diese können im Rahmen dessen nicht nur neue Kompetenzen erwerben, sondern auch neue Kontakte und Netzwerke knüpfen (Uslucan, 2015). Daher kommt dem freiwilligen Engagement Geflüchteter eine besondere Bedeutung für die Integration zu. Ebenso wie in anderen Untersuchungen, war im Rahmen des Deutschen Freiwilligensurvey 2014 der Anteil freiwillig Aktiver bzw. Engagierter unter Personen mit Migrationshintergrund deutlich geringer als unter Personen ohne Migrationshintergrund (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ], 2017; Simonson et al., 2016). Innerhalb der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund wiederum waren die Personen mit eigener Zuwanderungserfahrung und ohne deutsche Staatsangehörigkeit am seltensten aktiv (Simonson et al., 2016). Dieser Gruppe lassen sich auch die im Rahmen des Thüringen-Monitor Integration befragten Geflüchteten zuordnen. In Bezug auf die Engagementbereitschaft unter Personen, die noch nicht aktiv waren, wies die Gruppe der Personen mit eigener Zuwanderungserfahrung und ohne deutsche Staatsangehörigkeit hingegen höhere Werte auf als andere Personen mit Migrationshintergrund und Personen ohne Migrationshintergrund (Simonson et al., 2016).

Auch im Thüringen-Monitor Integration bekundete eine ausgeprägte Mehrheit der befragten Geflüchteten (96,3 Prozent) Interesse sich in mindestens einem Bereich zivilgesellschaftlich engagieren

zu wollen. Dabei war der Unterschied zwischen den befragten Männern (96,8 Prozent) und Frauen (94,8 Prozent) marginal und nicht signifikant. Am stärksten ausgeprägt war die Engagementbereitschaft bezüglich sozialer Vereine, Hilfsvereine und Vereine zum Schutz von Menschenrechten. Des Weiteren stießen, wie in **Tabelle 5.3** ersichtlich, Migrantenselbstorganisationen und Umweltschutz- bzw. Gartenvereine auf verbreitetes Interesse. Das geringste Interesse wurde an zivilgesellschaftlichem Engagement im politischen Bereich bekundet (siehe **Tabelle 5.3**). Wie in **Tabelle 5.4** dargestellt, ist das Interesse von Männern und Frauen in vielen Bereichen ähnlich ausgeprägt. Die befragten Männer äußerten jedoch vor allem in den Bereichen Sport, Kultur und Politik häufiger Interesse. Frauen wiesen dagegen etwas häufiger das Interesse auf, in einer religiösen Gemeinschaft aktiv zu werden (siehe **Tabelle 5.4**).

Tabelle 5.3: Interessenbereiche zivilgesellschaftlichen Engagements (in Prozent, n = 769-865)

Bereich	etwas Interesse	viel Interesse	bereits aktiv
Wohltätigkeitsverein/ sozialer Verband (z.B. AWO)	45,1	35,7	10,5
Freiwillige Feuerwehr oder Hilfsverein (z.B. Deutsches Rotes Kreuz)	36,7	41,8	5,5
Verein/Organisation zum Schutz von Menschenrechten (z.B. Amnesty International)	35,4	40,6	3,3
Migrantenselbstorganisation/ Willkommenstreff für Geflüchtete	42,4	32,9	4,2
Umweltschutzverein/ Gartenverein	40,2	32,9	4,8
Sportverein (z.B. Fußball, Yoga, Gymnastik) (n=769)	32,1	36,5	19,5
Kulturverein (Musik, Tanz, Theater)	35,5	29,0	6,5
Frauenverband/-gruppe bzw. Männerverband/-gruppe	39,2	22,1	3,6
Religiöse Gemeinschaft/religiöser Verein	34,3	21,6	8,0
Politische Gruppe/ politische Partei	17,4	10,3	1,5

In mindestens einem Bereich bereits aktiv waren zum Befragungszeitpunkt 34,2 Prozent der Befragten. Diesbezüglich zeigte sich ein signifikanter Geschlechterunterschied: Während 36,9 Prozent der Männer bereits aktiv waren traf dies für nur 27,9 Prozent der Frauen zu. Wie in **Tabelle 5.3** zu erkennen, waren die Befragten am häufigsten in Sportvereinen aktiv, gefolgt von sozialen Vereinen und religiösen Vereinen. Der Bereich Sport und Bewegung stellte auch in verschiedenen repräsentativen Untersuchungen unter Zuwanderern wie unter Deutschen den Bereich mit der höchsten Aktivitäts- bzw. Engagementquote dar (36 bis 48 Prozent; Pokorny, 2016; Simonson et al., 2016). Auch in einer Befragung von Geflüchteten, die sich zum Befragungszeitpunkt bereits mehrere Jahre in Deutschland aufhielten, verfügten die Befragten am häufigsten über eine Mitgliedschaft in einem Sportverein (7,4 Prozent; Worbs et al., 2016). Mit nur 1,5 Prozent am seltensten waren die im Thüringen-Monitor Integration befragten Geflüchteten in politischen Gruppen bzw. Parteien aktiv.

Auch in anderen Untersuchungen berichteten Personen mit Migrationshintergrund von niedrigen Beteiligungsraten im politischen Bereich: Während 9 bzw. 11 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund angaben sich politisch zu engagieren, lag der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund bei 6 bzw. 7 Prozent. Migrant*innen mit eigener Zuwanderungserfahrung und ohne deutsche Staatsangehörigkeit waren von allen Personen mit Migrationshintergrund mit nur 2 Prozent am seltensten im politischen Bereich engagiert (Pokorny, 2016; Simonson et al., 2016). Auch bei Worbs et al. (2016) berichteten die befragten Geflüchteten am seltensten von Mitgliedschaften in politischen Gruppen bzw. Parteien, wobei der Anteil bei lediglich einem Prozent lag.

Tabelle 5.4: Interessenbereiche zivilgesellschaftlichen Engagements nach Geschlecht (in Prozent), Frauen: n = 227-244; Männer: n = 535-595

Bereich	Geschlecht	etwas Interesse	viel Interesse	bereits aktiv
Wohltätigkeitsverein/ sozialer Verband (z.B. AWO)	Männer	43,2	36,1	11,3
	Frauen	49,6	34,5	8,2
Freiwillige Feuerwehr oder Hilfsverein (z.B. Deutsches Rotes Kreuz)	Männer	36,3	43,4	5,7
	Frauen	36,6	38,3	5,1
Verein/Organisation zum Schutz von Menschenrechten (z.B. Amnesty International)	Männer	35,9	42,1	3,8
	Frauen	33,6	37,1	2,1
Migrantenselbstorganisation/ Willkommenstreff für Geflüchtete	Männer	40,5	35,4	4,9
	Frauen	46,8	27,0	2,5
Umweltschutzverein/ Gartenverein	Männer	40,5	34,2	4,9
	Frauen	38,4	30,0	4,5
Sportverein (z.B. Fußball, Yoga, Gymnastik)	Männer	33,1	42,4	23,7
	Frauen	30,7	21,9	9,0
Kulturverein (Musik, Tanz, Theater)	Männer	36,8	31,0	6,1
	Frauen	32,8	23,6	7,5
Frauenverband/-gruppe bzw. Männerverband/-gruppe	Männer	39,9	22,1	3,8
	Frauen	36,8	22,1	3,4
Religiöse Gemeinschaft/religiöser Verein	Männer	34,2	20,4	7,9
	Frauen	33,6	25,3	8,3
Politische Gruppe/ politische Partei	Männer	20,0	11,3	1,7
	Frauen	10,7	8,2	1,3

Wie in **Tabelle 5.4** ersichtlich, engagierten sich die im Rahmen des Thüringen-Monitor Integration befragten Männer am häufigsten in Sportvereinen und in sozialen Vereinen. Die höchsten Beteiligungsquoten der befragten Frauen finden sich ebenfalls in diesen Bereichen, im Vergleich zu jenen der Männer befinden sie sich jedoch auf einem niedrigeren Niveau. Die befragten Frauen waren zudem häufig in religiösen Gemeinschaften bzw. Vereinen aktiv (siehe **Tabelle 5.4**).

Insgesamt liegt das im Thüringen-Monitor Integration berichtete Engagement- bzw. Aktivitätsniveau deutlich über der von Worbs et al. (2016) berichteten Engagementquote Geflüchteter. Allerdings erfassten Worbs et al. (2016) ausschließlich Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen, sodass diese Zahlen nur eingeschränkt vergleichbar sind und die Differenz auf diesen Unterschied zurückgehen könnte. Auffällig ist, dass das im Thüringen-Monitor Integration berichtete Engagementniveau niedriger ist als bei anderen Personen mit Migrationshintergrund (Pokorny, 2016; Simonson et al., 2016). Dies könnte damit zusammenhängen, dass die befragten Geflüchteten vergleichsweise kurz in Deutschland lebten. So belegen verschiedene Untersuchungen, dass sich jene Personen mit Migrationshintergrund, die sich bereits länger hierzulande aufhielten, stärker engagierten (BMFSFJ, 2017). Dies gilt insbesondere für Angehörige der zweiten und dritten Generation (BMFSFJ, 2017). Einen Grund für die geringeren Beteiligungsquoten könnten mangelnde Kenntnisse bezüglich der Möglichkeiten sich hierzulande zivilgesellschaftlich zu engagieren, darstellen. Ebenso können mögliche Gründe in den Umständen in der Herkunftskultur liegen. So ist in den Herkunftsländern der Geflüchteten formelles zivilgesellschaftliches Engagement häufig weniger verbreitet (im Gegensatz zu informellem Engagement zur Unterstützung von Verwandten und Freunden) und stellt somit für manche gegebenenfalls kein geläufiges Konzept dar (BMFSFJ, 2017; Simonson et al., 2016).

Es lässt sich schlussfolgern, dass der Anteil zivilgesellschaftlich engagierter Geflüchteter in Thüringen nicht nur deutlich unter dem Anteil engagierter Deutscher ohne Migrationshintergrund liegt, sondern ebenso unter dem Anteil aller Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Da zugleich deutlich wurde, dass unter Geflüchteten verbreitetes Interesse besteht, zivilgesellschaftlich aktiv zu werden, scheinen auf Seite der Geflüchteten günstige Voraussetzungen vorzuliegen, um diese zukünftig verstärkt in zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine einzubinden. Da sich soziale und Hilfsvereine sowie Migrantenselbstorganisationen und Umwelt bzw. Gartenvereine als besondere Interessensbereiche der Befragten erwiesen, stellen diese Bereiche hierfür besonders günstige Anknüpfungspunkte dar. Die Kontexte, in welchen die befragten Geflüchteten bereits am häufigsten zivilgesellschaftlich aktiv waren, sind Sport, soziale Aktivitäten und religiöse Gemeinschaften. Dabei zeigte sich bezüglich der bereits engagierten Geflüchteten ein deutlicher Geschlechterunterschied, wobei Frauen seltener zivilgesellschaftlich aktiv waren als Männer. Vor diesem Hintergrund erscheinen gezielte Anstrengungen, geflüchtete Frauen in zivilgesellschaftliche Strukturen einzubinden, sinnvoll.

5.3 Diskriminierungserfahrungen

Asylbewerber und Geflüchtete sind hierzulande, wie alle Menschen in Deutschland, durch das *Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz* (AGG) vor Benachteiligung – unter anderem aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der Weltanschauung, des Geschlechts und der Religion – geschützt (§ 1 AGG). Dennoch kommt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2016) zu dem Ergebnis, dass Geflüchtete in Deutschland einem hohen Diskriminierungsrisiko ausgesetzt sind. Als Diskriminierung wird die illegitime negative Behandlung von Personen aufgrund ihrer (vermeintlichen) Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe bezeichnet (Jonas & Beelmann, 2009). Migrant*innen sind häufig von sogenannter herkunftsspezifischer Diskriminierung, der Benachteiligung aufgrund der kulturellen,

ethnischen oder geografischen Herkunft (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration [SVR], 2018), betroffen. Dazu gehört beispielsweise, benachteiligt zu werden aufgrund äußerlicher Merkmale (wie z.B. die Haut- und Haarfarbe, das Tragen eines Kopftuchs) oder wegen der Sprache bzw. des Dialektes. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Übergang zwischen religiöser und herkunftsspezifischer Diskriminierung als fließend betrachtet wird (Müller, 2015). Herkunftsspezifische Diskriminierung kann sich – wie alle Formen der Diskriminierung – auf unterschiedliche Art und Weise äußern und auf verschiedenen Ebenen stattfinden: Auf individueller Ebene (z.B. Beleidigung, körperliche Gewalt) ebenso wie auf institutioneller und struktureller Ebene (z.B. eingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitssystem; eingeschränkte Rechte; anlassunabhängige Polizeikontrollen aufgrund erkennbarer ethnischer Merkmale; Rommelspacher, 2009).

Diskriminierungserfahrungen haben sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene negative Konsequenzen. So belegen wissenschaftliche Untersuchungen, dass sich das Erleben von Diskriminierung sowohl negativ auf die gesellschaftliche Teilhabe als auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirken kann (Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2017; Uslucan & Yalcin, 2012; Yurdakul et al., 2018). Darüber hinaus sind Diskriminierungserfahrungen für Betroffene auf individueller Ebene mit einem schlechteren psychischen und körperlichen Gesundheitszustand verbunden (Igel et al., 2010; Pascoe & Smart Richman, 2009; Schmitt et al., 2014; Ziegler & Beermann, 2009).

Vor dem Hintergrund des besonderen Diskriminierungsrisikos Geflüchteter und der mit Diskriminierungserfahrungen einhergehenden negativen Auswirkungen für Betroffene und Gesellschaft, wird die Thematik im Rahmen des Thüringen-Monitor Integration umfassend betrachtet. Hierzu wurden die Geflüchteten gefragt, inwiefern sie in Deutschland wegen ihrer Herkunft benachteiligt wurden bzw. schlechte Erfahrungen gemacht haben. Die damit erfasste, subjektiv erlebte Benachteiligung aufgrund der Herkunft ist jedoch nicht unmittelbar gleichzusetzen mit objektiven Diskriminierungsereignissen. So ist es möglich, dass sich eine Person mit Fluchthintergrund aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert fühlt, obgleich andere Umstände die Situation bedingen. Umgekehrt besteht ebenso die Möglichkeit, dass Betroffene herkunftsbezogene Diskriminierung nicht als solche erkennen (SVR, 2018). Dies wäre beispielsweise bei Geflüchteten mit geringen Deutschkenntnissen denkbar.

Im Thüringen-Monitor Integration wurden die befragten Geflüchteten zum einen nach Diskriminierungserfahrungen innerhalb verschiedener Lebensbereiche gefragt; ein entsprechendes Item lautet beispielsweise: *„Inwieweit wurden Sie in Deutschland benachteiligt, weil Sie kein Deutscher/keine Deutsche sind? – Bei der Wohnungssuche“*. Das verwendete Erhebungsinstrument wurde in vergleichbarer Weise bereits in anderen Befragungen von Migrant*innen in Deutschland eingesetzt (Fleischer et al., 2017; Worbs et al., 2016). Die dreistufige Antwortskala reichte von 1 = *nicht* über 2 = *etwas* bis 3 = *ziemlich stark*. Zum anderen wurden im Thüringen-Monitor Integration auch Items der aus dem angloamerikanischen Raum stammenden *Everyday Discrimination Scale* (Clark, Coleman & Novak, 2004) verwendet. Diese ermöglicht die Unterscheidung zwischen verschiedenen Diskriminierungsformen (z.B.: *„Ich wurde beleidigt oder beschimpft.“*) und berücksichtigt auch alltägliche Diskriminierungserfahrungen, die häufig als trivial oder nicht bedeutsam betrachtet werden (z.B.: *„Ich habe den Eindruck, dass Deutsche Angst vor mir haben“*; Lewis et al., 2012). Das dreistufige Antwortformat reichte von 1 = *nie* über 2 = *selten* bis 3 = *oft*.

5.3.1 Herkunftsspezifische Diskriminierungserfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen

Wie in **Abbildung 5.1** dargestellt, berichtete ein großer Anteil der befragten Geflüchteten von herkunftsbezogener Benachteiligung, wobei der Anteil zwischen den unterschiedlichen Lebensbereichen teils deutlich variiert. Insgesamt gaben 82,6 Prozent der Befragten an, in mindestens einem der aufgeführten Bereiche Diskriminierung erlebt zu haben. Mit rund 60 Prozent am häufigsten erlebten die befragten Geflüchteten Benachteiligungen bei der Wohnungssuche und bei der Arbeitssuche bzw. am Arbeits-/Ausbildungsplatz. Insbesondere bei der Wohnungssuche erlebte ein substantieller Anteil ziemlich starke Benachteiligungen (27,4 Prozent; siehe **Abbildung 5.1**). Weitere Lebensbereiche, in welchen sich viele der Befragten diskriminiert fühlten, sind: Beim Einkaufen und Ausgehen, im medizinischen Kontext, in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie bei Behörden und Ämtern. Bezüglich der letztgenannten Erfahrungen ist festzustellen, dass Diskriminierungserlebnisse im Umgang mit der Polizei am seltensten berichtet wurden (siehe **Abbildung 5.1**). Allerdings gab auch hier rund ein Viertel der Befragten (26,4 Prozent) an, benachteiligt worden zu sein.

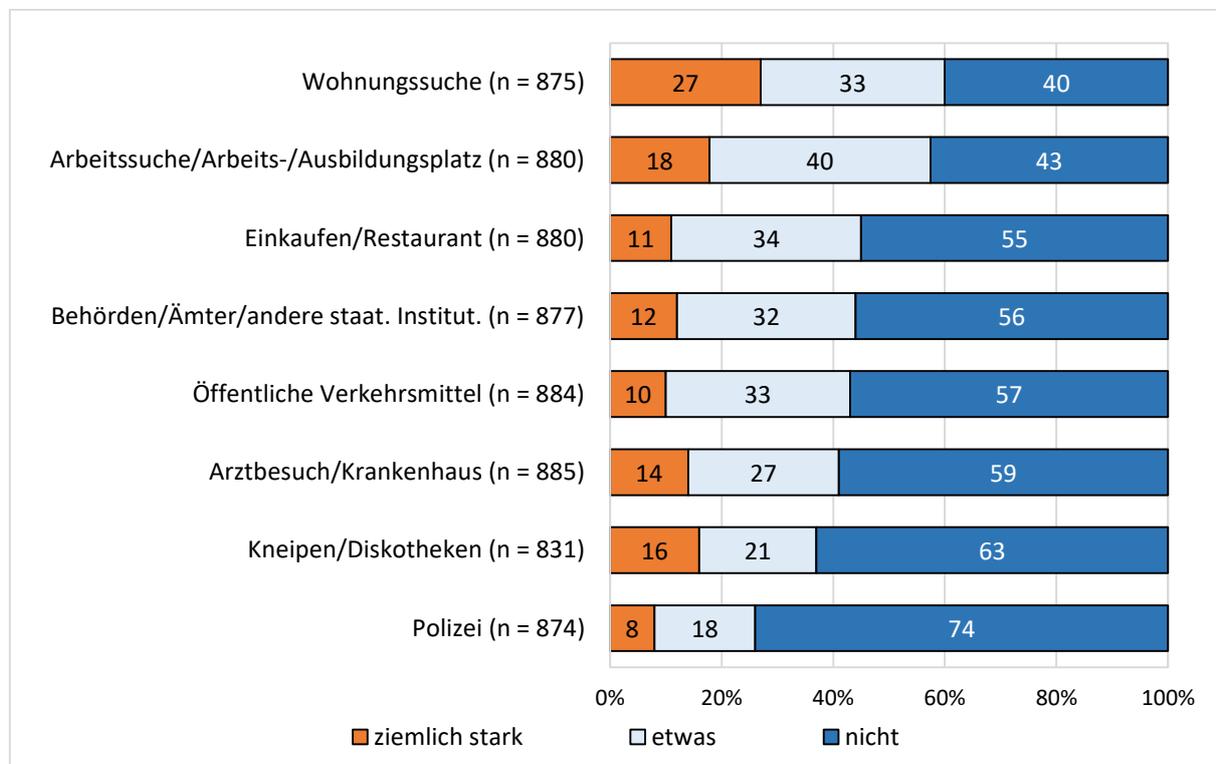


Abbildung 5.1: Herkunftsspezifische Diskriminierungserfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen (in Prozent)

Auch eine Befragung von Personen, die in Anlauf- und Beratungsstellen für Geflüchtete tätig waren, identifizierte den Wohnungsmarkt als den Lebensbereich, in dem Geflüchtete besonders häufig von Diskriminierung betroffen sind (Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2016). In einer Befragung von Geflüchteten durch Worbs et al. (2016) wurden ebenfalls am häufigsten Benachteiligungserfahrungen bei der Wohnungssuche genannt. Am zweithäufigsten wurden in dieser Untersuchung ebenso Diskriminierungserfahrungen im Bereich Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzsuche angegeben. Zudem wurde ebenfalls am seltensten von Benachteiligungen durch die Polizei berichtet. Somit erhärten auch andere Untersuchungen den Befund, dass die Lebensbereiche Wohnungssuche und Arbeit bzw.

Arbeitssuche die zentralen Kontexte darstellen, in denen Geflüchtete herkunftsbezogene Diskriminierung erfahren. Einen erheblichen Unterschied zur Untersuchung von Worbs et al. (2016) stellt jedoch das im Rahmen des Thüringen-Monitors Integration berichtete erlebte Diskriminierungsniveau dar. Dieses liegt in manchen Bereichen nahezu doppelt so hoch wie in der Befragung von Worbs et al. (2016). Berücksichtigt werden muss dabei, dass Worbs et al. (2016) ausschließlich anerkannte Geflüchtete sowie Personen mit Asylberechtigung nach Artikel 16a Grundgesetz (GG) in ihre Untersuchung miteinbezogen hatten. Darüber hinaus fand diese Befragung bundesweit statt, erfolgte bereits im Jahr 2014 und bezog neben Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan, Irak und Iran auch substantielle Anteile an Personen aus Eritrea und Sri Lanka mit ein. Daher sind diese Befunde nicht direkt mit denen des Thüringen-Monitors Integration vergleichbar. Dennoch stimmen auch diese Befunde bezüglich der Reihenfolge, in welchen Lebensbereichen am häufigsten bzw. am seltensten Benachteiligungserfahrungen erlebt wurden, weitgehend mit denen des Thüringen-Monitors Integration überein.

Zur eingehenderen Betrachtung der Diskriminierungserfahrungen der befragten Geflüchteten wurden Gruppenvergleiche nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus und Wohnsitz (großstädtische versus klein- und mittelstädtische Wohnumgebung) durchgeführt. Bei diesen Analysen zeigte sich, dass, mit Ausnahme des medizinischen Kontextes, in allen Lebensbereichen signifikante Geschlechterunterschiede vorlagen. Dabei fühlten sich Männer im Durchschnitt stets etwas stärker diskriminiert als Frauen. Dies könnte gegebenenfalls damit zusammenhängen, dass in der Gesellschaft Vorurteile gegenüber geflüchteten Männern weiterverbreitet sind als gegenüber geflüchteten Frauen. Ebenso ist es möglich, dass geflüchtete Männer Benachteiligungserfahrungen sensibler wahrnehmen, oder sie sich häufiger in Kontaktsituationen befinden. Auch mit Bezug auf das Alter der Befragten ergaben sich ebenfalls in nahezu allen Lebensbereichen signifikante Unterschiede. So berichteten Geflüchtete höheren Alters (über 35 Jahre) durchschnittlich von weniger Benachteiligung als jüngere Geflüchtete. Auch Worbs et al. (2016) berichteten von einer Tendenz, dass sich jüngere Geflüchtete stärker benachteiligt fühlten als ältere.

Hinsichtlich der Staatsangehörigkeit zeigte sich, dass Personen aus Afghanistan in allen Lebensbereichen signifikant häufiger von Benachteiligungserfahrungen berichteten als Syrer*innen und Iraker*innen. Das Muster, dass sich afghanische Geflüchtete stärker diskriminiert fühlten, zeichnete sich auch innerhalb der verschiedenen Aufenthaltsstatus-Gruppen ab. In der Untersuchung von Worbs et al. (2016) fühlten sich Afghan*innen ebenfalls in mehreren Lebensbereichen vergleichsweise häufig benachteiligt. Es mag so sein, dass in der Gesellschaft tatsächlich negativere Einstellungen gegenüber Afghan*innen vorliegen und diese infolgedessen mehr Diskriminierung als Syrer*innen und Iraker*innen erfahren. So wird die Sicherheitslage in Afghanistan in der öffentlichen Debatte viel diskutiert und die Schutzbedürftigkeit von afghanischen Geflüchteten dabei häufig auch in Frage gestellt. Dieser Umstand könnte auch die Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber afghanischen Geflüchteten beeinflussen.

Auch nach dem Aufenthaltsstatus ergaben sich in mehreren Lebensbereichen signifikante Unterschiede in den Diskriminierungserfahrungen. So fühlten sich Geflüchtete, die sich noch im Asylverfahren befanden, bei der Arbeit oder der Arbeitssuche, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Kneipen bzw. Diskotheken, im Umgang mit Ämtern bzw. Behörden und mit der Polizei sowie im medizinischen Kontext signifikant häufiger benachteiligt als Geflüchtete mit einer Aufenthaltserlaubnis. Im Rahmen der Befragung Geflüchteter von Brücker et al. (2016, S. 16) äußerten Geflüchtete mit einer Aufenthaltserlaubnis ebenfalls seltener Benachteiligungserfahrungen. Allerdings wurde in der IAB-

BAMF-SOEP-Befragung nur allgemein die Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen erfasst und nicht nach Lebensbereichen differenziert. Dass sich Geflüchtete, die sich noch im Asylverfahren befinden, hinsichtlich Arbeit bzw. Arbeitssuche und medizinischer Versorgung stärker diskriminiert fühlen als Personen mit Aufenthaltserlaubnis ist aufgrund der strukturellen Gegebenheiten wenig überraschend. So dürfen im Asylverfahren befindliche Personen innerhalb der ersten drei Monate nach Zuzug keine Arbeit aufnehmen und können auch nach Ablauf dieser Wartefrist nur dann eine Arbeitstätigkeit aufnehmen, wenn die Ausländerbehörde im individuellen Fall eine Genehmigung zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt (BAMF, 2017a). Auch zur medizinischen Versorgung haben Personen, die sich im Asylverfahren befinden, zumindest innerhalb der ersten 15 Aufenthaltsmonate in Deutschland stets nur eingeschränkten Zugang (Flüchtlingsrat Thüringen e.V., o.D.). Möglicherweise führen diese strukturell bedingten Benachteiligungserfahrungen in den Bereichen Arbeit und medizinischer Versorgung bei Geflüchteten, die sich im Asylverfahren befinden, auch zu einer höheren Sensibilität bezüglich Benachteiligungserfahrungen in anderen Lebensbereichen.

Differenziert nach mittel- und großstädtischer versus ländlicher und kleinstädtischer Wohnumgebung der Befragten zeigten sich signifikante Unterschiede in den Bereichen Arbeit oder Arbeitssuche, beim Einkaufen bzw. im Restaurant sowie in Kneipen und Diskotheken. Dabei berichteten in kleinstädtischen und ländlichen Wohngebieten lebende Geflüchtete von stärkerer Diskriminierung beim Einkaufen bzw. im Restaurant sowie bei der Arbeitssuche bzw. am Arbeits-/Ausbildungsplatz. In mittel- und großstädtischen Wohnumgebungen lebende Geflüchtete berichteten hingegen von stärkerer Diskriminierung in Kneipen bzw. Diskotheken. Letztgenannter Befund ist gegebenenfalls darauf zurückzuführen, dass in ländlichen Wohngebieten weniger Ausgehmöglichkeiten existieren und Geflüchtete damit seltener diskriminiert werden können.

In Abhängigkeit von den Deutschkenntnissen der Befragten ergaben sich nur in wenigen Lebensbereichen signifikante Unterschiede. Lediglich bezüglich Ämtern bzw. Behörden und hinsichtlich Kneipen bzw. Diskotheken berichteten Personen ohne bzw. mit geringen Deutschkenntnissen im Durchschnitt signifikant häufiger von Benachteiligungserfahrungen. Dieses Ergebnis steht in Gegensatz zu dem Befund von Brücker et al. (2016a, S. 16). In deren Untersuchung machten Geflüchtete mit guten Deutschkenntnissen häufiger Diskriminierungserfahrungen.

Zusammenfassend lässt sich schlussfolgern, dass ein großer Anteil der befragten Geflüchteten herkunftsbezogene Benachteiligung erfahren hat. Die Wohnungssuche und die Arbeit(ssuche) stellen dabei die häufigsten Diskriminierungskontexte dar. Männliche Geflüchtete, junge Erwachsene (18-25 Jahre), Geflüchtete aus Afghanistan sowie Personen, die sich noch im Asylverfahren befanden, erlebten vergleichsweise mehr herkunftsspezifische Diskriminierung in den verschiedenen Lebensbereichen. Dabei kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass diese Unterschiede durch weitere Variablen wie beispielsweise den Bildungsgrad oder den Erwerbsstatus vermittelt bzw. beeinflusst wurden.

5.3.2 Erlebte Formen der herkunftsspezifischen Diskriminierung

Auch bezüglich der unterschiedlichen Diskriminierungsformen zeigte sich bei den befragten Geflüchteten ein hohes Diskriminierungsniveau. Dabei sticht besonders der relativ große Anteil an befragten Geflüchteten heraus, die angaben, in Deutschland aufgrund der Herkunft körperlich angegriffen worden zu sein (12,4 Prozent; siehe **Abbildung 5.2**). Zudem berichtete jeder Zweite der Befragten von Beleidigungen und Beschimpfungen aufgrund der Herkunft (siehe **Abbildung 5.2**). Auch wenn diese Angaben lediglich auf der subjektiven Wahrnehmung der Befragten basieren, deuten sie

darauf hin, dass die tatsächliche Zahl fremdenfeindlicher Übergriffe auf Geflüchtete deutlich höher liegt, als jene, die der Thüringer Landesregierung bekannt wurde. So berichtete das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (Thüringer Landtag, 2018b) von 176 fremdenfeindlichen Straftaten in Thüringen im Jahr 2017. Davon handelte es sich bei 29 Fällen um Bedrohung bzw. Beleidigung, bei 30 Fällen um Sachbeschädigung und bei 37 Fällen um (teils gefährliche) Körperverletzung (Thüringer Landtag, 2018b). Für das Jahr 2016 berichtet das Thüringer Innenministerium im Rahmen einer Kleinen Anfrage von 270 fremdenfeindlichen Straftaten in Thüringen, wobei davon 22 Fälle auf Sachbeschädigung, 44 Fälle auf Bedrohung bzw. Beleidigung, 3 Fälle auf Nötigung und 48 auf (teils gefährliche) Körperverletzung entfielen (Thüringer Landtag, 2017). Dabei wurde jedoch nicht näher ausgewiesen, gegen wen sich diese fremdenfeindlichen Straftaten richteten, sodass offenbleibt, bei wie vielen Opfern dieser Taten es sich um Geflüchtete handelte. Ezra, die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, wird diesbezüglich etwas konkreter. Sie berichtete, dass sich rassistische Gewalt zumeist gegen Geflüchtete und gegen vermeintlich geflüchtete Menschen richtet (Ezra, 2018). Ezra verzeichnete im Jahr 2017 103 rassistische Angriffe in Thüringen, von welchen 157 Opfer betroffen waren (Ezra, 2018). Für das Jahr 2016 verzeichnete Ezra ebenso 103 Fälle rassistisch motivierter Gewalt (Ezra, 2017). Dabei wird jedoch von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgegangen (Ezra, 2018).

Neben dem überraschend hohen Niveau an körperlichen Übergriffen sowie an erlebter Beleidigung bzw. Beschimpfung gaben auch zwei Drittel der befragten Geflüchteten an, aufgrund ihrer Herkunft respektloses bzw. unhöfliches Verhalten erlebt zu haben (siehe **Abbildung 5.2**). Die Wahrnehmung, Deutsche brächten ihnen kein Vertrauen entgegen und hielten sich für etwas Besseres, war unter den Befragten ebenfalls weit verbreitet (siehe **Abbildung 5.2**).

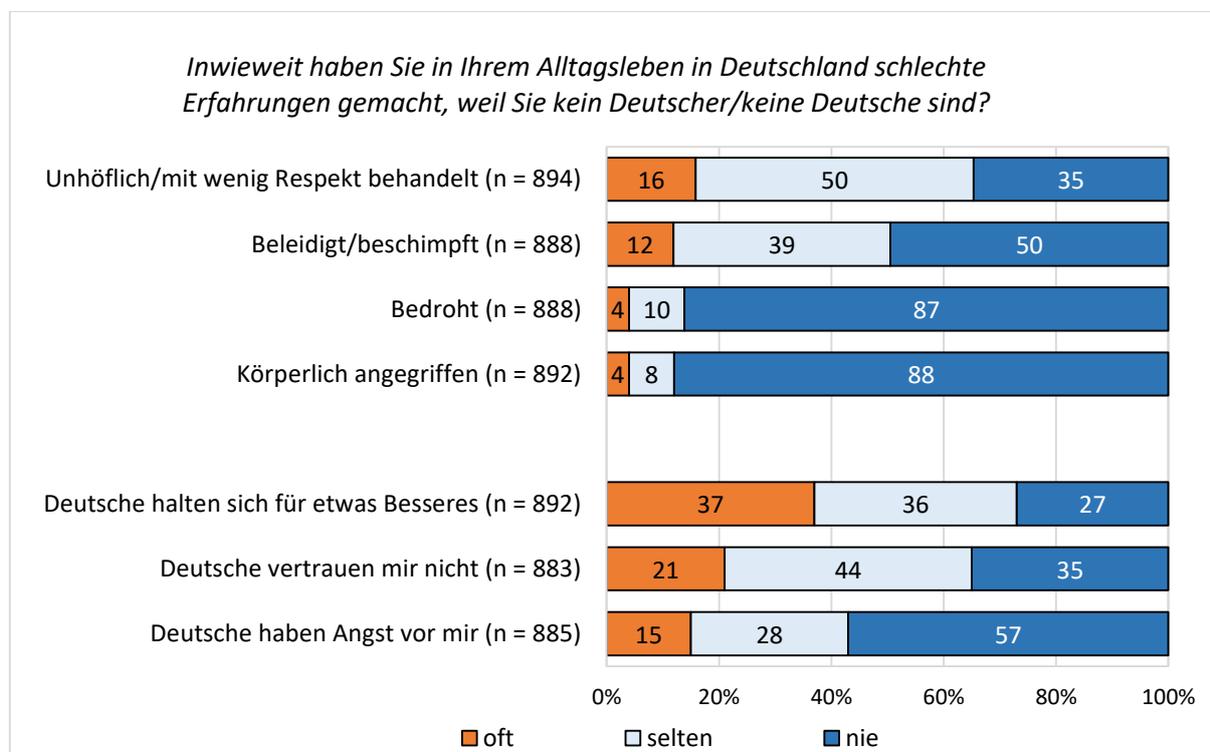


Abbildung 5.2. Herkunftsspezifische Benachteiligungserfahrungen nach unterschiedlichen Diskriminierungsformen (in Prozent)

Um zu betrachten, inwiefern sich Untergruppen bezüglich der verschiedenen Diskriminierungsformen unterschieden, wurden weiterführende Analysen durchgeführt. Dabei ergaben sich teilweise

Geschlechterunterschiede. So erlebten männliche Geflüchtete signifikant häufiger körperliche Angriffe als weibliche Geflüchtete. Darüber hinaus empfanden sie signifikant häufiger, dass Deutsche ihnen gegenüber ängstlich sind und ihnen wenig Vertrauen entgegenbringen. Die beiden letztgenannten Befunde könnten als Hinweis darauf gewertet werden, dass in der Gesellschaft mehr Vorurteile gegenüber männlichen Geflüchteten als gegenüber weiblichen Geflüchteten vorliegen. Eine andere mögliche Erklärung wäre, dass sich die befragten Frauen im Vergleich zu den befragten Männern seltener im öffentlichen Raum bewegten und aus diesem Grund auch weniger derartige Diskriminierung erfuhren.

Bezüglich des Alters unterschied sich die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen häufig signifikant von den Geflüchteten, die zum Befragungszeitpunkt älter als 35 Jahre waren. So wurden die 18- bis 25-Jährigen im Durchschnitt häufiger aufgrund ihrer Herkunft unhöflich behandelt, beleidigt, bedroht und körperlich angegriffen. Zudem nahmen sie häufiger wahr, dass Deutsche Angst vor ihnen haben. Diese Befunde korrespondieren mit den Ergebnissen bezüglich herkunftsbezogener Diskriminierung in den unterschiedlichen Lebensbereichen. In diesen hatten 18 bis 25-jährige Geflüchtete ebenfalls häufiger von Benachteiligungserfahrungen berichtet. Hinsichtlich der Staatsangehörigkeit zeigten sich zumeist keine signifikanten Unterschiede. Allerdings empfanden Syrer*innen signifikant häufiger als Personen aus dem Irak, dass Deutsche Angst vor ihnen haben. Zudem hatten Afghan*innen häufiger den Eindruck, dass Deutsche ihnen kein Vertrauen entgegenbringen und sich für etwas Besseres halten. Auch bezüglich der unterschiedlichen Lebensbereiche hatten geflüchtete Menschen aus Afghanistan häufiger von Diskriminierung berichtet. Unterschiede nach Aufenthaltsstatus bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Aufenthaltsdauer ergaben sich kaum. Jedoch berichteten unter den 2018 nach Deutschland gekommenen Geflüchteten diejenigen mit einer Aufenthaltserlaubnis signifikant häufiger davon, beleidigt und bedroht worden zu sein, als Personen, die sich noch im Asylverfahren befanden. Keine signifikanten Unterschiede zeigten sich in Abhängigkeit von der Wohnumgebung (städtisch versus kleinstädtisch und ländlich) der Befragten.

Insgesamt lässt sich das Fazit ziehen, dass herkunftsbezogene Diskriminierungserfahrungen unter den befragten Geflüchteten sehr weit verbreitet waren. Dabei war das berichtete Diskriminierungsniveau in den Bereichen Wohnungssuche und Arbeitskontext besonders hoch ausgeprägt. Zudem erlebte ein großer Anteil der Befragten eine unhöfliche Behandlung oder wurde beleidigt und beschimpft. Besonders schockierend war, dass mehr als jeder zehnte Befragte davon berichtete, aufgrund seiner Herkunft körperlich angegriffen worden zu sein. Diese Ergebnisse bestätigen Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, wonach negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten in der Thüringer Bevölkerung relativ verbreitet sind. Dort äußerte ein nennenswerter Anteil der befragten Thüringer*innen ausländerfeindliche Einstellungen. So vertrat etwa die Hälfte der Befragten die Meinung, dass die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet sei und Ausländer nur hierherkämen, um unseren Sozialstaat auszunutzen (Reiser et al., 2018). Außerdem stimmten 64 Prozent der befragten Thüringer*innen der Aussage *„Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar“* zu (Reiser et al., 2018). Auch in einer repräsentativen Studie der Bertelsmann-Stiftung zum sozialen Zusammenhalt in Deutschland äußerten viele Thüringer*innen eine ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten. In dieser Untersuchung gaben 44 Prozent der befragten Thüringer*innen an, Flüchtlinge ungern als Nachbarn zu haben (Arant et al., 2017). Im Vergleich der Bundesländer äußerte lediglich in Sachsen ein vergleichbar hoher Anteil der Befragten (45 Prozent) eine ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten als Nachbarn.

6. Einstellungen zu Integration und Akkulturation

Die Frage nach der Integration der in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommenen Geflüchteten wird in der Öffentlichkeit nach wie vor viel diskutiert. Häufig wird dabei über Geflüchtete gesprochen, die Sichtweisen der Geflüchteten selbst sowie deren Vorstellungen bezüglich ihres Lebens hierzulande werden hingegen selten berücksichtigt. Im Thüringen-Monitor Integration werden daher die Perspektiven der Geflüchteten und ihre Einstellungen hinsichtlich ihrer Lebensweise in Deutschland näher betrachtet.

Im alltäglichen Sprachgebrauch wird unter dem Begriff Integration häufig die Anpassung an die deutsche Gesellschaft bzw. die Übernahme von Orientierungen und Verhaltensweisen der Aufnahmegesellschaft durch Immigrant*innen verstanden. Im Rahmen eines in der psychologischen Migrationsforschung einflussreichen Ansatzes kommt dem Begriff hingegen eine weiterreichende Bedeutung zu: So beabsichtigen Zugewanderte, welche sich in die Gesellschaft des Aufnahmelandes integrieren möchten, nach dem Modell von Berry (1997) nicht nur die Übernahme kultureller Aspekte der aufnehmenden Gesellschaft, sondern zugleich auch die Beibehaltung von Kulturgütern aus ihrer Herkunftsgesellschaft. Entsprechend der Theorie von Berry stellt diese Strategie der Integration eine von vier möglichen, sogenannten *Akkulturationsstrategien* dar. Dabei bezeichnet Akkulturation kulturelle und psychologische Veränderungsprozesse, welche beim Zusammentreffen von Personen-(gruppen) aus unterschiedlichen Kulturen stattfinden (Berry, 2003). Wie sich ein*e Immigrant*in akkultrieren möchte, lässt sich nach Berrys Modell durch zwei Dimensionen erfassen: Zum einen, inwieweit die Kultur des Aufnahmelandes übernommen werden soll, und zum anderen, inwieweit die Kultur der Herkunftsgesellschaft beibehalten werden soll. Neben der bereits dargelegten Strategie der Integration, nach der Aspekte aus beiden Kulturen integriert werden, ergeben sich dementsprechend drei weitere, mögliche Akkulturationsstrategien (siehe **Abbildung 6.1**): Möchten Immigrant*innen die Kultur des Aufnahmelandes übernehmen, die Herkunftskultur jedoch nicht aufrechterhalten, so stellt das die Strategie der Assimilation dar. Wenn Immigrant*innen hingegen die Übernahme der Kultur des Aufnahmelandes nicht anstreben, ihre ursprüngliche Kultur jedoch beibehalten möchten, entspricht dies der Strategie der Separation. Marginalisierung beschreibt, wenn weder die Herkunftskultur aufrechterhalten, noch die Aufnahmekultur übernommen werden soll (siehe **Abbildung 6.1**).

		Wunsch nach Aufrechterhaltung der Herkunftskultur	
		Ja	Nein
Wunsch nach Übernahme der Aufnahmekultur	Ja	Integration	Assimilation
	Nein	Separation	Marginalisierung

Abbildung 6.1: Die vier Akkulturationsstrategien nach Berry. Eigene Darstellung, in Anlehnung an Berry (1997).

Internationale Forschungsbefunde belegen, dass Immigrant*innen am häufigsten die Akkulturationsstrategie der Integration verfolgen (z.B. Berry, 2006; Berry & Hou, 2016; Ward, 2001). Auch Zugewanderte in Deutschland scheinen nach bislang vorliegenden Befunden größtenteils die Strategie der Integration zu präferieren (Fleischer et al., 2017; Jasinskaja-Lahti et al., 2003; Pfafferott & Brown, 2006; Rohmann et al., 2006), die, wie empirisch gut belegt, mit dem größten Wohlbefinden der Immigrant*innen sowie mit positiven Effekten auf das intergrupale Klima verbunden ist (Berry, 1997; Nguyen & Benet-Martínez, 2013; Zagefka & Nigbur, 2009). Aus diesem Grund wird die Akkulturationsstrategie der Integration häufig als wünschenswert betrachtet (Zagefka & Nigbur, 2009).

Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass Akkulturation ein wechselseitiger Prozess ist, dessen Verlauf nicht nur durch die Einstellungen der zugewanderten Personen, sondern auch durch jene der Aufnahmegesellschaft beeinflusst wird (Horenczyk, Sam & Vedder, 2015; Jasinskaja-Lahti et al., 2003). So können die präferierten Akkulturationsorientierungen der Immigrant*innen durch die in der Aufnahmegesellschaft vorherrschende Akkulturationserwartung beeinflusst werden (Zagefka & Nigbur, 2009). Auch scheint die Passung zwischen der Akkulturationsorientierung der Immigrant*innen und der Akkulturationserwartung von Seiten der Aufnahmegesellschaft an die Immigrant*innen relevant für das individuelle Wohlergehen der Zugewanderten und das Zusammenleben zu sein (Horenczyk et al., 2015; Pfafferott & Brown, 2006; Rohmann et al., 2006). Dabei wird davon ausgegangen, dass auch andere Akkulturationsstrategien als jene der Integration zu einem harmonischen Zusammenleben führen können, sofern sie in keinem Widerspruch zu den Einstellungen der Aufnahmegesellschaft stehen. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen wurden im Rahmen des Thüringen-Monitors Integration die Akkulturationsorientierungen der befragten Geflüchteten ermittelt, ebenso wie deren Wahrnehmung, welche Akkulturationserwartungen in der deutschen Gesellschaft vorherrschen.

6.1 Akkulturationsorientierungen

Zur Ermittlung der Akkulturationsorientierung der Befragten wurden, aufbauend auf Berrys Modell, die beiden Dimensionen *Übernahme der Aufnahmekultur* und *Beibehaltung der Ursprungskultur* jeweils anhand einer Skala mit acht Items erfasst. Dabei waren die Aussagen der beiden Skalen äquivalent, d.h. sie waren vergleichbar formuliert, bezogen sich aber einmal auf die deutsche und einmal auf die Herkunftskultur. Inhaltlich kamen die Bereiche Sprache, Traditionen, soziale Kontakte, Geschlechterkonventionen, Erziehungsmethoden sowie Verhaltensweisen und Werte zur Sprache. Eine Aussage aus der Skala *Übernahme der deutschen Kultur* lautet beispielsweise: „Wenn ich mir mein künftiges Leben in Deutschland vorstelle, möchte ich deutsche kulturelle Traditionen übernehmen.“. Die äquivalente Aussage in der Skala *Beibehaltung der Ursprungskultur* war: „Wenn ich mir mein künftiges Leben in Deutschland vorstelle, möchte ich kulturelle Traditionen meines Herkunftslandes beibehalten.“. Die verwendeten Skalen wurden unter Bezugnahme auf etablierte Akkulturationskalen (Berry et al 2006; Nguyen & Von Eye, 2002) entwickelt. Die Befragten konnten auf einer fünfstufigen Antwortskala (von 1 = *trifft nicht zu* bis 5 = *trifft zu*) angeben, inwiefern die jeweilige Aussage auf sie zutraf. Die durchschnittliche Zustimmung der Befragten zur Skala *Übernahme der deutschen Kultur* lag bei $M = 4,1$ ($SD = 0,7$). Der Mittelwert der Skala *Beibehaltung der Ursprungskultur* betrug $M = 3,9$ ($SD = 0,9$). Anhand der beiden Skalenwerte wurden die befragten Geflüchteten schließlich einer der vier Akkulturationsstrategien nach Berry (1997) zugeordnet.

Wie in **Abbildung 6.2** ersichtlich, gaben 79,6 Prozent der Befragten an, die Strategie der Integration zu präferieren, weitere 12,4 Prozent bevorzugten die Strategie der Assimilation. Damit war es über 90 Prozent der Befragten ein Anliegen, die deutsche Kultur zu übernehmen; lediglich eine kleine Minderheit verfolgte die Strategien der Separation bzw. Marginalisierung (siehe **Abbildung 6.2**).

Wunsch nach Aufrechterhaltung der
Herkunftskultur

		Ja	Nein
Wunsch nach Übernahme der deutschen Kultur	Ja	Integration: 80%	Assimilation: 12%
	Nein	Separation: 6%	Marginalisierung 1%

Abbildung 6.2: Akkulturationsorientierung der befragten Geflüchteten (n = 901)

Weiterführende Analysen ergaben, dass das Geschlecht in einem signifikanten Zusammenhang mit der Akkulturationsorientierung steht. So bevorzugten Frauen etwas seltener die Strategie der Assimilation und häufiger jene der Separation. Wurde die Staatsangehörigkeit berücksichtigt, ergab sich, dass dieser Zusammenhang mit dem Geschlecht bei Befragten aus Syrien vorlag (siehe **Abbildung 6.3**). Bei Personen aus Afghanistan zeigte sich dagegen ein ausgeglichenes Verhältnis. Bei Iraker*innen und den Befragten mit anderen Staatsangehörigkeiten zeigten sich auf deskriptiver Ebene zwar Unterschiede zwischen den Geschlechtern (siehe **Abbildung 6.3**), diese Differenzen waren jedoch statistisch nicht signifikant.

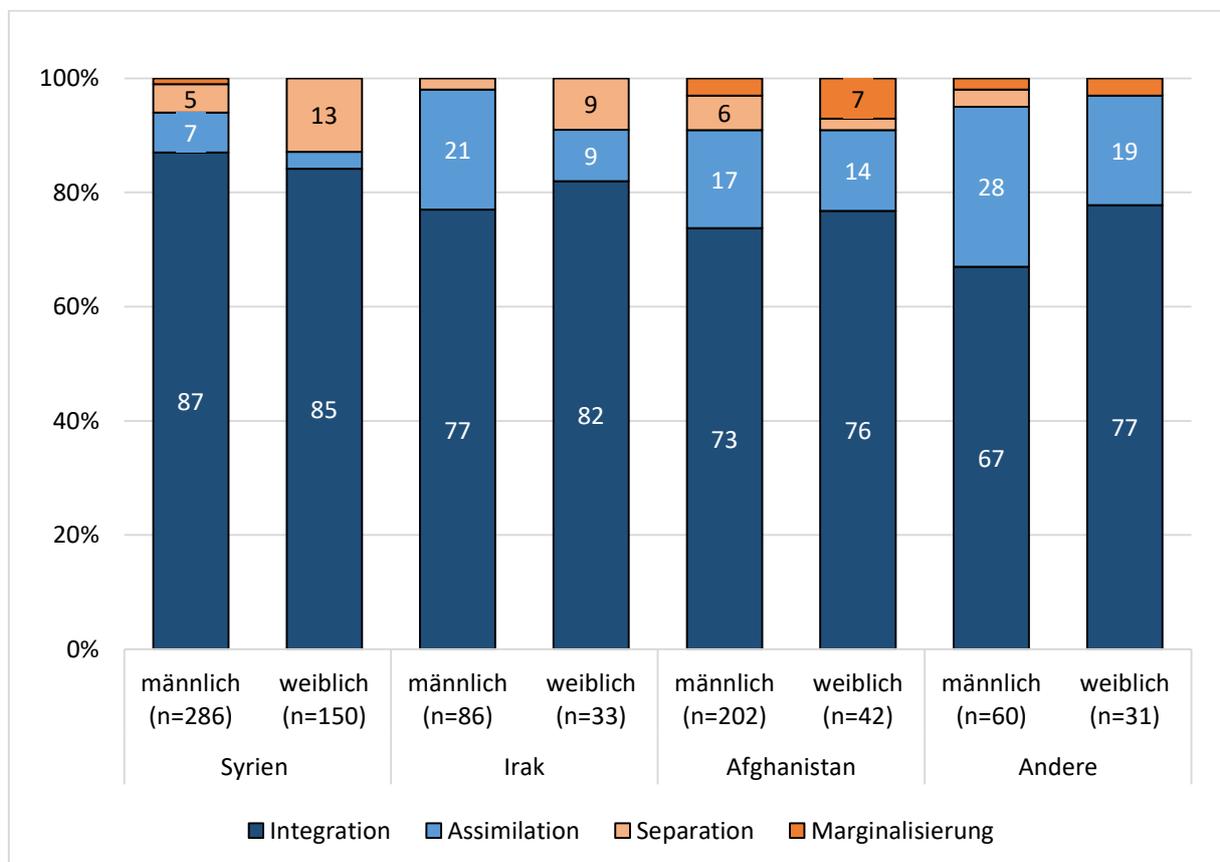


Abbildung 6.3: Akkulturationsorientierung der Befragten nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (in Prozent; n = 890)

Auch das Alter hängt signifikant mit der Akkulturationsorientierung zusammen. So präferierten die jüngsten befragten Geflüchteten (18-25 Jahre) etwas häufiger die Strategie der Separation, während die älteste Gruppe der Befragungsteilnehmenden (älter als 35 Jahre) diese am seltensten verfolgte (siehe **Abbildung 6.4**). Die Absicht, die deutsche Kultur zu übernehmen, lag somit bei den älteren Befragungsteilnehmenden noch etwas häufiger vor als bei den jüngeren.

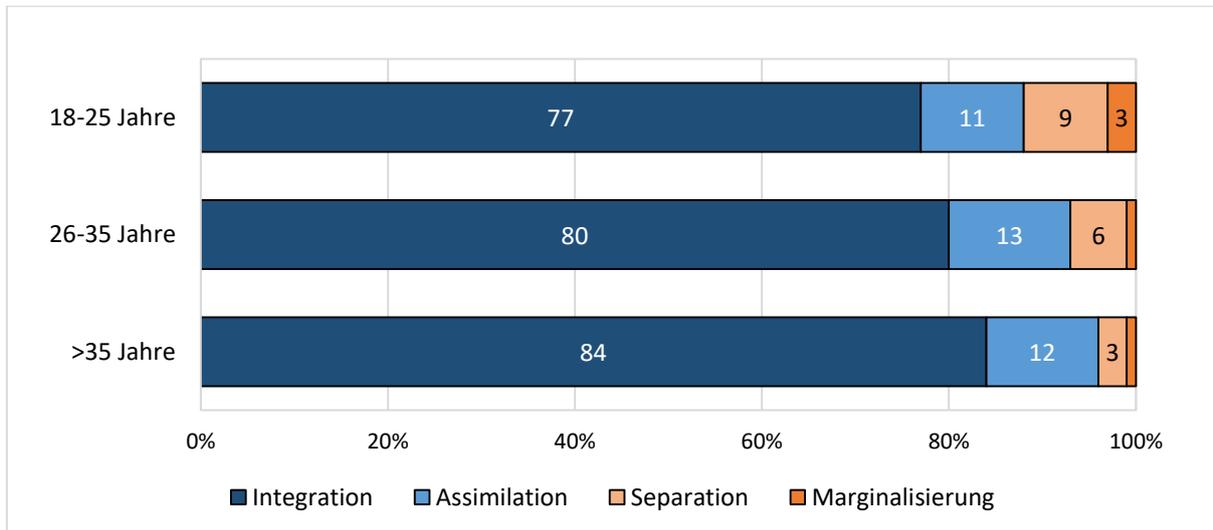


Abbildung 6.4: Akkulturationsorientierung der Befragten nach Alter (in Prozent; n = 862)

Bezüglich der Aufenthaltsdauer zeigte sich ebenfalls ein signifikanter Zusammenhang mit der Akkulturationsorientierung. Wie in **Abbildung 6.5** zu erkennen ist, bevorzugten die Befragten, die in den Jahren 2015/2016 nach Deutschland gekommen sind, vergleichsweise häufiger die Strategie der Integration und seltener jene der Assimilation. Der Anteil derer, die sich assimilieren möchten, war unter den Geflüchteten am höchsten, die erst seit kürzerer Zeit in Deutschland lebten (siehe **Abbildung 6.5**).

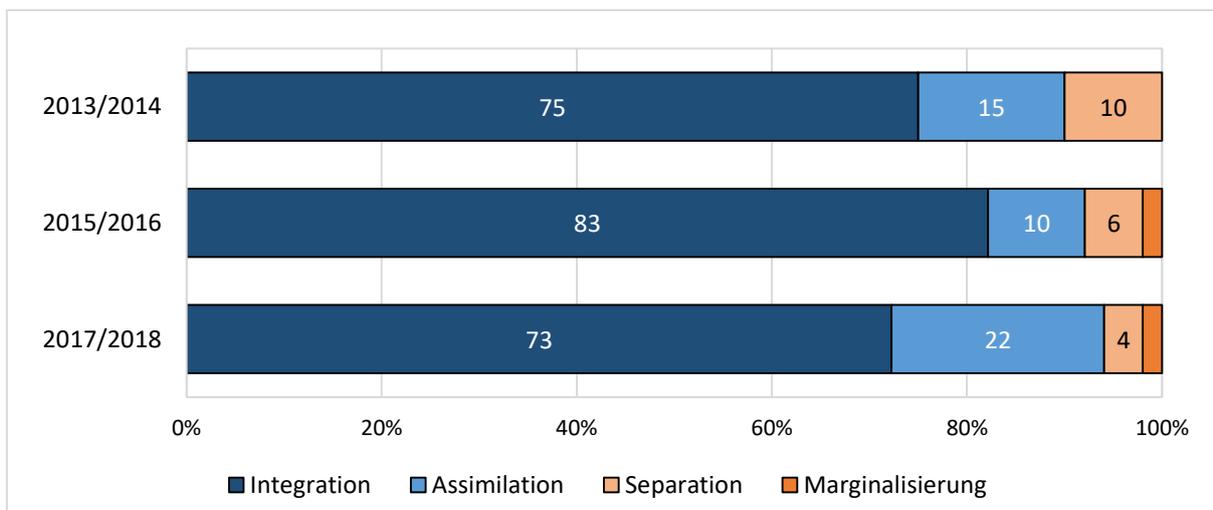


Abbildung 6.5: Akkulturationsorientierung der Befragten nach Ankunftsjahr in Deutschland (in Prozent; n = 901)

Kein signifikanter Zusammenhang zeigte sich zwischen der Akkulturationsorientierung und dem Aufenthaltsstatus in Deutschland. Somit scheint die Akkulturationspräferenz nicht durch den Aufenthaltsstatus beeinflusst zu werden. Zwischen der Akkulturationsorientierung und der Wichtigkeit der eigenen Religionsausübung ergab sich indessen ein signifikanter Zusammenhang. Dabei präferierten Befragte, denen die Ausübung der Religion wichtig war, häufiger die Strategie der Integration und seltener jene der Assimilation (siehe **Abbildung 6.6**). Zugleich war in dieser Gruppe der Anteil der Personen, die Separation bevorzugten, etwas größer (siehe **Abbildung 6.6**).

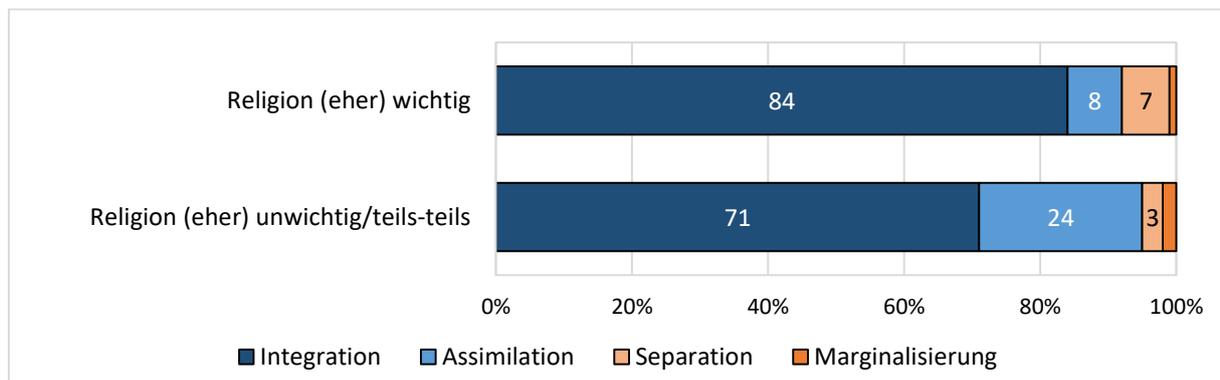


Abbildung 6.6: Akkulturationsorientierung der befragten Geflüchteten nach Religiosität (in Prozent; n = 868)

Zusammenfassend ist festzustellen, dass über alle betrachteten Untergruppen hinweg eine sehr weit verbreitete Integrationsbereitschaft unter den befragten Geflüchteten vorherrschte. Damit scheinen von Seiten der Geflüchteten gute Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Integration in die deutsche Gesellschaft vorzuliegen. Zugleich stimmt das Ergebnis weitgehend mit den Befunden anderer Befragungen von Immigrant*innen in Deutschland überein, wobei berücksichtigt werden muss, dass in diesen Untersuchungen keine bzw. nicht gezielt Fluchtmigrant*innen befragt wurden (Fleischer et al., 2017; Pfafferoth & Brown, 2006; Rohmann et al., 2006; Zagefka & Brown, 2002). Danach wiesen die hier befragten Geflüchteten offenbar vergleichbare Akkulturationspräferenzen wie andere Gruppen von Immigrant*innen in Deutschland auf.

6.2 Wahrgenommene Akkulturationserwartung der Deutschen

Um zu erfassen, welche Akkulturationserwartung Geflüchtete seitens der deutschen Bevölkerung wahrnehmen, wurde entsprechend der Erfassung der Akkulturationsorientierung vorgegangen. So wurde anhand zweier Skalen ermittelt, inwiefern die Geflüchteten wahrnahmen, dass die Deutschen zum einen erwarteten, dass sie ihre Ursprungskultur aufrechterhielten, und zum anderen, dass sie die deutsche Kultur übernahmen. Hierzu wurden wiederum parallele Skalen eingesetzt. Lediglich die einleitenden Formulierungen der Aussagen wurden angepasst (Beispiel: „Die Mehrheit der Deutschen möchte, dass Geflüchtete kulturelle Traditionen ihres Herkunftslandes beibehalten.“ bzw. „Die Mehrheit der Deutschen möchte, dass Geflüchtete deutsche kulturelle Traditionen übernehmen.“). Erneut konnten die Befragten die Aussagen auf einer fünfstufigen Antwortskala (von 1 = *trifft nicht zu* bis 5 = *trifft zu*) beantworten. Der Mittelwert bei der wahrgenommenen Erwartung zur Aufrechterhaltung der Ursprungskultur betrug $M = 3,0$ ($SD = 1,0$), jener zur Übernahme der deutschen Kultur

bei $M = 3,9$ ($SD = 0,7$). Wie zuvor wurden die Befragten bei der Auswertung anhand der beiden Skalen einer der vier wahrgenommenen Akkulturationserwartungen zugeordnet (siehe **Abbildung 6.7**).

		Wahrgenommene Erwartung Aufrechterhaltung der Herkunftskultur	
		Ja	Nein
Wahrgenommene Erwartung Übernahme der deutschen Kultur	Ja	Integration: 48%	Assimilation: 45%
	Nein	Separation: 4%	Marginalisierung 4%

Abbildung 6.7: Von Geflüchteten wahrgenommene Akkulturationspräferenz der Deutschen (n = 877)

Dabei zeigte sich, dass knapp die Hälfte (47,8 Prozent) der befragten Geflüchteten wahrnahm, dass die Deutschen von ihnen erwarteten, dass sie sich im Sinne des Modells integrierten. Etwa ebenso viele der Befragten (44,6 Prozent) hatten allerdings den Eindruck, dass von ihnen erwartet werde, sich zu assimilieren (siehe **Abbildung 6.7**). Die Verteilung weicht damit von den präferierten Akkulturationsstrategien der befragten Geflüchteten deutlich ab. Diese äußerten deutlich häufiger (79,6 Prozent) den Wunsch nach Integration und bevorzugten somit – zusätzlich zur Übernahme der deutschen Kultur – die Beibehaltung ihrer Ursprungskultur.

Ähnlich äußerten sich Immigrant*innen in mehreren anderen Untersuchungen. Größtenteils wird wahrgenommen, dass sich die autochthone Bevölkerung die Übernahme der deutschen Kultur durch Immigrant*innen wünscht und ein geringeres Interesse daran hat, dass Immigrant*innen ihre Herkunftskultur beibehalten (Pfafferott & Brown, 2006; Rohmann et al., 2006, Zagefka & Brown, 2002). Dabei scheint es jedoch Unterschiede in Abhängigkeit der Herkunft der Zugewanderten zu geben. So nahm in einer Untersuchung von Rohmann et al. (2006) eine deutliche Mehrheit von 86 Prozent der befragten italienischen Immigrant*innen wahr, dass die Deutschen der Beibehaltung ihrer Ursprungskultur positiv gegenüber standen, während dieser Anteil bei den befragten Türk*innen lediglich bei 34 Prozent lag. Dies deckt sich mit Ergebnissen, die zeigen, dass in Deutschland lebende Immigrant*innen aus der Türkei – ebenso wie die aus arabischmuslimischen Staaten – häufiger Diskriminierung erfahren als Westeuropäer (Tucci et al., 2014).

Zu berücksichtigen ist ferner, dass die von Immigrant*innen *wahrgenommene* Akkulturationspräferenz der Deutschen nicht gleichzusetzen ist mit der tatsächlichen Akkulturationspräferenz der autochthonen Bevölkerung. Jedoch weisen die Ergebnisse zweier repräsentativer Befragungen darauf hin, dass ein relativ großer Anteil der deutschen Bevölkerung es nicht gutheißt oder sogar ablehnt, dass Zugewanderte ihre Herkunftskultur beibehalten. So befürworteten in einer deutschlandweiten Untersuchung von Zick und Preuß (2016) nur 51 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund die Aussage „*Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehalten.*“. Und auch im Thüringen-Monitor 2018 (Reiser et al., 2018, S. 121) betrug die Zustimmung der befragten Thüringer*innen zur Aussage „*Die in Deutschland lebende Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen*

unterscheidet.“ lediglich 48 Prozent. Zwar beziehen sich diese Ergebnisse ausschließlich auf die Aufrechterhaltung der Herkunftskultur der Immigrant*innen und somit nur auf eine der beiden Dimensionen des Modells nach Berry (1997). Gleichwohl implizieren sie, dass etwa die Hälfte der autochthonen Bevölkerung die Akkulturationsstrategie der Integration bei Immigrant*innen ablehnt.

In **Abbildung 6.8** ist dargestellt, welche Akkulturationsorientierungen die befragten Geflüchteten in Abhängigkeit der von ihnen wahrgenommenen Akkulturationserwartung aufwiesen. Daran ist zwar ersichtlich, dass die Befragten unabhängig von der wahrgenommenen Akkulturationserwartung mehrheitlich die Strategie der Integration bevorzugten. Allerdings zeigten sich zugleich auch Unterschiede bezüglich des Anteils derer, die Integration präferierten: Von jenen Befragten, die wahrnahmen, dass die Deutschen von ihnen erwarteten, sich zu integrieren, verfolgten 86,3 Prozent die Strategie der Integration. Unter jenen, die wahrnahmen, dass Assimilation bzw. Separation gewünscht werde, waren es jedoch nur 76,4 bzw. 73,3 Prozent. Am Seltensten wollten sich Personen integrieren, die Marginalisierung als erwartete Strategie wahrnahmen. Hier betrug der Anteil lediglich 58,3 Prozent. Der Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Akkulturationserwartung und der Akkulturationsorientierung erwies sich als signifikant, jedoch handelt es sich um einen schwachen Zusammenhang. Befragte, welche Integration als erwünschte Akkulturationsorientierung wahrnahmen, wollten sich häufiger integrieren. Jene, welche Assimilation als erwünscht wahrnahmen, wollten sich häufiger assimilieren und diejenigen, die eine Separations-Erwartung wahrnahmen, wollten sich häufiger separieren. Da es sich dabei um querschnittliche Befunde handelt, lassen sich auf Basis dieser Daten jedoch keine Aussagen über die Wirkungsrichtung machen. So scheint plausibel, dass die in der autochthonen Gesellschaft wahrgenommene Akkulturationserwartung die Akkulturationsorientierung der Geflüchteten beeinflusste. Ebenso besteht jedoch die Möglichkeit, dass die Wahrnehmung der Akkulturationserwartung in der deutschen Bevölkerung die vorherrschende Akkulturationsorientierung der befragten Geflüchteten veränderte.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die große Mehrheit der befragten Geflüchteten die Akkulturationsstrategie der Integration bevorzugte, zugleich jedoch etwa die Hälfte der Befragten wahrnahm, dass die autochthone Bevölkerung nicht möchte, dass sie ihre Herkunftskultur aufrechterhalten. Dieser Eindruck vieler Geflüchteter wird durch Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, nach welchen etwa die Hälfte der Thüringer Bevölkerung es ablehnt, dass Immigrant*innen ihre Herkunftskultur beibehalten, erhärtet.

6.3 Einstellungen der Thüringer Bevölkerung im Vergleich

Nachfolgend werden weitere Einstellungen und Wahrnehmungen der befragten Geflüchteten zum Thema Integration und Diversität in der Gesellschaft vorgestellt. Diese wurden im Thüringen-Monitor Integration identisch zum Thüringen-Monitor 2016 (Best et al., 2016) bzw. 2018 (Reiser et al., 2018) erfasst. Das ermöglicht die direkte Gegenüberstellung der Befunde des Thüringen-Monitors Integration mit den Einstellungen und Wahrnehmungen in der Thüringer Bevölkerung. Die Vergleiche konzentrieren sich auf Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018. Die entsprechende Datenerhebung erfolgte zwischen Juni und Juli 2018 (Reiser et al., 2018) und liegt damit im Erhebungszeitraum des Thüringen-Monitors Integration, war jedoch vergleichsweise kürzer. Teilweise lagen Vergleichsmöglichkeiten nur innerhalb der Daten aus dem Thüringen-Monitor 2016 vor, die bereits von Mai bis Juni 2016 erhoben wurden (Best et al., 2016).

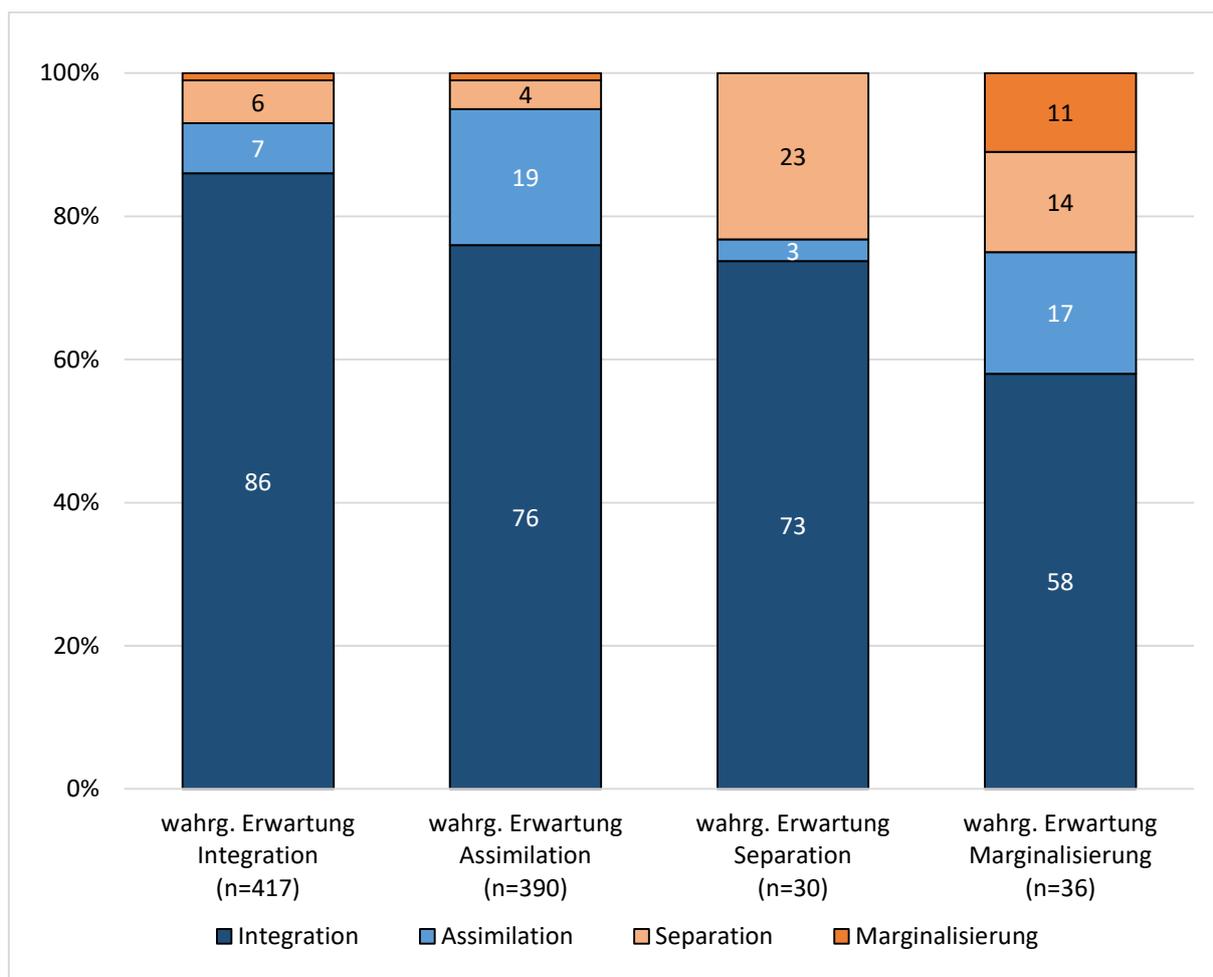


Abbildung 6.8: Akkulturationsorientierungen der Befragten nach wahrgenommener Akkulturationserwartung (in Prozent)

Der Aussage, dass Geflüchtete und Asylsuchende zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden sollten, stimmten 90,5 Prozent der befragten Geflüchteten zu. Damit scheint der Anteil Geflüchteter, der diese Aussage befürwortet, fast genauso hoch zu sein wie jener der Thüringer Bevölkerung (siehe **Abbildung 6.9**). Diese große Übereinstimmung unterstreicht den hohen Stellenwert, den Geflüchtete dem Erlernen der deutschen Sprache zusprechen, und deutet darauf hin, dass unter Geflüchteten ein weit verbreitetes Interesse am Besuch von Sprach- bzw. Integrationskursen besteht. Bezüglich der Aussage, Deutschland müsse sich zukünftig den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen, ist der Konsens zwischen den befragten Geflüchteten und den Thüringer*innen hingegen geringer. So stimmten rund 88 Prozent der befragten Geflüchteten dieser Aussage zu, jedoch nur 56 Prozent der Thüringer Bevölkerung (siehe **Abbildung 6.9**). Während sich ein Großteil der Geflüchteten also eine verstärkte interkulturelle Öffnung Deutschlands wünschte, lehnte eine knappe Hälfte der Thüringer*innen eine derartige Entwicklung ab. Hier zeichnet sich, wie auch bereits im Rahmen der Akkulturationsorientierungen dargestellt, eine geringere Übereinstimmung ab.

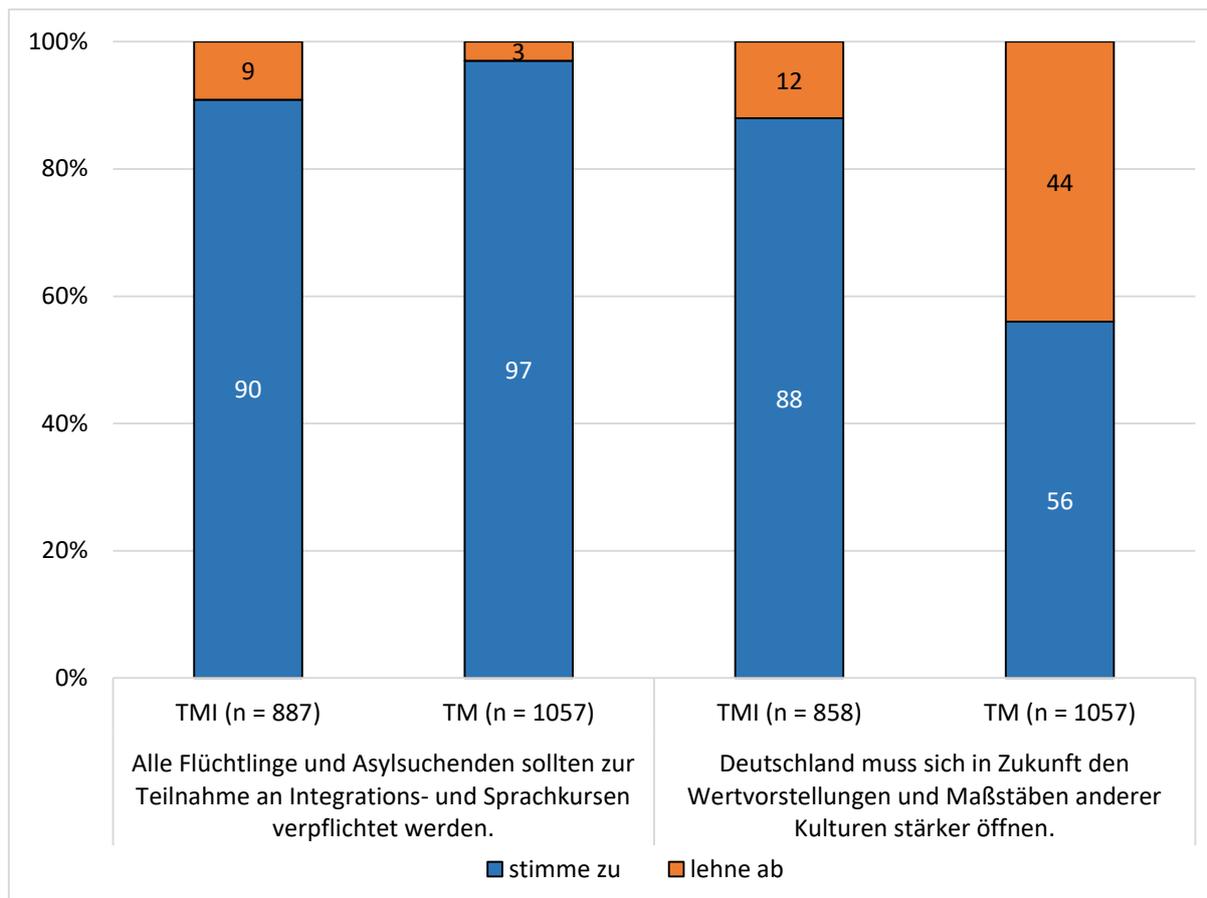


Abbildung 6.9: Einstellungen zu einer pluralistischen Gesellschaft und zu verpflichtender Integrationskursteilnahme - Vergleiche mit dem Thüringen-Monitor 2018 (S. 121 ff.; in Prozent)

Hinsichtlich der wahrgenommenen Qualität des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Kultur in Thüringen kamen Geflüchtete und Thüringer*innen ebenfalls zu deutlich unterschiedlichen Einschätzungen. So betrachteten 89 Prozent der befragten Geflüchteten das Zusammenleben als sehr gut oder eher gut, auf der anderen Seite äußerten sich nur 50 Prozent der befragten Thüringer*innen in ähnlicher Weise (siehe **Abbildung 6.10**). Dabei bleibt jedoch offen, weshalb viele Thüringer*innen eine negativere Sichtweise auf das Zusammenleben mit Menschen aus anderen Kulturen hatten. Denkbar wäre, dass diese Einstellungen nicht direkt auf realen Erfahrungen beruhen, sondern durch eine insgesamt ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten verursacht wird.

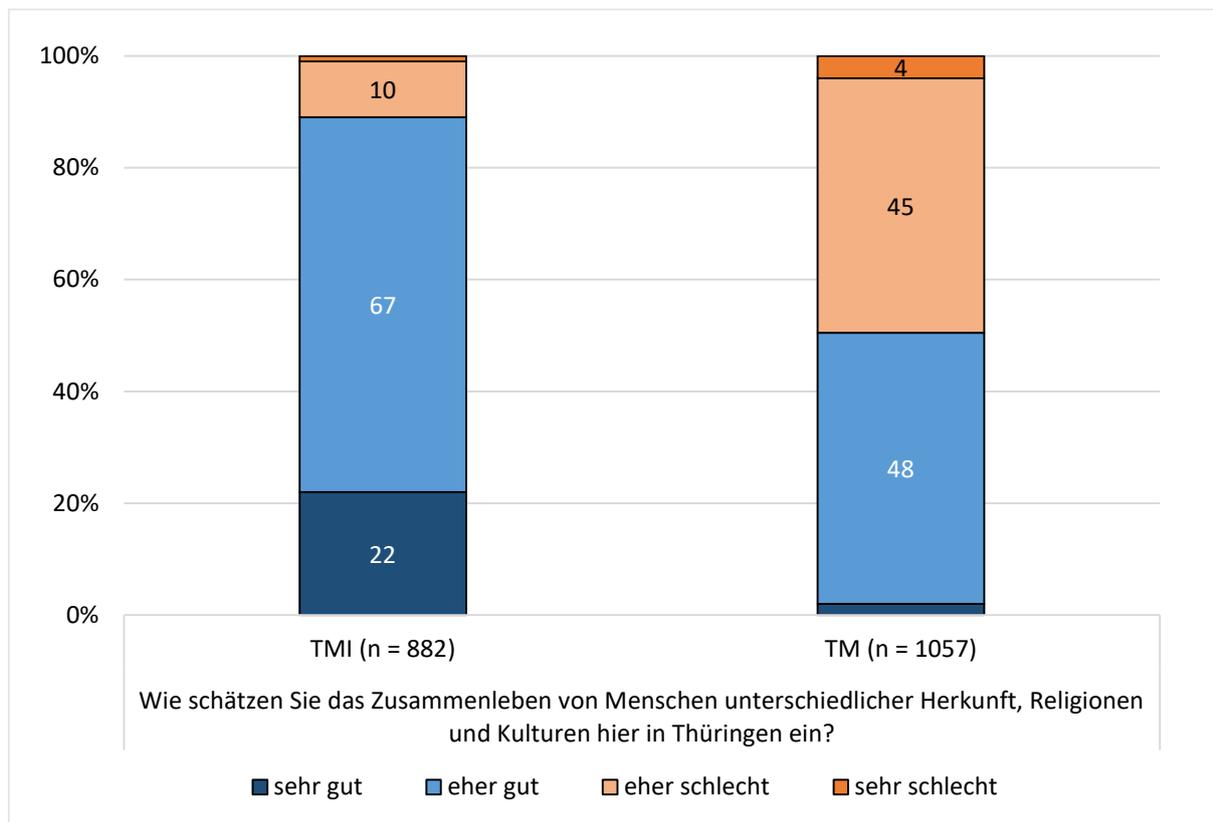


Abbildung 6.10: Wahrgenommene Qualität des Zusammenlebens in Thüringen - Vergleiche mit dem Thüringen-Monitor 2018 (S.122; in Prozent)

Eine weitgehende Übereinstimmung zeichnete sich hingegen in Bezug auf die eingeschätzte Relevanz verschiedener Aspekte für die Integration Geflüchteter ab. So wurde das Erlernen der deutschen Sprache, der Kontakt mit Deutschen, die Kenntnis deutscher Gesetze ebenso wie die Teilnahme am Erwerbsleben und der Kita- bzw. Schulbesuch von den befragten Geflüchteten und den Thüringer*innen als ähnlich wichtig eingeschätzt (siehe **Abbildung 6.11** und **Abbildung 6.12**). Nur bei der Einschätzung, wie wichtig ein dauerhaftes Bleiberecht für die Integration von Geflüchteten ist, liegen die beiden Gruppen wieder weiter auseinander. Dies erachteten 85 Prozent der Geflüchteten als eher oder sehr wichtig für die Integration, jedoch nur 56 Prozent der Thüringer*innen (siehe **Abbildung 6.12**).

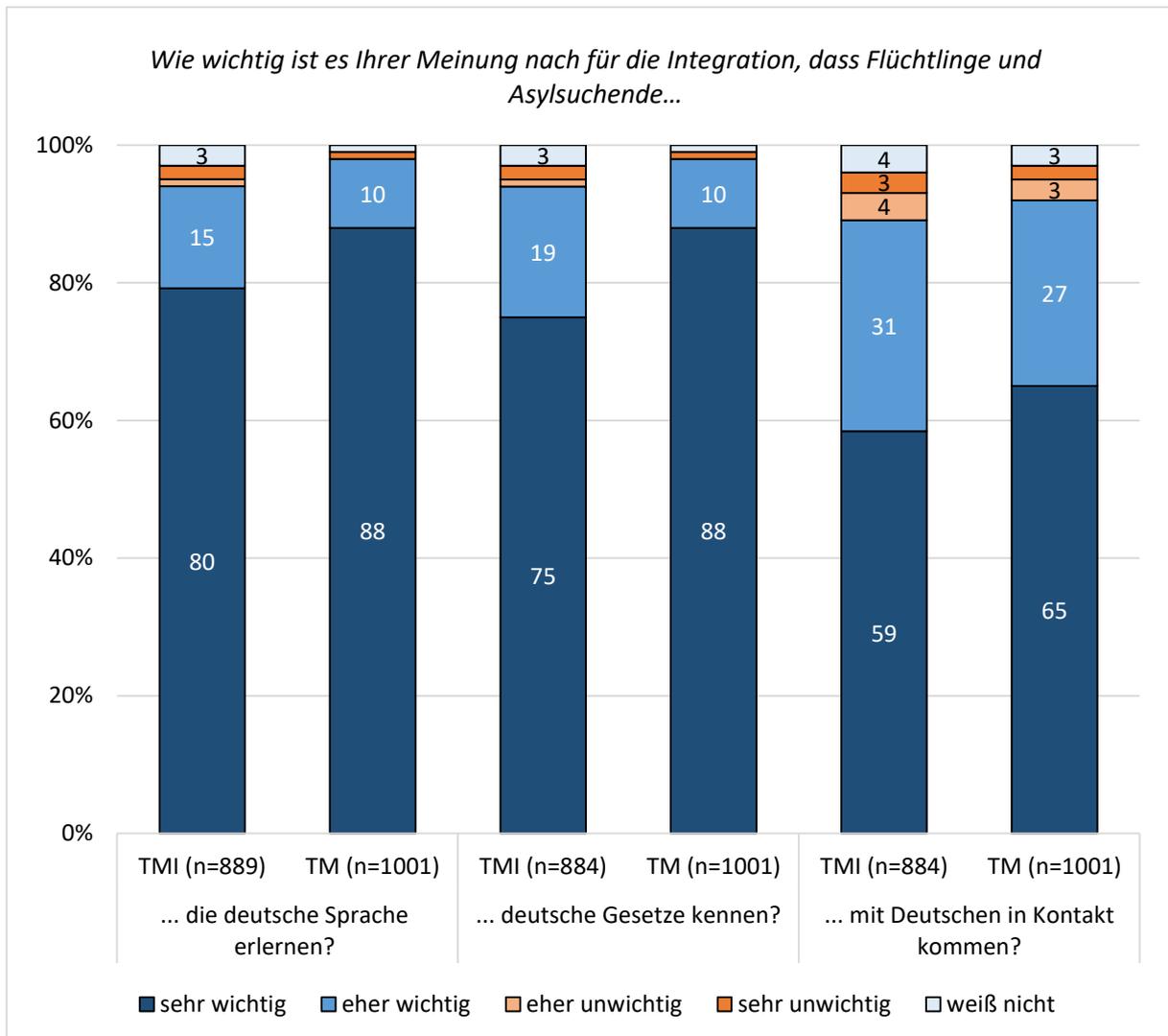


Abbildung 6.11: Relevanz verschiedener Aspekte für die Integration Geflüchteter (Teil I) - Vergleiche mit dem Thüringen-Monitor 2016 (Anhang Tabelle A68 ff.; in Prozent)

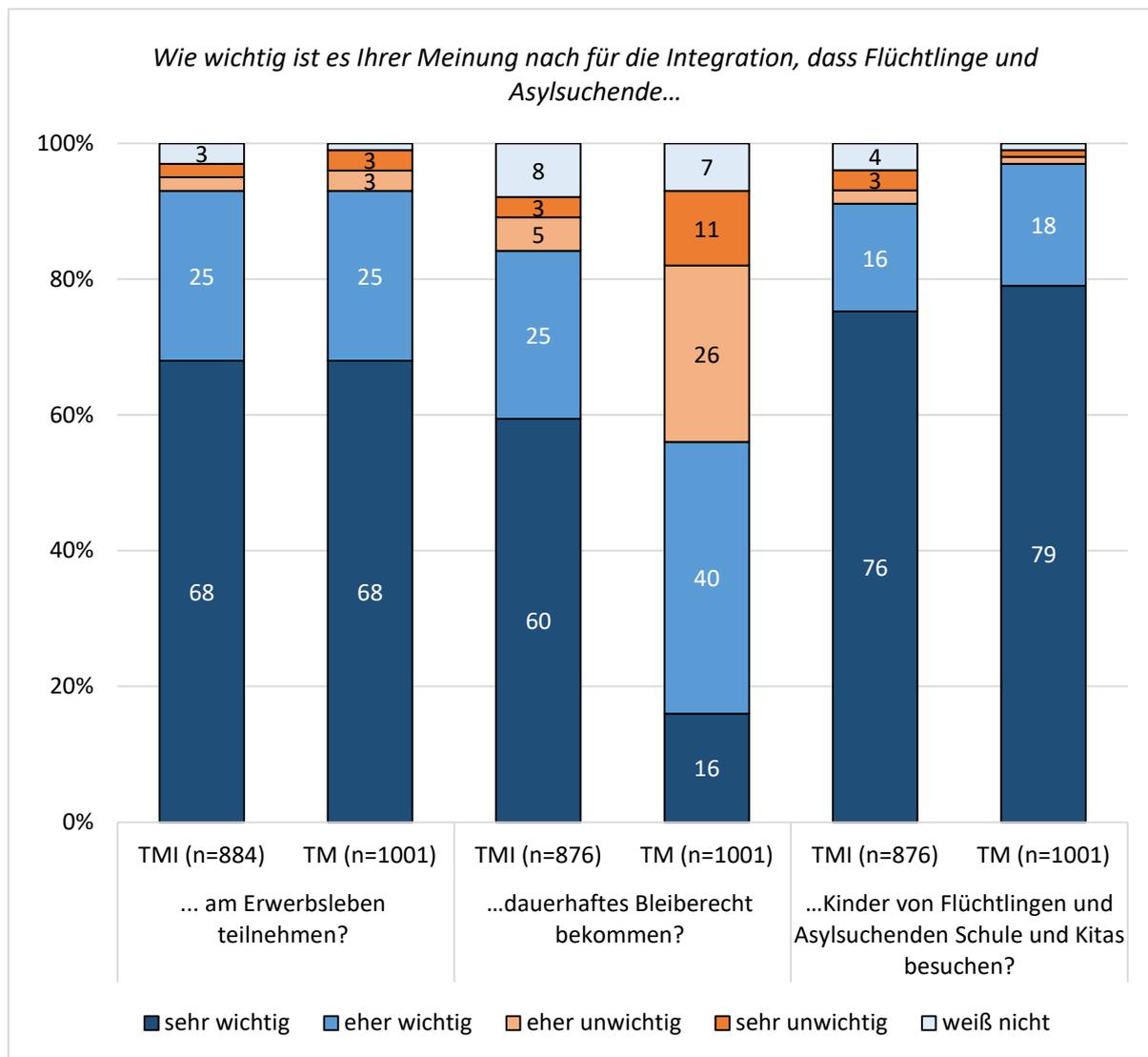


Abbildung 6.12: Relevanz verschiedener Aspekte für die Integration Geflüchteter (Teil II) - Vergleiche mit dem Thüringen-Monitor 2016 (Anhang Tabelle A 71 ff.; in Prozent)

Es lässt sich zusammenfassen, dass hinsichtlich der Relevanz vieler Aspekte für die Integration Geflüchteter und bezüglich der verpflichtenden Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen eine hohe Übereinstimmung zwischen den befragten Geflüchteten und den Thüringer*innen vorzuliegen scheint. Deutliche Unterschiede zeigten sich jedoch hinsichtlich der Einschätzung der Qualität des Zusammenlebens, einer verstärkten interkulturellen Öffnung und der Bedeutung eines dauerhaften Bleiberechtes für die Integration.

7. Politische und soziale Einstellungen

Politische und soziale Einstellungen geflüchteter Menschen liefern bedeutsame Informationen über den Prozess ihrer Akkulturation. Einstellungen werden in der Sozialpsychologie definiert als Bewertungen von Sachverhalten, Menschen, sozialen Gruppen und anderen Arten von Objekten der sozialen Umwelt (Jonas et al., 2014). Einstellungen beeinflussen, wie wir die Welt wahrnehmen und mit anderen Menschen interagieren. Nach dem Multikomponentenmodell (Zanna & Rempel, 1998) sind Einstellungen als Gesamtbewertungen eines Einstellungsobjekts zu verstehen, die aus *affektiven* (Gefühle, die mit einem Einstellungsobjekt verbunden sind), *kognitiven* (Überzeugungen, Gedanken und Merkmale, die mit einem Einstellungsobjekt verbunden sind) und *verhaltensbezogenen* Facetten (frühere, gegenwärtige und/oder antizipierte Verhaltensweisen, die mit einem Einstellungsobjekt verbunden sind) bestehen. Dabei können Gesamtbewertungen sowohl positive als auch negative Konnotationen aufweisen und somit auch ambivalent sein (Cacioppo et al., 1997).

Einstellungen haben bestimmte psychologische Funktionen. Sie dienen unter anderem der Befriedigung unterschiedlicher psychischer, physiologischer und sozialer Bedürfnisse, wenn zum Beispiel im Sinne der sozialen Anpassung Einstellungen des sozialen Umfelds übernommen werden oder Personen abgewertet werden, um das eigene Selbstwertgefühl zu schützen (Jonas et al., 2014). Eine der wichtigsten Fragen der Einstellungsforschung betrifft allerdings den Zusammenhang zwischen Einstellungen und Verhalten. Eine Vielzahl von empirischen Studien deutet dabei darauf hin, dass Einstellungen nur mäßig mit Verhalten korrespondieren (vgl. Kraus, 1995; Six, 2000). Besonders gut sagen Einstellungen ein Verhalten allerdings vorher, wenn eine Korrespondenz zwischen dem Einstellungs- und dem Verhaltensmaß vorliegt und sich somit der Einstellungsinhalt und der Verhaltenskontext überlappt (z.B. beim Zusammenhang zwischen der Einstellung zu einer politischen Partei und dem entsprechenden Wahlverhalten). Bei der Frage, wie bestimmte Einstellungen ein entsprechendes Verhalten vorhersagen, müssen somit differenzierte Überlegungen angestellt und berücksichtigt werden, dass der Zusammenhang im Allgemeinen geringer ist als er typischerweise erwartet wird.

Die jüngere Einstellungsforschung zu den Themenkomplexen soziale, ethnische und kulturelle Diversität, Asyl und Migration in Deutschland gründet auf der Zunahme fremdenfeindlicher Anschläge in den 1990iger Jahren. Daran anschließende Studien und Publikationen fokussieren vor allem Vorurteilsstrukturen gegenüber Migrant*innen und entsprechende politische Einstellungsmuster. Umfangreiche Studien wie die *Deutschen Zustände* (Heitmeyer, 2002-2012), die *Mitte-Studien* (vgl. Decker et al., 2016; Zick et al., 2016) und regionale Repräsentativbefragungen wie der Thüringen-Monitor (seit 2000, zuletzt Reiser et al., 2018) kamen zu der konsistenten Feststellung, dass Vorurteile, Ressentiments und Ungleichwertigkeitswahrnehmungen, u.a. gegenüber Migrant*innen, Geflüchteten und Asylsuchenden, in der Bevölkerung weit verbreitet sind. Diese Studien betrachteten jedoch zumeist nur die Perspektive der sogenannten „Mehrheitsbevölkerung“, der Thüringen-Monitor nur die Einstellungen der Einwohner*innen des Freistaats, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015 ergab sich deshalb ein erhöhter Bedarf, ergänzend dazu Einstellungen von Geflüchteten und Asylsuchenden zu erheben. Befragungen von Geflüchteten wie die *IAB-BAMF-SOEP-Befragung* (Brücker et al., 2016b) oder die *Studie der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft* Berlin (Freytag, 2016) betrachten neben Soziodemographie, Fluchthistorie, Integrationsbereitschaft und -erwartungen, Kontakt- und Diskriminierungserfahrungen auch die politischen und sozialen Einstellungen der Geflüchteten gegenüber der deutschen

Bevölkerung, gegenüber anderen ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen sowie gegenüber der Demokratie, Werten, Normen und politischen Grundüberzeugungen (vgl. Einleitung).

Die benannten Befragungen von Geflüchteten wiesen in bisherigen Untersuchungen zwar eine hohe Zustimmung der Befragten zur Demokratie als Staatsform sowie zur Gleichberechtigung der Geschlechter aus. Allerdings wurden bislang weder Einstellungen zu sozialen Eigen- und Fremdgruppen noch politische und kulturspezifische Einstellungen in angemessener Tiefe erfasst. Auch liegen Vergleiche mit den Einstellungen der deutschen „Mehrheits-Bevölkerung“ nur vereinzelt vor. Neben inhaltlichen Ausweitungen und methodologischen Verbesserungen bietet der Thüringen-Monitor Integration erstmals die Möglichkeit, die Einstellungen von in Thüringen lebenden Geflüchteten mit denen der Befragten des Thüringen-Monitors zu vergleichen und damit Aussagen zu Migration und Integration Geflüchteter in Thüringen darzulegen. Im Folgenden werden zunächst Befunde zu den Einstellungen Geflüchteter gegenüber Institutionen in Deutschland, zur Demokratie und zu demokratischen Prinzipien, hinsichtlich der deutschen Aufnahmegesellschaft und anderer ethnischer und sozialer Gruppen, zu ihren religiösen Überzeugungen, zu sozialen Rollenbildern und Verhaltensweisen sowie zu ihren Vorstellungen von der Beziehung zwischen den Geschlechtern dargestellt. Die Auswertung erfolgt nach relevanten sozio-demographischen Merkmalen (z.B. Geschlecht, Alter, Bildung, Asylstatus). Soweit wie möglich wird mit den Befunden des Thüringen-Monitors sowie mit den Befunden anderer Studien über Geflüchtete in Deutschland verglichen.

7.1 Politische Einstellungen

Öffentliche Diskussionen und mediale Berichterstattungen betrachten die Akzeptanz und die Übernahme politischer und sozialer Normen und Werthaltungen der deutschen Aufnahmegesellschaft durch Geflüchtete als einen Gradmesser des Integrationsprozesses. Außerdem dienen die Integrationskurse für Geflüchtete der Vermittlung von Wissen über das politische System in Deutschland sowie über gesellschaftliche Normen und Werte. Die folgenden Analysen geben einen Einblick in die politischen Grundüberzeugungen Geflüchteter in Thüringen und ihr Vertrauen gegenüber öffentlichen und politischen Institutionen in Deutschland.

7.1.1 Institutionenvertrauen

Einstellungen Geflüchteter gegenüber der Bundesregierung, deutschen Gerichten und der Polizei wurden parallel zum Thüringen-Monitor 2018 (vgl. Reiser et al., 2018) erfasst und mit Blick auf spezifische Bedingungen des Flüchtlingskontextes inhaltlich ergänzt. So wurde etwa das Vertrauen Geflüchteter gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlingen (BAMF) und weiteren Institutionen wie auch gegenüber haupt- und ehrenamtlich tätigen Personen innerhalb von Institutionen und Vereinen erfasst, die mit Geflüchteten in Kontakt stehen. **Tabelle 7.1** gibt einen Überblick zum Institutionenvertrauen Geflüchteter.

Tabelle 7.1: Angaben zum Institutionenvertrauen

Vertrauensbereich	Vertrauensausprägung				
	gar nicht	etwas	mittel	ziemlich	völlig
Bundesregierung (n=854)	2,6	2,9	14,3	37,5	42,7
Gerichte (n=847)	2,7	5,4	17,1	33,3	41,4
Polizei (n=851)	2,1	3,8	10,2	31,7	52,2
BAMF (n=854)	4,2	6,8	19,6	34,4	35,0
Sozialamt (Fachdienst für Soziales) (n=836)	6,7	4,7	20,3	35,6	32,7
Ausländerbehörde (n=850)	4,8	8,2	19,8	37,1	30,1
Jobcenter (n=826)	5,1	7,6	20,6	34,6	32,1
Hilfsorganisationen (n=836)	7,5	7,3	20,6	33,3	31,3
Hausleitungen von Gemeinschaftsunterkünften (n=829)	12,3	11,1	25,3	29,0	22,3
Sozialarbeiter*innen (n=821)	5,5	9,1	24,7	35,8	24,8
Ehrenamtliche (n=826)	7,4	7,9	20,2	29,8	34,7

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent.

Die Einstellungen der Befragten gegenüber deutschen Institutionen bzw. gegenüber Personen, die in diesen tätig sind, waren insgesamt durch ein sehr großes Vertrauen gekennzeichnet. So gab jeweils eine Mehrheit der Befragten an, den jeweiligen Institutionen oder Personen „ziemlich“ oder „völlig“ zu vertrauen. Allerdings gab es bemerkenswerte Unterschiede: Ein höheres Vertrauen wurde staatlichen Institutionen wie der Bundesregierung, den Gerichten und der Polizei entgegengebracht, während das Vertrauen gegenüber solchen Personen, die als direkte Ansprechpartner*innen der Geflüchteten fungieren (z.B. Hausleitungen in Gemeinschaftsunterkünften, Sozialarbeiter*innen), geringer ausfiel. Verglichen mit dem Institutionenvertrauen der deutschen Bevölkerung zeichnete sich bei den befragten Geflüchteten ein sehr viel günstigeres Bild ab. Der Thüringen-Monitor 2018 (Reiser et al., 2018, S. 88) wies ein deutlich geringeres Vertrauen der Befragten in die Polizei (70 Prozent), in die Gerichte (52 Prozent) und vor allem in die Bundesregierung (24 Prozent) aus.

Allerdings zeichneten sich beim Institutionenvertrauen Geflüchteter einige bedeutsame Unterschiede zwischen Männern und Frauen ab (**Abbildung 7.1**). Insgesamt äußerten Frauen ein höheres Vertrauen sowohl in staatliche Institutionen (u.a. auch das Sozialamt) als auch gegenüber hauptamtlich tätigen Personen (Hausleitungen von Gemeinschaftsunterkünften und Sozialarbeiter*innen). Hinsichtlich des Vertrauens gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlingen (BAMF), den deutschen Gerichten, Hilfsorganisationen und Ehrenamtlichen waren die Geschlechtsunterschiede schwächer ausgeprägt.

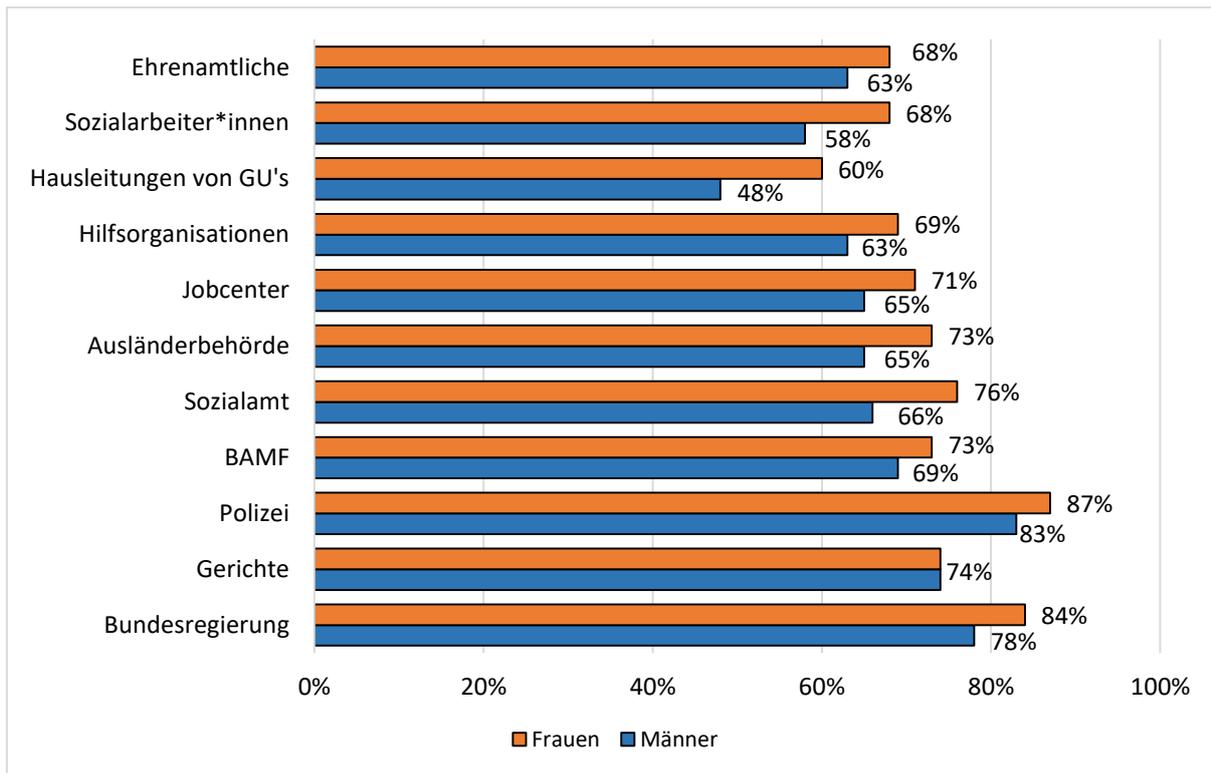


Abbildung 7.1: Institutionenvertrauen von männlichen und weiblichen Geflüchteten

Anmerkungen: Angaben in Prozent der Antworten *vertraue ziemlich* und *vertraue völlig*. Stichprobengröße Männer ($n = 587-615$), Frauen ($n = 229-238$).

Ältere Geflüchtete hatten ein erkennbar höheres Institutionenvertrauen als jüngere. Dies traf sowohl auf männlich als auch auf weibliche Befragte zu. 73,2 Prozent der Geflüchteten im Alter bis 25 Jahre vertrauten der Bundesregierung, 54,4 Prozent dem Sozialamt und 40,8 Prozent den Hausleitungen von Gemeinschaftsunterkünften. Im Vergleich dazu vertrauten Geflüchtete, die älter als 35 Jahre waren, signifikant häufiger der Bundesregierung (80,1 Prozent), dem Sozialamt (78,4 Prozent) und den Hausleitungen von Gemeinschaftsunterkünften (61,7 Prozent).

Das Institutionenvertrauen der Geflüchteten hing außerdem von ihrer bisherigen Aufenthaltsdauer in Deutschland und ihrem Asylstatus ab. Dies galt insbesondere für ihr Vertrauen gegenüber deutschen Gerichten, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dem Sozialamt sowie der Ausländerbehörde. Mit der Zeit, die die Geflüchteten in Deutschland verbracht haben, sank offenbar das Vertrauen in diese Institutionen. 71,4 Prozent der Geflüchteten, die vor 2015 nach Deutschland gekommen waren vertrauten beispielsweise deutschen Gerichten. Demgegenüber war das Vertrauen von Geflüchteten, die erst seit 2017 in Deutschland sind, mit 83,9 Prozent deutlich stärker ausgeprägt. Angemerkt werden muss jedoch, dass es sich hierbei nicht um Längsschnittdaten handelt, die Auskunft über die Veränderung der Einstellungen der gleichen Personen Auskunft geben könnten, sondern lediglich um Daten von unterschiedlichen Personen mit unterschiedlichen Aufenthaltsdauern. Vertrauensunterschiede könnten also auf die Aufenthaltsdauer zurückgehen, aber auch auf die spezifischen Kontextbedingungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Ankunft in Deutschland. So vertrauten beispielsweise dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) solche Geflüchteten seltener (66,7 Prozent), die in der Zeit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/2016 nach Deutschland kamen, als solche Geflüchteten, die vor 2015 (75,9 Prozent) oder nach 2016 (76,9 Prozent) einreisten. Dies spiegelt möglicherweise die Überforderung der Behörde bei der Bewältigung

der großen Anzahl von Asylanträgen in den Jahren 2015/2016 und die Unzufriedenheit mit dem Verfahren aus Sicht der Betroffenen wider. Weiterhin hängt das Vertrauen in deutsche Gerichte, gegenüber dem BAMF, dem Sozialamt sowie der Ausländerbehörde auch vom Asylstatus der Befragten ab. Exemplarisch zeigt dies **Abbildung 7.2** für Befragungsteilnehmer*innen, die in den Jahren 2015 und 2016 in Deutschland eingereist waren. Dabei ließen sich für Geflüchtete mit Aufenthaltserlaubnis und Geflüchtete, die per Familiennachzug nach Deutschland kamen, deutlich höhere Vertrauenswerte erkennen als für Personen, deren Asylantrag noch bearbeitet wird, und für solche, deren Antrag auf Asyl in Deutschland bereits abgelehnt wurde.

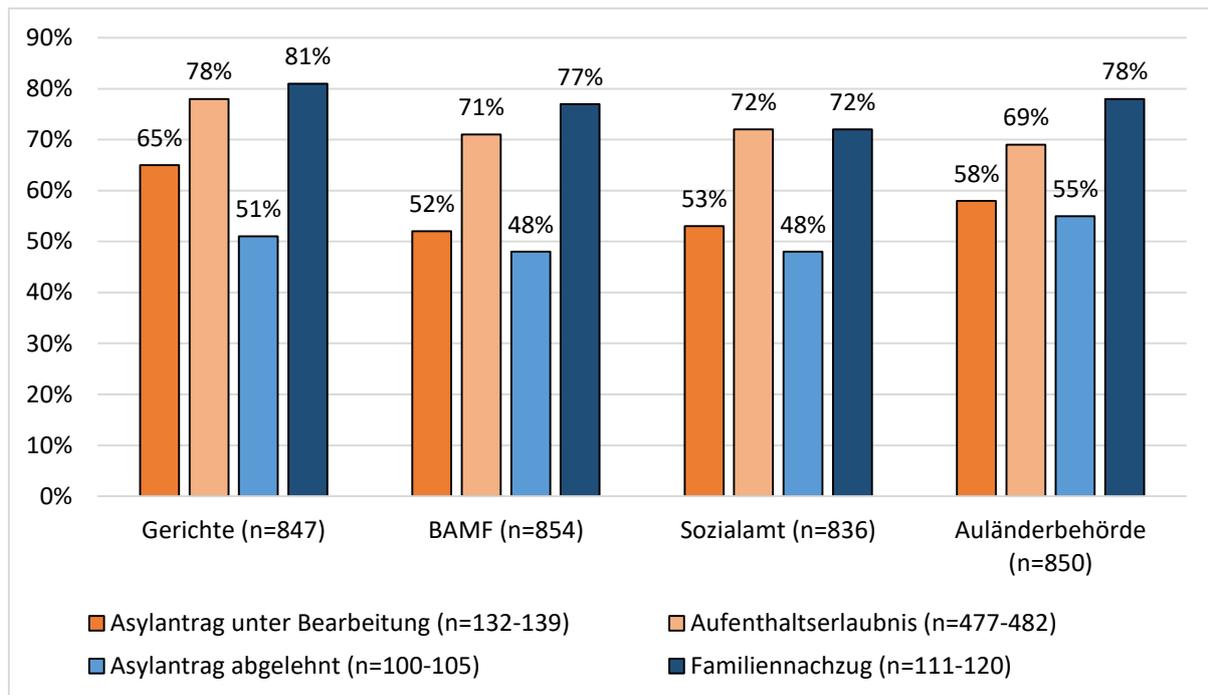


Abbildung 7.2: Institutionenvertrauen nach Asylstatus Geflüchteter, die in den Jahren 2015 und 2016 nach Deutschland geflohen sind

Anmerkungen: Angaben in Prozent der Antworten *vertraue ziemlich* und *vertraue völlig*.

7.1.2 Einstellungen zur Demokratie

In einem weiteren Abschnitt der Befragung wurden Geflüchtete hinsichtlich ihrer Einstellungen zur Demokratie und zu demokratischen Prinzipien, beispielsweise zur freien Meinungsäußerung, befragt. Die entsprechenden Antwortverteilungen sind in **Tabelle 7.2** dargestellt. Die überwiegende Mehrheit der Befragungsteilnehmer*innen unterstützte und befürwortete einen demokratisch organisierten Staat. Der Aussage zur Demokratie als bester Staatsidee stimmten 79,8 Prozent der Geflüchteten eher oder völlig zu. Dagegen lehnten nur 7,5 Prozent der befragten Geflüchteten in Thüringen Demokratie ab und 12,7 Prozent zeigten sich in ihrer Meinung unentschieden. Verglichen mit der autochthonen Bevölkerung in Thüringen zeigten sich ähnliche Zustimmungswerte. Im Thüringen-Monitor 2018 wurde die Demokratie als beste Staatsidee von 86 Prozent der Befragten unterstützt (vgl. Reiser et al., 2018, S. 105). Demokratieunterstützung wird als wesentlicher Schutzfaktor gegenüber der Ausbildung ethnozentrischer Vorurteile und der Unterstützung extremer politischer Positionen, Parteien und Organisationen begriffen (vgl. Beelmann, 2017; Lubbers et al., 2002). Der Großteil der befragten

Geflüchteten wies aus dieser Perspektive nur ein geringes Risiko zur Ausbildung und der Unterstützung extremer politischer oder religiöser Positionen und Gruppierungen auf.

Tabelle 7.2: Einstellungen zur Demokratie und zu demokratischen Prinzipien

Demokratie & demokratische Prinzipien*	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/ teils	stimme eher zu	stimme zu
Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen. (n=876)	3,8	3,7	12,7	16,1	63,7
Auch Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern. (n=872)	3,7	4,8	14,9	17,4	59,2
Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen. (n=881)	10,1	5,7	20,5	15,2	48,5
Man sollte für seine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist. (n=849)	58,5	12,2	13,0	6,2	10,1

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. *Anzahl gültige Angaben in Klammern.

Bei der Zustimmung zur Demokratie als Staatsidee war kein Unterschied zwischen weiblichen und männlichen Geflüchteten festzustellen. Es zeigte sich jedoch, dass die Demokratieunterstützung mit zunehmendem Alter der Befragten anstieg. Ein Vergleich hinsichtlich der Herkunftsländer der Geflüchteten ergab zudem einen signifikanten Unterschied zwischen Befragten aus Afghanistan, Syrien und dem Irak einerseits und iranischen Befragten andererseits. Iranische Befragte stimmten der Aussage zur Demokratie als bester Staatsidee zu 63,0 Prozent zu. Demgegenüber zeigten Geflüchtete aus Afghanistan (78,4 Prozent), Syrien (80,9 Prozent) und dem Irak (80,9 Prozent) eine deutlich häufigere Zustimmung zur Demokratie als beste Staatsform. Des Weiteren wirkte sich die Aufenthaltsdauer der Befragten in Deutschland positiv auf die Demokratieunterstützung aus. Geflüchtete, die vor 2015 nach Deutschland kamen, lehnten die Demokratie als Staatsform am seltensten ab (5,3 Prozent). Ein ähnlicher Wert (6,3 Prozent Ablehnung) wurde für Befragungsteilnehmer*innen registriert, die seit 2015 und 2016 in Deutschland leben. Dagegen lehnten Geflüchtete, die nach 2016 einreisten, mit 12,2 Prozent die Demokratie als Staatsform deutlich häufiger ab, wenngleich sich auch in dieser Befragtengruppe eine klare Mehrheit für die Demokratie als beste Staatsform aussprach. Selbst jene Befragungsteilnehmer*innen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, zeigten hohe Zustimmungswerte zur Demokratie (82,7 Prozent). Ebenfalls bewerteten Geflüchtete, die über eine Aufenthaltserlaubnis verfügten (80,1 Prozent) oder per Familiennachzug (79,5 Prozent) nach Deutschland kamen, Demokratie überaus positiv. Etwas seltener war die Demokratieunterstützung allerdings bei Geflüchteten, deren Asylantrag noch in Bearbeitung war (74,1 Prozent). Eine höhere Demokratieunterstützung ging mit höherer Bildung einher. Geflüchtete, die über einen akademischen Abschluss verfügten, stimmten der Demokratie als beste Staatsform mit 88,7 Prozent deutlich häufiger zu als Befragungsteilnehmer*innen mit einem niedrigeren Bildungsgrad (Grundschule: 79,3 Prozent; Mittelschule: 70,0 Prozent; Oberschule: 79,5 Prozent).

Auch *IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten* berichtete eine hohe Demokratieunterstützung durch Geflüchtete (Brücker et al., 2016b). Der Aussage: „Man sollte ein demokratisches System haben“ stimmten in jener Studie 96 Prozent der befragten Geflüchteten und 95 Prozent der befragten

Deutschen zu. Diesen Befund stützte auch die *Studie der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft Berlin (HMKW) zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen 2016* (Freytag, 2016). Hinsichtlich der Demokratie als bester Staatsform stimmte die Mehrheit der geflüchteten Befragungsteilnehmer zu, weniger als ein Prozent der Befragten lehnte ab und 13 Prozent der Geflüchteten antworteten mit „Teils-teils“, gaben also eine ambivalente Antwort. Insgesamt besteht also eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Ergebnissen des Thüringen-Monitor Integration und den Ergebnissen anderer Befragungen.

7.1.3 Einstellungen zu demokratische Prinzipien

Des Weiteren wurden die Geflüchteten zu den Rechten und Pflichten, die in einer demokratischen Gesellschaftsordnung bestehen, sowie zu demokratisch-freiheitlichen Prinzipien befragt. Die zur Zustimmung bzw. Ablehnung vorgelegten Aussagen betrafen die freie Meinungsäußerung, das Demonstrationsrecht und die Bereitschaft, zur Erreichung eigener politischer Ziele Gewalt anzuwenden (illegale politische Partizipation). Die Befunde belegten bei einer großen Mehrheit der Befragten eine zustimmende Haltung zu demokratischen Prinzipien, zu demokratischer Teilhabe wie auch ein grundlegendes Verständnis hinsichtlich der Abgrenzung zwischen legalen und illegalen Formen der politischen Partizipation.

Der Aussage „*Auch Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern*“ stimmten 76,6 Prozent der Geflüchteten eher oder völlig zu, 14,9 Prozent zeigten sich ambivalent und 8,5 Prozent der Befragten lehnten die Aussage eher oder völlig ab. Dabei zeigten Männer mit 77,3 Prozent einen leicht höheren Zustimmungswert als Frauen (75,0 Prozent). Erneut stimmten außerdem ältere Befragte der Aussage zur freien Meinungsäußerung häufiger zu als jüngere. 71,9 Prozent der Geflüchteten unter 25 Jahren bewerteten die freie Meinungsäußerung positiv, aber 77,5 Prozent der Geflüchteten im Alter zwischen 26 und 35 Jahren und 82,9 Prozent der Geflüchteten, die älter als 35 Jahre waren. Die Auswertung nach Herkunftsländern der Befragten in **Abbildung 7.3** ergab, dass Syrer*innen dem demokratisch zugesicherte Recht auf freie Meinungsäußerung besonders häufig zustimmten (81,6 Prozent). Die geringsten Zustimmungswerte wurden indessen bei iranischen Geflüchteten registriert (61,0 Prozent). Wie schon bei der Demokratieunterstützung erwies sich das Bildungsniveau der Geflüchteten auch hinsichtlich der Befürwortung des Rechts auf freie Meinungsäußerung als bedeutsam (**Abbildung 7.4**). Akademiker*innen und Personen, die die Oberschule besucht haben, unterstützten die freie Meinungsäußerung demnach am häufigsten, während ungefähr drei von zehn Befragten ohne Schulbesuch bzw. mit niedriger oder mittlerer Bildung die Meinungsfreiheit überwiegend oder völlig ablehnten.

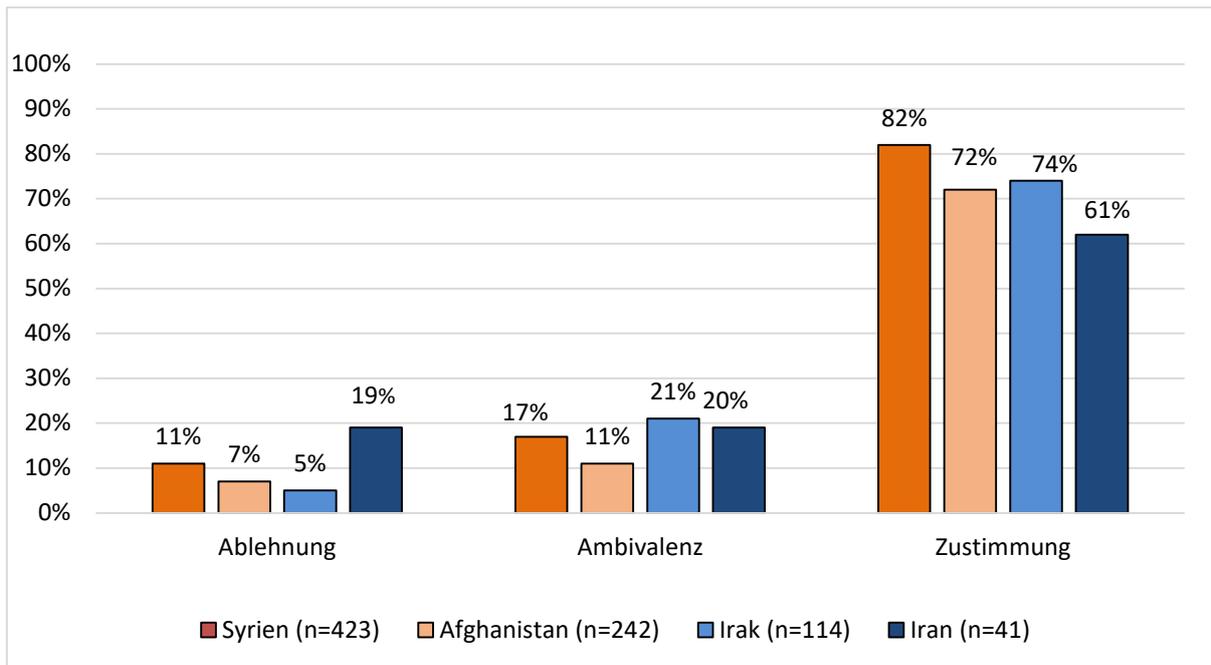


Abb. 7.3 Einstellungen zu freier Meinungsäußerung nach Herkunft

Anmerkungen: Angaben in Prozent der Antworten *stimme nicht zu* und *stimme eher nicht zu* entspricht Ablehnung, *teils/teils* entspricht Ambivalenz, *stimme eher zu* und *stimme zu* entspricht Zustimmung.

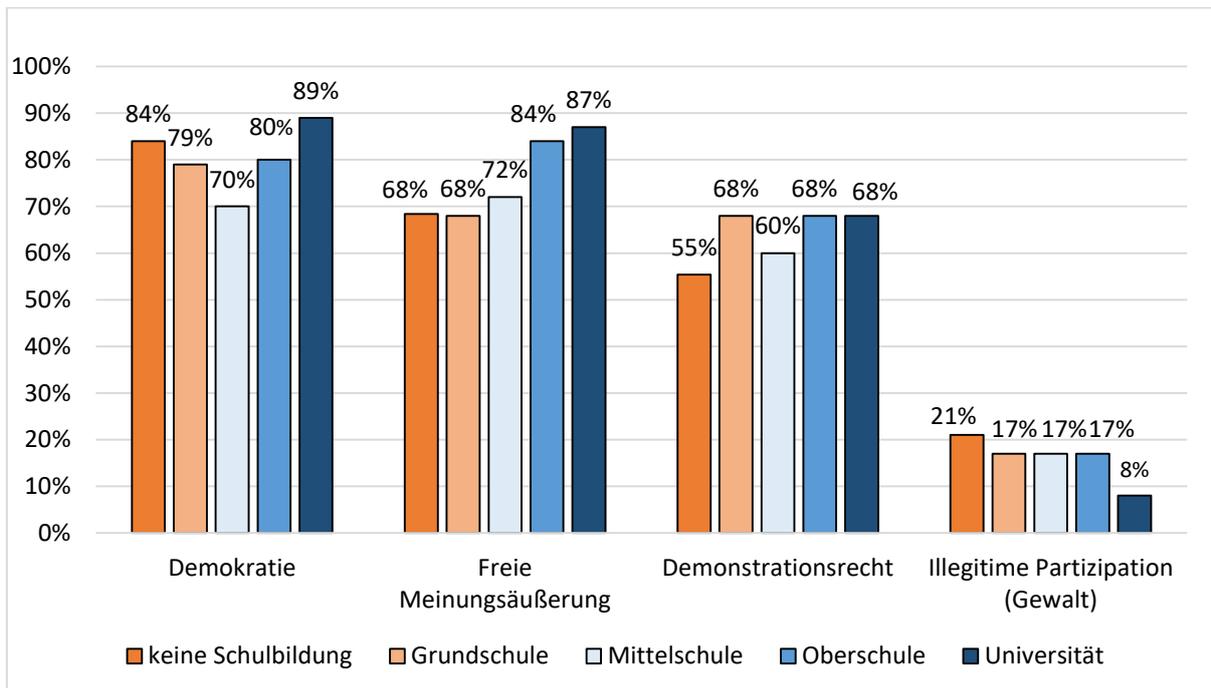


Abbildung 7.4: Zustimmung zu demokratischen Prinzipien nach Bildung

Anmerkungen: Angaben in Prozent der Antworten *stimme eher zu* und *stimme zu*. Stichprobengrößen: Demokratie ($n=874$), freie Meinungsäußerung ($n=865$), Demonstrationsrecht ($n=869$), Gewalt ($n=842$), keine Schulbildung ($n=162-175$), Grundschule ($n=133-140$), Mittelschule ($n=164-171$), Oberschule ($n=252-259$), Universität ($n=131-133$).

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit befürworteten 63,7 Prozent der befragten Geflüchteten, 15,8 Prozent lehnten eher oder völlig ab und 20,5 Prozent gaben eine ambivalente Antwort. Männer

stimmten dem Demonstrationsrecht mit 64,9 Prozent etwas häufiger zu als Frauen (61,2 Prozent). Geflüchtete, die älter als 35 Jahre waren, befürworteten das Demonstrationsrecht häufiger (68,9 Prozent) als Befragungsteilnehmer*innen im Alter zwischen 26 und 35 Jahren (60,6 Prozent) bzw. zwischen 18 und 25 Jahren (61,8 Prozent). Wiederum zeigte sich auch der bereits identifizierte Effekt höherer Bildung auf die Zustimmungswerte zu demokratisch-freiheitlichen Rechten und Prinzipien (siehe **Abbildung 7.4**).

Illegale politische Partizipation wurde über die Zustimmung bzw. Ablehnung gegenüber der Aussage *„Man sollte für seine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist“* erfasst. Geflüchtete in Thüringen lehnen Gewalt zur Umsetzung politischer Motivationen bzw. als Mittel zur politischen Teilhabe mit 70,7 Prozent mehrheitlich ab, weitere 13,0 Prozent zeigten sich gegenüber Gewalt-handlungen zur Erreichung politischer Ziele ambivalent und 16,3 Prozent stimmten der Aussage zu, würden also Gewalt als Mittel zur Erreichung politischer Ziele erwägen. Im Thüringen-Monitor 2018 gaben acht Prozent der Befragten an, sie würden gegebenenfalls Gewalt als Form der politischen Partizipation anwenden (Reiser et al., 2018, S. 93 ff.). Bedeutsam für den Einstellungsunterschied zwischen den befragten Geflüchteten und den Befragten des Thüringen-Monitors ist aber neben der etwas unterschiedlichen Kontextualisierung der Fragestellung und den unterschiedlichen Antwortvorgaben vor allem die Tatsache, dass die Geflüchteten mehrheitlich nicht aus befriedeten, demokratischen Gesellschaften stammen, sondern zu einem sehr großen Teil aus Kriegsgebieten, in denen Gewalt grausamer Alltag ist. Anders als in Thüringen und Deutschland stellen Kampf und Gewalt in den Herkunftsländern der Geflüchteten nicht nur einen Ausnahmefall der politischen Partizipation dar, dem sich die dortige Bevölkerung allenfalls durch Flucht entziehen kann und an der sie z.T. auch aktiv partizipieren muss, um Leib und Leben, Hab und Gut sowie Freiheitsrechte zu verteidigen. Vor diesem Hintergrund ist die mehrheitliche Ablehnung von Gewalt durch die Befragten eher als positives Zeichen zu werten.

Gleichwohl waren hinsichtlich des Antwortverhaltens der befragten Geflüchteten auch relevante Unterschiede erkennbar. So stellten höheres Alter und höheres Bildungsniveau Hemmfaktoren der Gewaltneigung dar und ließen sich damit einmal mehr als Prädiktorvariablen einer stärkeren Internalisierung demokratischer Werte deuten. 21,6 Prozent der Befragten im Alter bis 25 Jahre stimmten der Aussage zur Gewaltanwendung zu, 11,0 Prozent der Befragten im Alter zwischen 25 und 26 Jahren, bei älteren Befragten betrug der Anteilswert der Zustimmung 14,7 Prozent. Akademiker*innen lehnten Gewalt signifikant häufiger ab als Personen mit geringerem Bildungsstand (**Abbildung 7.4**). Bezüglich des Geschlechts der befragten Geflüchteten im Thüringen-Monitor *Integration* gab es keinen signifikanten Unterschied hinsichtlich der Neigung zur Gewaltanwendung, während männliche Befragte des Thüringen-Monitors signifikant häufiger gewaltbereit sind als weibliche Befragte (vgl. Reiser et al., 2018, S. 94 u. 244). Die fehlenden Geschlechtsunterschiede bei den hier Befragten sind in der Tat ein besonderes Ergebnis, das in der gesamten Gewaltforschung selten ist. Sie sprechen im Grunde für die oben genannte Interpretation, dass Gewalt sehr viel häufiger Teil der Lebenswirklichkeit von den hier befragten Frauen und Männern ist, die normalerweise auftretende Unterschiede bei den Geschlechtern überdecken.

7.1.4 Soziale Dominanzorientierung

Weiterhin wurden Geflüchtete nach ihren Einstellungen gegenüber der grundgesetzlich zugesicherten Gleichheit von Menschen befragt. Ungleichwertigkeitsvorstellungen wurden dabei mit Bezug auf das Konzept der Sozialen Dominanzorientierung (SDO) verstanden (vgl. Sidanius & Pratto, 1999; vgl. auch

Best et al., 2017, S. 129). Soziale Dominanzorientierung zeichnet sich durch das individuelle Bedürfnis aus, hierarchische Beziehungen zwischen sozialen Gruppen in der Gesellschaft zu befürworten, ausbilden bzw. festigen zu wollen. Erfasst wurde soziale Dominanzorientierung im Thüringen-Monitor Integration durch eine Skala mit vier Aussagen, die nach der Zustimmung zu sozialer Hierarchie und den damit einhergehenden Vorteilen von sozial höher gestellten Gruppen fragten (Sidanius & Pratto, 1999). Beispielsweise sollte die Aussage: „*Es ist OK, wenn bestimmte Gruppen bessere Chancen im Leben haben*“ bewertet werden. Einstellungen der Geflüchteten gegenüber den Aussagen wurden auf Ratingskalen von 1 = *stimme nicht zu* bis 5 = *stimme völlig zu* erfasst. Anhand der durchschnittlichen Zustimmung ($M = 2,4$; $SD = 0,9$) zu allen vier Aussagen (bei maximal einer fehlenden Antwort) gelten in dieser Stichprobe 8,6 Prozent der befragten Geflüchteten als stark sozial dominant orientiert, da sie allen Aussagen durchschnittlich eher oder völlig zustimmten. Dieser Wert lag deutlich unterhalb des Anteils der deutschen Befragten mit ausgeprägter sozialer Dominanzorientierung im Thüringen-Monitor 2018 (42 Prozent). Allerdings wurden dort nur zwei Aussagen zur Beurteilung von Sozialer Dominanzorientierung verwendet, was die Abweichung zum Teil erklären kann. Der Anteil der Befragten mit Sozialer Dominanzorientierung in der vorliegenden Befragung war allerdings auch dann geringer, wenn alle ambivalent eingestuft Personen (26,0 Prozent) mit hinzugerechnet wurden. Somit lässt sich an dieser Stelle zumindest festhalten, dass eine große Mehrheit der befragten Geflüchteten (65,4 Prozent) Aussagen zur Ungleichwertigkeit sozialer Gruppen ablehnt.

Unterschiede nach Geschlecht traten nicht zutage. Je älter die befragten Personen waren, desto eher wurde jedoch den Aussagen zur Ungleichwertigkeit zwischen sozialen Gruppen zugestimmt. 4,5 Prozent der Geflüchteten zwischen 18 und 25 Jahren wiesen eine erhöhte Soziale Dominanzorientierung auf, aber 9,0 Prozent der Geflüchteten im Alter zwischen 26 und 35 Jahren sowie 13,1 Prozent der Geflüchteten, die älter als 35 Jahre waren. Geflüchtete mit Hochschulabschluss wiesen seltener eine ausgeprägte Soziale Dominanzorientierung auf als solche mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Ein ähnlicher Befund lag auch für die Thüringer Bevölkerung vor: Im Thüringen-Monitor 2018 waren 58 Prozent der Befragten mit einem Schulabschluss unterhalb der zehnten Klasse sozial dominanzorientiert, aber nur 20 Prozent der Hochschulabsolvent*innen. Außerdem erkennbar war ein wesentlicher Unterschied nach den Herkunftsländern der Geflüchteten (**Abbildung 7.5**). So waren Syrer*innen und Iraker*innen häufiger sozial dominanzorientiert als afghanische und iranische Geflüchtete. Auch die Gruppe, die sich ambivalent zu sozialer Ungleichwertigkeit äußerte, war unter den Befragten aus Syrien und dem Irak größer als unter den Befragten aus Afghanistan und dem Iran.

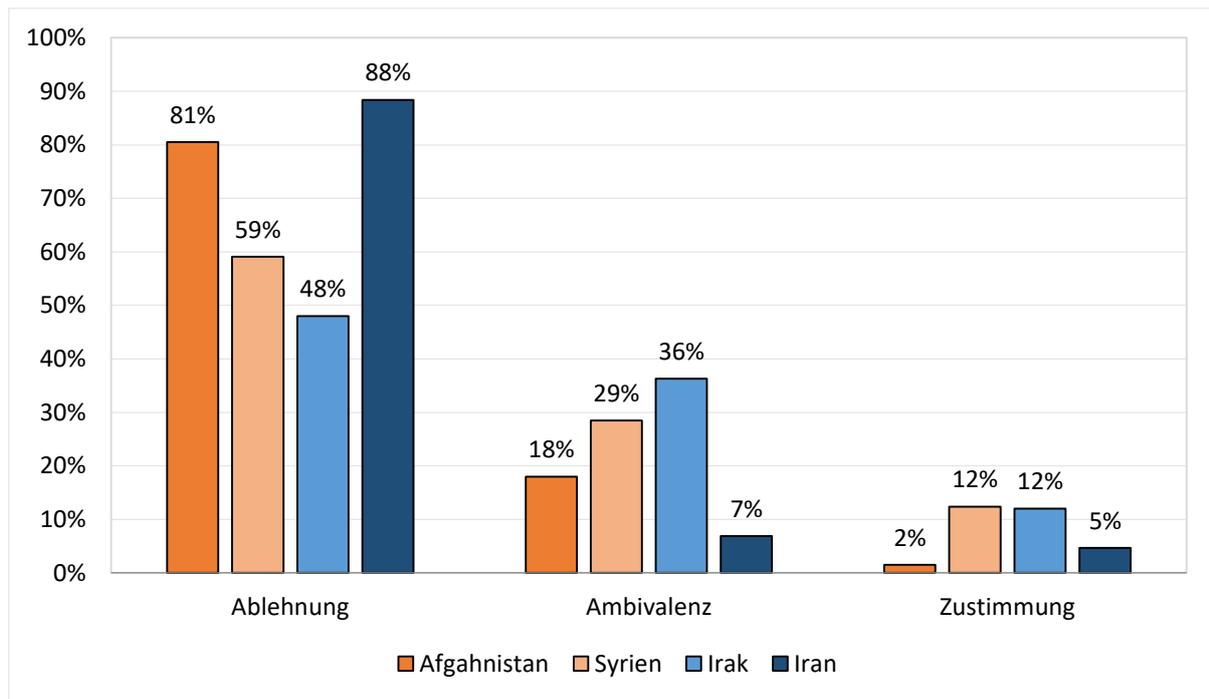


Abbildung 7.5: Soziale Dominanzorientierung nach Herkunftsländern

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Stichprobengrößen: Ablehnung ($n=581$), Ambivalenz ($n=228$), Zustimmung ($n=77$). Afghanistan ($n=242$), Syrien ($n=434$), Irak ($n=114$), Iran ($n=41$).

7.1.5 Zusammenfassung

Die erfassten politischen Einstellungen gegenüber deutschen Institutionen, der Demokratie und demokratischen Prinzipien sowie zu sozialer Ungleichwertigkeit bilden eine ausgeprägte Kenntnis, Akzeptanz sowie Übernahme politischer als auch demokratischer Normen und Werte durch Geflüchtete in Thüringen ab. Insbesondere das große Vertrauen in deutsche Institutionen, die Befürwortung einer demokratischen Staatsordnung wie auch die deutliche Ablehnung der Ungleichwertigkeit sozialer Gruppen unterstreichen die Orientierung Geflüchteter an allgemeinen Menschenrechten und demokratischen Grundwerten. Dieser Befund mag z.T. auch eine Übernahme entsprechender Normen und Werte der deutschen Aufnahmegesellschaft widerspiegeln, er könnte aber auch oder stärker auf die Erwartung und den Wunsch von Geflüchteten zurückgehen, auf der Basis von Frieden und Sicherheit in einer demokratischen Gesellschaft zu leben, die Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und weitreichende Möglichkeiten zur politischen Partizipation bietet oder zumindest verspricht. Andererseits wurden auch Bedarfe der Vermittlung demokratischer Werte und Normen und staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten erkennbar – diese bestehen allerdings auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft, wie der Thüringen-Monitor alljährlich aufzeigt. Aus den Erkenntnissen zur Wirksamkeit politischer Bildung und Wertevermittlung (siehe Conway et al., 2009; Lin, 2013; Manning & Edwards, 2014) kann als Empfehlung eine Kombination aus reiner Wissensvermittlung und Praxisumsetzungen der Lerninhalte abgeleitet werden. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Demokratie, demokratischen Prinzipien sowie der Gleichwertigkeit von Individuen und sozialen Gruppen im Rahmen integrativer Maßnahmen wie Sprach- und Integrationskursen ist es wichtig, dass Geflüchtete demokratisch-freiheitliche Rechte und Pflichten durch praktische Anwendung des gelernten Wissens einüben und an demokratischen Prozessen teilhaben können.

7.2 Einstellungen zu sozialen Gruppen

Einstellungen zu und Bewertungen von sozialen Gruppen werden in der sozialpsychologischen Vorurteilsforschung untersucht. Als Vorurteile werden Einstellungen gegenüber Personen, Gruppen oder Objekten verstanden, die auf unzulässige Generalisierungen vereinzelter Erfahrungen mit dem jeweiligen Einstellungsobjekt beruhen oder von anderen übernommen werden. Definiert werden Vorurteile als ablehnende oder feindselige Haltung gegenüber Personen auf Basis ihrer sozialen Gruppenzugehörigkeit (vgl. Allport, 1954; Brown, 2010). Vorurteile lassen sich dabei in affektive (z.B. Sympathien, Antipathien), kognitive (z.B. bestimmte Überzeugungen oder Merkmalszuschreibungen, Werturteile) und verhaltensbezogene (z.B. sozialer Ausschluss, Diskriminierung) Anteile differenzieren. Gemeinhin beurteilen Menschen soziale Gruppen, denen sie selbst angehören, als besser im Vergleich zu sozialen Gruppen, denen sie nicht angehören. Sind solche Bewertungsunterschiede groß, können daraus für die sogenannten Einstellungsobjekte (d.h. Angehörige der abgewerteten sozialen Fremdgruppe) gravierende Folgen resultieren, die von Kontaktvermeidung über Beleidigungen und massivere diskriminierende Handlungen bis hin zu physischer Gewalt, z.B. Angriffen auf Leib und Leben und anderen Formen der Hasskriminalität reichen können. Die Ungleichwertigkeitsvorstellungen der deutschen „Mehrheitsgesellschaft“ gegenüber (vermeintlichen) Minderheiten werden beispielsweise im Rahmen der deutschlandweiten Messungen der Einstellungen der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (zuletzt: Zick et al., 2016) untersucht. Auch der Thüringen-Monitor bezieht einige der dabei relevanten Aspekte seit Jahren in sein Forschungsprogramm ein (vgl. Reiser et al., 2018, 120 ff.)

Zur Analyse affektiver Vorurteile wurde den Befragungsteilnehmer*innen des Thüringen-Monitors Integration eine umfangreiche Liste von sozialen Gruppen zur Bewertung nach der jeweils empfundenen Sympathie vorgelegt. Die Sympathie gegenüber der sozialen Eigengruppe wie auch gegenüber sozialen Fremdgruppen wurde auf einer fünfstufigen Ratingskala von 1 = *unsympathisch* über 3 = *teils/teils* bis 5 = *sympathisch* erfasst. **Tabelle 7.3** gibt eine Übersicht zu den Mittelwerten in der Gesamtstichprobe sowie eine Unterteilung der Ergebnisse nach Syrer*innen, Afghan*innen und Iraker*innen, die die größten Untergruppen der Stichprobe darstellen.

Tabelle 7.3: Sympathie gegenüber sozialen Eigen- und Fremdgruppen

Soziale Gruppe	Mittelwerte Sympathie Gesamtstichprobe	Mittelwerte Sympathie nach Herkunftsland		
	n=737-876	Syrien (n=387-436)	Afghanistan (n=174-235)	Irak (n=100-116)
Syrer	3,87	4,56	2,51	4,10
Afghanen	3,64	3,77	3,52	3,57
Iraker	3,77	4,05	2,99	4,51
Deutsche	4,20	4,41	3,80	4,34
US-Amerikaner	3,25	3,52	2,49	4,25
Türken	3,69	3,98	3,27	3,68
Kurden	3,62	3,90	3,02	4,03
Dunkelhäutige	3,91	4,20	3,23	4,25
Sunniten	3,96	4,41	3,23	3,98
Schiiten	3,59	3,57	3,56	4,01
Christen	4,05	4,28	3,42	4,43
Juden	3,24	3,52	2,43	3,69
Atheisten	3,10	3,14	3,07	3,25
Israelis	2,84	2,95	2,34	3,48
Homosexuelle	2,71	2,75	2,29	3,21
Obdachlose	3,98	4,25	3,58	3,96

Deutsche Personen wurden, auf die Gesamtstichprobe gesehen, mit einem Mittelwert von $M = 4,2$ am positivsten bewertet. Unter Berücksichtigung des Herkunftslandes bestätigten sich die Erwartungen hinsichtlich der relativen Sympathiebewertung zwischen der Eigengruppe und deutschen Personen für Befragte aus Syrien und Irak, die jeweils ihre Eigengruppe als etwas sympathischer bewerteten. Im Falle von Afghan*innen wurden Deutsche jedoch positiver bewertet als die afghanische Eigengruppe. Dieser eher untypische Befund könnte allerdings durch ein verzerrtes Antwortverhalten zustande gekommen sein, das zum einen durch die gesellschaftliche Hierarchiebeziehung zwischen Geflüchteten und deutscher Aufnahmegesellschaft, zum anderen durch die Befragungssituation zurückzuführen sein mag. Die Tatsache, dass offenbar nur Afghan*innen dieses Antwortmuster zeigen, lässt allerdings vermuten, dass der Befund eher durch mögliche Antwortverzerrungen beeinflusst wurde. Dafür spricht nicht zuletzt das ausgesprochen differenzierte Muster der Aussagen zu den verschiedenen bewerteten Gruppen. Somit kann angenommen werden, dass trotz eines Klimas zunehmender medial wie politisch kommunizierter Skepsis gegenüber der Integration von geflüchteten Personen in die deutsche Gesellschaft (vgl. dazu u.a. die Ausführungen im Thüringen-Monitor) sowie offener Anfeindungen und Diskriminierung von Geflüchteten die deutsche Bevölkerung durch Geflüchtete in Thüringen sehr positiv bewertet wurde. Die hohe Sympathie gegenüber Deutschen war dabei unabhängig von der bisherigen Aufenthaltsdauer. Die erfassten affektiven Einstellungen Geflüchteter gegenüber der deutschen Aufnahmegesellschaft legen somit eine günstige Integrationsprognose nahe, da sich gezeigt hat, dass gering ausgeprägte Vorurteile bzw.

positive Bewertungen mit gelingender Integration in Aufnahmegesellschaften zusammenhängen (vgl. Zagefka et al., 2014).

Neben der deutschen Bevölkerung bewerteten Geflüchtete in Thüringen die vorgegebenen speziellen Gruppen „obdachlose Personen“ und „Dunkelhäutige“ besonders positiv. Die ausgeprägte Sympathie bzw. Empathie mit Obdachlosen mag vor allem auf eigenen Verlustserfahrungen vor, während und nach der Flucht gründen. Nach dem Fluchtmotiv kontrolliert, ergab sich ein Unterschied in der Sympathiebewertung von Obdachlosen. So bewerteten Befragungsteilnehmer*innen, deren Flucht besonders von individuellen Wünschen motiviert war ($M = 3,7$), obdachlose Personen signifikant weniger sympathisch als Geflüchtete, deren Fluchtmotivation auf Bedrohungserlebnissen basierte ($M = 4,0$). Die relativ hohe Sympathiebekundung gegenüber Dunkelhäutigen kann zum einen auf die definitorische Breite und unklare Abgrenzung der abgefragten Kategorie zurückzuführen sein. Unter der Annahme, dass afrikanische Geflüchtete hinsichtlich der eingeschätzten Sympathie bewertet wurden, ließ sich zum anderen auch eine Konfundierung mit der Religionszugehörigkeit nachweisen. Geflüchtete, die sich sunnitisch kategorisieren ($M = 4,1$), bewerteten Dunkelhäutige signifikant sympathischer als Schiiten ($M = 3,2$). Somit ist die weltweite Verteilung von sunnitischen und schiitischen Muslimen hier vermutlich ausschlaggebend: Demnach ist der afrikanische Islam vor allem sunnitisch geprägt, was folglich die Kategorisierung von Dunkelhäutigen als Eigengruppenmitglied von muslimischen Sunniten begünstigt.

Vergleichsweise geringere Sympathie äußerten sowohl die Befragten insgesamt als auch die Befragten der drei größten Befragtengruppen (Syrier*innen, Afghan*innen, Iraker*innen) gegenüber homosexuellen Personen, ungläubigen Personen sowie Personen aus Israel. Dabei erwies sich allerdings das Geschlecht der Befragten als wichtiges Unterscheidungsmerkmal (siehe **Abbildungen 7.6 und 7.7 und 7.8**). Sowohl homosexuelle als auch „ungläubige“ Personen sowie Israelis wurden von syrischen und irakischen Frauen konsistent negativer bewertet als durch syrische und irakische Männer. Genau umgekehrt verteilten sich geringe Sympathiebekundungen nach Geschlecht bei afghanischen Geflüchteten (negativere Bewertung von Männern). Auch bei Auswertungen zum Alter der Befragten zeichneten sich Unterschiede zwischen syrischen, irakischen und afghanischen Geflüchteten ab. Sowohl homosexuelle, „ungläubige“ wie israelische Personen wurden von syrischen und irakischen Geflüchteten über 25 Jahren besonders negativ bewertet. Im Gegensatz dazu zeichnete sich bei afghanischen Geflüchteten ein hohes Maß negativer Bewertungen homosexueller und israelischer Personen bei Befragten unter 25 Jahren ab. Die „Sympathie“ mit oder Ablehnung von Homosexuellen durch die Mehrheitsbevölkerung wurde im Thüringen-Monitor derart nicht gemessen. Allerdings stimmte 2017 mit 45 Prozent eine beachtlich große Minderheit der Befragten der Aussage zu: „*Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen*“ (vgl. Best et al., 2017, S. 161).

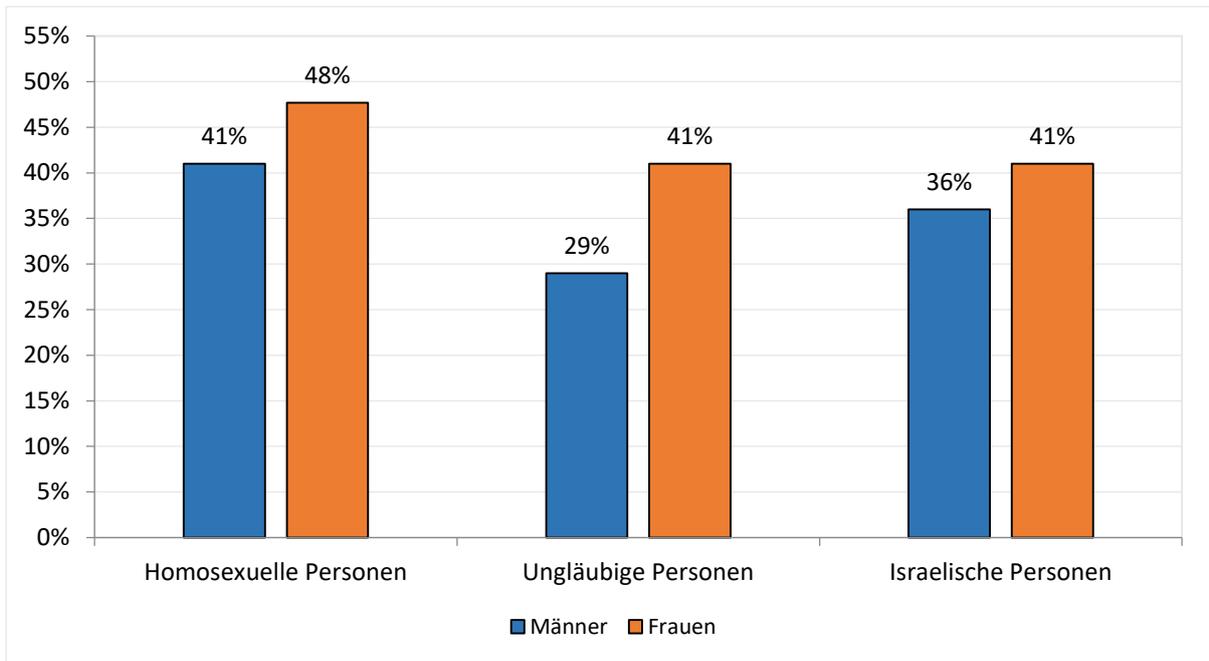


Abbildung 7.6: Ablehnung syrischer Geflüchteter gegenüber homosexuellen, ungläubigen und israelischen Personen

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Stichprobengrößen: Männer ($n=255-261$), Frauen ($n=126-133$).

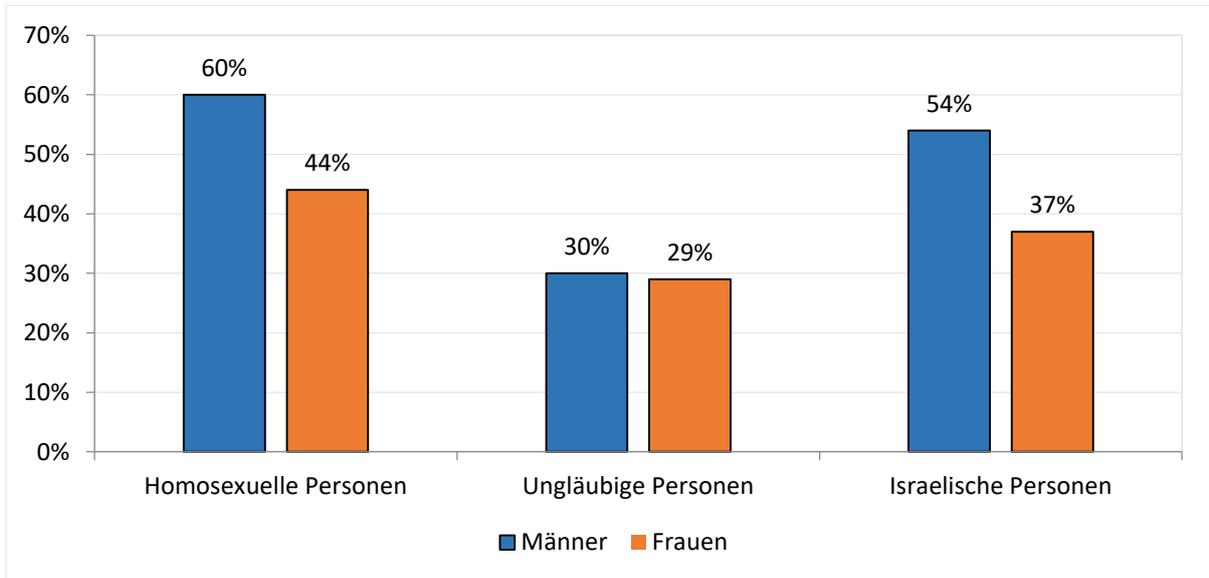


Abbildung 7.7: Ablehnung afghanischer Geflüchteter gegenüber homosexuellen, ungläubigen und israelischen Personen

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Stichprobengrößen: Männer ($n=146-165$), Frauen ($n=27-30$).

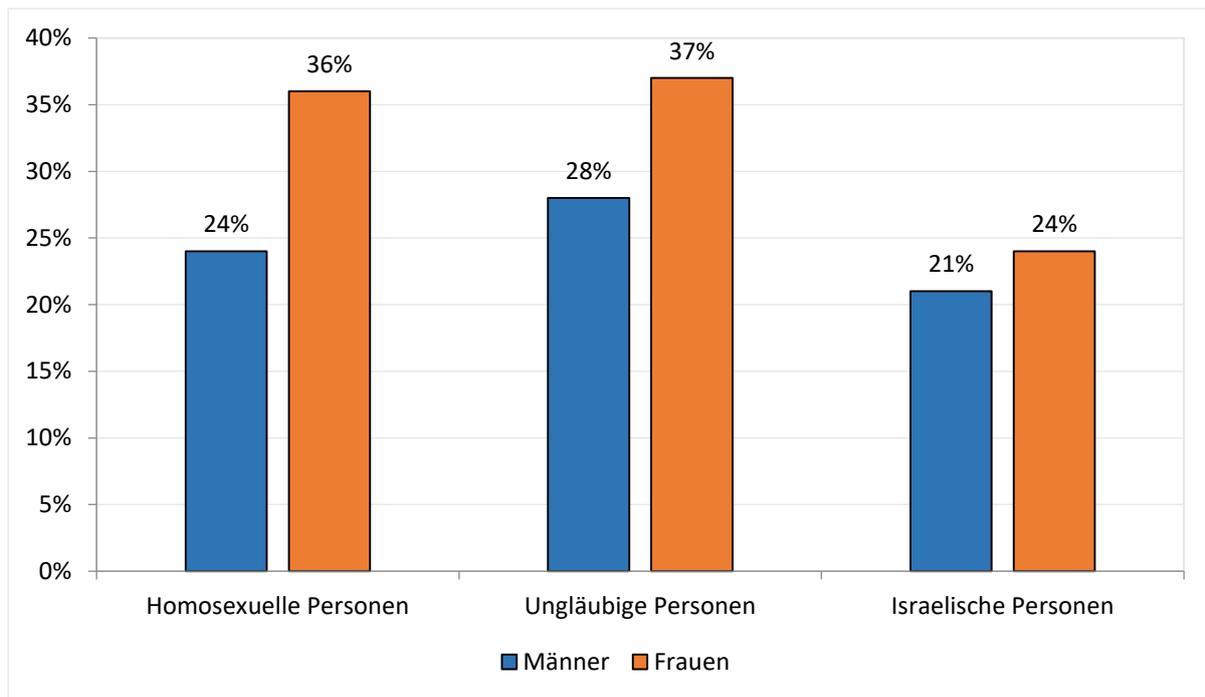


Abbildung 7.8: Ablehnung irakischer Geflüchteter gegenüber homosexuellen, ungläubigen und israelischen Personen.

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Stichprobengrößen: Männer ($n=75-79$), Frauen ($n=25-27$).

7.2.1 Einstellungen gegenüber Deutschen

Neben Sympathie als übergreifende Haltung gegenüber der deutschen Aufnahmegesellschaft wurden auch spezifischere Bewertungen in Form von Merkmalszuschreibungen zu deutschen Personen erfasst. Dazu wurden zum einen Adjektivskalen präsentiert, die Geflüchtete sowohl hinsichtlich der Eigengruppe als auch deutscher Personen bewerten sollten (Kinket & Verkuyten, 1999). Sowohl positive („hilfsbereit“, „freundlich“, „vertrauenswürdig“) als auch negative („feindselig“, „abweisend“, „überheblich“) Beschreibungen von deutschen Personen und Personen der jeweiligen Eigengruppe wurden auf einer fünfstufigen Ratingskala zugeordnet und zu zwei Vorurteilsskalen zusammengefasst. Hohe Werte auf den resultierenden Bewertungsskalen indizieren positive Einstellungen sowohl gegenüber der Eigengruppe als auch bezüglich deutscher Personen. Darüber hinaus wurde eine Differenz zwischen der Bewertung der Eigengruppe und deutscher Personen berechnet, wobei der Vorurteilsmittelwert gegenüber der Eigengruppe von dem Vorurteilsmittelwert gegenüber Deutschen subtrahiert wurde. Von Vorurteilen kann gesprochen werden, wenn Fremdgruppenmitglieder deutlich negativer bewertet werden als Eigengruppenmitglieder (Allport, 1954).

Die Auswertung der Gesamtstichprobe ergab keine markanten Unterschiede zwischen der Bewertung der jeweiligen Eigengruppe und der Beurteilung deutscher Personen (**Tabelle 7.4**). Nur im Falle afghanischer Befragungsteilnehmer*innen wurden Deutsche sogar etwas positiver bewertet als Personen der Eigengruppe. Somit bestätigt sich auch hier der Befund positiver Einstellungen Geflüchteter gegenüber der deutschen Bevölkerung. Dieses Ergebnis erwies sich auch bei Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Bildungsniveau, des Aufenthaltsstatus und der Aufenthaltsdauer der befragten Geflüchteten als stabil.

Tabelle 7.4: Bewertungen gegenüber der sozialen Eigengruppe und Deutschen

Gruppe	Eigengruppe	Deutsche	Differenz Eigengruppe und Deutsche
Syrische Geflüchtete (n=440)	3,53	3,53	0,00
Afghanische Geflüchtete (n= 245)	3,27	3,39	0,12
Irakische Geflüchtete (n=119)	3,52	3,46	-0,06
Gesamt (n=899)	3,42	3,47	0,05

Anmerkung: Alle Angaben in Mittelwerten. Hohe Werte geben eine positivere Einschätzung wider.

7.2.2 Wahrgenommene Gemeinsamkeiten mit Deutschen

Neben Vorurteilen gegenüber Deutschen wurden wahrgenommene Gemeinsamkeiten zwischen der jeweiligen Eigengruppe und Deutschen erhoben. Diese Urteile wurden mithilfe eines sogenannten aggregierten Ratings, d.h. der Bewertung der folgenden drei Aussagen erfasst: „*Deutsche und ich teilen die gleiche Sicht auf die Welt*“, „*Meine Einstellungen sind denen der Deutschen sehr ähnlich*“, und „*Wenn ich mit Deutschen zusammenarbeiten würde, würden wir bzgl. vieler Dinge übereinstimmen*“ (Conley, et al., 2015). Die Antwortmöglichkeiten lauteten jeweils: 1 = *trifft nicht zu* 2 = *trifft eher nicht zu* 3 = *teils/teils* 4 *trifft eher zu* 5 = *trifft zu*. Hohe Werte auf der Skala zeigen somit die Wahrnehmung von Gemeinsamkeiten mit Deutschen an. Die Analysen ergaben einen leicht positiv konnotierten Mittelwert von $M = 3,5$ ($SD = 1,0$). Dabei nahmen 37,9 Prozent der Geflüchteten ausgeprägte Gemeinsamkeiten mit Deutschen wahr, d.h. sie stimmten den Aussagen im Mittel somit eher oder sogar völlig zu. Demgegenüber empfanden 22,2 Prozent der Befragten wenig oder gar keine Gemeinsamkeiten zwischen der sozialen Eigengruppe und deutschen Personen. Die Mehrheit der Geflüchteten (39,9 Prozent) zeigte ein ambivalentes Einschätzungsmuster und nahm somit sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten zwischen sich und deutschen Personen wahr. Dies kollidiert allerdings auffällig mit der Wahrnehmung einer deutlichen Mehrheit (65 Prozent) der Befragten des Thüringen-Monitors 2018, die der Aussage zustimmten: „Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.“ (vgl. Reiser et al., 2018, S. 121).

Vor allem Geflüchtete aus Syrien (41,5 Prozent) und dem Irak (47,0 Prozent) nahmen deutliche Gemeinsamkeiten mit Deutschen wahr. Demgegenüber sahen Personen auf Afghanistan nur zu 24,2 Prozent solche Gemeinsamkeiten. Bei einem noch differenzierteren Blick auf die ethnische Gruppenzuordnung Geflüchteter ergab sich, dass Befragungsteilnehmer*innen, welche sich selbst als Araber*in (41,3 Prozent) oder Kurd*in (47,6 Prozent) verorteten, sehr viel mehr Gemeinsamkeiten mit Deutschen wahrnahmen als Geflüchtete, die sich als Tadschik*in (21,9 Prozent) oder Hazara (26,5 Prozent) definierten.

Mit zunehmendem Alter der Befragten stieg auch ihr Eindruck, Einstellungen mit Deutschen zu teilen. So stimmten 31,3 Prozent der Befragungsteilnehmer*innen im Alter bis 25 Jahre 25 allen drei Aussagen im Mittel zu. Bei den Befragten im Alter zwischen 26 und 35 Jahren waren es 36,2 Prozent und bei älteren Befragten 47,0 Prozent. Unterschiede fanden sich auch in Abhängigkeit vom Bildungsniveau (**Abbildung 7.9**). Mit zunehmender Bildung nimmt die Wahrnehmung von Unterschieden deutlich ab, wobei sich die Anteile unentschlossen urteilender Personen auf jedem Bildungsniveau ähneln.

Geflüchtete, die die Oberschule bzw. ein Studium abgeschlossen haben, gaben die stärksten Gemeinsamkeiten mit deutschen Personen an. Auch die Aufenthaltsdauer der Befragten war relevant. Personen, die vor 2015 nach Deutschland kamen, sahen am häufigsten Unterschiede (36,6 Prozent) und am seltensten Gemeinsamkeiten (36,7 Prozent) mit Deutschen. Dagegen waren die wahrgenommenen Gemeinsamkeiten bei Geflüchteten, die 2015/2016 oder danach nach Deutschland kamen, deutlich stärker ausgeprägt. Befragungsteilnehmer*innen, die ab 2017 nach Deutschland kamen, sahen mit 45,9 Prozent am häufigsten Übereinstimmungen mit Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft. Diese Unterschiede mögen von der unterschiedlich langen Zeit herrühren, in der Erfahrungen mit kulturellen Unterschieden im Alltag gesammelt werden konnten. Zugleich könnte der hohe Wert an wahrgenommenen Übereinstimmungen mit Deutschen unter jenen Geflüchteten, die erst seit kurzem in Deutschland sind, auch eine Art psychologischen Schutzmechanismus widerspiegeln, mit dem die Entscheidung, nach Deutschland zu fliehen, legitimiert wird.

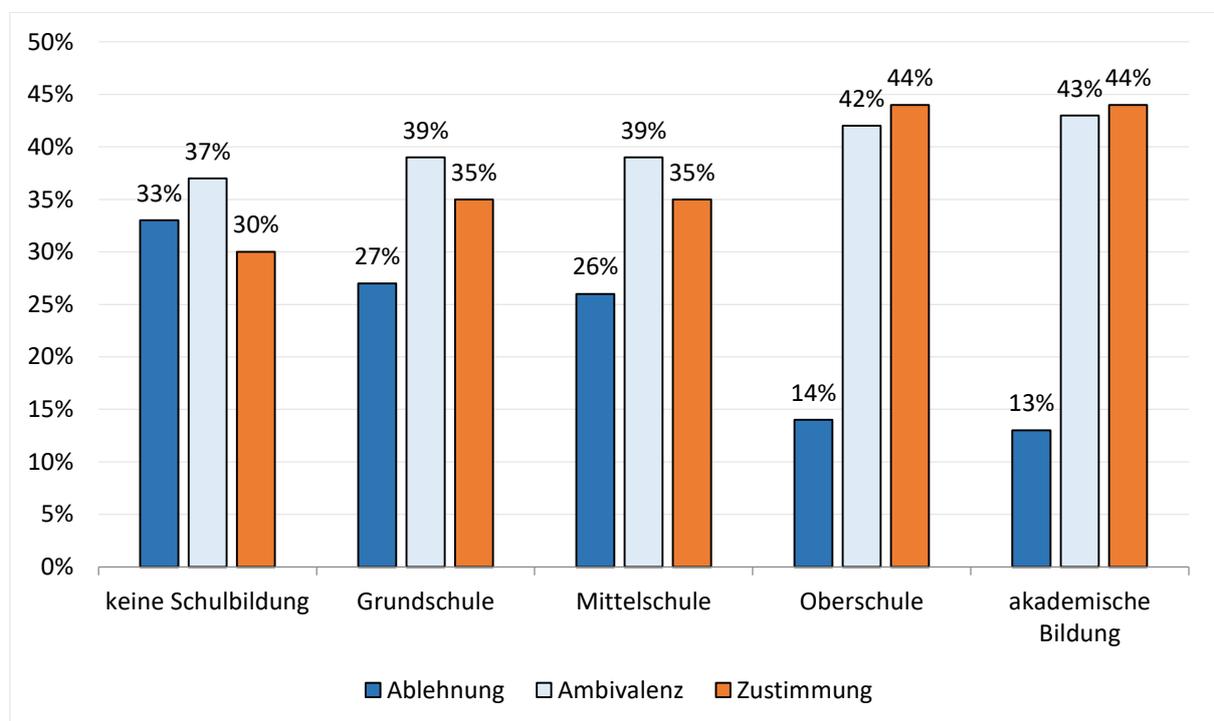


Abbildung 7.9: Wahrgenommene Gemeinsamkeiten mit Deutschen aus Sicht Geflüchteter in Thüringen nach Bildungsstand

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Stichprobengrößen: Keine Schulbildung ($n=176$), Grundschule ($n=139$), Mittelschule ($n=172$), Oberschule ($n=261$), akademische Bildung ($n=131$).

7.2.3 Einstellungen gegenüber Israel

Die Befundlage zu affektiven Vorurteilen zwischen sozialen Eigen- und Fremdgruppen ergab besonders gering ausgeprägte Sympathieurteile Geflüchteter gegenüber Menschen aus Israel. Die mit dem Nahostkonflikt verbundenen Ressentiments zwischen Israelis bzw. Juden und Arabern bzw. Muslimen sollen an dieser Stelle aus Perspektive einer größtenteils muslimisch geprägten Stichprobe einer tiefergehenden Analyse unterzogen werden. Einstellungen Geflüchteter gegenüber Israel wurden über zwei Aussagen spezifischer erfasst („*Israel allein ist schuld an der Entstehung und Aufrechterhaltung der Konflikte im Nahen Osten*“, und „*Es wäre besser, wenn die Juden den Nahen Osten verlassen würden*“). Hier zeigten 29,8 Prozent der Befragten antiisraelische Einstellungen und stimmten beiden Aussagen im Mittel eher oder sogar völlig zu. 24,4 Prozent waren sich in ihrer Meinung unsicher und 45,8 Prozent der befragten Geflüchteten stimmten den Aussagen nicht zu. Hier liefert der Thüringen-Monitor relevante Vergleichsdaten: 2018 stimmten 34 Prozent seiner Befragten der antizionistisch-antisemitischen Aussage zu: „*Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.*“. 2017 hatten dieser Aussage 27 Prozent der Befragten zugestimmt (vgl. Reiser et al., 2018, S. 121). Demnach ließe sich für Geflüchtete in Thüringen aufgrund unserer Befunde im Vergleich mit der Thüringer Mehrheitsbevölkerung keine erhöhte Tendenz antiisraelischer Einstellungen konstatieren. Das unterstreicht die Notwendigkeit, dementsprechenden Ressentiments auf einer breiten gesellschaftlichen Basis entgegenzutreten und einseitige Zuweisungen zu vermeiden. Die Behauptung, der Antisemitismus in Thüringen werde vor allem durch (muslimische) Migrant*innen und Geflüchtete „importiert“, kann zumindest mit den hier empirisch erforschten Einstellungen nicht belegt werden. Berücksichtigt werden muss allerdings, dass die Items im Thüringen-Monitor und in der vorliegenden Untersuchung zwar anti-israelische und antisemitische Einstellungen erfragten, sich aber inhaltlich und in der Formulierung unterschieden.

Unter den befragten Geflüchteten zeigten Frauen (40,0 Prozent) sehr viel häufiger abwertende Haltungen gegenüber Israel als Männer (25,9 Prozent). Jüngere Personen, d.h. Geflüchtete zwischen 18 und 25 Lebensjahren, äußerten sich gegenüber Israel etwas häufiger negativ (33,6 Prozent) als Personen, die zwischen 26 und 35 alt (27,4 Prozent) oder älter als 35 Jahre (27,3 Prozent) waren. Deutliche Unterschiede ergaben sich auch nach der Aufenthaltsdauer in Deutschland. Befragungsteilnehmer*innen, die vor 2015 nach Deutschland kamen, waren häufiger (35,6 Prozent) negativ gegenüber Israel eingestellt als Personen, die nach 2016 Zuflucht in Deutschland fanden (24,3 Prozent). Auch das Herkunftsland und die Religionszugehörigkeit beeinflussten die Einstellungen gegenüber Israel. Geflüchtete muslimischen Glaubens werteten Israel deutlich häufiger ab als es Christ*innen, Atheist*innen oder Anhänger*innen anderer Religionen taten (Abbildung 7.9). Die drei letztgenannten Befragtengruppen bewerteten Israel bzw. die Rolle, die Israel im Nahen Osten einnimmt, deutlich differenzierter. Bei statistischer Kontrolle der eingeschätzten Bedeutsamkeit der Religionsausübung war die Ablehnung Israels bei Sunnit*innen (39,3 Prozent) und Schiit*innen (30,8 Prozent) erhöht, bei Christen (3,3 Prozent) aber reduziert. Befragungsteilnehmer*innen aus Syrien äußerten besonders häufig (34,9 Prozent) negative Einstellungen gegen Israel. Auch Befragungsteilnehmer*innen, die sich als Araber*innen (39,2 Prozent) und Tadschik*innen (34,8 Prozent) definierten, hatten besonders häufig negative Einstellungen gegenüber Israel. Im Vergleich dazu äußerten vor allem Kurd*innen deutlich seltener Vorurteile gegenüber Israel (10,2 Prozent).

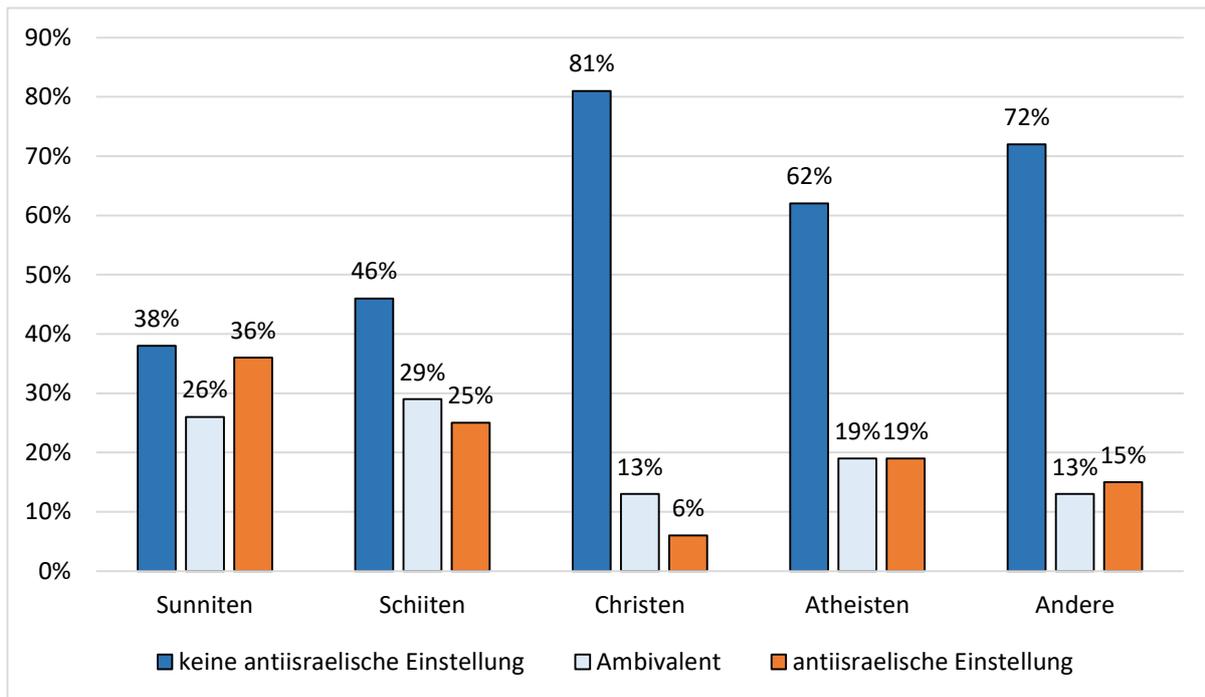


Abbildung 7.10: Einstellungen gegenüber Israel nach Religionszugehörigkeit

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Stichprobengrößen: Sunniten ($n=545$), Schiiten ($n=147$), Christen ($n=48$), Atheisten ($n=36$), Andere ($n=60$).

7.2.4 Zusammenfassung: Einstellungen gegenüber sozialen Gruppen

Geflüchtete in Thüringen zeigten insgesamt sehr positive Einstellungen gegenüber der deutschen Bevölkerung. Dieser Befund war konsistent über verschiedene Messinstrumente und betraf sowohl Sympathiebekundungen, Vorurteile als auch wahrgenommene Gemeinsamkeiten mit Deutschen. Neben Dankbarkeit für die Möglichkeit in Deutschland Zuflucht finden zu können, bilden ausgeprägte Sympathiewerte und das Ausbleiben negativer Vorurteile gegenüber Personen der Aufnahmegesellschaft eine Grundlage für eine gelingende Akkulturation Geflüchteter (Zagefka et al., 2014). Geringe Vorurteilswerte gehen weiterhin mit einer gesteigerten Bereitschaft zur Kontaktaufnahme und Ausbildung von Freundschaften mit Personen der Aufnahmegesellschaft einher (Pettigrew & Tropp, 2011) und fördern somit ein gesellschaftliches Zusammenwachsen zwischen der Aufnahmegesellschaft und Geflüchteten. Weiterhin spiegeln abwertende Einstellungen gegenüber israelischen, homosexuellen und atheistischen Personen durch Sozialisation bzw. Tradition geprägte Vorurteile. Die ablehnende Haltung gegenüber Israel und Ressentiments gegenüber Israelis basieren dabei vermutlich auch auf territorialen Konflikten zwischen Arabern bzw. Muslimen und Juden, die in religiösen wie staatshistorischen Narrativen von Generation zu Generation weitergegeben und gefestigt werden (Bar-Tal & Salomon, 2006). Im Vergleich mit den Einstellungen der Thüringer Bevölkerung im Thüringen-Monitor konnten jedoch keine ausgeprägteren anti-israelischen Einstellungen gefunden werden, auch wenn die Erfassung der Einstellungen nicht deckungsgleich war.

7.3 Weitere Einstellungsbereiche

7.3.1 Patriarchalische Einstellungen

Um patriarchalische Einstellungen Geflüchteter zu untersuchen, wurden verschiedene Aussagen bezüglich der gesellschaftlichen Rollen von Männern und Frauen zur Bewertung vorgelegt und zu einer Skala aggregiert. Einstellungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Dominanz des Mannes erfassten folgende drei Aussagen: „*Einem Mann als Familienvater müssen Frau und Kinder gehorchen*“, „*Frauen sollen sich wieder stärker auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen*“, „*Für die finanzielle Versorgung der Kinder ist vor allem der Vater verantwortlich*“. Die Aussagen wurden auf einer fünfstufigen Ratingskala von 1 = *lehne völlig ab* bis 5 = *befürworte völlig* von den befragten Geflüchteten bewertet. Bezogen auf den resultierenden Mittelwert der Gesamtskala ($M = 3,7$, $SD = 1,1$), der die durchschnittliche Zustimmung bzw. Ablehnung zu allen drei Aussagen widerspiegelt, befürworteten 49,1 Prozent der Geflüchteten patriarchalische Normen, Werte und Verhaltensweisen (befürworteten die vorgelegten Aussagen somit eher oder sogar völlig), 19 Prozent der Befragungsteilnehmer*innen lehnten die soziale Vorherrschaft des Mannes ab und 31,9 Prozent der geflüchteten Personen in Thüringen zeigten ambivalente Bewertungen gegenüber patriarchalischer Gesellschaftsnormen. Eine Gleichstellung zwischen Mann und Frau bzw. egalitäre Rechte und Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern wird danach von der Hälfte der befragten Geflüchteten in Thüringen nicht explizit befürwortet. Die traditionalistische, kulturelle Prägung und gesellschaftliche Sozialisation in den Herkunftsländern der Geflüchteten dürfte für die Befürwortung patriarchalischer Geschlechterrollen spielen.

Wie erwartet ließ sich hinsichtlich der Einstellungen zu patriarchalischer Normen, Werte und Verhaltensweisen ein Unterschied zwischen Männern und Frauen beobachten. Männer stimmten einer männlich dominierten Gesellschaft etwas häufiger (51,3 Prozent) zu als Frauen (44 Prozent). Es ergaben sich darüber hinaus weitere Unterschiede hinsichtlich der Affiliation zu religiösen Gruppen. Unter den Befragungsteilnehmer*innen muslimischen Glaubens befürworteten 55,6 Prozent der Sunnit*innen und 42,2 Prozent der Schiit*innen eine männliche Dominanz. Demgegenüber stimmten nur 32,7 Prozent der christlichen Befragten und 30,0 Prozent der atheistischen Befragten den Aussagen zu. Das Bildungsniveau war mit deutlichen Unterschieden in der Befürwortung einer patriarchalischen Geschlechterordnung verbunden (**Abbildung 7.11**). Besonders Akademiker*innen äußerten geringer ausgeprägte Zustimmungsraten gegenüber dem Patriarchat. So stimmten 38,1 Prozent der befragten Akademiker*innen einer männlichen Gesellschaftsdominanz zu. Demgegenüber lehnten 30,6 Prozent der Akademiker*innen das Patriarchat ab und wiederum 31,3 Prozent der hochgebildeten Geflüchteter zeigten sich ambivalent in ihrer Bewertung. Damit kann bei höherer Bildung tendenziell von einem egalitären, moderneren Geschlechterrollenverständnis ausgegangen werden, obwohl auch bei Befragten mit Hochschulabschlüssen Vorstellungen von männlicher Dominanz oder zumindest ambivalente Einschätzungen relativ weit verbreitet waren.

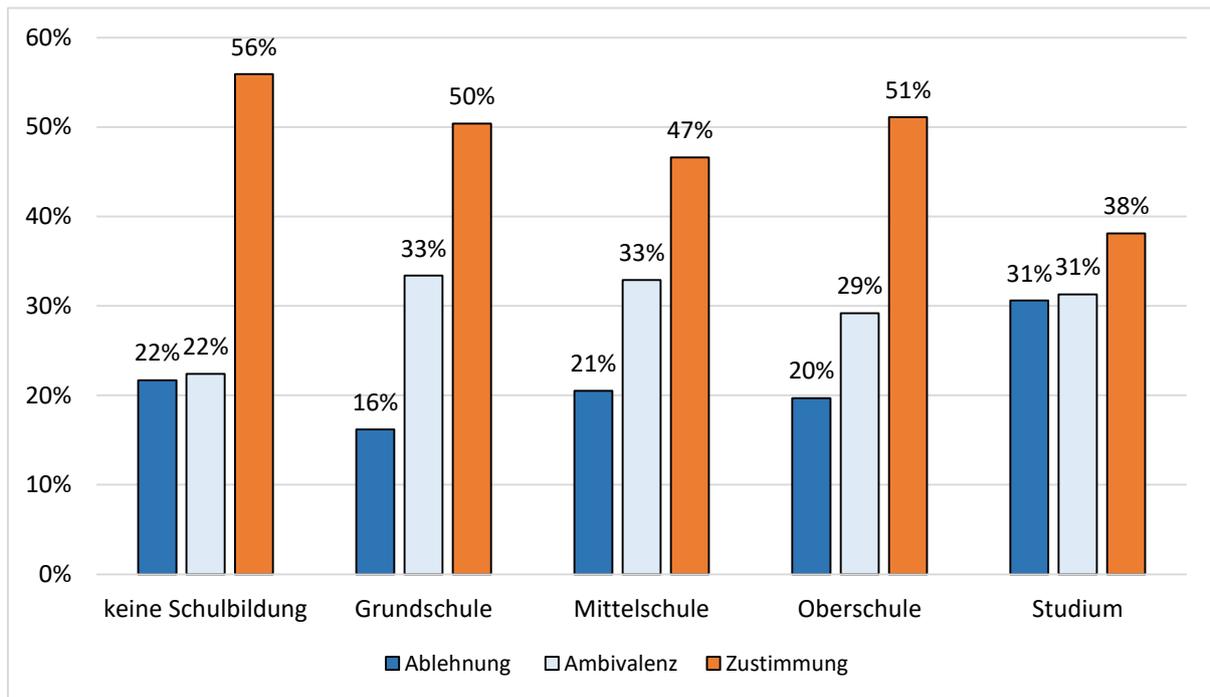


Abbildung 7.11: Patriarchische Einstellungen nach Bildungsstand

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Stichprobengrößen: Keine Schulbildung ($n=179$), Grundschule ($n=141$), Mittelschule ($n=176$), Oberschule ($n=264$), akademische Bildung ($n=134$).

Zum Vergleich dieser Ergebnisse können Befunde anderer bereits vorliegender Studien zu Geflüchteten in Deutschland herangezogen werden. Die *IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten* weist eine relativ hohe Zustimmung zu Gleichberechtigung von Mann und Frau aus (Brücker et al., 2016b). Beispielsweise stimmten in dieser Studie 88 Prozent der befragten Frauen und 84 Prozent der befragten Männer der Aussage zu: „Eine Arbeit zu haben ist für eine Frau die beste Möglichkeit unabhängig zu sein.“ Diese Werte fielen deutlich höher aus als jene der in der Studie ebenfalls erfassten deutschen Teilstichprobe. Unter den deutschen Befragten stimmten der Aussage zur arbeitsbezogenen Unabhängigkeit 81 Prozent der Frauen und nur 62 Prozent der Männer zu. Laut der *Studie der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft Berlin (HMKW) zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen 2016* (Freytag, 2016) zeigte sich für die Mehrheit der befragten Geflüchteten eine hohe Zustimmungsrate hinsichtlich gleicher Rechte für Mann und Frau (etwa 80 Prozent Zustimmung sowohl von Männer als auch von Frauen). Bisherige Forschung lässt somit eine „westlich-moderne“ Orientierung Geflüchteter hinsichtlich der Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter vermuten, die aus den Ergebnissen des Thüringen-Monitors Integration nicht in gleicher Weise abgeleitet werden kann. Vielmehr zeigte das Groß der Befragten Zustimmung oder ambivalente Einstellungen gegenüber einer patriarchalischen Gesellschaft. Im Vergleich dazu stimmten im Thüringen-Monitor 2018 lediglich elf Prozent der Befragten der Aussage zu. „Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen“ (vgl. Reiser et al., 2018, S. 121). Die Einstellungen der Bevölkerung zu den gesellschaftlichen und familialen Aufgaben des Mannes oder zur Gleichberechtigung bzw. Gleichstellung der Geschlechter wurden allerdings nicht abgefragt, so dass keine direkte Parallelisierung mit den Befragungsergebnissen der Geflüchtetenbefragung in Thüringen möglich ist.

7.3.2 Voreheliche Partnerschaft

Eine voreheliche Partnerschaft sowie Geschlechtsverkehr vor der Eheschließung wird von dem Großteil der befragten Geflüchteten abgelehnt. Drei Aussagen erfassten die Einstellungen der Befragten hinsichtlich vorehelicher Partnerschaften und intimer Beziehungen vor der Ehe. Zur Bewertung standen dabei folgende Aussagen: „*Ein nicht verheiratetes Paar wohnt zusammen*“, „*Ein Mann hat vor der Ehe Sex*“, und „*Eine Frau hat vor der Ehe Sex*“. Die Aussagen wurden auf einer Ratingskala von 1= *lehne völlig ab* bis 5 = *befürworte völlig* gemessen und zu einer Gesamtskala zusammengefasst. Die Skala erreichte in der Gesamtstichprobe einen Mittelwert von $M = 2,4$ ($SD = 1,2$). Die deutlich ausgeprägte Ablehnung von vorehelichen Beziehungen und Geschlechtsverkehrs basiert auf Werten von Personen, die im Mittel auf die drei Aussagen der Skala unterhalb der Mittelkategorie 3 = *teils/teils* geantwortet haben. Danach lehnten 60,8 Prozent der Befragten Partnerschaften und Geschlechtsverkehr vor einer offiziellen Eheschließung eher oder völlig ab. 27 Prozent der Geflüchteten in Thüringen äußerten sich ambivalent zu vorehelichen Partnerschaften und 12,2 Prozent der Befragungsteilnehmer*innen stimmten intimen Beziehungen vor der Eheschließung eher oder völlig zu.

Die Einstellungen gegenüber vorehelichen Partnerschaften sowie Geschlechtsverkehr vor der Eheschließung unterschieden sich nach Geschlecht und Herkunftsländern der befragten Geflüchteten. Mit 78,1 Prozent lehnten Frauen intime Partnerschaften vor der Ehe sehr viel häufiger ab als Männer (54,0 Prozent). Weiterhin zeigten sich Frauen insgesamt deutlich gefestigter in ihrer Meinung gegenüber vorehelichen Partnerschaften sowie gegenüber Geschlechtsverkehr vor einer Ehe als Männer, die mit 31 Prozent deutlich unentschlossener waren (**Abbildung 7.12**).

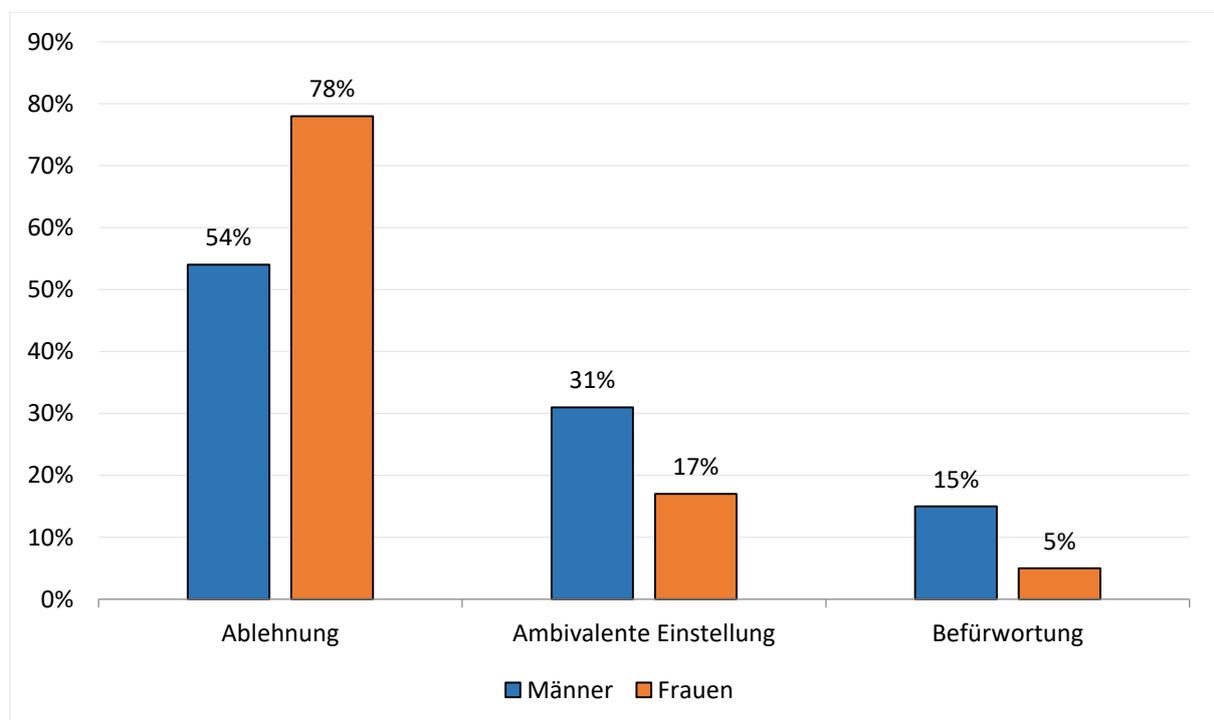


Abbildung 7.12: Einstellungen zu vorehelichen Partnerschaften nach Geschlecht

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Stichprobengröße: Männer ($n=634$), Frauen ($n=252$).

Hinsichtlich des Herkunftslandes der befragten Geflüchteten kann feststellend werden, dass Personen aus dem Irak und vor allem Syrien intime voreheliche Beziehungen besonders häufig ablehnten (**Abbildung 7.13**). Unter den Personen aus Afghanistan fand sich indessen eine große Gruppe von Unentschiedenen wie auch mit 41,8 Prozent der Befragungsteilnehmer*innen der geringste Anteil der Ablehnung vorehelicher Partnerschaften und intimer Beziehungen zwischen Mann und Frau vor der Ehe. Weiterhin zeigte sich die konfessionelle Bindung der Befragungsteilnehmer*innen als wesentlicher Einflussfaktor für die Einstellung gegenüber vorehelichen Beziehungen. Geflüchtete, die sich als sunnitisch kategorisierten, lehnten voreheliche Beziehungen und Geschlechtsverkehr vor der Ehe mit 71,0 Prozent deutlich häufiger ab als schiitische (44,4 Prozent) und christliche (42,0 Prozent) Geflüchtete. Zusammenfassend offenbarte sich ein weit verbreitetes traditionelles Eheverständnis. Vor allem das Geschlecht der Befragungsteilnehmer*innen und eine sunnitische Religionszugehörigkeit führten zu einer ausgeprägten Ablehnung von intimen Beziehungen vor der Eheschließung.

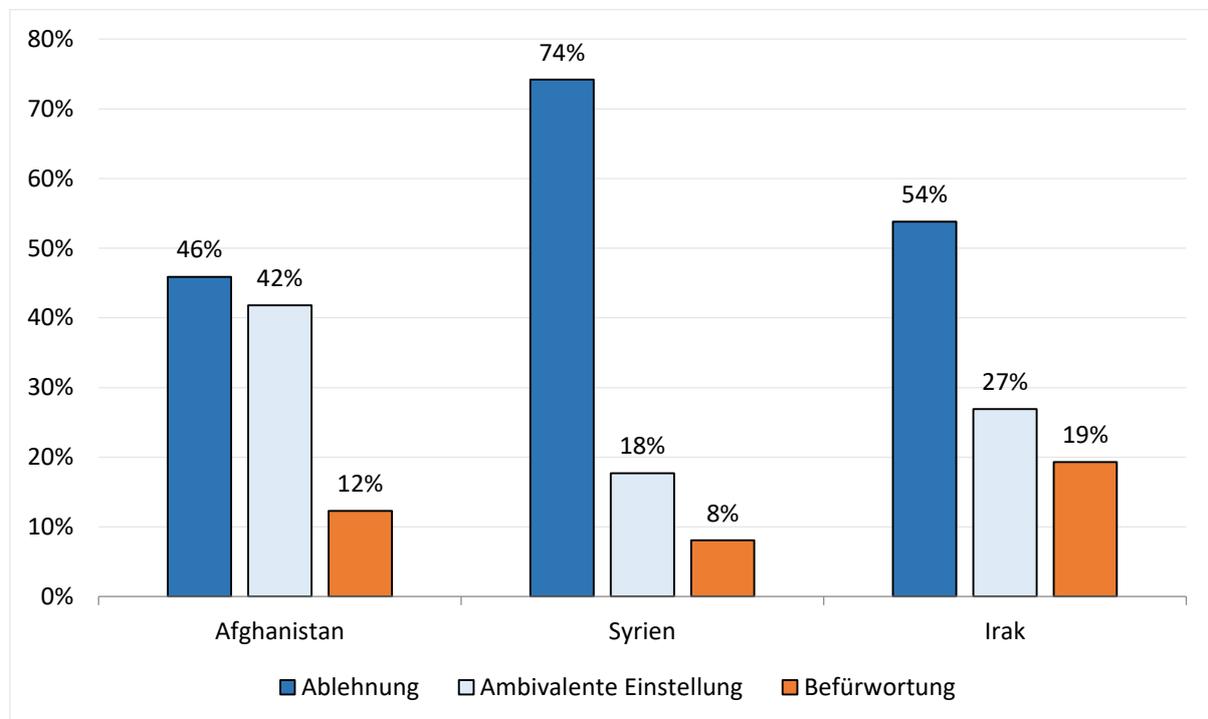


Abbildung 7.13: Einstellungen zu vorehelichen Partnerschaften nach Herkunftsland

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Stichprobengrößen: Afghanistan ($n=244$), Syrien ($n=435$), Irak ($n=119$).

7.3.3 Gewalt in Familie und Partnerschaft

Die befragten Geflüchteten zeigten insgesamt eine stark ausgeprägte Ablehnung gegenüber der Anwendung von Gewalt im Rahmen familiärer oder partnerschaftlicher Beziehungen. Dieser Befund basiert auf einer fünf Aussagen umfassenden Skala, die Einstellungen zur Gewaltausübung gegenüber dem eigenen Kind, dem Partner oder der Partnerin wie auch gegenüber Drittpersonen erfragte. Beispiele sind Bewertungen folgender Aussagen auf einer fünfstufigen Ratingskala von 1 = *lehne völlig ab* bis 5 = *befürworte völlig*: „Eltern schlagen ihr Kind, weil es nicht gehorcht“, „Eine Frau schlägt ihren Mann, weil er zu faul ist“, und „Ein Mann schlägt einen anderen Mann, weil dieser seiner Frau nachgeschaut hat“. Der Bewertungsmittelwert dieser Aussagen lag bei $M = 1,4$ ($SD = 0,7$) und zeigt

somit eine ausgesprochen hohe Ablehnung an. 94,7 Prozent der befragten Geflüchteten in Thüringen lehnten derartige Gewalthandlungen eher oder völlig ab. Demgegenüber befürworteten nur 0,8 Prozent der Befragungsteilnehmer*innen im Mittel alle Aussagen.

Betrachtet man die Einstellungen gegenüber Gewalt im familiären bzw. partnerschaftlichen Kontext abhängig vom Alter der befragten Geflüchteten, zeigte sich eine zunehmende Ablehnung mit steigendem Alter der Befragten. So lehnten 92,7 Prozent der Befragten im Alter bis 25 Jahre, 95 Prozent der Personen im Alter zwischen 26 und 35 Jahren sowie 96,7 Prozent der älteren Befragten Gewalthandlungen gegenüber Kindern, Partner oder Partnerin wie auch gegenüber Außenstehenden ab. Auch mit steigendem Bildungshintergrund der befragten Personen sank die Zustimmung zu Gewalt. Insbesondere zeigten Geflüchtete mit Hochschulabschluss eine starke Gewaltablehnung (97,1 Prozent) – im Vergleich mit Geflüchteten ohne (93,3 Prozent) bzw. mit Grundschul- oder Mittelschulbildung (jeweils 94 Prozent). Allerdings waren diese Differenzen auf hohem Ablehnungsniveau sehr gering. Sowohl mit Blick auf das Geschlecht, die Ethnie, die Religionszugehörigkeit, die Herkunft der befragten Geflüchteten als auch auf ihren Asylstatus waren keine Unterschiede in den Einstellungen bezüglich gewalttätiger Verhaltensweisen im Bereich der Familie oder Partnerschaft zu beobachten.

7.3.4 Religiöse Überzeugungen

Wesentliche Aufmerksamkeit in der Diskussion über Geflüchtete richtet sich auf ihre Religionszugehörigkeit und damit verbundene Überzeugungen und Verhaltensweisen. Insbesondere Ressentiments gegenüber dem Islam und muslimischen Geflüchteten kreisen um die Gefahr eines religiösen Fundamentalismus, der in Radikalisierung und (terroristischen) Gewalttaten zutage trete. Im Folgenden wurde deshalb analysiert, inwieweit unter Geflüchteten in Thüringen extrem ausgeprägte religiöse Überzeugungen verbreitet sind. Dazu wurde eine Skala aus vier Aussagen zusammengestellt, die sowohl strikte Orientierungen an der eigenen Religion und religiösen Autoritäten ausdrückten sowie auf dissoziale Verhaltensweisen zum Schutze der eigenen Religion und zur Einhaltung religiöser Gesetze abhoben (vgl. Kruglanski et al., 2017). Die Aussagen *„Die Religion sollte in strikter Weise ausgeübt werden, unabhängig von Situationen und Umständen“*, *„Wahrhaft Gläubige müssen den Anweisungen religiöser Autoritäten zuhören und ihnen Folge leisten“*, *„Um Regeln und Gesetze der Religion zu befolgen, muss man notfalls staatliche Regeln und Gesetze brechen“* und *„Um Gesetze der Religion zu schützen, muss man sie notfalls auch mit Gewalt verteidigen“* wurden jeweils auf einer fünfstufigen Ratingskala von 1= *lehne völlig ab* über 3 = *teil/teils* bis 5 = *stimme völlig zu* durch die Befragungsteilnehmer*innen bewertet. Betrachtet man die durchschnittlichen Zustimmungsraten der Befragten zu diesen Aussagen, erzielten 66,8 Prozent der Befragungsteilnehmer*innen Werte, die eine deutliche Ablehnung gegenüber diesen strengen religiösen Überzeugungen erkennen ließen. 20,8 Prozent zeigten sich in ihren religiösen Einstellungen ambivalent, 10,4 Prozent der Geflüchteten stimmten diesen Aussagen im Mittel eher zu und zwei Prozent der Befragungsteilnehmer*innen stimmten ihnen sogar völlig zu.

Weibliche Befragte befürworteten die strengen religiösen Überzeugungen häufiger (19,1 Prozent) als männliche Befragte (9,8 Prozent). Innerhalb der zahlenmäßig größten drei Herkunftsgruppen stimmten Syrer*innen einer strikten Religionsausübung und der o.g. Verhaltensweisen im Namen der eigenen Religion am häufigsten zu (18,9 Prozent). 8,4 Prozent der Geflüchteten aus dem Irak befürworteten jene strikten Positionen hinsichtlich der eigenen Religion. Demgegenüber stimmten afghanische Geflüchtete den Aussagen im Mittel sehr viel seltener zu (3,3 Prozent). Auch bezüglich der ethnischen Zugehörigkeit traten hier Unterschiede zutage: 17,9 Prozent der arabischen Geflüchteten

und 10,9 Prozent der kurdischen Geflüchteten vertraten extrem religiöse Einstellungen, aber nur 4,3 Prozent der Tadschiken und 3,6 Prozent der Hazara. Auch der Unterschied zwischen den Glaubensrichtungen war markant. 17,2 Prozent der sunnitischen Geflüchteten stimmten den vier Aussagen zu extremen religiösen Einstellungen und Verhaltensweisen im Mittel zu, aber lediglich 1,9 Prozent der Schiit*innen und 4,1 Prozent der Christ*innen.

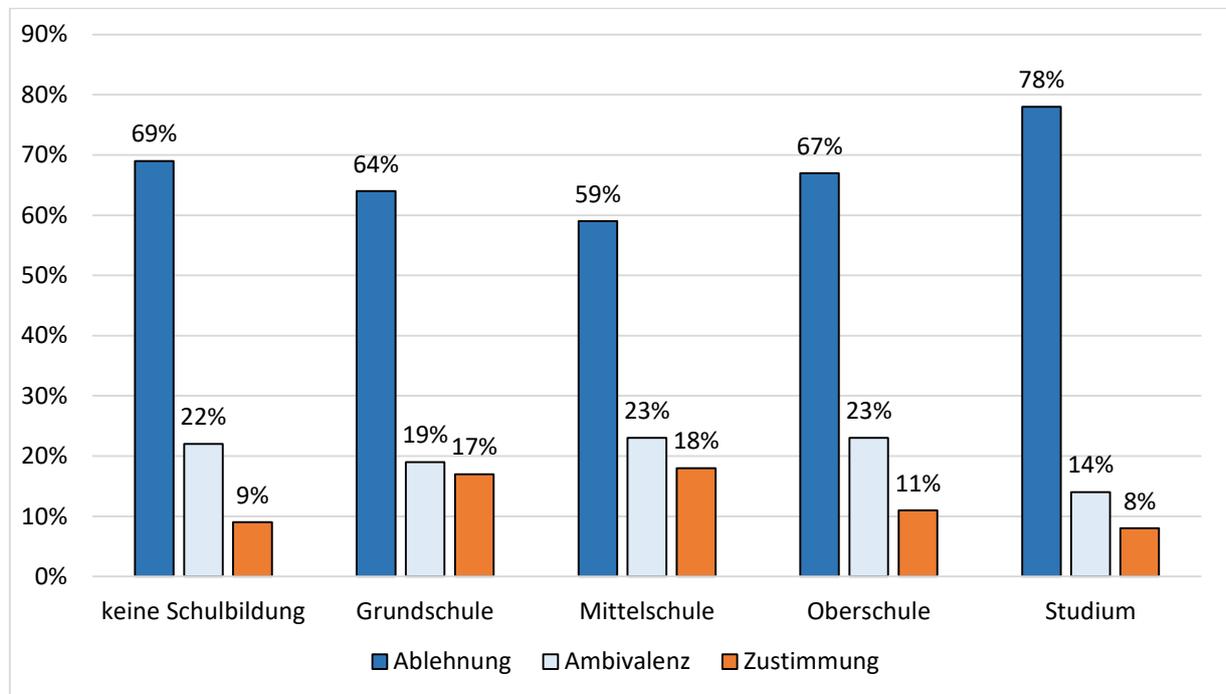


Abbildung 7.14: Einstellungen zu strenger Religionsausübung und Dissozialität im Kontext von Religion

Anmerkungen: Alle Angaben in Prozent. Stichprobengrößen: Keine Schulbildung ($n=177$), Grundschule ($n=140$), Mittelschule ($n=176$), Oberschule ($n=264$), akademische Bildung ($n=13$).

Befragungsteilnehmer*innen, die einen geringeren Bildungsabschluss aufwiesen (Grundschule und Mittelschule im Vergleich zu Oberschule und Hochschulbildung), zeigten sich offener gegenüber einer strikten Religionsausübung und radikalen Verhaltensweisen im Namen der eigenen Religion (**Abbildung 7.14**). Derartige Unterschiede nach Bildungsgrad sind typisch und psychologisch leicht zu erklären. Religiös definierte Norm- und Wertesysteme und damit verbundene Rollen- und Verhaltenserwartungen an Mitglieder religiöser Konfessionen bieten Personen mit geringer und mittlerer Bildung vermutlich zum einen Orientierung und Halt im Alltag und zum anderen befriedigen sie ihr intellektuelles Bedürfnis nach möglichst einfachen kausalen Erklärungsmustern sowie Reflektionen der eigenen Existenz und damit verbundener Erfahrungen und Erlebnisse. Das Bedürfnis der Vermeidung kognitiver Dissonanz (Festinger, 1957) kann demnach die Motivation zur strikten Ausübung und Befolgung von Religion und religiösen Autoritäten als auch normverletzende Verhaltensweisen bestärken, um die eigene Weltanschauung und die damit verbundene Lebensorientierung zu schützen. Geflüchtete höherer Bildung (Studium) sind demgegenüber in größerem Ausmaß fähig, Inhalte und Verhaltenserwartungen von Religion zu reflektieren und Verhaltensweisen abzulehnen, die anderen Menschen möglicherweise schaden, auch wenn es darum geht, einer höheren Instanz zu dienen. Ein wenig überraschend war in diesem Zusammenhang der relativ hohe Ablehnungs- bzw. geringe Zustimmungsgrad für eine strenge Religionsausübung von

Personen ohne Schulbildung. Dieses Ergebnis hing allerdings mit dem relativ hohen Anteil an Afghan*innen zusammen, die insgesamt einen hohen Anteil an Personen ohne Schulbildung ausmachten, jedoch relativ moderate Einstellungen zur Religion aufwiesen (siehe oben und Abbildung 4.4).

Abschließend gilt es, in komplexeren statistischen Regressionsmodellen zu prüfen, welche Einstellungen und Merkmale der Befragten – neben den Einflüssen soziodemographischer Variablen – wichtig für die Ausprägung extremer religiöser Einstellungen angenommen werden können. **Tabelle 7.5** gibt einen Überblick über statistische Auswertungen getrennt für afghanische, syrische und irakische Geflüchtete wie auch für die Gesamtstichprobe. Über die Gesamtstichprobe hinweg sagten insbesondere hohe Werte in sozialer und männlicher Dominanz sowie die Bedeutsamkeit der Ausübung der eigenen Religion extrem religiöse Überzeugungen am besten vorher. Weiterhin wirkten eine feindliche Haltung gegenüber Israel und die Befürwortung von Gewalt im familiären und/oder partnerschaftlichen Kontext verstärkend auf Zustimmungsraten extremer religiöser Positionen. Daneben zeigte sich, dass weibliche Geflüchtete und psychisch stärker belastete Befragungsteilnehmer*innen eher geneigt waren, extremen Positionen zuzustimmen.

Nach Herkunftsländern getrennt betrachtet, war der Einfluss der überprüften Faktoren am deutlichsten im Falle syrischer Geflüchteter. Dabei konnten befürwortende Einstellungen gegenüber sozialer Dominanz und dem Patriachat, eine antiisraelische Einstellung, die Bedeutsamkeit der eigenen Religion und eine hohe psychische Belastung sowie das weibliche Geschlecht Geflüchteter als verstärkende Faktoren hinsichtlich extremer religiöser Überzeugungen ermittelt werden. Demgegenüber wirkten bei syrischen Geflüchteten ein höheres Alter und insbesondere höhere Bildung als Faktoren gegen eine striktere Orientierung an religiösen Gesetzen sowie der Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung religiöser Interessen.

Es ist an dieser Stelle notwendig darauf hinzuweisen, dass bewusst auf die Terminologie *religiös motivierter Extremismus* verzichtet wurde. Das Konzept religiöser Überzeugungen wurde aus zwei Kernelementen zusammengesetzt: Ideologie (in diesem Falle religiöser Ideologie) und Dissozialität (hier als normverletzende Einstellungen im Namen der Religion verstanden). Nach Beelmann (2017) kann diese Operationalisierung nicht als hinreichend zur Definition von Extremismus angesehen werden. Neben einer (extremistischen) Ideologie und dissozialen Einstellungen oder Verhaltensweisen müssen weiterhin Identitätsprobleme und massive Vorurteilsstrukturen bei Individuen vorhanden sein, um von religiösem Extremismus zu sprechen.

Tabelle 7.5: Einflussfaktoren von extremen religiösen Überzeugungen

Einflussfaktoren	Gesamtstichprobe	Herkunftsländer		
		Afghanistan	Syrien	Irak
Geschlecht	.10***	-.04 n.s.	.07*	.17*
Alter	-.02 n.s.	-.08 n.s.	-.09*	-.02 n.s.
Bildung	.01 n.s.	-.06 n.s.	-.16***	-.03 n.s.
Bedeutsamkeit Religion	.16***	.17**	.15***	.18*
Vertrauen in Bundesregierung	-.04 n.s.	.04 n.s.	-.04 n.s.	-.10 n.s.
Demokratieunterstützung	.01 n.s.	-.12*	.01 n.s.	.02 n.s.
Soziale Dominanzorientierung	.23***	.17*	.20***	.09 n.s.
Antiisraelische Einstellungen	.16***	.18*	.12***	.16 n.s.
Patriachatunterstützung	.22***	.12*	.24***	.26 **
Gewalt (in Familie und Partnerschaft)	.07*	.17*	.06 n.s.	.07 n.s.
Psychische Belastung	.10***	.04 n.s.	.20***	-.06 n.s.
Fallzahl (<i>n</i>)	<i>n</i> = 743	<i>n</i> = 187	<i>n</i> = 377	<i>n</i> = 104
Anteil aufgeklärter Varianz (<i>R</i> ²)	<i>R</i> ² = .28	<i>R</i> ² = .26	<i>R</i> ² = .35	<i>R</i> ² = .25

Anmerkung: Es werden Ergebnisse (β -Gewichte) einer multivariaten linearen Regression berichtet. Bei einem positiven Vorzeichen wird die Zustimmung zu extremen religiösen Überzeugungen durch den Einflussfaktor erhöht, bei einem negativen Vorzeichen gesenkt. n.s. = nicht signifikanter Zusammenhang. Signifikanter Zusammenhang * $p < .05$, ** $p < .01$, *** $p < .001$.

7.3.5 Zusammenfassung

Geflüchtete in Thüringen äußern sich mit Blick auf kulturelle Traditionen ihrer Herkunftsländer relativ konservativ. Insbesondere soziale Rollenerwartungen an Männer und Frauen sowie Konzepte intimer sozialer Beziehungen sind durch Sozialisation, gesellschaftliche Narrative und damit verbundener Norm- und Wertevermittlung in den Einstellungen Geflüchteter verankert. Individualisierungsprozesse westlicher Gesellschaften führten zu und fördern weiterhin eher eine Auflösung von Traditionen, Normen und Werten europäischer Kulturen und Länder (vgl. Beck, 1986; Heitmeyer, 2012). Die damit einhergehende Verunsicherung bewirkt ein zunehmendes gesellschaftliches Bedürfnis nach Halt und Orientierung sowie eine Verschiebung hin zu ausgeprägten konservativen und rechtspopulistischen Einstellungen und Wahlverhalten. Das Bedürfnis nach festen gesellschaftlichen Strukturen, Traditionen und Verhaltensnormen scheint somit sowohl bei Personen der deutschen Aufnahmegesellschaft sowie Geflüchteten in Thüringen inhärent. Ziel einer zukunftsorientierten Akkulturationspolitik muss somit in der Etablierung und Vermittlung übergeordneter Norm- und Wertesysteme liegen, die auf Basis von grundlegenden Menschenrechten und demokratisch-freiheitlichen Prinzipien Gemeinsamkeiten zwischen Aufnahmegesellschaft und Geflüchteten begründen und soziale Kohäsion sicherstellen.

8. Zukunfts- und Bleibeperspektive

Für das Verständnis von Integrationsprozessen ist neben der Erfassung des Status Quo auch die Betrachtung von Erwartungen und Wünschen der Geflüchteten an ihr zukünftiges Leben in Deutschland bedeutsam. Dies soll im Folgenden mit Blick auf den Familiennachzug, der Bleibeabsicht und den Zukunftserwartungen geschehen.

8.1. Familiennachzug

In Politik und Medien gibt es auch nach dem Ende der sogenannten „Flüchtlingskrise“ eine anhaltende Diskussion darüber, wie viele Geflüchtete nach Deutschland kommen dürfen. Eng damit verbunden ist die Frage, wie viele Geflüchtete im Nachzug, also als Familienangehörige bereits ansässiger Geflüchteter, nach Deutschland kommen werden. Hier hat sich die Rechtslage in den letzten Jahren mehrmals verändert. Geflüchtete mit einem Aufenthaltstitel können teilweise einen Familiennachzug für enge Verwandte wie den Ehepartner, minderjährige Kinder sowie Eltern minderjähriger Geflüchteter beantragen, beispielsweise aber nicht für Geschwister.

Der Thüringen-Monitor Integration befragte die geflüchteten Männer und Frauen in Thüringen zunächst dazu, wie viele Personen sie, unabhängig von der Rechtslage, gerne nachholen würden. Dabei gaben 69,7 Prozent aller Befragten einen Wunsch nach Familiennachzug an. Von diesen Personen wollten 20,2 Prozent eine Person nach Thüringen nachholen. Darüber hinaus schwankte die Anzahl der genannten Familienmitglieder zwischen einer und 33 Personen. Jedoch wollte eine Mehrheit von 55,4 Prozent zwischen einem und drei Familienmitgliedern, bzw. 82,0 Prozent zwischen einem und fünf Verwandten nachholen.

Tabelle 8.1: Umfang des gewünschten Familiennachzugs

Auswertung nach...	Untergruppe	Durchschnittlich Anzahl der gewünschten Personen im Familiennachzug
Geschlecht	männlich (<i>n</i> = 527)	2,3
	weiblich (<i>n</i> = 226)	2,5
Altersgruppe	18-25 Jahre (<i>n</i> = 249)	2,2
	26-35 Jahre (<i>n</i> = 256)	2,3
	36 Jahre und älter (<i>n</i> = 223)	2,6
Staatsangehörigkeit	Syrien (<i>n</i> = 377)	2,7
	Afghanistan (<i>n</i> = 198)	1,7
	Irak (<i>n</i> = 97)	2,9
	Iran (<i>n</i> = 39)	1,9
Aufenthaltsstatus	Abgelehnt bzw. unklar (<i>n</i> = 96)	1,8
	Verfahren noch nicht beendet (<i>n</i> = 124)	1,8
	Genehmigt, Familiennachzug (<i>n</i> = 539)	2,6

Tabelle 8.1 zeigt das Antwortverhalten aufgliedert nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit sowie Aufenthaltsstatus. Die aufgetretenen Unterschiede in den Antworten nach Geschlecht und Alter waren minimal. Als bedeutsamer Faktor erwies sich aber die Staatsangehörigkeit. Geflüchtete aus Afghanistan ($M=1,7$) und dem Iran ($M=1,9$) wünschten im Durchschnitt weniger Personen nachzuholen als Befragte aus Syrien ($M=2,7$) und dem Irak ($M=2,9$). Diese Unterschiede hingen partiell mit dem Aufenthaltsstatus zusammen, der bei der rechtlichen Bewertung entscheidend ist. Entsprechend gaben Personen, die bereits über eine Aufenthaltserlaubnis verfügten bzw. selbst über Familiennachzug in Deutschland lebten, deutlich mehr Personen an ($M=2,6$), die sie nachzuholen wünschten, als Befragte, deren Antrag abgelehnt wurde oder unklar war ($M=1,8$) oder die sich noch im laufenden Verfahren befanden ($M=1,8$).

Da der Umstand, sich allein in Deutschland zu befinden oder bereits Verwandtschaft vor Ort zu haben, mit Blick auf Nachzugswünsche bedeutsam sein kann, wurde für weitere Analysen eine Unterscheidung zwischen diesen beiden Untergruppen vorgenommen. Entsprechend sind die Ergebnisse in den folgenden **Abbildungen 8.1 und 8.2** aufgeteilt, denen darüber hinaus Geschlechtsunterschiede entnommen werden können.

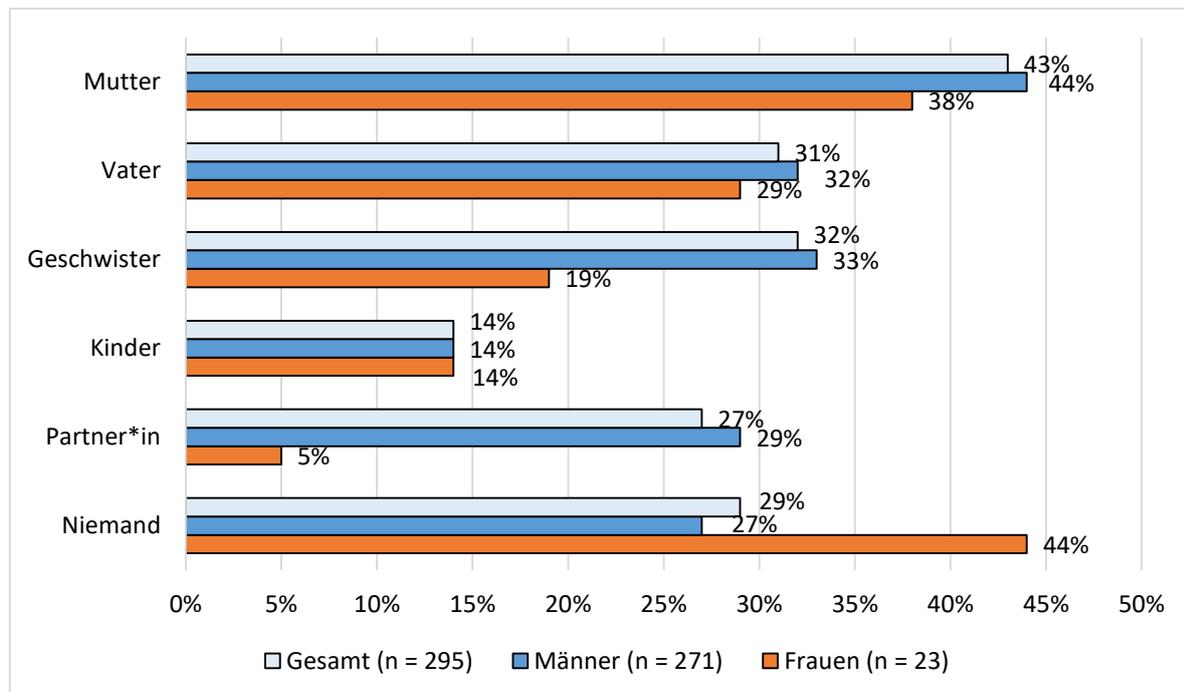


Abbildung 8.1: Familiennachzugswünsche der Befragten ohne Verwandtschaft in Deutschland (Angaben in Prozent)

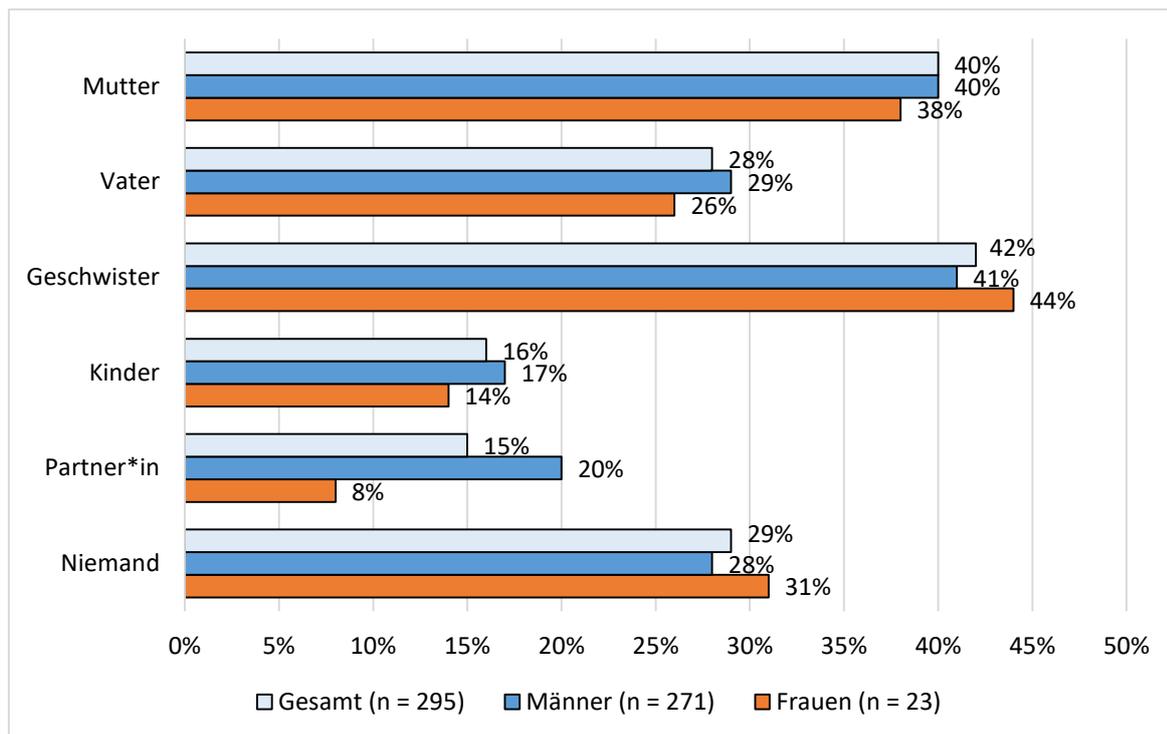


Abbildung 8.2: Familiennachzugswünsche der Befragten mit Verwandtschaft in Deutschland (Angaben in Prozent)

Während sich der Anteil Geflüchteter, die allein in Deutschland waren, von jenen mit Verwandtschaft in Deutschland in ihren grundsätzlichen Nachzugswünschen allgemein kaum unterschieden (jeweils rund 70 Prozent), ergab sich ein anderes Bild im Hinblick auf die Personen, deren Nachzug gewünscht wurde. Bei den Befragten ohne Verwandtschaft vor Ort waren dies deutlich häufiger die Partnerin oder der Partner als unter jenen Befragten mit Verwandten in Deutschland. Ein wichtiger Faktor schien auch das Geschlecht der Befragten zu sein. Frauen, die bereits Verwandtschaft vor Ort hatten, wünschten sich den Nachzug weiterer Familienmitglieder nach Deutschland häufiger als (die relativ kleine Gruppe) von Frauen ohne Verwandtschaft in Deutschland. Deutlich war der Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Geflüchteten im Hinblick auf den Nachzug des Partners bzw. Partnerin. In beiden Untergruppen wünschten sich Frauen dies seltener als Männer, umgekehrt war es beim Nachzug von Geschwistern. Partiiell könnte dieser Befund auf den Umstand zurückzuführen sein, dass Frauen mit Verwandtschaft in Deutschland häufiger bereits mit ihrem Partner in Deutschland lebten als dies für Männer der Fall ist. Dass sich unter den Verwandten, deren Nachzug am häufigsten gewünscht wurde, neben den Eltern auch die Geschwister befanden, deren Nachzug aufgrund der Rechtslage unwahrscheinlich ist, unterstreicht den Charakter der Aussagen als Ausdruck von Wünschen oder Hoffnungen, die nicht unbedingt realistische Pläne widerspiegeln.

8.2. Subjektive Bleibeabsicht

Hinsichtlich ihrer Zukunftsplanung konnten die Geflüchteten weiterhin angeben, wo sie langfristig zu leben wünschten, ob Sie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen wollten, für wie wahrscheinlich sie es hielten, in Deutschland zu bleiben und wo sie gegebenenfalls gerne leben würden. Die größte Zahl der Befragten gab zu etwa gleichen Teilen an, entweder in Thüringen (41,1 Prozent) oder in einem anderen deutschen Bundesland (39,3 Prozent) leben zu wollen, während 19,5 Prozent der Befragten langfristig gerne zurück in ihr Heimatland kehren würden. Andere Möglichkeiten, wie in einem benachbarten Land des Herkunftslandes oder in einem anderen europäischen Land zu leben, fand nur sehr wenig Zustimmung unter den Befragten. Ebenfalls gering war der Anteil derer, die noch unentschieden waren oder sich mehrere Ziele als Wunschwohntort vorstellen konnte (siehe **Abbildung 8.3**).

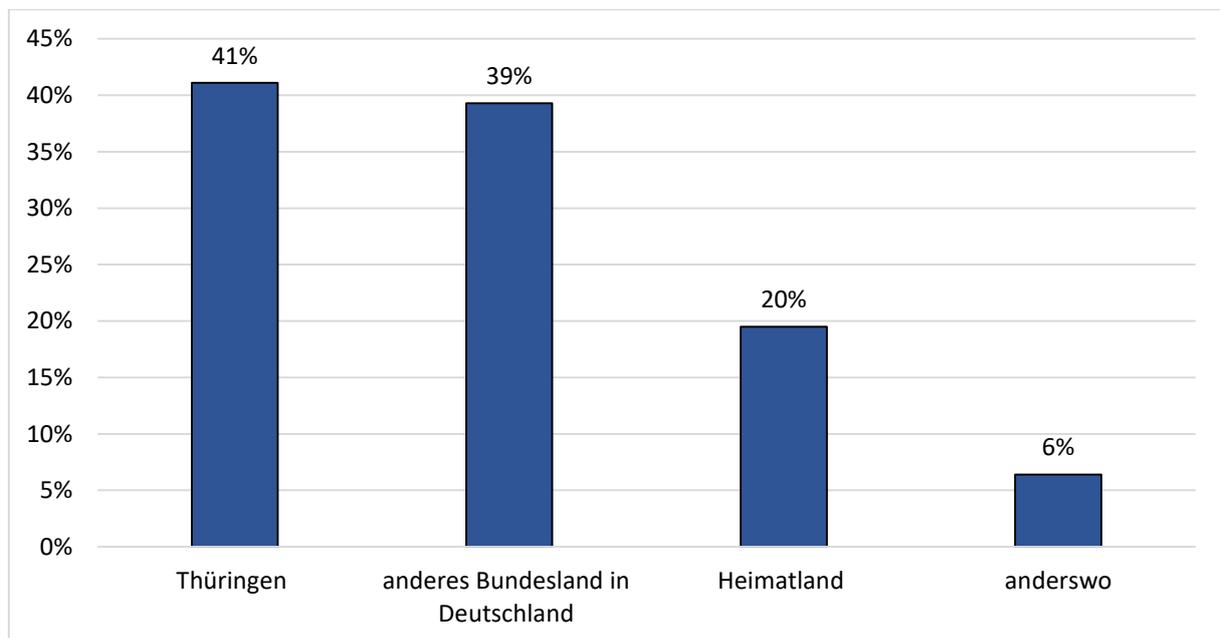


Abbildung 8.3: Langfristiger Wunschwohntort (Angaben in Prozent, Mehrfachangaben möglich, n = 896)

Die jeweiligen Wünsche unterschieden sich stark zwischen Geflüchteten verschiedener Staatsangehörigkeiten. So wollten etwa 31,3 Prozent der Syrer*innen nach Möglichkeit wieder in ihr Heimatland zurück, während dieser Wunsch bei den befragten Afghan*innen und Iraker*innen weitaus weniger stark ausgeprägt war (5,7 bzw. 7,8 Prozent). Hier waren es jeweils nur kleine Minderheiten, die langfristig gern in ihr Heimatland zurückkehren wollten.

Interessant war der Befund, dass der Anteil der Befragten, die langfristig gern in einem anderen Bundesland leben wollen, fast genauso hoch war wie der Anteil, der weiter in Thüringen leben möchte. Hier scheinen die bisherigen Lebenserfahrungen einen besonderen Einfluss zu haben. So gaben Befragte, die in den Thüringer Großstädten lebten, häufiger an, sich auch langfristig ein Leben in Thüringen vorstellen zu können. Eine Rolle spielte auch, ob Befragte bereits in den Thüringer Arbeitsmarkt integriert waren. So wollten 44,7 Prozent der bereits Erwerbstätigen in Thüringen dauerhaft bleiben, während dies auf 40,4 Prozent der Nicht-Erwerbstätigen zutrifft. Darüber hinaus wollten 47,4 Prozent der Personen, die von täglichen Kontakten zu Einheimischen am Arbeitsplatz berichteten, häufiger in Thüringen leben als Personen, die keine entsprechenden Kontakte hatten (34,6 Prozent). Auch erlebte Diskriminierungserfahrungen wirkten sich aus. Personen, die angaben,

wegen ihrer Herkunft oft beleidigt oder beschimpft worden zu sein, wollten nur zu 29,4 Prozent dauerhaft in Thüringen leben, während dies auf 45,9 Prozent zutraf, die diese Form der Diskriminierung noch nie erfahren hatten. Schließlich äußerten Personen, die eine stärkere Distanz zu Deutschen verspürten, seltener den Wunsch, in Thüringen zu leben. 28,1 Prozent der Befragten, die wahrnahmen, dass Deutsche ihnen nicht vertrauen, wollten in Thüringen bleiben, im Vergleich zu 48,1 Prozent derjenigen, die diese Erfahrung bisher nicht gemacht hatten. Neben diesen Zusammenhängen mag es auch an einer mangelnden migrantischen Community in Thüringen liegen, die insbesondere etwa eine knappe Mehrheit (51,4 Prozent) der Afghan*innen in ein anderes Bundesland zieht.

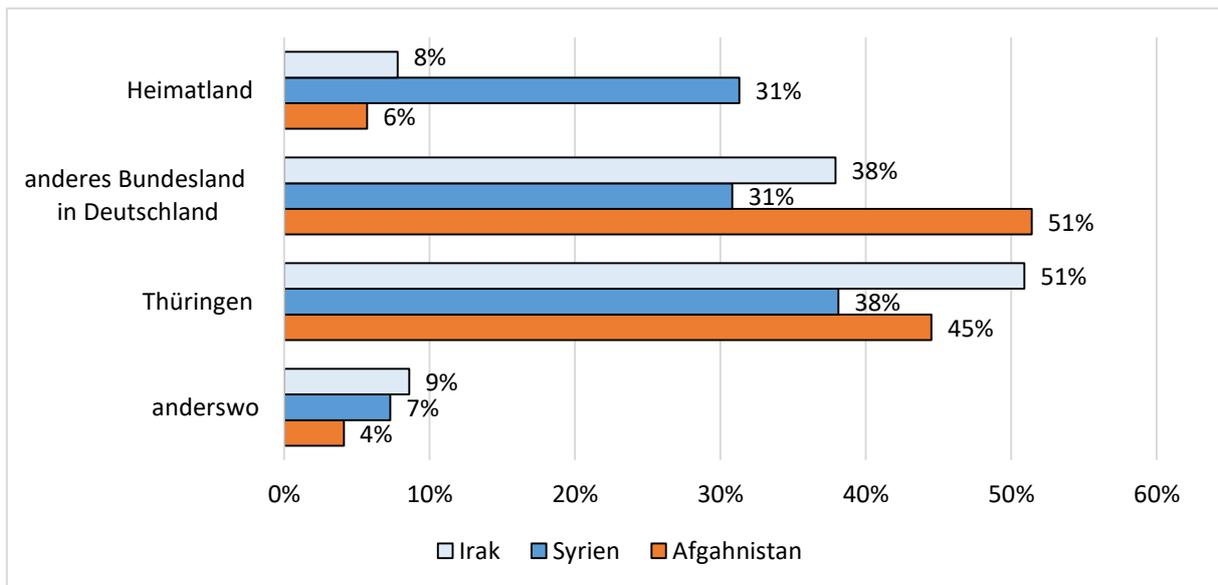


Abbildung 8.4: Langfristiger Wunschwohntort nach Staatsangehörigkeit (Angaben in Prozent, Mehrfachangaben möglich, n = 891)

Neben der langfristigen Bleibeperspektive wurden die Teilnehmer*innen auch gebeten anzugeben, ob sie sich vorstellen könnten, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Dabei ging es zunächst nur um den Wunsch der Befragten ohne Berücksichtigung der realen Möglichkeiten. Denn für die weitaus meisten Untersuchungsteilnehmer*innen waren angesichts der geltenden Anforderungen (u.a. unbefristete Aufenthaltserlaubnis, mehrjähriger Aufenthalt in Deutschland, eigenes Einkommen, ausreichende Deutschkenntnisse, Kenntnisse über die Rechtslage in Deutschland; vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2018) die Chancen auf Annahme einer deutschen Staatsbürgerschaft jedenfalls zum Zeitpunkt der Befragung sehr gering.

Zur Beantwortung der Frage, ob die Befragten bei einer entsprechenden Möglichkeit die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen wollten, hatten die Teilnehmer*innen der Befragung die Möglichkeit mit „Nein“, „Ja, wenn ich meine behalten kann“ oder „Ja, auch wenn ich meine abgeben muss“ zu antworten. Die Ergebnisse aufgeteilt nach Herkunftsländern zeigt **Abbildung 8.5**.

Insgesamt äußerte die Hälfte der Befragten den Willen, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, auch wenn sie dafür ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben müssten. Nahezu ebenso viele Befragte favorisierten eine doppelte Staatsangehörigkeit. Mit Ausnahme einer kleinen Minderheit der iranischen Befragten (12,5 Prozent) gab aber praktisch niemand unter den befragten Personen an, die deutsche Staatsbürgerschaft bei einer gegebenen Möglichkeit nicht annehmen zu wollen. Dies mag durch den Umstand beeinflusst sein, dass es speziell als iranische*r Staatsbürger*in aktuell nicht

möglich ist, eine andere Staatsbürgerschaft anzunehmen (Worbs, 2017). Der Befund, dass unter den Geflüchteten aus den meisten Herkunftsländern (bis auf die syrischen Befragten) die Gruppe derer größer war, die selbst dann die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen wollten, wenn sie ihre eigene im Gegenzug abgeben müssten, mag damit zusammenhängen, dass ein Großteil der Befragten es für eher oder sehr wahrscheinlich hielt, in Deutschland zu bleiben (91,9 Prozent).

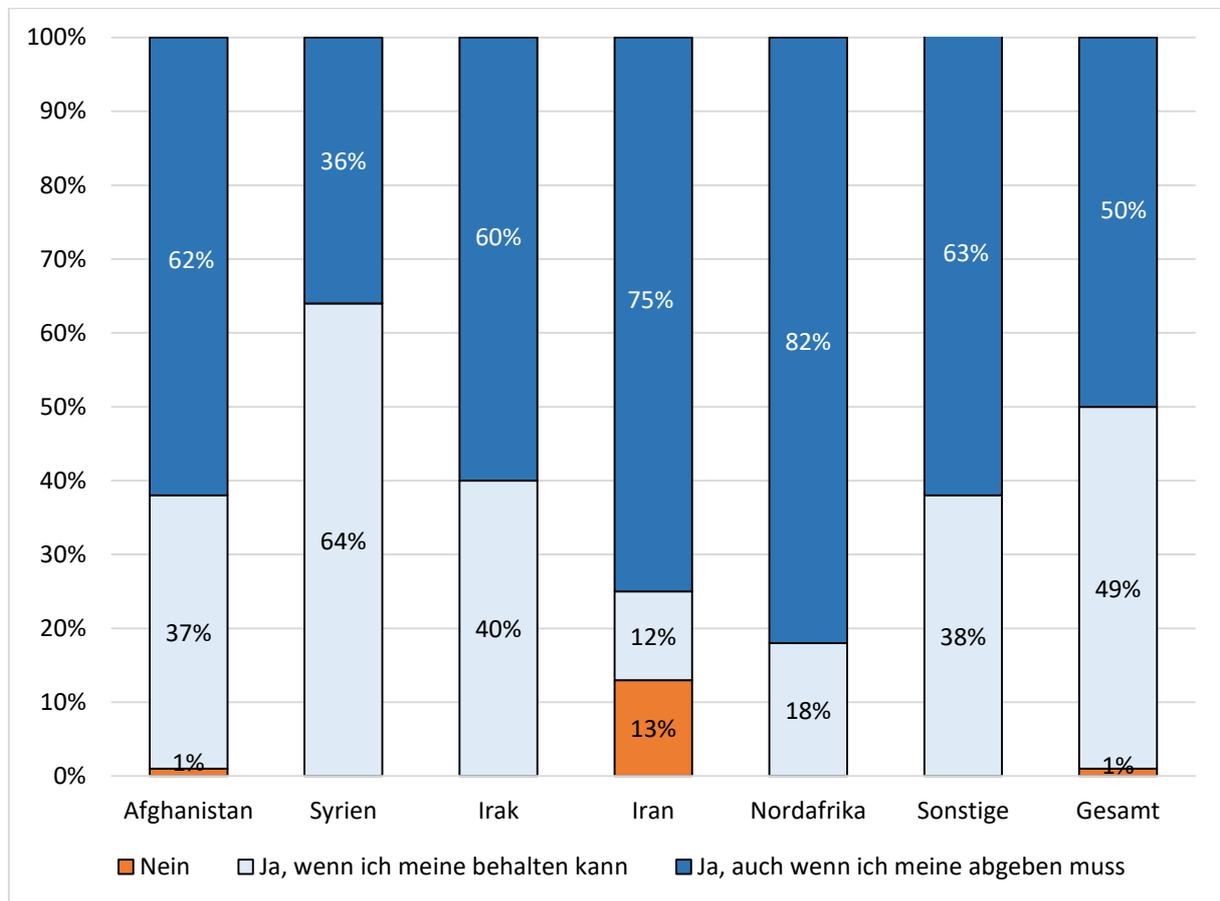


Abbildung 8.5: Wunsch die deutsche Staatsbürgerschaft zu übernehmen nach Staatsangehörigkeit (Angaben in Prozent, n = 891)

Um ein differenzierteres Bild über die Bereitschaft zur Übernahme der deutschen Staatsangehörigkeit zu erhalten, wurden die Antworten auch in Abhängigkeit von Geschlecht, Alter und Aufenthaltsstatus betrachtet (vgl. **Tabelle 8.2**).

Deutliche Unterschiede ergaben sich hier zwischen Männern und Frauen. Während die Anteile der männlichen Befragten, die entweder eine exklusiv deutsche (51,4 Prozent) oder eine doppelte Staatsbürgerschaft (45,8 Prozent) bevorzugten, nur in geringem Umfang voneinander abwichen, äußerten sich die weiblichen Befragten zu etwa zwei Dritteln zugunsten einer doppelten Staatsangehörigkeit (63,8 Prozent). Dagegen gab es nur leichte Unterschiede zwischen den drei betrachteten Altersgruppen. Als bedeutsam erwies sich aber der Aufenthaltsstatus. Während die Mehrheit der Befragten mit abgelehntem oder unklarem Aufenthaltsstatus bzw. laufendem Asylverfahren für eine exklusiv deutsche Staatsangehörigkeit optierte, sprach sich die Mehrheit der Geflüchteten mit sichererem Aufenthaltsstatus (durch Genehmigung oder Familiennachzug) für eine doppelte Staatsbürgerschaft aus (59,3 Prozent).

Tabelle 8.2: Bereitschaft die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen in Abhängigkeit von Geschlecht, Alter und Aufenthaltsstatus (in Prozent)

Auswertung nach ...	Untergruppen	Nein	Ja, doppelte Staatsangehörigkeit	Ja, exklusiv deutsche Staatsangehörigkeit
Geschlecht	männlich (<i>n</i> = 636-637)	2,8	51,4	45,8
	weiblich (<i>n</i> = 254)	2,4	63,8	32,7
Altersgruppe	18-25 Jahre (<i>n</i> = 284-285)	3,5	54,9	42,3
	26-35 Jahre (<i>n</i> = 299)	2,3	52,5	45,2
	36 Jahre und älter (<i>n</i> = 273)	1,8	59,3	37,4
Aufenthaltsstatus	Abgelehnt bzw. unklar (<i>n</i> = 120)	3,3	45,8	51,7
	Verfahren noch nicht beendet (<i>n</i> = 142)	4,2	43,7	52,1
	Genehmigt, Familiennachzug (<i>n</i> = 634-635)	2,2	59,3	37,9

Schließlich sollten die Befragten rückblickend einschätzen, ob ihre Entscheidung nach Deutschland zu kommen, auch aus heutiger Sicht richtig war und ob sie Unterschiede zwischen den Vorstellungen vom Leben in Deutschland und der erlebten Realität erkennen konnten. Insgesamt bewertete eine überwältigende Mehrheit der Befragten ihre Entscheidung, nach Deutschland zu kommen, als richtig (92,3 Prozent), ein Ergebnis, das angesichts der Erlebnisse auf der Flucht wie auch möglicher Widrigkeiten nach der Ankunft in Deutschland nicht unbedingt erwartbar war. Selbst 39,0 Prozent derjenigen Befragten, die die Entscheidung, nach Deutschland zu kommen, im Rückblick nicht für richtig hielten, waren der Ansicht, dass ihr derzeitiges Leben in Deutschland besser als gedacht sei.

8.3 Zukunft in Deutschland

Ein letzter Teil der Befragung befasste sich mit Einstellungen und Erwartungen der Geflüchteten zur weiteren Zukunft. Die Untersuchungsteilnehmer*innen sollten zunächst eine vorgegebene Liste von sechs Bereichen (berufliche Perspektive, Frieden und Sicherheit, Perspektiven für die eigenen Kinder, Freiheit und Demokratie, Wohlstand und staatliche Absicherung, Freundschaften mit Einheimischen) nach ihrer Wichtigkeit für die Zukunft bewerten und dabei einen Rangplatz angeben (von 1 = *am wichtigsten* bis 6 = *am unwichtigsten*). Bei solchen Rangreihen ist zu beachten, dass eine wichtige Bewertung eines gegebenen Aspekts notwendig zu einer geringeren Bewertung der anderen Bereiche führt. Es handelt sich also um relative Wichtigkeiten, nicht um absolute Einschätzungen.

Eine Mehrheit von 63,5 Prozent der Befragten vergab für den Aspekt Frieden und Sicherheit den ersten Rangplatz, der damit mit großem Abstand als wichtigster Wunsch für die Zukunft bewertet wurde. Auch für berufliche Perspektiven wurde am häufigsten der erste Rangplatz vergeben (19,4 Prozent), wobei allerdings eine große Variationsbreite in der subjektiven Wertigkeit gegeben war (Rangplatz 5 war mit 18,5 Prozent der zweithäufigste Rangplatz). Auch Perspektiven für die eigenen Kinder sowie Freiheit und Demokratie wurde relativ hoch bewertet (häufigste Nennung erhielt der Rangplatz zwei mit 21,2 bzw. 24,9 Prozent). Als vergleichsweise weniger wichtig wurden Wohlstand und staatliche Absicherung sowie Freundschaften mit Einheimischen eingeschätzt.

Die Befragten wurden weiterhin gebeten, auf einer vierstufigen Skala zwischen *sehr schlecht* bis *sehr gut* eine allgemeine Einschätzung zur eigenen Zukunft abzugeben. Im Anschluss sollten sie im Vergleich dazu die Zukunft der ihnen nachfolgenden Generationen auf einer dreistufigen Skala von *schlechter als Ihnen* über *gleich gut* bis *besser als Ihnen* bewerten. Die **Abbildungen 8.6** und **8.7** zeigen diese Antworten sowohl für die Gesamtstichprobe als auch getrennt nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus.

Insgesamt äußerten sich die Geflüchteten sehr zuversichtlich. Über ein Drittel sahen ihre Zukunftsperspektiven als sehr gut, weitere knapp zwei Drittel als eher gut an. Dabei gab es kaum Geschlechtsunterschiede. Dagegen war das Alter der Befragten bedeutsam. So betrachteten die 18-25-Jährigen ihre Zukunft signifikant pessimistischer als die älteren Befragten. Auch bei der Staatsangehörigkeit gab es Unterschiede hinsichtlich der Zukunftserwartungen. Während in der Gruppe der Iraner*innen alle der Auffassung waren, dass ihre Zukunft eher gut bis sehr gut einzustufen sei, blickten die Afghan*innen am pessimistischsten in die Zukunft. Dieses Antwortmuster war auch mit dem jeweiligen Aufenthaltsstatus verknüpft. So bezeichneten Geflüchtete mit einer Aufenthaltserlaubnis oder einer durch Familiennachzug gesicherten Bleibeperspektive ihre Zukunft mit 96,8 Prozent als eher gut oder sehr gut, während Geflüchtete mit abgelehntem bzw. unklarem Aufenthaltsstatus und jene, welche sich noch im Asylverfahren befanden, ihre Zukunft signifikant pessimistischer beurteilten (siehe **Abbildung 8.6**).

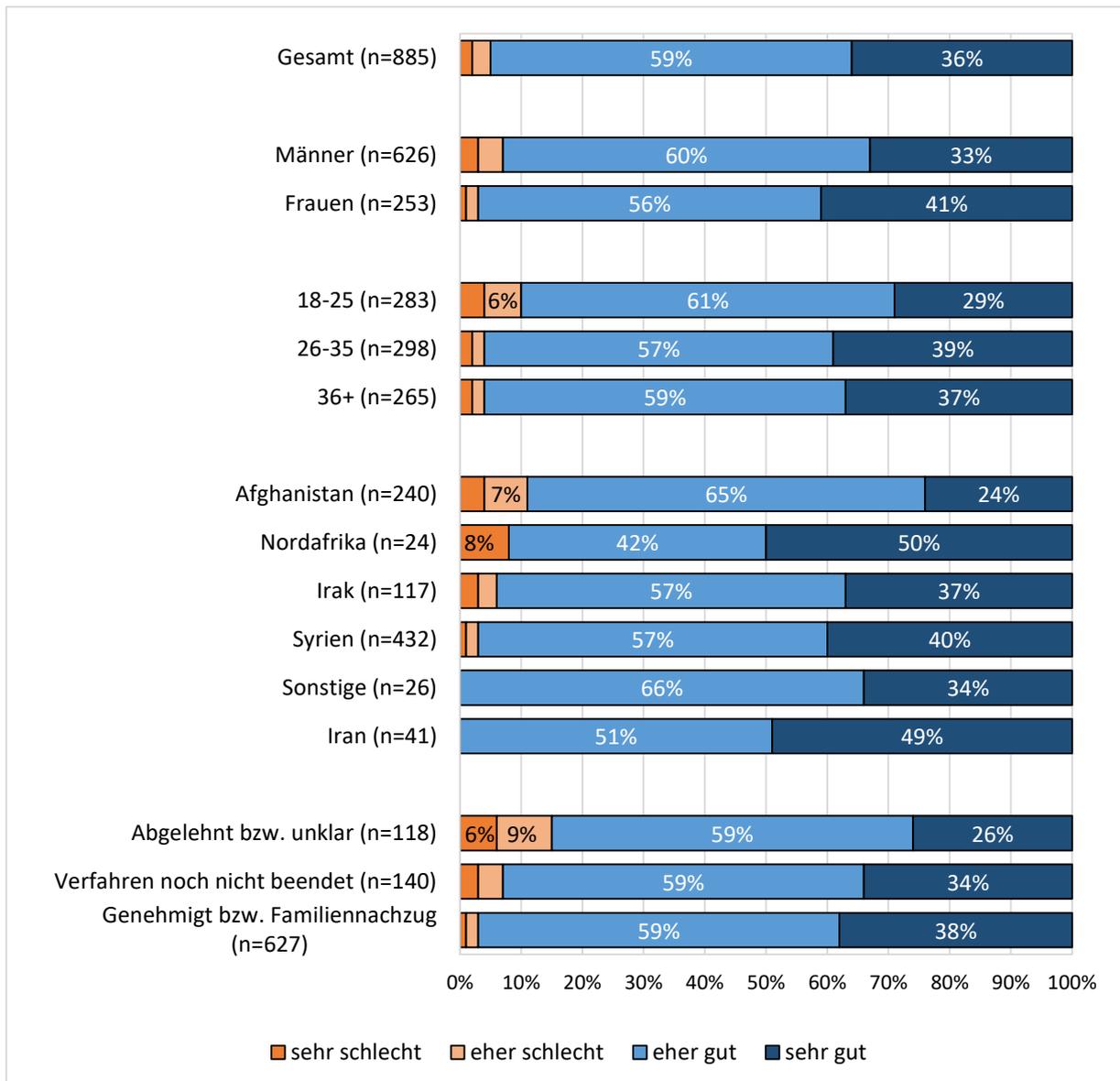


Abbildung 8.6: Einschätzung der eigenen Zukunft nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus (in Prozent)

Auch die Erwartungen für die nachfolgende Generation fielen insgesamt positiv aus (vgl. **Abbildung 8.7**). 95 Prozent der Befragten schätzen die Perspektiven als eher gut oder gut ein. Mit über vier Fünfteln der Befragten sah eine große Mehrheit die Zukunftsperspektiven dieser Generation sogar noch positiver als die eigenen, weitere rund 10 Prozent ähnlich gut. Dabei ergaben sich gewisse, aber in allen Fällen keine signifikanten Unterschiede nach Geschlecht, Alter, Herkunft und Aufenthaltsstatus der Befragten (siehe **Abbildung 8.7**).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass parallele Einschätzungen, die im Vorjahr bei der Thüringer Wohnbevölkerung erhoben wurden (vgl. Best et al., 2017), deutlich pessimistischer ausfielen. Auch wenn ein direkter Vergleich aufgrund der nicht vollständig identischen Frageformulierung und Skalierung nur mit Vorsicht möglich ist, bleibt festzustellen, dass dort nur etwa ein Viertel der Befragten den nachfolgenden Generationen eine bessere Zukunft voraussagte und über die Hälfte der befragten Thüringer die Perspektiven schlechter einschätzte als ihre eigene Lebenslage.

Der nächsten Generation wird es folgendermaßen gehen:

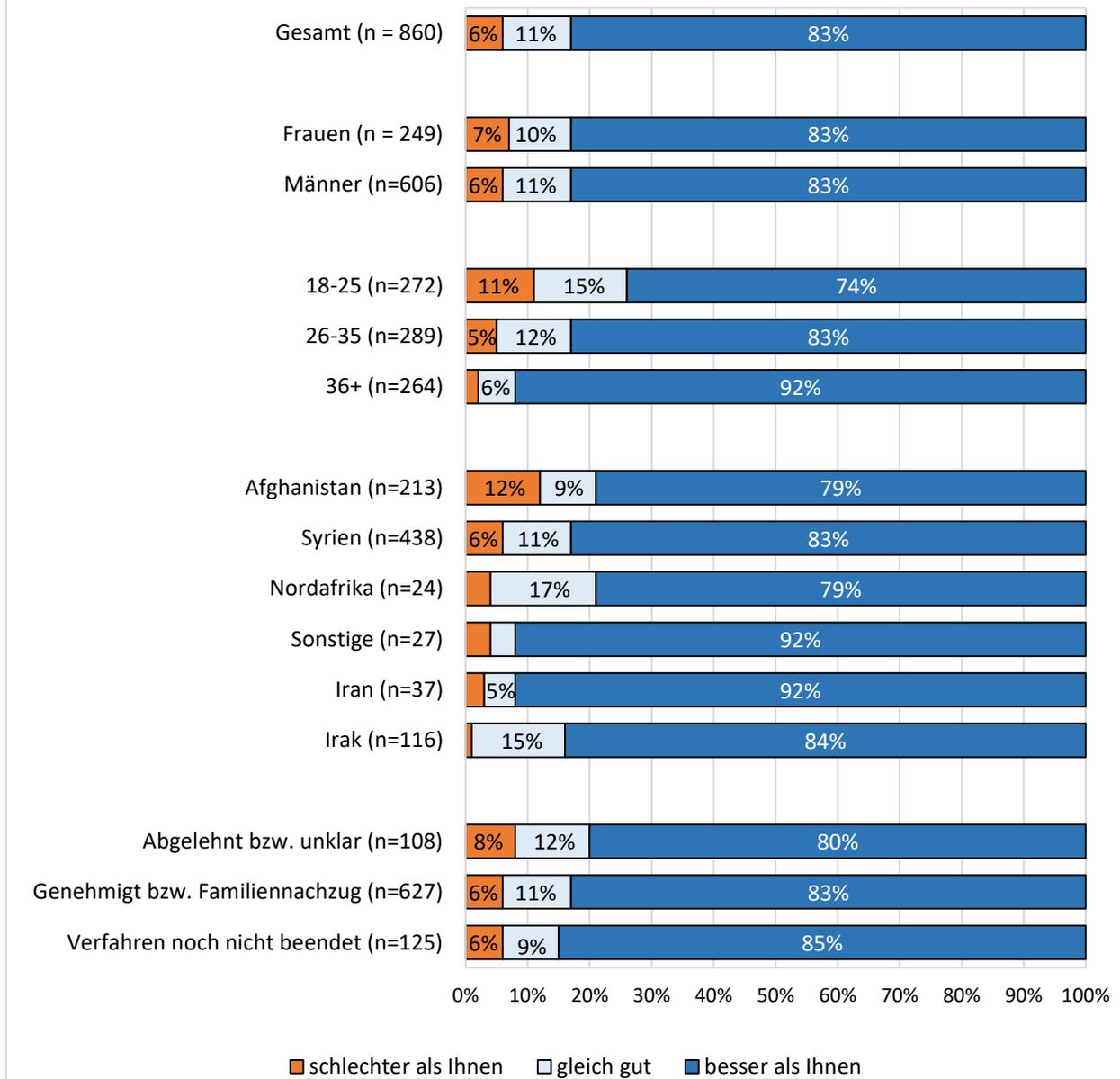


Abbildung 8.7: Einschätzung des Wohlergehens der nachfolgenden Generation nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus (in Prozent)

Zum Ende der Befragung wurden die Geflüchteten gebeten, Verbesserungswünsche für ihr derzeitiges Lebensumfeld zu äußern. Auf einer dreistufigen Skala (von *ausreichend vorhanden* bis *muss deutlich besser/vielfältiger werden*) sollte angegeben werden, welche Veränderungen zu der Perspektive beitragen könnten, dauerhaft am aktuellen Aufenthaltsort zu verbleiben. Die Veränderungsbedarfe für ein Leben in Thüringen werden in **Abbildung 8.8** gezeigt.

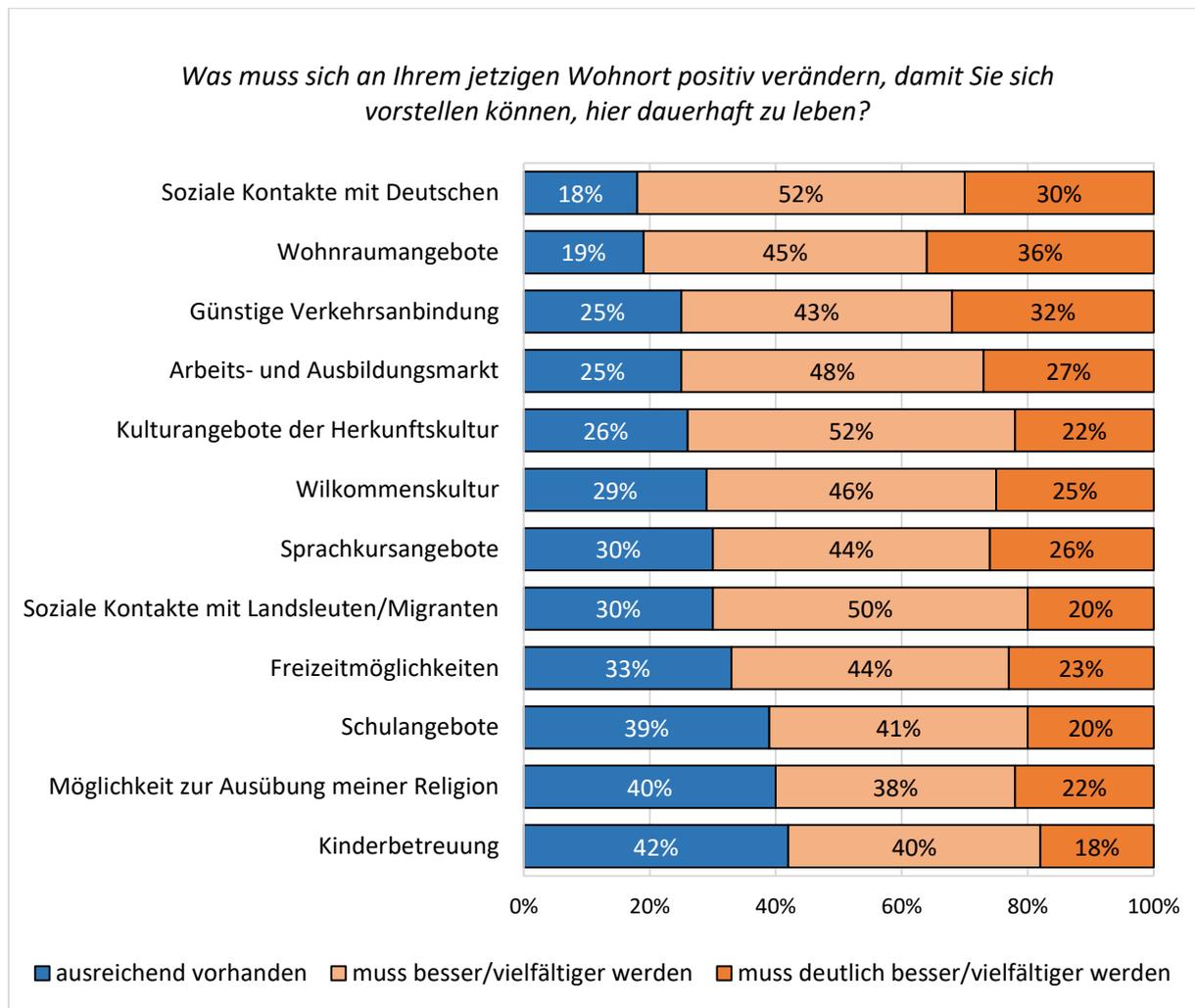


Abbildung 8.8: Veränderungsbedarfe für ein dauerhaftes Leben in Thüringen (in Prozent)

Auffallend war zunächst, dass alle vorgegebenen Aspekte von der Mehrheit der Befragten als verbesserungswürdig angesehen wurden. Am stärksten ausgeprägt waren diese Wünsche hinsichtlich vermehrter sozialer Kontakte mit Deutschen sowie beim Wohnraumangebot und der Verkehrsanbindung. Den geringsten Veränderungsbedarf sahen die Befragten im Bereich der Kinderbetreuung und hinsichtlich der Möglichkeiten, die eigene Religion ausüben zu können. Vergleiche mit einigen dieser Einschätzungen bieten Ergebnisse des letzten Thüringen-Monitors (Reiser et al., 2018), der sich ebenfalls mit der Zufriedenheit deutscher Befragter in Bezug auf verschiedene Rahmenangebote des alltäglichen Lebens befasste.

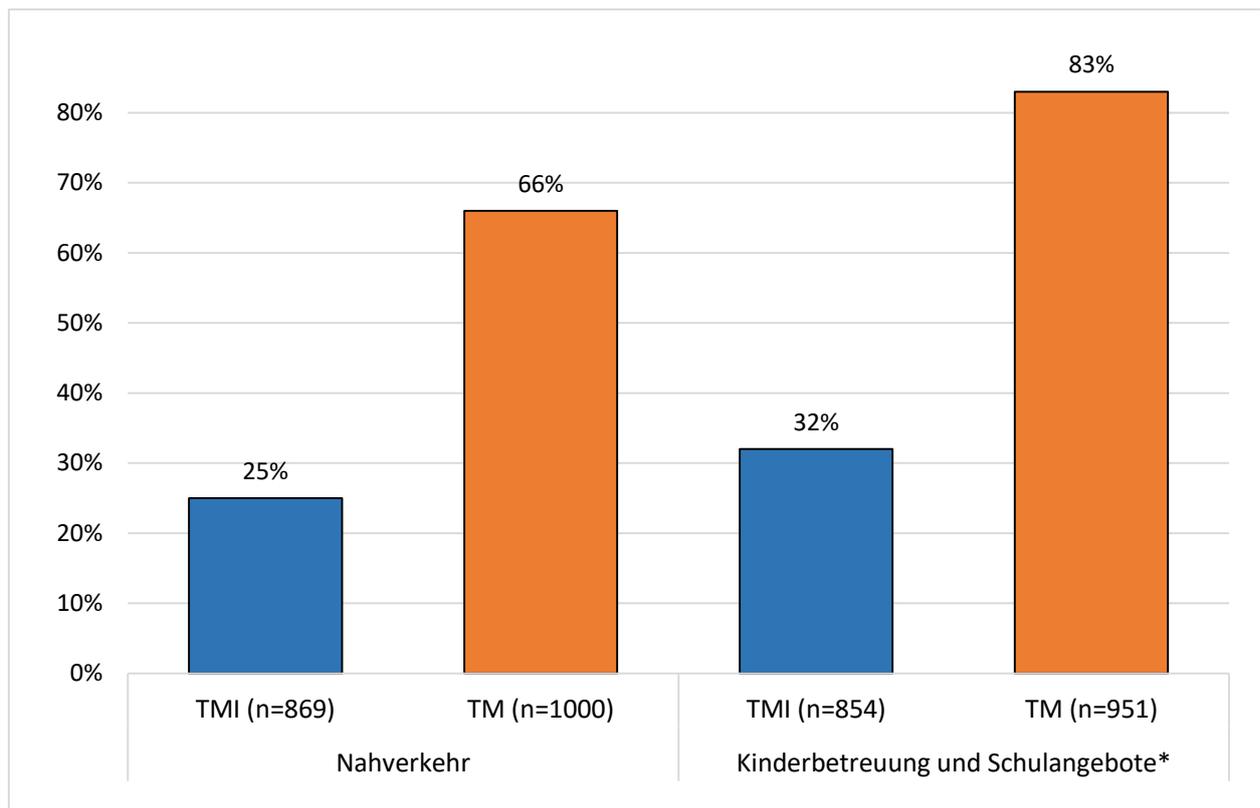


Abbildung 8.9: Vergleiche der Zufriedenheit (= *ausreichend vorhanden* [TMI] bzw. *zufrieden+ sehr zufrieden* [TM, 2018]) mit dem Nahverkehr und der Kinderbetreuung/Schule in Kontrast zum Thüringen-Monitor 2018.

Anmerkung: Die 3-stufige Skalierung des Thüringen-Monitors Integration reicht von *ausreichend vorhanden*, über *muss besser/vielfältiger werden* bis zu *muss deutlich besser/vielfältiger werden*. Die 4-stufige Skalierung des Thüringen-Monitors 2018 reicht von *sehr zufrieden* bis *sehr unzufrieden*. *Aggregation der Aussagen zu *Schulangeboten* und *Kinderbetreuung* im Thüringen-Monitor Integration.

Abbildung 8.9 zeigt deutliche Unterschiede in der Zufriedenheit mit ausgewählten Aspekten zwischen den beiden Befragungen. Während lediglich ein Viertel der befragten Geflüchteten der Meinung war, dass eine günstige Verkehrsanbindung gegeben ist, waren 66 Prozent der befragten Thüringer*innen mit dem öffentlichen Nahverkehr zufrieden (Reiser et al., 2018, S. 64). Auch hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung und den Schulen zeigte sich eine deutliche Diskrepanz. So erachtete nur rund ein Drittel der befragten Geflüchteten sowohl das Angebot der Kinderbetreuung als auch das Schulangebot als ausreichend. Im Thüringen-Monitor waren es hingegen 83 Prozent der Thüringer*innen, die sich mit den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen zufrieden zeigten (Reiser et al., 2018, S. 64). Vor allem die Ergebnisse zur Unzufriedenheit der Geflüchteten mit dem Schulangebot überraschen nicht. Mangelnde Durchlässigkeit und Flexibilität, beispielsweise hinsichtlich der Anerkennung bisher erbrachter Leistungen bzw. ausländischer Schulabschlüsse, führen zu einem teils eingeschränkten Zugang Geflüchteter zum Bildungssystem (vgl. Landesjugendhilfeausschuss Thüringen, 2016), das insgesamt noch nicht ausreichend auf die Bedarfe von Geflüchteten eingestellt zu sein scheint.

Ungeachtet dieser offenen Wünsche und kritischen Einstellungen zu Aspekten der Lebenssituation verfügen die hier befragten Geflüchteten über ein bemerkenswertes Maß an Zukunftsoptimismus, auch und gerade vor dem Hintergrund ihrer Fluchtgeschichte und dem Schweregrad der derzeitigen psychischen Belastungen (siehe Kapitel Psychische Belastung und Ressourcen). Zukunftsoptimismus

kann als eine Art psychologisches Kapital verstanden werden, das mitunter die subjektiv empfundenen Belastungen wirksam reduzieren kann (Newman et al., 2018). Dieses Potential ist sicher zur Bewältigung von Herausforderungen in einem neuen Land hilfreich und nutzbar, zumal die meisten Geflüchteten dieser und anderer Befragungen von einer längerfristigen Bleibeperspektive in Deutschland ausgehen (Brücker et al., 2016c).

9. Zusammenfassendes Fazit

In der vorliegenden Untersuchung wurden insgesamt 906 Geflüchtete aus unterschiedlichen Herkunftsländern (Syrien, Afghanistan, Irak, Iran u.a.), die zwischen 2013 und 2018 nach Deutschland gekommen waren und zum Zeitpunkt der Erhebung in Thüringen lebten, zu unterschiedlichen Aspekten ihres Hintergrunds, ihrer derzeitigen Lebenssituation und ihrer Zukunftserwartungen befragt. Erfasst wurden u.a. sozio-demographische Merkmale, Angaben zur Flucht, psychische Belastungen, Diskriminierungserfahrungen und Kontakte zur deutschen Bevölkerung, politische und soziale Einstellungen, Angaben zu Sprach- und Integrationskursen, die Akkulturationsorientierung, berufliche Tätigkeiten und die Ausbildung im Heimatland sowie Zukunfts- und Bleibeperspektiven in Deutschland. Im Folgenden sollen die wichtigsten Befunde zusammengefasst und diskutiert werden.

Fluchterfahrungen und psychische Belastung

Der Hauptfluchtgrund für die hier befragte Gruppe war die Angst vor Krieg und Verfolgung. Ökonomische Gründe und Gründe der persönlichen Lebensgestaltung spielten in den Berichten dieser Geflüchteten eine untergeordnete Rolle. Aus den Daten zu psychischen Belastungen war erkennbar, dass sich die Situation im Heimatland, die Flucht und die Fluchterfahrungen auch in der psychischen Befindlichkeit niedergeschlagen hatten. Es wurde vor allem von internalisierenden Problemen (Heimweh, Niedergeschlagenheit, Hoffnungslosigkeit, Sorgen) mit zum Teil beträchtlichen Häufigkeiten berichtet, sodass ein erhebliches Risikopotential zur Ausbildung von klinisch relevanten psychischen Störungen zu vermuten ist. Dies unterstreicht auch die im Vergleich zur deutschen Bevölkerung deutlich verringerte Lebenszufriedenheit. Es konnte ferner gezeigt werden, dass psychische Belastungssymptome vor allem von Post-Migrationsfaktoren wie etwa der erlebten Diskriminierung im Aufnahmeland entscheidend mit beeinflusst wurden. Angesichts dieser Situation und dem Ausmaß der berichteten Symptomaten sollten Möglichkeiten der psychologischen Betreuung und Beratung bis hin zu traumatherapeutischen Angeboten stärker als bislang bereitgestellt werden, um Belastungen adäquat abzufangen, Chronifizierungen zu vermeiden und somit längerfristig Kosten für aufwendige Krankenbehandlungen einzusparen.

Arbeitsmarktintegration

Die Integration in den Arbeitsmarkt war für die befragten Geflüchteten von vordringlicher Bedeutung. Dieses Ergebnis legt die vorliegende Studie, ebenso wie vergleichbare Arbeiten, nahe. Die Teilnehmer*innen des Thüringen-Monitor Integration wiesen eine ausgesprochen hohe Erwerbsorientierung auf (für 87,6% ist es wichtig oder eher wichtig in Deutschland zu arbeiten oder in Ausbildung zu sein) und sie suchten aktiv nach einer passenden Arbeitsstelle. Dennoch steht die Integration in den Arbeitsmarkt in Deutschland erst am Anfang. Der Umstand, dass bereits 20 Prozent in Deutschland erwerbstätig waren und viele Befragte ein Praktikum bzw. eine Ausbildung absolvierten oder bereits beendet hatten, kann allerdings als Hinweis dafür gewertet werden, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Integrationsförderung Wirkung gezeigt haben. Zudem ist es möglich, dass durch die Art der Rekrutierung der vorliegenden Stichprobe (z.B. über Integrationskurse) der Anteil der bereits erwerbstätigen Geflüchteten noch unterschätzt wurde.

Unterstützungsangebote bei der Arbeitsmarktintegration

Häufig stellten mangelnde berufliche Qualifikationen und mangelnde Sprachkenntnisse zunächst unüberwindbare Hürden für eine schnelle Arbeitsmarktintegration dar. Angesichts dieser Befunde

ist es vordringlich, die Unterstützung der Geflüchteten auf ihrem Weg in den Thüringer Arbeitsmarkt weiterhin zu verstärken. Dies kann die Betreuung durch die Agentur für Arbeit betreffen, die Bearbeitung von Anträgen auf Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, Angebote der Nach-qualifizierung bei Teilanerkennungen beruflicher Abschlüsse oder ganz grundsätzlich die Erteilung einer Arbeitserlaubnis. Zudem bestanden offenbar Informations--defizite. Das geäußerte hohe Bedürfnis nach Unterstützung durch die Agentur für Arbeit bei der Suche nach einer Arbeitsstelle mag ein Hinweis darauf sein, dass teils mangelnde Kenntnisse über die Beratungsmöglichkeiten vorliegen und bestehende Angebote nicht in vollem Umfang genutzt werden. Auch die Inanspruchnahmeraten von Berufs- und Arbeitsmarktberatungen deuten darauf hin, dass dieser Anteil gesteigert werden könnte. Daneben braucht es angesichts des diversen Bildungsniveaus der Befragten zielgerichtete Maßnahmen sowohl für Personen mit niedrigen wie auch solche mit hohem Bildungsgrad und guten beruflichen Qualifikationen. Betriebliche Praktika und Ausbildungen wurden bereits von einem Drittel der Befragten absolviert und sprechen vor allem Personen mit niedrigem Bildungs-niveau an. Weitere berufs-vor-bereitende Angebote, wie sie das Thüringer Integrationskonzept vorsieht (Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, 2017) und zum Teil bereits angeboten werden, böten eine Gelegenheit, um sowohl niedrig als auch hoch qualifizierte Personen schneller in den Thüringer Arbeitsmarkt zu integrieren.

Diskriminierungserfahrungen

Herkunftsbezogene Diskriminierungserfahrungen waren unter den befragten Geflüchteten sehr weit verbreitet. Dabei war das berichtete Diskriminierungsniveau in den Bereichen Wohnungs- und Arbeitssuche besonders hoch ausgeprägt (27 bzw. 18 Prozent berichteten von „ziemlich starker“ Diskriminierung). Ein großer Anteil der Befragten berichtete auch von negativen Erfahrungen im Alltag zum Beispiel durch Beschimpfungen aufgrund ihrer Herkunft oder eine als unhöflich erlebte Behandlung. Zudem berichtete mehr als jeder zehnte Befragte davon, aufgrund seiner Herkunft körperlich angegriffen worden zu sein. Diese Daten untermauern auch die Analysen der vorhergehenden Thüringen-Monitore, in denen in beträcht-lichem Umfang ausländischer- und migrationsfeindliche Einstellungen ermittelt wurden, die sich offenbar teilweise auch in konkretem dissozialem und kriminellem Verhalten niederschlagen. Zusammen mit den ebenfalls erfassten positiven Kontakterfahrungen geben diese Befunde offenbar jene Bandbreite von ambivalenten Alltags-erfahrungen in der deutschen und thüringischen Gesellschaft wider, die sich auch im Einstellungsmuster der deutschen Bevölkerung wiederfindet. Unterstützung und Wohlwollen einerseits stehen zum Teil massiven Ablehnungs-erfahrungen bis hin zu diskriminierenden Einstellungen und Verhaltensweisen andererseits gegenüber.

Politische Einstellungen und Einstellungen gegenüber sozialen Gruppen

Hinsichtlich der politischen Einstellungen der Geflüchteten ergab sich ein in weiten Teilen sehr ermutigendes Bild. Die überwiegende Mehrheit der Befragten wies neben einem hohen Institutionenvertrauen (bspw. vertrauten 83,9% der Befragten der Polizei und 80,2% der Bundesregierung „ziemlich“ oder „völlig“) eine starke Unterstützung für allgemeine demokratische Werte und demokratische Prinzipien auf (79,8% hielten die Demokratie für die beste Staatsidee). Die Zustimmungsraten lagen dabei in vielen Fällen sogar über dem Niveau der deutschen Bevölkerung. Darüber hinaus ergab sich eine hohe Ablehnung von Ungleichwertig-keitsvorstellungen und von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen. Diese Einstellungsmuster waren

besonders stark bei älteren und höher gebildeten Befragten ausgeprägt. Dies sind für die Integration erfreuliche Befunde, zumal sie Ergebnisse anderer Untersuchungen bestätigen.

Die Befragten äußerten Einstellungen zu unterschiedlichen sozialen Gruppen, wie sie sich in vielen Einstellungsuntersuchungen finden. Auffallend war allerdings eine besonders positive Bewertung der deutschen Bevölkerung, obwohl zugleich von häufigen Diskriminierungserfahrungen berichtet wurde. Dieses positive Bewertungsmuster zog sich durch unterschiedliche Fragen und Aussagen (z.B. zu positiven Kontakterfahrungen mit deutschen Personen), wobei möglicherweise eine Tendenz zu sozial erwünschten Antworten nicht auszuschließen ist (siehe dazu weiter unten). Auf der anderen Seite spiegelten diese Aussagen doch zumindest den Wunsch wider, sich in einem positiven Sinne mit der deutschen Bevölkerung auseinander zu setzen. Die Intensivierung von Kontakten zur deutschen Bevölkerung schien jedenfalls ein zentrales Anliegen der Befragten zu sein, wie unterschiedliche Angaben zum Beispiel zu gewünschten Inhalten der Integrationskurse verdeutlichten. Dieses prinzipiell deutlich ausgebildete Kontaktbedürfnis sollte stärker als bislang in unterschiedlichen Kontexten genutzt werden, um die Integration wirksam zu unterstützen bzw. integrationsmotivierten Personen Gelegenheiten zu bieten, sich produktiv in ihre neue Lebenswelt einzubringen. Die ernsthafte Bereitschaft, sich in unserer Gesellschaft zu engagieren und positiv beizutragen, kann vielleicht nicht bei allen, aber doch bei einem großen Teil der Befragten angenommen werden.

Antisemitische Einstellungen

Eine besondere Rolle nehmen Einstellungen gegenüber jüdischen Personen und Israel ein. Hier fanden sich deutlich geringere Sympathiewerte und eine vergleichsweise erhöhte Tendenz zu negativeren Einstellungen, auch wenn die meisten Befragten feindselige Aussagen gegenüber Israel ablehnten. Dabei deuten Vergleiche mit Daten des Thüringen-Monitors darauf hin, dass sich die Antipathien gegenüber Juden und die Ablehnung von Israel nicht wesentlich von jenen der deutschen Bevölkerung unterscheiden. Diese Einstellungsmuster resultieren mit großer Wahrscheinlichkeit auch aus der seit Jahrzehnten bestehenden Konfliktlage im Nahen Osten und dem entsprechenden Meinungsklima. Allerdings lässt sich im Lichte der Befragungsergebnisse nicht von einem Import antisemitischer und antiisraelischer Einstellungen durch Migrant*innen nach Deutschland sprechen. Gleichwohl gilt es, sowohl bei der deutschen Bevölkerung als auch bei der Gruppe der Geflüchteten, derartige Feindbilder aufzubrechen, zum Beispiel durch die aktive Ermöglichung von Begegnungen mit Menschen unterschiedlicher Religion oder vermeintlich verfeindeten Gruppen in pädagogisch begleiteten Settings.

Einstellungen zu Gleichstellung und die Rolle von Religion

In einigen Bereichen zeigten sich bei einem Teil der Befragten von der gesellschaftlichen Norm abweichende Einstellungsmuster zum Beispiel hinsichtlich der Rolle der Religion oder des Geschlechterverhältnisses. So befürworteten 12,4% der Befragten strenge religiöse Überzeugungen und 49,1% der Befragten wiesen patriarchale Einstellungen auf. Diese Haltungen waren abhängig zum Beispiel von der Religiosität und Bildungsparametern, allerdings auch vom Ausmaß der psychischen Belastung und dem Geschlecht. Solche Einstellungen stellen vermutlich eine nicht unerhebliche Hürde für eine erfolgreiche Integration dar. Individualisierung und Wertewandel in den westlichen modernen Demokratien haben zu einer Pluralisierung von Werten und Lebensweisen geführt, die zum Teil im klaren Widerspruch zu den in den Herkunftskulturen der Fluchtmigrant*innen verbreiteten traditionellen Werten und Normen stehen. Konflikte sind jeweils

vor allem dann wahrscheinlich, wenn die notwendige Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Wert-vorstellungen und Lebenspraxen nicht gegeben ist, unterminiert oder sogar aktiv bekämpft wird. Hier müssen Prävention und Intervention besonderen Wert auf kulturelle Verständigung und gegenseitige Annäherung legen, um die gesellschaftliche Integration zu gewährleisten. Nachweislich wirksame Maßnahmen, die zu diesem Zweck eingesetzt werden können, liegen seit längerem vor (vgl. Beelmann & Jonas, 2009).

Akkulturationsorientierungen

Bei annähernd allen befragten Geflüchteten (92%) war die Akkulturations-perspektive überwiegend durch das Interesse an deutscher Kultur und Lebensweise, aber zugleich durch den Wunsch, die eigene Kultur beizubehalten, gekennzeichnet. Damit scheinen von Seiten der allermeisten Geflüchteten gute Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Integration in die deutsche Gesellschaft vorzuliegen. Allerdings nahm etwa die Hälfte der Befragten wahr, dass in der Thüringer Bevölkerung die Einstellung vorherrsche, Geflüchtete sollten sich an der hiesigen Kultur orientieren und ihre Herkunftskultur aufgeben. Dieser Eindruck vieler Geflüchteter scheint zu-treffend zu sein, wie Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018 in nahezu gleicher Größenordnung belegten. Damit liegen bedeutsame Unterschiede zwischen den Erwartungen und Perspektiven der Geflüchteten und jenen der einheimischen Bevölkerung vor, welche eine tiefergehende Auseinandersetzung erfordern. Auf Seiten der hier Befragten bestehen jedenfalls gute bis sehr gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Die Geflüchteten hatten mehrheitlich Sprach- und Integrationskurse besucht, verfügten zum Teil über gute Sprachkenntnisse und hatten fast durchweg das Bedürfnis, sich mit ihrer neuen Lebensumgebung positiv auseinander-zusetzen. Dazu dürfte auch eine längerfristige Bleibe-absicht beitragen, die von den meisten Befragten geäußert wurde. Auf Seiten der Aufnahmegesellschaft würde sich anbieten, auf diesen Integrationswillen stärker als bislang einzugehen, zum Beispiel indem Integrationskurse stärker auf den Alltag in Deutschland und den Kontakt zur deutschen Bevölkerung ausgerichtet werden.

Größere Integrationsherausforderungen für Frauen und jüngere Menschen

Es zeigten sich teils deutliche Geschlechterunterschiede, die darauf hinweisen, dass sich für die geflüchteten Frauen größere Integrationsherausforderungen stellen. So waren sie im Vergleich zu Männern in Thüringen seltener zivilgesellschaftlich engagiert, nahmen seltener an Sprachförder- und Integrationsmaßnahmen teil, suchten weniger häufig Beratungsangebote auf und wiesen eine geringere Arbeits-marktbeteiligung auf. Diese Geschlechterdifferenz zeigte sich auch in anderen Befragungen Geflüchteter. Dies ist insofern bemerkenswert, als Forschungs-befunde darauf verweisen, dass die Förderung des Erwerbs grundlegender Sprach-kompetenzen und Bildungsmaßnahmen insbesondere bei geflüchteten Frauen zu deut-lich verbesserten Beschäftigungsergebnissen führen können (Liebig, 2018). Dieser Befund unterstreicht die Wichtigkeit, geflüchteten Frauen den Zugang zu bestehenden Angeboten in den Bereichen Beratung, Sprachförderung und Arbeits-marktintegration zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Darüber hinaus erscheinen gezielte Anstrengungen, weibliche Geflüchtete verstärkt in zivilgesellschaftliche Strukturen einzubinden, sinnvoll. Diese ermöglichen auch das Knüpfen neuer sozialer Kontakte. Forschungsergebnisse belegen einen engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Netzwerk (insbesondere Kontakte zu Einheimischen) und den Beschäf-tigungs-ergebnissen Geflüchteter (Liebig, 2018). Dies gilt umso mehr, als die hier befragten Frauen durchschnittlich über ein relativ hohes Bildungsniveau verfügten und zugleich ein ausgeprägtes Interesse an zivilgesellschaftlichem

Engagement und an Kontakt zur einheimischen Bevölkerung aufwiesen. Sie scheinen damit sowohl für eine verstärkte Integration in die Zivilgesellschaft als auch in den Arbeitsmarkt relative günstige Ausgangsbedingungen aufzuweisen.

Unsere differentiellen Analysen haben ergeben, dass sich durchschnittlich auch bei jüngeren Erwachsenen offenbar etwas größere Integrationsherausforderungen stellen. Sie wiesen im Vergleich zu älteren Personen ein höheres Maß an psychischer Belastung auf und verfügten über geringere Resilienz und Ressourcen. Sie zeigten eine geringere Lebenszufriedenheit und blickten pessimistischer in die Zukunft. Sie berichten zwar häufiger von freundschaftlichen Kontakten zu Deutschen, zugleich aber von mehr herkunftsbezogenen Diskriminierungserfahrungen. Besorgniserregend ist auch, dass sie (bei sehr geringer Grundrate) vergleichsweise häufiger die Akkulturationsstrategie der Separation wählten (9% bei 18-25 Jährigen gegenüber 3% bei den über 36 Jährigen), eine geringere Demokratieunterstützung aufwiesen und seltener Gewalt in familiären und partnerschaftlichen Kontexten ablehnten. Diese Befunde machen deutlich, dass gerade junge Menschen in einer schwierigen Lebens-situation und vor großen Anpassungsprozessen Unterstützung und Halt brauchen, auch weil familiäre und soziale Unterstützungssysteme (nicht mehr) oder in nicht ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Hier sind alle politischen und gesell-schaftlichen Organisationen und Akteure gefordert, die Probleme junger Menschen besonders in den Blick zu nehmen, wie es zum Beispiel durch die Förderung gemein-wesens-orientierter Integrationsprojekte oder das von den Landessportbünden und Sportvereinen umgesetzte Projekt „Integration durch Sport“ exemplarisch geschieht (BAMF, 2017e).

Bleibeperspektive und Zukunftsaussichten

Die meisten Befragten beurteilten ihre Flucht nach Deutschland als richtige Entscheidung und gingen von einer dauerhaften Bleibeperspektive in Deutschland aus, ob diese nun auf eigenen Wünschen oder realistischen Erwartungen beruhte. Allerdings äußerte etwa nur die Hälfte der Bleibeorientierten den Wunsch, sich dauerhaft in Thüringen nieder-zulassen. Die Gründe für diese vergleichsweise geringe Rate waren vielfältig. Unter den Aspekten, welche sich verändern müssten, damit sich die Befragten vorstellen können, dauerhaft in Thüringen zu leben, wurden am häufigsten soziale Kontakte mit Deutschen sowie auch infrastrukturelle Aspekte (Wohnraum, Verkehrsanbindung) genannt. Auch wenn einige Beurteilungen aufgrund mangelnder Vergleichsmöglichkeiten nicht überbewertet werden sollten, muss eine aktive Integrations-politik derartige Einschätzungen angesichts ihrer Verbreitung gleichwohl ernst nehmen, zumal Thüringen trotz einer derzeit relativ guten Wirtschaftslage nach wie vor sinkende Bevölkerungs-zahlen aufweist.

Hinweise zur Forschungsmethodik

Abschließend sind einige allgemeinen Hinweise auf forschungsmethodische Aspekte dieser Untersuchung zur angemessenen Einordnung der Ergebnisse erforderlich. Zunächst ist daran zu erinnern, dass die hier befragte Gruppe ihrer Größe nach zwar eine ausreichende Generalisierungskraft aufweist, Einschränkungen hinsichtlich ihrer Repräsentativität jedoch nicht auszuschließen sind. Zwar lagen für die Verteilung von Geschlecht, Alter und Herkunft keine gravierenden Abweichungen von der ange-nommenen Verteilung in der Gesamtpopulation vor, dennoch sind möglicher-weise auch für diese Befragung Selektionseffekte im Hinblick auf den Wohnort der Geflüchteten sowie im Hinblick auf das im Durchschnitt recht hohe Bildungsniveau der Stichprobe gegeben. Kinder und Jugendliche wurden in dieser Untersuchung überhaupt nicht

befragt; für sie stellen sich vermutlich gesonderte Probleme und weiterführende Integrationsbedürfnisse.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Erhebungsmethodik. Hier ist einerseits zu berücksichtigen, dass bei interkulturellen Befragungen und selbst bei psychometrisch konstruierten Aussagen trotz sorgfältiger Übersetzungen immer mit Verständnisproblemen und unterschiedlichen Interpretationen der Befragten zu rechnen ist. Unsere vergleichsweise geringen Ausfallraten und fehlenden Angaben sprechen jedoch dafür, dass derartige Probleme nicht übermäßig ins Gewicht fielen. Ein anderes Problem betrifft die ausschließliche Erfassung von Selbstauskünften. Die Berücksichtigung von Sichtweisen und Perspektiven der Migrant*innen auf integrationsrelevante Themen ist zwar einerseits eine besondere Stärke der vorliegenden Untersuchung. Andererseits unterliegen Selbstauskünfte auch unterschiedlichen Validitätsrisiken. Ein in schriftlichen Befragungen oder Interviews grundsätzlich nicht auszuschließender Faktor, der die verschiedenen Themenfelder in unterschiedlichem Ausmaß tangieren kann, ist die Tendenz zu sozial erwünschten Antworten. Bei wissenschaftlichen Befragungen können sozial erwünschte Antworttendenzen auftreten, wenn Befragte dazu neigen, ihre Antworten an (vermeintlichen) gesellschaftlichen Normen oder vermuteten Erwartungen der Befrager*innen auszurichten, anstatt ungefiltert ihre tatsächliche, persönliche Einstellung zum Ausdruck zu bringen. Dies ist bei den Themenbereich der vorliegenden Untersuchung sowie vor dem Hintergrund der Lebenssituation der Befragten eine mögliche Einflussgröße. Aus diesem Grund wurden zur Kontrolle von sozialer Erwünschtheit im Rahmen des Thüringen-Monitors Integration bestimmte Fragen eingesetzt, mit der systematische Verzerrungstendenzen aufgedeckt werden können. Dabei ergaben sich für die hier befragte Gruppe keine Hinweise auf ausgeprägte sozial erwünschte Antwortmuster, sodass von keinen wesentlichen Einschätzungsverzerrungen auszugehen ist. Bei der Interpretation dieses Ergebnisses bleibt jedoch zu berücksichtigen, dass die vorgelegten Aussagen in einem unterschiedlichen Maße von derartigen Verzerrungen bedroht sein können. So sind etwa die Validität der Angaben zu Zukunftserwartungen zu psychischen Problemen und Belastungssymptomen vermutlich weniger stark von sozialen Einflüssen betroffen als es möglicherweise bei Fragen zu politischen und sozialen Einstellungen der Fall ist.

Die gesellschaftliche Integration einer größeren Anzahl von Geflüchteten mit teils anderen kulturellen Orientierungen ist eine herausfordernde und nicht selten generationsübergreifende Aufgabe, die sowohl von den Geflüchteten als auch von der Aufnahmegesellschaft Anstrengungen und Anpassungen verlangt. Ist man aus humanitären Gründen gewillt, Menschen in Not zu helfen, und daran interessiert, dass Integration gelingen und positiv gestaltet werden kann, sollte man nicht denen das Feld überlassen, die sich (auf beiden Seiten) nicht an die Grundsätze einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und humanitäre Werte halten. Die Chancen auf eine gelungene Integration der Menschen, die vorwiegend vor Krieg und Verfolgung geflohen zu uns gekommen sind, stehen – zumindest was die hier befragte Gruppe angeht – in vielerlei Hinsicht gut.

10. Literatur

- Aberson, C. L. (2015). Positive intergroup contact, negative intergroup contact, and threat as predictors of cognitive and affective dimensions of prejudice. *Group Processes & Intergroup Relations*, 18, 743–760.
- Alessandri, G., Caprara, G. V., Eisenberg, N. & Steca, P. (2009). Reciprocal relations among self-efficacy beliefs and prosociality across time. *Journal of Personality*, 77(4), 1229–1259.
- Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Cambridge, MA: Addison-Wesley.
- Aloba, O., Olabisi, O. & Aloba, T. (2016). The 10-Item Connor-Davidson Resilience Scale: Factorial structure, reliability, validity, and correlates among student nurses in Southwestern Nigeria. *Journal of the American Psychiatric Nurses Association*, 22, 43–51.
- Angold, A., & Costello, E. J. (1995). Developmental epidemiology. *Epidemiologic Reviews*, 17, 74–82.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes. (2016). *Diskriminierungsrisiken für Geflüchtete in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme der Antidiskriminierungsstelle des Bundes*. Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Abgerufen von: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertise_n/Diskriminierungsrisiken_fuer_Gefluechtete_in_Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017). *Diskriminierung in Deutschland: Dritter Gemeinsamer Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages*. Abgerufen von https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/BT_Bericht/Gemeinsamer_Bericht_dritter_2017.pdf%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D10
- Antonovsky, A. (1997). *Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit*. Tübingen: dgvt- Verlag.
- Arant, R., Dragolov, G., & Boehnke, K. (2017). *Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Abgerufen von: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Zusammenhalt_in_Deutschland_2017.pdf
- Asselmann, E., Beesdo-Baum, K., Hamm., A., Schmidt, C.O., Hertel, J., Grabe, H.J. & Pané-Farré, C.A. (2018). Lifetime and 12-month prevalence estimates for mental disorders in northeastern Germany: findings from the Study of Health in Pomerania. *European Archives of Psychiatry and Clinical Neuroscience*, 1–10.
- Bar-Tal, D. & Salomon, G. (2006). Israeli-Jewish narratives of the Israeli-Palestinian conflict: Evolvement, contents, functions and consequences. In R. I. Rothberg (Hrsg.), *Israeli and Palestinian narratives of conflict: History's double helix*. Bloomington: Indiana University Press.
- Bas-Sarmiento, P., Saucedo-Moreno, M. J., Fernández-Gutiérrez, M. & Poza-Méndez, M. (2017). Mental health in immigrants versus native population: A systematic review of the literature. *Archives of Psychiatric Nursing*, 31, 111–121.
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2016). *11. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Teilhabe, Chancengleichheit und Rechtsentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland*. Abgerufen von: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/IB/Anlagen/2016-12-09-11-lagebericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2,%20S.%2072

- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2018). *Die deutsche Staatsbürgerschaft: Alles was Sie darüber wissen sollten*. Abgerufen von: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/1543188/88d72e6ce4af2bbac9b565afb054fa5f/die-deutsche-staatsbuergerschaft-07-11-18-download-neu-ba-ib-data.pdf>
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beelmann, A. (2017). *Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus*. Jena: Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.
- Beelmann, A. & Lutterbach, S. (im Druck). Prejudice prevention and the promotion of intergroup relations. In L. Benuto, M. Duckworth, A. Masuda & W. O'Donohue (Hrsg.), *Prejudice, stigma, privilege, and oppression. A behavioral health handbook*. New York: Springer.
- Beelmann, A. & Raabe, T. (2009). The effects of preventing antisocial behavior and crime in childhood and adolescence. Results and implications of research reviews and meta-analyses. *European Journal of Developmental Science*, 3, 260–281.
- Beelmann, A., Heinemann, K. S. & Saur, M. (2009). Interventionen zur Prävention von Vorurteilen und Diskriminierung. In A. Beelmann & K. Jonas (Hrsg.), *Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven* (S. 435–461). Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beiser, M. & Hou, F. (2017). Predictors of positive mental health among refugees: Results from Canada's General Social Survey. *Transcultural Psychiatry*, 54, 675–695.
- Belhadj Koudier, E., Koglin, U. & Petermann, F. (2014). Emotional and behavioral problems in migrant children and adolescents in Europe: A systematic review. *European Childhood & Adolescent Psychiatry*, 23, 373–391.
- Berry, J. W. (1997). Immigration, acculturation, and adaptation. *Applied Psychology: An International Review*, 46(1), 5–34.
- Berry, J. W. (2003). Conceptual approaches to acculturation. In K. M. Chun, P. B. Organista & G. Marín (Hrsg.), *Advances in theory, measurement, and applied research* (S. 17–37). Washington, DC: American Psychological Association.
- Berry, J. W. & Hou, F. (2016). Immigrant acculturation and wellbeing in Canada. *Canadian Psychology/Psychologie Canadienne*, 57(4), 254–264.
- Berry, J. W., Phinney, J. S., Sam, D. L. & Vedder, P. (2006). Immigrant youth: Acculturation, identity, and adaptation. *Applied Psychology*, 55(3), 303–332.
- Best, H., Niehoff, S., Saalheiser, A. & Vogel, L. (2016). *Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“*. *Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2016*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.
- Best, H., Niehoff, S., Saalheiser, A. & Vogel, L. (2017). *Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen: Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2017*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.

- Binder, J., Zagefka, H., Brown, R., Funke, F., Kessler, T., Mummendey, A. & Leyens, J.-P. (2009). Does contact reduce prejudice or does prejudice reduce contact? A longitudinal test of the contact hypothesis among majority and minority groups in three European countries. *Journal of Personality and Social Psychology*, 96(4), 843–856.
- Bronfenbrenner, U. (1981). *Die Ökologie der menschlichen Entwicklung*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Brown, R. (2010). *Prejudice: Its social psychology* (2nd ed.). Chichester: Wiley.
- Brücker, H., Kunert, A., Mangold, U., Kalusche, B., Siegert, M. & Schupp, J. (2016). *Geflüchtete Menschen in Deutschland – eine qualitative Befragung* (SOEP Survey Papers, No. 313). Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).
- Brücker, H., Rother, N. & Schupp, J. (Hrsg.). (2016a). *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration* (IAB-Kurzbericht No. 24/2016). Abgerufen von: Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Abgerufen von: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/158500/1/kb2016-24.pdf>.
- Brücker, H., Rother, N. & Schupp, J. (Hrsg.). (2016b). *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse* (Forschungsbericht 29). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile
- Brücker, H., Rother, N. & Schupp, J. (Hrsg.). (2016c). *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse* (IAB-Kurzbericht No.14/2016). Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Abgerufen von: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2016/fb1416.pdf>
- Brücker, H., Rother, N. & Schupp, J. (Hrsg.). (2016d). *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse* (Politikberatung kompakt, No. 116). Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Abgerufen von: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/149124/1/875709702.pdf>
- Brücker, H., Hauptmann, A. & Sirries, S. (2017). *Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Deutschland: Der Stand zum Jahresbeginn 2017* (Aktuelle Berichte No. 4/2017). Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Abgerufen von: https://www.econstor.eu/bitstream/10419/161738/1/aktueller_bericht_1704.pdf
- Brücker, H., Rother, N. & Schupp, J. (Hrsg.). (2018). *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen* (Stand: Februar 2018) (Forschungsbericht 30). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb30-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete-2016.pdf?__blob=publicationFile
- Buber-Ennser, I., Kohlenberg, J., Rengs, B., Al Zalak, Z., Goujan, A.,...Lutz, W. (2016). Human capital, values, and attitudes of persons seeking refuge in Austria in 2015. *PLoS ONE*, 11(9).
- Bundesagentur für Arbeit (o.D.). *Perspektiven für junge Flüchtlinge*. Abgerufen von: <https://www.arbeitsagentur.de/fuer-menschen-aus-dem-ausland/perspektiven-fuer-gefluechtete>

- Bundesagentur für Arbeit (2016a). BA-Presseinfo Nr. 05: *Erfolgreiche Bilanz: BA finanziert Deutsch-Einstiegskurse für 220.000 Flüchtlinge*. Abgerufen von:
<https://www.presseportal.de/pm/6776/3226042>
- Bundeagentur für Arbeit (2016b). *Perspektiven für junge Flüchtlinge – PerjuF*. Abgerufen von:
https://con.arbeitsagentur.de/prod/apok/ct/dam/download/documents/dok_ba014365.pdf
- Bundesagentur für Arbeit (2017). *Perspektiven für Flüchtlinge – PerF*. Abgerufen von:
https://con.arbeitsagentur.de/prod/apok/ct/dam/download/documents/dok_ba014364.pdf
- Bundesagentur für Arbeit (2018). *Jahresbericht 2017: Zahlen. Daten. Fakten*. Nürnberg:
Bundesagentur für Arbeit.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (o.D. a). *Merkblatt zur berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach §45a Aufenthaltsgesetz*. Abgerufen von:
http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/ESF/03_VordruckeAntraege/Deutschfoerderung45a/merkblatt-tn.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (o.D. b). *Rückkehrberatungsstellen*. Abgerufen von:
<http://www.bamf.de/DE/Rueckkehr/Informationsangebote/Rueckkehrberatungsstellen/rueckkehrberatungsstellen-node.html>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015a). *Konzept für einen bundesweiten Integrationskurs* (überarb. Aufl.). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von:
https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationskurse/Kurstraeeger/KonzepteLeitfaeden/konz-f-bundesw-integrationskurs.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015b). *Konzept für einen bundesweiten Alphabetisierungskurs* (überarb. Aufl.). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationskurse/Kurstraeeger/KonzepteLeitfaeden/konz-f-bundesw-integrationskurs.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016). *Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2015*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von:
[https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Integration/2015-integrationskursgeschaefsstatik-gesamt_bund.pdf?__blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Integration/2015-integrationskursgeschaefsstistik-gesamt_bund.pdf?__blob=publicationFile)
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017a). *Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen*. Abgerufen von: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Asyl/faq-arbeitsmarktzugang-gefluechtete-menschen.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017b). *Curriculum für einen bundesweiten Orientierungskurs* (überarb. Aufl.). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationskurse/Kurstraeeger/KonzepteLeitfaeden/curriculum-orientierungskurs-pdf.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017c). *Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2016*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von:
https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Integration/2016/2016-integrationskursgeschaefsstatik-gesamt_bund.pdf?__blob=publicationFile

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017d). *Integrationskursgeschäftsstatistik (Bundesländer)*. Abgerufen von: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Integration/2016/2016-integrationskursgeschaeftsstatistik-laender.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017e). *Bürgerschaftliches Engagement: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unterstützt Ihr Engagement!* Abgerufen von: <http://www.bamf.de/DE/Willkommen/Engagement/engagement-node.html>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018a). *Berufsbezogene Deutschsprachförderung (gem. § 45a AufenthG)*. Abgerufen von: <http://www.bamf.de/DE/Willkommen/DeutschLernen/DeutschBeruf/Bundesprogramm-45a/bundesprogramm-45a-node.html>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018b). *Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2017*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Integration/2017/2017-integrationskursgeschaeftsstatistik-gesamt_bund.pdf;jsessionid=0508661DD8524201DFA7FE1043BBA119.2_cid368?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018c). *Integrationskursgeschäftsstatistik (Bundesländer)*. Abgerufen von: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Integration/2017/2017-gesamt-integrationskursgeschaeftsstatistik-laender.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018d). *Konzept für einen bundesweiten Integrationskurs für Zweitschriftlernende (Zweitschriftlernerkurs)*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Integration/2016/2016-integrationskursgeschaeftsstatistik-gesamt_bund.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018e). *Das Bundesamt in Zahlen 2017. Asyl, Migration und Integration*. Nürnberg. Abgerufen von: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2017.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2018). *Bericht zum Anerkennungsgesetz 2017*. Berlin. Abgerufen von: https://www.bmbf.de/pub/Bericht_zum_Anerkennungsgesetz_2017.pdf
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, & Thünen Institut (o.D.) Infoportal Zukunft.Land: Landatlas. Abgerufen von: <https://www.landatlas.de/wirtschaft/erwerbssektoren.html>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017). *Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Abgerufen von: <https://www.bmfsfj.de/blob/115658/1080633f687d3f9c462a0432401c09d7/zweiter-engagementbericht---bundestagsdrucksache-data.pdf>
- Bundespsychotherapeutenkammer (2015). *BPtK - Standpunkt „Psychische Erkrankungen bei Flüchtlingen“*. Berlin. BPtK. Abgerufen von: https://www.bptk.de/uploads/media/20150916_BPtK-Standpunkt_psychische_Erkrankungen_bei_Fluechtlingen.pdf

- BQ Portal (o.D.). Das Informationsportal für ausländische Berufsqualifikationen.
Berufsbildungssystem Irak. Abgerufen von: <https://www.bq-portal.de/db/L%C3%A4nder-und-Berufsprofile/irak>
- Cacioppo, J. T., Gardner, W. L. & Berntson, G. G. (1997). Beyond bipolar conceptualizations and measures: The case of attitudes and evaluative space. *Personality and Social Psychology Review*, 1, 3–25.
- Caprara, G. V., Steca, P., Zelli, A. & Capanna, C. (2005). A new scale for measuring adults' prosocialness. *European Journal of Psychological Assessment*, 21(2), 77–89.
- Clark, R., Coleman, A. P. & Novak, J. D. (2004). Brief report: Initial psychometric properties of the everyday discrimination scale in black adolescents. *Journal of Adolescence*, 27, 363–368.
- Conley, T. D., Rabinowitz, J. L. & Matsick, J. L. (2015). U.S. ethnic minorities' attitudes towards Whites: The role of shared reality theory in intergroup relations: Shared reality theory in intergroup relations. *European Journal of Social Psychology*, 46(1), 13–25.
- Connor, K. M. & Davidson, J. R. T. (2003). Development of a new resilience scale: the Connor-Davidson Resilience Scale (CD-RISC). *Depression and Anxiety*, 18, 76–82.
- Conway, J. M., Amel, E. L. & Gerwien, D. P. (2009). Teaching and learning in the social context: A meta-analysis of service learning's effects on academic, personal, social, and citizenship outcomes. *Teaching of Psychology*, 36(4), 233–245.
- Courtin, E. & Knapp, M. (2017). Social isolation, loneliness and health in old age: a scoping review. *Health & Social Care in the Community*, 25, 799–812.
- Davies, K., Tropp, L. R., Aron, A., Pettigrew, T. F. & Wright, S. C. (2011). Cross-group friendships and intergroup attitudes: A meta-analytic review. *Personality and Social Psychology Review*, 15(4), 332–351.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2016). *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Derogatis, L. R. (1979). *Symptom Checklist-90-Revised (SCL-90-R)*. Lyndhurst, NJ: NCS Pearson.
- DesMeules, M., Gold, J., Kazanjian, A., Manuel, D., Payne, J., Vissandjée, B., . . . Mao, Y. (2004). New approaches to immigrant health assessment. *Canadian Journal of Public Health*, 95, 122–126.
- Deutscher Bundestag (2016). *Curriculum für Orientierungskurs*. Abgerufen von: https://www.bundestag.de/presse/hib/2016_12/-/485790
- Elliott, S. J. & Gillie, J. (1998). Moving experiences: a qualitative analysis of health and migration. *Health & Place*, 4, 327–339.
- Erim, Y. & Brähler, E. (2016). Flucht, Migration und psychische Gesundheit. *Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie*, 66, 347–348.
- Ernst, C. (2001). Die bessere und die schlechtere Hälfte?: Geschlechtsunterschiede in der Prävalenz psychischer Krankheiten aus epidemiologischer Sicht. In A. Riecher-Rössler (Hrsg.), *Psychische Erkrankungen bei Frauen: Für eine geschlechtersensible Psychiatrie und Psychotherapie* (S. 47–61). Basel: Karger.

- Esser, H. (2006). *Migration, Sprache und Integration*. (AKI-Forschungsbilanz, 4). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH FSP Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration -AKI-. Abgerufen von: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-113>.
- Ezra (2017). *Rassistische Gewalt im Jahr 2017 in Thüringen weiter auf Rekordhoch: Opferberatungsstelle ezra veröffentlicht Jahresstatistik*. Abgerufen von: <https://ezra.de/jahresstatistik2017/>
- Ezra (2018). *Rassistische Gewalt im Jahr 2017 in Thüringen weiter auf Rekordhoch: Opferberatungsstelle ezra veröffentlicht Jahresstatistik*. Abgerufen von: <https://ezra.de/jahresstatistik2017/>
- Fazel, M., Reed, R. V., Panter-Brick, C. & Stein, A. (2012). Mental health of displaced and refugee children resettled in high-income countries: risk and protective factors. *The Lancet*, 379, 266–282.
- Fergusson, D. M. & Horwood, L. J. (2002). *Male and female offending trajectories. Development and Psychopathology*, 14(1), 159–177.
- Festinger, L. (1957). *A theory of cognitive dissonance*. Stanford: Stanford University Press.
- Fleischer, S., Kudlacek, D. & Baier, D. (2017). *Zuwanderung nach Niedersachsen – Ergebnisse einer migrationssoziologischen Untersuchung* (Forschungsbericht Nr. 140). Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN).
- Flüchtlingsrat Thüringen e.V. (o.D.). *Flucht und Asyl Basiswissen. Medizinische Versorgung*. Abgerufen von: <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/themen/medizinische-versorgung>
- Franck, L., Molyneux, N. & Parkinson, L. (2016). Systematic review of interventions addressing social isolation and depression in aged care clients. *Quality of Life Research: An International Journal of Quality of Life Aspects of Treatment, Care and Rehabilitation*, 25, 1395–1407.
- Franke, G. H. (2014). *Symptom-Checklist-90-Standard: SCL-90-S; Manual* (Neuausg.). Göttingen: Hogrefe.
- Freytag, R. (2016). *Flüchtlinge 2016: Studie der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW) zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen 2016*. Berlin: HMKW.
- Fydrich, T., Sommer, G. & Brähler, E. (2007). *Fragebogen zur sozialen Unterstützung (F-SozU)*. Göttingen: Hogrefe.
- Gaertner, S. L., Dovidio, J. F., Nier, J. A., Banker, B. S., Ward, C. M. & Houlette, M. (2000). The common ingroup identity model for reducing intergroup bias: Progress and challenges. In D. Capozza & R. Brown (Hrsg.), *Social identity processes: Trends in theory and research* (S. 133-148). London: Sage.
- Gavranidou, M., Niemiec, B., Magg, B. & Rosner, R. (2008). Traumatische Erfahrungen, aktuelle Lebensbedingungen im Exil und psychische Belastung junger Flüchtlinge. *Kindheit und Entwicklung*, 17, 224–231.
- Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (AufenthG). Abgerufen von: https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/

- Ghaderi, C. (2016). Träume und Traumata junger Flüchtlinge: Einführung in traumaspezifische Aspekte für die Arbeit mit potentiell traumatisierten Kindern und Jugendlichen. In V. Cornely Harboe, M. Mainzer-Murrenhoff & L. Heine (Hrsg.), *Unterricht mit neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen.: Interdisziplinäre Impulse für DaF/DaZ in der Schule* (S. 57–81). Münster: Waxmann Verlag.
- Graf, S., Paolini, S., & Rubin, M. (2014). Negative intergroup contact is more influential, but positive intergroup contact is more common: Assessing contact prominence and contact prevalence in five Central European countries. *European Journal of Social Psychology*, 44(6), 536–547.
- Heitmeyer, W. (2002 - 2012). *Deutsche Zustände. Folge 1 bis 10*. Frankfurt a.M./Berlin: Suhrkamp.
- Horenczyk, G., Jasinskaja-Lahti, I., Sam, D. L. & Vedder, P. (2015). Mutuality in acculturation. *Zeitschrift für Psychologie*, 221 (4), 205–213.
- Igel, U., Brähler, E. & Grande, G. (2010). Der Einfluss von Diskriminierungserfahrungen auf die Gesundheit von MigrantInnen. *Psychiatrische Praxis*, 37(04), 183–190.
- Integrationskursverordnung (2004). Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler (Integrationskursverordnung IntV) vom 13. Dezember 2004 (BGB I S.3370). Abgerufen von: <https://www.gesetze-im-internet.de/intv/intv.pdf>
- Jacobsen, J. & Siegert, M. (2018) Anerkennung beruflicher Qualifikationen. In H. Brücker, N. Rother & J. Schupp (Hrsg.), *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnisse sowie kognitiven Potenzialen* (Forschungsbericht No. 30, S. 48–50). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Jasinskaja-Lahti, I., Liebkind, K., Horenczyk, G. & Schmitz, P. (2003). The interactive nature of acculturation: Perceived discrimination, acculturation attitudes and stress among young ethnic repatriates in Finland, Israel and Germany. *International Journal of Intercultural Relations*, 27(1), 79–97.
- Johansson, S., Schiefer, D. & Andres, N. (2015). *Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen: Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland*. Eine Expertise im Auftrag der Robert Bosch Stiftung und des SVR-Forschungsbereichs. Berlin: Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Abgerufen von: <https://www.fh-dortmund.de/de/hs/medien/Was-wir-ueber-Fluechtlinge-nicht-wissen.pdf>
- Jonas, K. J. & Beelmann, A. (2009). Einleitung: Begriffe und Anwendungsperspektiven. In *Diskriminierung und Toleranz* (S. 19–40). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jonas, K., Stroebe, W. & Hewstone, M. (2014). *Sozialpsychologie*. Berlin: Springer.
- Kessler, R. C., Sonnega, A., Bromet, E., Hughes, M. & Nelson, C. B. (1995). Posttraumatic stress disorder in the National Comorbidity Survey. *Archives of General Psychiatry*, 52, 1048–1060.
- Kinicki, B. & Verkuyten, M. (1999). Intergroup evaluations and social context: A multilevel approach. *European Journal of Social Psychology*, 29, 219–238.
- Knapp, B., Bähr, H., Dietz, M., Dony, E., Fausel, G., Müller, M. & Strien, K. (2017). *Beratung und Vermittlung von Flüchtlingen* (No. 5/2017). IAB-Forschungsbericht. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. Abgerufen von: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2017/fb0517.pdf>

- Kraus, S. J. (1995). Attitudes and the prediction of behavior: A meta-analysis of the empirical literature. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 21, 58–75.
- Kruglanski, A. W., Jasko, K., Chernikova, M., Dugas, M. & Webber, D. (2017). To the fringe and back: Violent extremism and the psychology of deviance. *American Psychologist*, 72, 217–230.
- Landesjugendhilfeausschuss Thüringen (2016). *Positionspapier zu grundsätzlichen Aspekten der (schulischen) Bildung und des Deutsch-Spracherwerbs von jungen Flüchtlingen*. Abgerufen von: <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/sites/fluechtlingsrat/files/pdf/Arbeitsmarkt/51-16-Positionspapier-Bildung-Deutsch-von-jungen-Fluechtlingen.pdf>
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2015). *Situation der Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen*. (Kleine Anfrage der Abgeordneten Silke Gajek und Antwort der Landesregierung) (Drucksache 6/3944). Abgerufen von: <https://kleineanfragen.de/mecklenburg-vorpommern/6/3944-situation-der-migrations-und-fluechtlingsberatungsstellen-in-mecklenburg-vorpommern.txt>
- Lassetter, J. H. & Callister, L. C. (2009). The impact of migration on the health of voluntary migrants in western societies. *Journal of Transcultural Nursing: Official Journal of the Transcultural Nursing Society*, 20, 93–104.
- Lemmer, G., & Wagner, U. (2015). Can we really reduce ethnic prejudice outside the lab? A meta-analysis of direct and indirect contact interventions. *European Journal of Social Psychology*, 45, 152–168.
- Lewis, T. T., Yang, F. M., Jacobs, E. A. & Fitchett, G. (2012). Racial/ethnic differences in responses to the everyday discrimination scale: a differential item functioning analysis. *American Journal of Epidemiology*, 175(5), 391–401.
- Liebig, T. (2018). *Dreifach benachteiligt? Ein erster Überblick über die Integration weiblicher Flüchtlinge*. Paris: OECD Publishing. Abgerufen von: <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/FluechtlingsfrauenStudie.pdf>
- Lin, A. (2013). Citizenship education in America and its role in developing civic engagement: A review of the research. *Educational Review*, 67(1), 35–63.
- Lubbers, M., Gijsberts, M. & Scheepers, P. (2002). Extreme right-wing voting in Western Europe. *European Journal of Political Research*, 41, 345–378.
- Manning, N. & Edwards, K. (2014). Why has civic education failed to increase young people's political participation? *Educational Review*, 66(1), 22–45.
- Mazziotta, A., Rohmann, A., Wright, S. C., De Tezanos-Pinto, P. & Lutterbach, S. (2015). (How) does positive and negative extended cross-group contact predict direct cross-group contact and intergroup attitudes? Positive and negative extended contact effects. *European Journal of Social Psychology*, 45(5), 653–667.
- Müller, A. (2015). *Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Strategien zum Nachweis rassistischer Benachteiligungen. Eine Expertise im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes*. Abgerufen von: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Wohnungsmarkt_20150615.pdf?__blob=publicationFile&v=1
- Müller, W., Steinmann, S. & Eli, R. (1998): Education and labour market entry in Germany. In Y. Shavit und W. Müller (Hrsg.), *From school to work. A comparative study of educational qualifications and occupational destinations* (143-188). Oxford: Clarendon Press.

- Neske, M. (2017). *Volljährige Erstasylantragssteller in Deutschland im Jahr 2016. Sozialstruktur, Qualifikationsmöglichkeit und Berufstätigkeit*. Nürnberg: BAMF-Kurzanalyse 2/2017 der Kurzanalysen des Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.
- Newman, A., Nielsen, I., Smyth, R. & Hirst, G. (2018). Mediating role of psychological capital in the relationship between social support and wellbeing of refugees. *International Migration*, 56, 117–132.
- Nguyen, A. M. D. & Benet-Martínez, V. (2013). Biculturalism and adjustment: A meta-analysis. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 44(1), 122–159.
- Nguyen, H. H. & Von Eye, A. (2002). The acculturation scale for Vietnamese adolescents (ASVA): A bidimensional perspective. *International Journal of Behavioral Development*, 26(3), 202–213.
- Nuffic: the Dutch organisation for internationalisation in education (2015). *Education system Afghanistan described and compared with the Dutch system*. Abgerufen von: <https://www.nuffic.nl/en/subjects/education-and-diplomas-afghanistan/>
- OECD (2017). *Catching up? Intergenerational Mobility and Children of Immigrants*. Paris: OECD Publishing. Abgerufen von: https://read.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/catching-up-intergenerational-mobility-and-children-of-immigrants_9789264288041-en#page4
- OECD (2019). *Ready to help? Improving resilience of integration systems for refugees and other vulnerable migrants*. Paris: OECD Publishing. Abgerufen von: https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/ready-to-help_9789264311312-en
- Österreichische Akademie der Wissenschaften (2017). *Wertehaltungen und Erwartungen von Flüchtlingen in Österreich*. Abgerufen von: https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Studien/Studie_Wertehaltungen_und_Erwartungen.pdf
- Österreichisches Rotes Kreuz, Austrian Centre for Country of Origin & Asylum Research and Documentation (2016). *Das Schulsystem in Afghanistan*. Abgerufen von: https://www.rotekreuz.at/uploads/media/Schulsystem_in_Afghanistan_2016.pdf
- Parker Frisbie, W., Cho, Y. & Hummer, R. A. (2001). Immigration and the Health of Asian and Pacific Islander Adults in the United States. *American Journal of Epidemiology*, 153, 372–380.
- Pascoe, E. A. & Smart Richman, L. (2009). Perceived discrimination and health: a meta-analytic review. *Psychological Bulletin*, 135(4), 531–554.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 90(5), 751–783.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2008). How does intergroup contact reduce prejudice? Meta-analytic test of three mediators. *European Journal of Social Psychology*, 38(6), 922–934.
- Pettigrew, T. F., & Tropp, L. R. (2011). *Essays in social psychology. When groups meet: The dynamics of intergroup contact*. New York, NY, US: Psychology Press.
- Pfafferott, I. & Brown, R. (2006). Acculturation preferences of majority and minority adolescents in Germany in the context of society and family. *International Journal of Intercultural Relations*, 30(6), 703–717.
- Pokorny, S. (2016). *Aktivität ist ansteckend: soziale und politische Partizipation von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern*. Sankt

- Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Abgerufen von: <https://www.kas.de/einzeltitel/-/content/aktivitaet-ist-ansteckend1>
- Porter, M. & Haslam, N. (2015). Predisplacement and postdisplacement factors associated with mental health of refugees and internally displaced persons: A meta-analysis. *JAMA: Journal of the American Medical Association*. Advance online publication.
- Radetzky, M.-C. von & Stoewe, K. (2016). *Bildungsstand syrischer Flüchtlinge – 5 Gerüchte auf dem Prüfstand* (IW-Kurzbericht No. 20). Abgerufen von: <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/fluechtlinge-bildungsstand-syrischer-fluechtlinge-5-geruechte-auf-dem-pruefstand-280548.html>
- Razum, O., Zeeb, H., Akgun, H. S. & Yilmaz, S. (1998). Low overall mortality of Turkish residents in Germany persists and extends into a second generation: merely a healthy migrant effect? *Tropical Medicine and International Health*, 3, 297–303.
- Reiser, M., Best, H., Salheiser, A. & Vogel, L. (2018): *Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.
- Refugio Thüringen e.V. (o.D.). *Angebote*. Abgerufen von: <https://refugio-thueringen.de/neu/das-zentrum/angebote/>
- Rohmann, A., Florack, A. & Piontkowski, U. (2006). The role of discordant acculturation attitudes in perceived threat: An analysis of host and immigrant attitudes in Germany. *International Journal of Intercultural Relations*, 30(6), 683–702.
- Rommelspacher, B. (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In P. Merchil & C. Melter (Hrsg), *Rassismuskritik: Rassismustheorie und –forschung* (S. 25–38). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2018). „*Wo kommen Sie eigentlich ursprünglich her?*“. *Diskriminierungserfahrungen und phänotypische Differenz in Deutschland*. Berlin: Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Abgerufen von https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/01/SVR-FB_Diskriminierungserfahrungen.pdf
- Sam, D.L. & Berry, J.W. (2016). *The Cambridge Handbook of Acculturation Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sarubin, N., Gutt, D., Giegling, I., Bühner, M., Hilbert, S., Krähenmann, O., . . . Padberg, F. (2015). Erste Analyse der psychometrischen Eigenschaften und Struktur der deutschsprachigen 10- und 25-Item Version der Connor-Davidson Resilience Scale (CD-RISC). *Zeitschrift für Gesundheitspsychologie*, 23, 112–122.
- Scheible, J.A. & Böhm, A. (2018). *Geflüchtete Menschen in Deutschland: Hilfebedarfe und Nutzung von Beratungsangeboten (Ausgabe 05/2018 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des BAMF)*. Nürnberg: BAMF. Abgerufen von: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Kurzanalysen/kurzanalyse14_beratung%20und%20hilfe.pdf?__blob=publicationFile
- Schellong, J., Epple, F. & Weidner, K. (2016). Psychosomatik und Psychotraumatologie bei Geflüchteten und Migranten: Herausforderungen für den Internisten. *Der Internist*, 57, 434–443.

- Schmitt, M. T., Branscombe, N. R., Postmes, T. & Garcia, A. (2014). The consequences of perceived discrimination for psychological well-being: a meta-analytic review. *Psychological Bulletin*, 140(4), 921-948.
- Schüffel, W., Schade, B., & Schunk, T. (2004). *A Brief Inventory to Investigate Stress-Reactions: Posttraumatic Symptom Scale, 10 Items (PTSS-10) by Raphael, Lundin and Weisaeth*. Saarbrücken: Universitäts- und Landesbibliothek. Abgerufen von: <http://psydok.sulb.uni-saarland.de/volltexte/2004/437>
- Schwartz, S. J., Unger, J. B., Zamboanga, B. L. & Szapocznik, J. (2010). Rethinking the concept of acculturation: Implications for theory and research. *American Psychologist*, 65(4), 237–251.
- Sidanius, J. & Pratto, F. (1999). *Social dominance: An integrative theory of social hierarchy and oppression*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Sigvardsson, E., Nilsson, H., Malm, A., Tinghög, P., Gottvall, M., Vaez, M. & Saboonchi, F. (2017). Development and preliminary validation of Refugee Trauma History Checklist (RTHC) - A brief checklist for survey studies. *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 14 (10).
- Simonson, J., Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (2016). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA). Abgerufen von: <https://www.bmfsfj.de/blob/93916/527470e383da76416d6fd1c17f720a7c/freiwilligensurvey-2014-langfassung-data.pdf>
- Six, B. (2000). Beziehungen zwischen Vorurteilen und diskriminierendem Verhalten: Eine Meta-Analyse. In: J. Gallenmüller-Roschmann, M. Martini & R. Wakenhut (Hrsg.), *Ethnisches und nationales Bewusstsein – Studien zur sozialen Kategorisierung*. Frankfurt/M: Peter Lang.
- Statistisches Bundesamt (2018a). *Ausländische Bevölkerung: Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Abgerufen von: <https://www.google.com/search?q=Ausl%C3%A4ndische+Bev%C3%B6lkerungErgebnisse+des+Ausl%C3%A4nderzentralregisters&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b-ab>
- Stoewe, K. (2017). *Bildungsstand von Geflüchteten: Bildung und Ausbildung in den Hauptherkunftsländern* (IW-Report No. 37). Abgerufen von: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2017/IW-Report_2017_37_Bildungssysteme_in_den_Herkunftslaendern_Gefluechteter.pdf
- Thüringer Landtag (2017). *Rassistische und rechtsextremistische Aktivitäten im Jahr 2016*. (Kleine Anfrage der Abgeordneten König-Preuss und Antwort des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales) (Drucksache 6/4540) Abgerufen von: <https://kleineanfragen.de/thueringen/6/4540-rassistische-und-rechtsextremistische-aktivitaeten-im-jahr-2016>
- Thüringer Landtag (2018a). *Ausländerinnen und Ausländer und Flüchtlingskinder in Thüringen* (Kleine Anfrage der Abgeordneten Berninger (DIE LINKE) und Antwort des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz). (Drucksache 6/6412). Erfurt.

- Thüringer Landtag (2018b). *Rassistische und rechtsextremistische Aktivitäten im Jahr 2017*. (Kleine Anfrage der Abgeordneten König-Preuss und Antwort des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales) (Drucksache 6/5596) Abgerufen von:
<https://kleineanfragen.de/thuringen/6/5596-rassistische-und-rechtsextremistische-aktivitaeten-im-jahr-2017-pmk-rechts>
- Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2018). *Der Arbeitsmarkt im Herbst. Herbstbilanz und Abschluss des Ausbildungsjahres*. Abgerufen von:
https://www.thueringen.de/mam/th7/tmsfg/arbeit/amb_th_oktober_2018.pdf
- Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) (2017). *Das Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander!* Erfurt: TMMJV.
- Tucci, I., Eisnecker, P., & Brücker, H. (2014). Wie zufrieden sind Migranten mit ihrem Leben? *DIW-Wochenbericht*, 81(43), 1152–1158.
- Turrini, G., Purgato, M., Ballette, F., Nosè, M., Ostuzzi, G., & Barbui, C. (2017). Common mental disorders in asylum seekers and refugees: umbrella review of prevalence and intervention studies. *International Journal of Mental Health Systems*, 11.
- UNESCO Institute for Statistics (2012). *International Standard Classification of Education ISCED 2011*. Montreal.
- UNESCO Institute for Statistics (2018). *Share of population by educational attainment, population 25 years and older*. Abgerufen von: <http://data.uis.unesco.org/>
- United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2018). Global Trends. Forced Displacement in 2017. Abgerufen von: <https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2018/06/GlobalTrends2017.pdf>
- Uslucan, H. H. (2015). Freiwilliges Engagement von Zuwanderern: Verkannte Potenziale der gesellschaftlichen Teilhabe. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 65, 14–15.
- Uslucan, H. H. & Yalcin, C. S. (2012). *Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration. Analyse bestehender Forschungsbestände*. Expertise des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Essen. Abgerufen von: antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Wechselwirkung_zw_Diskr_u_Integration.pdf?__blob=publicationFile
- Vhs Landesverband Thüringen (o.D.). *Landesprogramm Start Deutsch*. Abgerufen von:
<https://www.vhs-th.de/en/themen/projekte/integration/startdeutsch/>
- Virgincar, A., Doherty, S. & Siriwardhana, C. (2016). The impact of forced migration on the mental health of the elderly: a scoping review. *International Psychogeriatrics*, 28, 889–896.
- Ward, C. (2001). The A, B, Cs of acculturation. In D. Matsumoto (Hrsg.), *Handbook of culture and psychology* (S. 411-445). New York: Oxford University Press.
- Winkler, N., Kroh, M. & Spiess, M. (2006). *Entwicklung einer deutschen Kurzsкала zur zweidimensionalen Messung von sozialer Erwünschtheit* (No. 579). DIW Discussion Papers.
- Wittchen, H.-U. & Hoyer, J. (Hrsg.). (2011). *Klinische Psychologie & Psychotherapie* (2. Aufl.). Berlin, Heidelberg: Springer.

- Worbs, S., Bund, E. & Böhm, A. (2016). *Asyl–und dann? Die Lebenssituation von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen in Deutschland* (Forschungsbericht 28). BAMF-Flüchtlingsstudie 2014. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Worbs, S. (2017.) *Doppelte Staatsangehörigkeit in Deutschland: Zahlen und Fakten. Länderprofile Migration: Daten – Geschichte – Politik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen von: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/254191/doppelte-staatsangehoerigkeit-zahlen-und-fakten?p=all>.
- Yurdakul, G., Hassoun, S. & Taymoorzadeh, M. (2018). *Verhindern „Kopftuch-Verbote“ die Integration? Eine Expertise für den Mediendienst Integration Berlin*. Abgerufen von: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Kopftuch_Juli_2018.pdf
- Zagefka, H., Binder, J.F., Brown, R., Kessler, T., Mummendey, A., Funke, F., Demoulin, S., Leyens, J. & Maquil, A. (2014). The relationship between acculturation preferences and prejudice: Longitudinal evidence from majority and minority groups in three European countries. *European Journal of Social Psychology, 44*(6), 578–589.
- Zagefka, H. & Brown, R. (2002). The relationship between acculturation strategies, relative fit and intergroup relations: immigrant-majority relations in Germany. *European Journal of Social Psychology, 32*(2), 171–188.
- Zagefka, H. & Nigbur, D. (2009). Akkulturation und Integration ethnischer Gruppen. In A. Beelmann & K. J. Jonas (Hrsg.), *Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven* (S.173-192). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zanna, M.P. & Rempel, J.K. (1988). Attitudes: A new look at an old concept. In D. Bar-Tal & A. W. Kruglanski (Hrsg.), *The social psychology of knowledge* (S. 315–334). Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Zhou, S., Page-Gould, E., Aron, A., Moyer, A. & Hewstone, M. (2018). The extended contact hypothesis: A meta-analysis on 20 years of research. *Personality and Social Psychology Review*, Published online first April 19.
- Zick A., Küpper, B. & Berghan, W. (2016). *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Bonn: Dietz-Verlag.
- Zick, A. & Preuß, M. (2016). *Einstellungen zur Integration in der Bevölkerung*. Kurzbericht zum Projekt ZuGleich–Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit. Essen: Stiftung Mercator.
- Ziegler, P. & Beelmann, A. (2009). Diskriminierung und Gesundheit. In A. Beelmann & K. J. Jonas (Hrsg.), *Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven* (S. 357–378). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Zissi, A. (2006). Migration and mental health: A review. *Psychology: the Journal of the Hellenic Psychological Society, 13*(3), 95–108.